



## 54. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Oktober 2015, 09.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 4509

### Nachruf

auf den Journalisten **Bernhard Ücker** ..... 4509

**Geburtstagswünsche** für die Abgeordneten

**Claudia Stamm, Otto Lederer, Martin Stümpfig,  
Walter Nussel, Martin Bachhuber und Robert  
Brannekämper** ..... 4509

**Mitteilung** betr. Verschiebung der

Tagesordnungspunkte 5 f und 5 g (Drsn. 17/8224  
und 17/8229)..... 4593

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho** auf  
Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER  
**"Polizei am Limit - die Staatsregierung muss  
handeln!"**

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 4509  
Manfred Ländner (CSU)..... 4511  
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD)..... 4513  
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 4515  
Ingrid Heckner (CSU)..... 4516  
Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 4517  
Staatsminister Joachim Herrmann..... 4518

**Regierungserklärung** des Ministerpräsidenten  
zur **Flüchtlingspolitik**

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 4519  
Markus Rinderspacher (SPD)..... 4527 4535  
Steffen Vogel (CSU)..... 4534 4535  
Thomas Kreuzer (CSU)..... 4535 4541 4542  
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 4541

Christine Kamm (GRÜNE)..... 4542 4560  
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 4543 4548  
Arif Taşdelen (SPD)..... 4547 4557  
Margarete Bause (GRÜNE)..... 4548 4553  
Michael Hofmann (CSU)..... 4553  
Martin Neumeyer (CSU)..... 4554 4557  
Josef Zellmeier (CSU)..... 4557 4560

### Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags

Beschlussempfehlung des  
Verfassungsausschusses (Drs. 17/8164)

Beschluss..... 4561

**Abstimmung**  
über **Verfassungsstreitigkeiten und Anträge,  
die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung  
nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Beschluss..... 4561

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
zur **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes  
und der Verordnung zur Durchführung des Ge-  
setzes über den Finanzausgleich zwischen  
Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden  
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2016)**  
(Drs. 17/7865)  
- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes  
 2015/2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016 -  
 NHG 2016) (Drs. 17/7866)**

- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Markus Söder.....	4561
Volkmar Halbleib (SPD).....	4567 4584
Martin Bachhuber (CSU).....	4572
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER).....	4574 4577 4586
Claudia Stamm (GRÜNE).....	4577 4585
Peter Winter (CSU).....	4581 4585 4586

Verweisung gem. § 148 BayLTGeschO in den  
 Haushaltsausschuss..... 4586

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Markus  
 Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a.  
 und Fraktion (SPD)  
**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
 (Drs. 17/7643)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Margarete  
 Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a.  
 und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
 (Drs. 17/8161)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Dr. Florian  
 Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl u. a.  
 (CSU)  
**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
 (Drs. 17/8225)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Hubert  
 Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a.  
 und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
**zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes  
 (Drs. 17/8242)**

- Erste Lesung -

Klaus Adelt (SPD).....	4587
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	4588
Otto Lederer (CSU).....	4590
Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER).....	4591

Verweisung in den Innenausschuss..... 4593

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung  
**zur Änderung des Bayerischen Landespla-  
 nungsgesetzes (Drs. 17/8107)**

- Erste Lesung -

Staatssekretär Albert Füracker.....	4593
Dr. Christoph Rabenstein (SPD).....	4594
Dr. Otmar Bernhard (CSU).....	4595
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER).....	4595
Martin Stümpfig (GRÜNE).....	4596

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 4597

Schluss der Sitzung..... 4597

(Beginn: 09.04 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 54. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch an eine Persönlichkeit erinnern, die dem Hohen Haus zwar nicht angehörte, ihm aber immer sehr verbunden war.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich darf bekannt geben, dass Herr Bernhard Ücker am 23. September in Gmund am Tegernsee im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Herr Ücker war bis zu seinem Ruhestand 1988 einer der bekanntesten Journalisten Bayerns. 1945 gehörte er zu den ersten Reportern von "Radio München", dem Vorläufer des Bayerischen Rundfunks. Einem großen Publikum wurde er durch seine Kommentare zur bayerischen Landespolitik bekannt. Von 1953 bis 1988, also 35 Jahre lang, verfasste er den Wochenkommentar "Aus dem Maximilianeum", der zu den meistgehörten Sendungen des Bayerischen Rundfunks zählte. Seine mehr als 1.100 Kommentare sind mittlerweile als Dokumente der Zeitgeschichte im Münchner Institut für Zeitgeschichte archiviert. Herr Ücker hat sich um die mediale Vermittlung von Politik ganz allgemein und des Landtags im Besonderen in unserem Lande große Verdienste erworben. Der Bayerische Landtag wird dem Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. –

Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Nun darf ich noch einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 8. Oktober Frau Kollegin Claudia Stamm, am 11. Oktober Herr Kollege Otto Lederer sowie ebenfalls am 11. Oktober Herr Kollege Martin Stümpfig. Am 12. Oktober feierte Herr Kollege Walter Nussel einen runden Geburtstag und am 14. Oktober Herr Kollege Martin Bachhuber. Heute darf sich Herr Kollege Robert Brannekämper über einen runden Geburtstag freuen.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des gesamten Hauses und persönlich wünsche ich Ihnen alles Gute und viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER  
"Polizei am Limit - die Staatsregierung muss handeln!"**

Die Regeln der Aktuellen Stunde brauche ich nicht im Einzelnen vorzutragen. – Erste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich sehe die Zeit. Ich weiß, ich habe Herrn Bocklet hinter mir.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Und Ihre Fraktion vor sich.

**Eva Gottstein (FREIE WÄHLER):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das ist manchmal schon besser als hinter sich.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der eigenen Fraktion und aus den anderen Fraktionen! Eine ganz einfache Frage, der Morgenstunde angepasst; Sie müssen dabei noch nicht viel denken. Als Sie diesen Montag oder Dienstag Ihren Koffer für die Sitzungswoche hier in München gepackt haben, wussten Sie da, wann Sie wieder nach Hause kommen würden? Konnten Sie Ihren Partner, Ihrer Partnerin und Ihren Kindern sagen, wann Sie wieder da sein werden?

(Zurufe: Nein!)

Wussten Sie, wie viel Kleidung Sie einpacken müssen, um für die Zeit, in der Sie nicht zu Hause sind, immer etwas zum Wechseln zu haben? Haben Sie Arzttermine, Behördengänge und andere private Termine so gelegt, dass Sie sie wahrnehmen können, wenn Sie wieder daheim sind? Ich weiß, auch bei Politikern gibt es Unregelmäßigkeiten.

(Zurufe: Oh! – Weitere Zurufe)

– Ich denke, wir haben ein ernstes Thema vor uns. Im Normalfall jedenfalls haben Sie diese Fragen beantworten können.

Unsere Bereitschaftspolizei kann das momentan nicht. Es sind Selbstverständlichkeiten im täglichen Leben, die wir unserer Bereitschaftspolizei momentan – nicht für einen Zeitraum von drei, vier Wochen, sondern für einen längeren Zeitraum, das ganze Jahr und seit dem G-7-Gipfel gehäuft – nicht zugestehen. Die Bereitschaftspolizei hat zwei Aufgaben: die Unterstützung anderer Teile der Polizei und die Ausbildung künftiger Polizistinnen und Polizisten.

Wie schaut die Wirklichkeit momentan aus? - Die Vorschrift besagt: ein einsatzfreies Wochenende pro Monat für jeden Einsatzzug. Wie schaut die Realität aus? - Die Vorschrift wird nicht mehr eingehalten. Manche Polizistinnen und Polizisten – wir haben die Pläne – sind inzwischen gehäuft bis zu elf Wochenenden nicht zu Hause. Vorschrift: ein verbindlicher 14-Tage-Einsatzplan für jeden Einsatzzug. Die Praxis: fast täglich neue Planung, keine Planungssicherheit mehr für die Beamten für private und familiäre Angelegenheiten.

Das ist der Grund, warum wir eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema einberufen haben; denn wir glauben, so geht es nicht weiter. Für die Bereitschaftspolizei ist ganz klar der Landtag zuständig, und wir haben eine Fürsorgepflicht. Die Beamten und Beamtinnen sind am Limit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Woher kommen die Probleme? Es gibt zu wenige Bundespolizisten und zu wenig Bereitschaftspolizei in den anderen Bundesländern. Das ist uns klar. Deswegen müssen bayerische Polizeibeamte – trotz der nicht mehr zu bewältigenden Lage in Bayern; wir haben es gehört – nach wie vor bei Großveranstaltungen, Demonstrationen und Fußballspielen außerhalb Bayerns helfen. Für die anderen Bundesländer rechnet es sich anscheinend, dass sie ihre Bereitschaftspolizei abgebaut haben. Aber unser Freistaat – im Konkreten: die Bayerische Staatsregierung – trägt das mit. Oft wird vergessen, dass die CSU diese Regierung stellt.

Ich komme zu einem weiteren Problempunkt. Es reicht nicht aus, einfach mehr Polizisten in Aussicht zu stellen. Dazu bedarf es zum einen entsprechender Ausbildungsseminare. Zum anderen sind die Stellen zu etatisieren. Wir wollen das heute wieder zum Thema machen. Es ist bereits in der dritten Legislaturperiode in Folge unser Anliegen, für jede Hundertschaft die Etatisierung zu erreichen und sie nicht quasi "mitlaufen" zu lassen.

Ferner erreichen viele Polizeizüge nicht mehr die notwendige Größe. Die einen Kollegen sind krank, die anderen müssen endlich Urlaub nehmen. Dies hat zur Folge, dass letztlich immer dieselben Polizisten unterwegs sind. Wenn man sich mit ihnen unterhält, hört man von vielen – das ist nicht zum Lächeln –: Wir können nicht mehr, unsere Familien machen nicht mehr mit.

Auch wir freuen uns natürlich, wenn 500 zusätzliche Polizeidienstämter in Aussicht gestellt werden. Das ist dringend notwendig. Allerdings ist momentan nirgendwo im Haushalt erkennbar, woher das Personal

kommen soll. Um die Ausbildung zu ermöglichen, müssen Kollegen aus dem Einsatz abgezogen werden, was die Personalsituation weiter verschärft. Auch für dieses Problem müssen kreative Lösungen gesucht werden.

Wir fordern eine Etatisierung der Ausbildungseinheiten. Die angestrebten Ausbildungszahlen müssen endlich die Realität widerspiegeln. Dazu gehört eine deutliche Erhöhung des ausgewiesenen Lehrpersonals.

Wir fordern eine Erhöhung der Basisgröße der Einsatzzüge.

Herr Innenminister, Sie spucken oft – manchmal können wir sagen: Gott sei Dank! – große Töne. Spucken Sie sie in diesem Zusammenhang bitte auch den anderen Bundesländern gegenüber! Dann müssen Sie halt Ihre Drohkeule auspacken und sagen: So nicht! Momentan sind deutlich weniger Einsätze bayerischer Polizeibeamter in anderen Bundesländern möglich. Fordern Sie umgekehrt von den anderen Bundesländern verstärkt polizeiliche Unterstützung bei Fußballspielen, Demonstrationen usw. in Bayern an, sodass nicht alles auf dem Rücken der bayerischen Beamten und Beamtinnen ausgetragen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Treten Sie in der EU stärker auf! Diese Forderung richtet sich nicht nur an den Ministerpräsidenten, sondern an die gesamte Bayerische Staatsregierung. Wenn wir keine EU-weite Absprache wegen der Flüchtlinge zustande bekommen, dann können von anderer Seite auch keine Vorschriften gemacht werden, wie die bayerische Polizei ihre Schicht- bzw. Arbeitszeitmodelle auszugestalten hat.

Lösen Sie die technischen Probleme! Ich bin erschrocken, dass ich auf meine Anfrage vom 30. September 2015 erfahren habe, dass bei der Registrierung im Prinzip doppelte Arbeit geleistet wird. Die Staatsregierung schreibt in ihrer Antwort:

Eine Schnittstellenproblematik resultiert aus den unterschiedlichen Systemen des Bundes und der Länder und datenschutzrechtlichen Vorschriften. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat den Bund mit Beschluss vom 24.09.2015 aufgefordert, hierzu eine Lösung zu erarbeiten.

Jahrelang arbeiten Institutionen nebeneinander her. Das kostet Personal. Vor einem Monat kommt die Staatsregierung darauf, dass dieser Zustand geändert werden müsse.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir entnehmen dem Haushalt, dass das Personal auch in den Koordinierungsstellen und der Stabsstelle erhöht wird. Wir bitten Sie darum, es nicht zu einer "Verkopfung" kommen zu lassen. Sie dürfen die Basis nicht vergessen.

Wir reden oft mit Polizisten; wir wissen, Sie auch: Polizei – das ist ein Job fürs Leben. Wir müssen sehr gut aufpassen und dürfen die jungen Polizisten nicht gleich nach der Ausbildung verheizen. Das passiert jedoch momentan. Es gibt ein Leben neben dem Beruf – auch für Polizeibeamte. Sie haben Anspruch auf planbare Freizeit und auf ein Familienleben. Unsere Verteidigungsministerin wird für ihren Ansatz, die Familien der Soldaten nicht zu vergessen, oft belächelt. Man hört oft, nun passe die Bundeswehr schon auf die Kinderchen auf. Das ist aber der richtige Weg, wenn wir gute Leute in solchen Positionen haben wollen. Dieser Aspekt wird in der Polizei momentan vernachlässigt. Auch ich sage Ihnen: Die Familien machen das nicht lange mit. Die Belastung wirkt sich auf die Kinder und die Partner aus. Das ist nicht Ausdruck der Fürsorge eines Staates für seine Beamtinnen und Beamten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir fordern von der privaten Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass Väter und Mütter Familie und Beruf vereinbaren können. Wir selbst werden diesem Anspruch im Bereich der Polizei in keiner Weise gerecht.

Wenn man mit Polizeivertretern spricht, stellt man fest, dass sie nicht sofort losjammern. Man hört vielmehr: Wir sind dazu da, Lösungen zu suchen, Jammern ist nicht unser Job. – Aber es ist die Aufgabe unseres Staates, unserer Regierung und des Bayerischen Landtages, dafür zu sorgen, dass die Beamten ihrer Arbeit, die für die meisten Berufung ist, unter den richtigen Rahmenbedingungen nachgehen können. Wir sind dafür verantwortlich; denn diese Leute sorgen dafür, dass unsere Sicherheit – nach wie vor die Basis unseres materiellen und ideellen Wohlstandes – garantiert ist.

Ich danke an dieser Stelle nochmals allen, die sich so intensiv engagieren. Ich habe vorhin die Bereitschaftspolizei herausgegriffen. Der Dank gilt natürlich allen Beamtinnen und Beamten sowie den Angestellten in der Polizei. Ihnen allen wünsche ich eine Besserung der Situation.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin Gottstein. Sie haben mit Ihrer Rede punktgenau geendet. Das soll hier lobend vermerkt werden. – Als Nächster ist Herr Kollege Länd-

ner von der CSU dran. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Manfred Ländner (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten! Sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, herzlichen Dank dafür, dass Sie dieses Thema zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde gemacht haben, auch wenn das "aktuell" vielleicht in Klammern gesetzt werden kann. Die Debatte gibt dem Hohen Haus Gelegenheit, allen Beteiligten für die Bewältigung der großen Herausforderungen in den vergangenen Wochen und Monaten ein aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das habe ich gerade gemacht!)

Unser besonderer Dank gilt den Einsatzkräften unserer bayerischen Polizei, die seit Monaten Herausragendes leisten.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten ein planbares Ereignis, den G-7-Gipfel. Gegenwärtig haben wir es mit einer Herausforderung zu tun, deren Ausmaß sicherlich nicht nur die Politik, sondern auch die Polizei und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes überrascht hat. Die hohe Zahl der Flüchtlinge ist eine Herausforderung, mit der das Ehrenamt und das Hauptamt, die Beamtinnen und Beamten, der Bayerische Landtag und viele weitere Lebensbereiche täglich konfrontiert sind und die von allen Beteiligten hervorragend gemeistert wird. Ich möchte hier auch einmal sagen: Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist eine großartige Anstrengung der gesamten Bevölkerung Bayerns, seien es nun Beamtinnen und Beamte oder ehrenamtlich Tätige. Auch hier ein aufrichtiges "Vergelt's Gott" an alle, die sich beteiligen!

(Beifall bei der CSU)

Ja, sehr geehrte Frau Kollegin Gottstein, es ist richtig: Die Grenzen der Belastung der bayerischen Bereitschaftspolizei sind erreicht. Diese Belastung wird dadurch bewältigt, dass in der bayerischen Polizei ein Korpsgeist herrscht, der zwar manchmal auch politisch hinterfragt wird, aber dass es einen Zusammenhalt gibt, der besagt: Jawohl, wir schaffen das. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Freistaates Bayern bewältigen diese Situation, und sie fragen natürlich mit Recht: Was macht die Politik?

Damit komme ich zum Klammersatz: Aktuell ist es nicht. Aktuell war es letzten Freitag, als der Ministerrat – danke noch einmal unserem Innenminister Joachim Herrmann – 500 neue Stellen für die Polizei und

80 Stellen für Angestellte beschlossen hat, um Einstellungen und Verstärkungen der Einsatzkräfte weiter voranzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten alle einmal das Bulletin nachlesen, das in der Kabinettsitzung beschlossen wurde. Viele andere Stellen wurden auch beschlossen. Das ist gut so. Frau Kollegin Heckner wird noch darauf eingehen.

Wir zeigen der Polizei, dass wir auch im fiskalischen Bereich zu ihr stehen, auch indem wir Haushaltsmittel in die Hand nehmen, um neue Stellen zu schaffen. Das ist gut so, und das wollen wir so.

Sie haben die Bundesrepublik angesprochen. Polizei ist schon seit vielen Jahrzehnten Ländersache. So steht es im Grundgesetz. Die einzelnen Bundesländer handeln natürlich unterschiedlich. Wir haben als Bayern zwar die Freude, die anderen Bundesländer im Länderfinanzausgleich finanziell zu unterstützen – ich glaube, aktuell mit 4 Milliarden Euro –, wir können aber die anderen Bundesländer nicht dazu verpflichten, diese Mittel zu bestimmten Zwecken einzusetzen. Es wäre für unseren Innenminister schön, wenn er sagen könnte: Liebe Freunde Innenminister der anderen Bundesländer, stellt auch ihr mehr Polizisten ein. Das machen sie halt nicht. Da stehen wir als Bayern einsam da. Wir bezahlen 4 Milliarden Euro, aber was damit gemacht wird, ist Ländersache, Sache der Regierungen der jeweiligen Länder.

Wir müssen aufgrund der Bund-Länder-Gesetzgebung natürlich andere Bundesländer unterstützen. Das tun wir, wobei der Schwerpunkt aber eindeutig auf dem Einsatz hier in Bayern liegt. Ich denke, wir bewältigen diese Einsätze hervorragend.

Wenn es Kritik gibt – auch ich gestatte mir, diese Kritik einmal im Hohen Haus zu formulieren –, dann sollte man vielleicht einmal überdenken und überlegen – das muss aber die Polizeiführung machen –, ob zum Beispiel für jedes Drittligaspiel unbedingt ein so hoher Einsatz an Kräften erforderlich ist.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Aber ich bin sicher, dass das Innenministerium hierüber in guten Gesprächen mit den polizeilichen Einsatzleitern ist. – Es sei mir gestattet, Herr Minister, das einmal so auszudrücken.

Tatsache ist, dass wir unsere Polizei seit vielen Jahren immer unterstützen. Die Polizei kann sich auf die Bayerische Staatsregierung und auf die CSU-Landtagsfraktion verlassen.

(Beifall bei der CSU)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir kümmern uns um unsere Polizei auch dann, wenn dies keine mediale Aufmerksamkeit verspricht, so wie in der Aktuellen Stunde.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin manchmal auch nicht besonders glücklich, wenn mediale Aufmerksamkeit im Hinblick auf unsere Polizei dadurch erzielt werden soll, dass man Polizeibeamte ständig vor den Kadi zieht. Wenn jemand falsch gehandelt hat – das haben wir hier im Hohen Haus schon oft besprochen –, dann sind Staatsanwaltschaft und Gericht zuständig, und dann muss verfolgt werden, aber nicht ständig.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

– Nicht von den FREIEN WÄHLERN, Frau Gottstein.  
– Unsere Beamtinnen und Beamten beklagen, dass sie bei jedem Einsatz mit einem Bein in der Presse bzw. vor dem Kadi stehen; denn irgendjemand ist immer da, der mit der Kamera herumläuft und versucht, die Polizei in den Schmutz zu ziehen, sodass wesentliche Teile des polizeilichen Einsatzes darauf gerichtet sind, zu dokumentieren und zu beweisen, dass man richtig handelt. Wir könnten uns in der polizeilichen Tätigkeit manches ersparen, wenn die Polizei nicht ständig – auch politisch motiviert – vor Gericht oder in die Medien gezerrt würde. Das muss ich sagen.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ständig! – Inge Aures (SPD): Hin und wieder, aber nicht ständig!)

– Vielleicht ist "ständig" nicht ganz richtig, aber hin und wieder und sehr häufig, gerade in manchen fränkischen Städten. Unterhalten Sie sich mit Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei Einsätzen.

(Inge Aures (SPD): Das machen wir schon!)

Sie werden ihnen genau erzählen, was Sache ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir stärken unsere Polizei und haben im Doppelhaushalt 2013/2014 bereits 936 neue Stellen für unsere Polizei ausgebracht. Wir werden mit dem aktuellen Nachtragshaushalt weitere 500 Stellen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte bzw. 80 neue Stellen für Angestellte im Polizeidienst schaffen. Peter Winter wird diesen Nachtragshaushalt heute im Laufe der Plenarsitzung noch vorstellen.

Wir sind bei der Internetkriminalität dabei, wir sorgen für Cyber-Sicherheit, und wir wollen natürlich auch Ausbildungsstellen schaffen. Im Gegensatz zu manch verbreiteter Meinung ist der Polizeiberuf nach wie vor ein attraktiver Beruf. Nach wie vor besteht ein Verhältnis von 1 : 6 zwischen Kolleginnen und Kollegen, die eingestellt werden, und Bewerbern.

Polizeibeamter ist ein attraktiver Beruf, nicht zuletzt auch durch die vielen Leistungen, die der Freistaat Bayern seinen Beamtinnen und Beamten bieten kann, was natürlich hier im Hohen Haus miteinander errungen wurde. Der Polizeiberuf ist also nach wie vor attraktiv, was junge Menschen motiviert, sich bei der bayerischen Polizei zu bewerben. Nichtsdestoweniger müssen wir uns natürlich ständig bemühen, sehr geehrte Damen und Herren, dass die Attraktivität dieses Berufes bestehen bleibt. Ich gebe Ihnen, Frau Gottstein, völlig recht – wir verstehen uns in diesen Dingen ja relativ gut –: Wir müssen sehr sorgsam mit der Lebensleistung dieser jungen Menschen umgehen. Ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir dies in Bayern tun.

Schauen Sie sich Beförderungssituationen in anderen Bundesländern und hier bei der bayerischen Polizei an. Schauen Sie sich Einstellungssituationen an – ich wiederhole mich –: hier 500 neue Stellen. Schauen Sie sich die Unterkünfte an, in denen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ausgebildet werden. In Nürnberg haben wir erst vor wenigen Wochen Richtfest gefeiert, wir haben in Würzburg Einweihung gefeiert, viele Dinge mehr. Es ist also ein attraktiver Beruf in einem attraktiven Umfeld.

Ich komme jetzt zum Schluss, indem ich sage: Sehr geehrte Damen und Herren, ein attraktiver Beruf in attraktivem Umfeld bedarf auch politischer Unterstützung. Ich weiß, dass auch viele Kolleginnen und Kollegen, die nicht zur CSU gehören, hinter unserer Polizei stehen. Nur, lassen Sie uns das auch im täglichen Dienst sagen. Lassen Sie uns ein kräftiges "Vergelt's Gott" an unsere Beamtinnen und Beamte sagen, die die Herausforderungen meistern.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Professor Dr. Peter Paul Gantzer von der SPD das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es sehr, dass wir eine Aktuelle Stunde haben, wo wir über die Belastungen unserer Polizei sprechen, gerade in der derzeitigen Lage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um diese genau einordnen zu können, müssen wir eine Analyse machen: Wie war es denn bis jetzt, bevor wir die Flüchtlingsproblematik hatten? Ich habe inzwischen mehr als 300 Dienststellen besucht, das heißt über drei Viertel der Dienststellen in Bayern. Wahrscheinlich bin ich der Einzige, der so viele besucht hat. Ich nehme jetzt mal die zwei letzten Dienststellen, die ich besucht habe; zwei in Regensburg, eine in Neu-Ulm: Ich stelle jedes Mal fest, dass die Soll-Zahlen und die Dienststärke weit auseinanderklaffen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das bedeutet für beide Polizeiinspektionen in Regensburg wie für die Polizeiinspektion in Neu-Ulm ein Minus von 20 %. Das heißt, wir sprechen von Unterbesetzung. Wir verzeichnen also schon jetzt eigentlich in jeder Dienststelle in Bayern eine Unterbesetzung.

Das wirkt sich bei den Überstunden aus; da kann man das genau nachvollziehen. Wenn Sie sich ansehen, wie viele Überstunden sich derzeit bereits bei den Dienststellen angesammelt haben, dann stellen Sie fest: Der Schnitt, der eigentlich bei 25 Überstunden liegen sollte – das hängt mit dem Schichtdienst zusammen, und da ist das normal –, liegt oft bei 100 Überstunden pro Beamten. Das ist einfach nicht mehr hinnehmbar.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Arbeit der CSU!)

Aber: Bayern ist das sicherste Bundesland. Das heißt, unsere Polizei macht eine hervorragende Arbeit. Wir sind das sicherste Bundesland und verzeichnen die höchste Aufklärungsquote. Insofern muss man der Polizei schon für die Ist-Lage danken.

Das alles gerät jetzt durch die Flüchtlingsströme ins Wanken. Ich nenne Ihnen noch einmal die Zahlen: Alleine im September dieses Jahres sind mehr Flüchtlinge, nämlich 150.000, nach Bayern gekommen als in den Monaten Januar bis August dieses Jahres zusammen; da waren es – in Anführungszeichen – "nur" 130.000. Im Münchner Hauptbahnhof haben wir an den beiden ersten Wochenenden des letzten Monats je 20.000 Flüchtlinge empfangen.

Was heißt das für die Polizeiarbeit? – Das bedeutet, dass sie wirklich, wie es so schön heißt, am Limit ist. Ich zähle Ihnen mal die einzelnen Aufgaben auf, die die Polizei aufgrund der Flüchtlingsströme jetzt noch zusätzlich übernehmen muss: Ersterfassung der Flüchtlinge, Kontrolle bei den illegalen Grenzübertritten, Transport zu den Aufnahmeeinrichtungen, Abar-

beutung der Schleuserangriffe, Schutz der Asylbewerber und Flüchtlingsheime, rechte Gewalttäter in Schach halten, Demonstrationsfreiheit gewährleisten; Gegendemonstranten ebenfalls das Demonstrationsrecht gewährleisten, dabei zugleich verhindern, dass beide Gruppen aufeinandertreffen; Auseinandersetzungen unter Flüchtlingen schlichten und schließlich Abschiebungen unterstützen.

All diese zusätzlichen Aufgaben bedeuten eine solche Mehrbelastung, dass wir uns wirklich fragen müssen: Wie schafft das unsere Polizei? Und jetzt kommt noch eines hinzu: Sie fordern auch noch Transitzonen: Wer soll das denn noch regeln? Wie soll denn da noch die Ordnung durch die Polizei hergestellt werden?

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wie wollen Sie das denn noch erreichen? - Wir sind doch schon jetzt überlastet – und dann wollen Sie noch Transitzonen einrichten, die wahrscheinlich mit einem Zaun umgeben werden sollen, weil Sie dort ja erst mal Flüchtlinge – ich sage das jetzt in Anführungsstrichen – "einfangen" wollen,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo sind Ihre Lösungsvorschläge?)

um zu überprüfen, ob sie überhaupt ein Aufenthaltsrecht für Deutschland bekommen können. Ich halte das für einen ganz schlechten Weg. - Wir reden gerade über die Arbeit der Polizei, und das geht alles zu Lasten der Polizei, Frau Kollegin. Wie wollen Sie das denn alles gewährleisten?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann sagen Sie doch, wie man es lösen soll!)

- Reden Sie doch mal mit ihrer eigenen Polizeiinspektion Unterhaching, dann werden Sie schon hören, wie dort über die momentane Überlastung gejammert wird.

Was können wir also tun? Einige Vorschläge sind schon unterbreitet worden. Es gibt im Grunde zwei Möglichkeiten, für Abhilfe zu sorgen. Das ist zum einen die Hilfe technischer Art – so will ich es einmal nennen –, und zum anderen die Hilfe beim Personal.

Zunächst zur Hilfe technischer Art. Was wir schon lange fordern, was jedoch immer wieder im Innenministerium versackt und was der Innenminister leider nicht aufnimmt: Wir sollten die Polizei endlich von polizeifremden Aufgaben entlasten. Wie lange fordern wir schon, dass Schwer- und Großtransporte nicht mehr von der Polizei begleitet werden müssen?

(Beifall bei der SPD)

Es würde eine große Entlastung bedeuten, wenn ein Großtransport von einer Fabrik in Norddeutschland hin zu einem Werk in Bayern hier in Bayern nicht mehr von unserer Polizei begleitet werden müsste, mit Übergaben, Ablösungen usw. Das ist eine polizeifremde Aufgabe, die in anderen Ländern überhaupt nicht mehr von der Polizei wahrgenommen wird.

In diesen Bereich gehören auch Objektschutzaufgaben. Schauen Sie sich nur einmal an, wie viele Objekte es gibt, die alle von der Polizei bewacht werden. Wir haben doch gerade erst die Kooperationsvereinbarung mit den Sicherheitsdiensten getroffen. Solche Aufgaben können die Sicherheitsdienste ohne Weiteres wahrnehmen; dafür brauchen wir nicht unsere Polizei einzusetzen.

Der zweite Bereich betrifft das Personal. Wir brauchen mehr Personal. Ich muss zunächst unseren Freistaat Bayern loben, weil er nicht der Tendenz anderer Länder gefolgt ist und Stellen bei der Polizei abgebaut hat.

(Zuruf von der CSU: SPD-Länder!)

Wir haben bei der Polizei Neueinstellungen vorgenommen; wir haben dafür gesorgt, dass wir hier einen guten Standard haben, wenn es auch noch nicht gut genug ist, das sage ich ausdrücklich. Aber das, was Sie sich zuerst überlegt haben, nämlich pensionierte Polizeibeamte als Datenerfassungskräfte aktivieren zu wollen – das war ja wohl ein Flop! Die pensionierten Polizeibeamten, mit denen ich gesprochen habe, haben gesagt: Ich dachte, ich kann zurückkommen und wirklich helfen. Es kann ja wohl nicht sein, dass ich nur Schreibkraft sein soll.

Insofern begrüßen wir, dass Sie gesagt haben: Wir stellen 500 Polizeibeamte ein und zudem 80 Tarifbeschäftigte, also Angestellte im Polizeidienst. Wenn wir allerdings die 500 Polizeibeamten jetzt einstellen – Herr Ländner, das wissen Sie auch –, dann sind die erst in drei Jahren mit der Ausbildung fertig. Das hilft uns in der derzeitigen Lage daher überhaupt nicht.

Ich finde es grundsätzlich richtig, 500 Polizeibeamte einzustellen; wir brauchen sie, unabhängig von der Flüchtlingssituation – aber wir brauchen vor allem dringend sofortige Hilfe. Diese sofortige Hilfe könnte von Tarifbeschäftigten kommen, also Angestellten im Polizeidienst.

Diese Kräfte könnten die notwendigen Erfassungs- und Schreibebeiten erledigen. Das sind keine typischen Polizeiaufgaben, die der Polizeibeamte selber erledigen muss. Wichtig ist vor allem, dass diese Maßnahme sofort erfolgen könnte. Wir könnten solche Angestellten sofort einsetzen.

Deshalb ist die vorgesehene Zahl von 80 Kräften viel zu wenig. Wir selber haben im Haushaltsantrag vorgeschlagen, 182 Polizeikräfte einzustellen, die GdP hat 200 Kräfte gefordert. Das scheint mir die bessere Anzahl zu sein, weil damit eine echte Entlastung der Polizei selber erfolgen kann. Es ist ja schon jetzt der Fall, dass unsere Tarifbeschäftigten bei der Arbeit in den Polizeiinspektionen einen großen Aufgabenbereich abdecken. Leider wird dies jedoch viel zu wenig gewürdigt. Diese Kräfte werden auch schlecht bezahlt.

Trotzdem wäre diese Sofortmaßnahme der richtige Weg, der Polizei entsprechende Entlastung zu verschaffen. Deswegen fordere ich Sie auf, Herr Minister: Legen Sie etwas drauf! Nur 80 Kräfte sind zu wenig. Vielleicht treffen wir uns in der Mitte und einigen uns auf 160. Das wäre der richtige Ansatz.

Lassen Sie mich schließen mit einem Dank an unsere Polizei. Dieser Dank bezieht sich nicht nur auf das, was sie macht – nämlich für die Sicherheit in Bayern zu sorgen –, sondern er bezieht sich auch darauf, wie sie das macht. Ich habe, wie gesagt, viele Polizeidienststellen besucht, gerade im Osten unseres Landes. Dabei ist mir eines aufgefallen, und darauf bin ich wirklich stolz. Das ist nämlich die Tatsache, dass unsere Polizei diese Arbeit sehr souverän erledigt. Da gibt es keine Ausfälle gegenüber den Flüchtlingen. Ich habe hier kein negatives Wort gehört.

(Zuruf von der SPD: Gute Ausbildung!)

Die Polizei verrichtet die Arbeit souverän und staatsbürgerlich. Unsere Polizisten sind Staatsbürger in Uniform, die eine hervorragende Arbeit machen. In diesem Sinne von unserer Fraktion einen herzlichen Dank an die Polizei!

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Katharina Schulze (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die bayerische Polizei hat sehr viel zu tun. Aber gleichzeitig möchte ich feststellen, dass die bayerischen Polizistinnen und Polizisten nicht erst seit August 2015 tagtäglich ein riesiges Arbeitspensum abarbeiten. Das Jahr 2015 mit dem Sicherheits-Overkill G-7-Gipfel ist sicher ein besonders heftiges Jahr für die bayerische Polizei. Da hätte man mit einer anderen Einsatzplanung sicherlich einige Ressourcen sparen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz der hohen Arbeitsbelastung arbeiten die Polizistinnen und Polizisten effizient und konzentriert. Deshalb möchten wir als GRÜNEN-Fraktion ein herzliches Dankeschön für den unermüdlichen Einsatz der Polizistinnen und Polizisten aussprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns GRÜNE ist klar: Die Polizei braucht einen guten finanziellen Unterbau und ausreichend Personal, um die ihr gestellten Aufgaben auch abarbeiten zu können. Aber das allein, nur die Bereitstellung finanzieller Mittel, ist kein Allheilmittel. Solche Mittel auszuschütten wie mit der Gießkanne, das wird auch in Zukunft nicht reichen. Wir GRÜNEN finden, dass die bayerische Polizei dringend eine Aufgabenkritik braucht. In den vergangenen Jahren wurde sie mit immer mehr und neuen Aufgaben konfrontiert, die sie wahrnehmen muss. Hier muss man jetzt einmal politisch priorisieren und entscheiden, welche Aufgaben vordringlich bearbeitet gehören.

Dazu stelle ich mir schon einige Fragen: Warum müssen beispielsweise Polizistinnen und Polizisten auf den bayerischen Straßen jede Nacht Schwertransporter begleiten? – Diese Aufgabe kann man prima einem privaten Unternehmen unter festgelegten Vorgaben übertragen, und das würde zum Beispiel zu einer massiven Entlastung der Polizeikräfte führen. Außerdem frage ich mich, warum wir in Bayern nicht auch ein Pilotprojekt wie in NRW durchführen können, bei dem die Fußballspiele nach dem Risiko definiert werden, damit nicht immer Hunderte von Einsatzkräften bei unkritischen Fußballspielen dabei sein müssen. Auch das würde Ressourcen schonen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich erwähne jetzt einen Punkt, weil er sehr aktuell ist: Wann stellen wir endlich die Strafverfolgung von Konsumentinnen und Konsumenten geringer Cannabismengen ein, wie es das Bundesverfassungsgericht schon 1994 beschlossen hat? – Wir GRÜNE haben erst gestern im Innenausschuss einen diesbezüglichen Antrag eingebracht und debattiert. Die CSU-Fraktion lehnt das ab, obwohl mittlerweile selbst Gewerkschafter der Polizei sagen: Ja, genau, das würde uns von Bürokratie entlasten und zusätzliche Ressourcen freistellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit diesen Ressourcen könnten sich unsere bayerischen Polizistinnen und Polizisten dann um die Auf-

gaben kümmern, die im Moment wirklich vordringlich sind. Das ist zum Beispiel die Bekämpfung des Anstiegs rechter Gewalt in Bayern, das Thema islamistischer Terrorismus und das große Thema Cyberkriminalität. Hier braucht die Polizei Unterstützung, und zwar auch vom Freistaat Bayern.

Neben einer Umschichtung der Ressourcen ist es aber auch wichtig, dass sich der Freistaat Bayern als Arbeitgeber darüber Gedanken macht, wie man anerkennen kann, was für gute, sinnvolle und sinnstiftende Arbeit die Polizistinnen und Polizisten für uns als Gesellschaft leisten. Dazu gehört zum Beispiel eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Außerdem brauchen wir solche einfachen Dinge wie endlich die Verdoppelung der Ballungsraumzulage und die Erhöhung der Erschwerniszulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf fünf Euro. Das alles sind Punkte, die wir GRÜNEN schon seit Jahren fordern, wobei wir aber leider immer wieder an der Verbohrtheit der CSU scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn ich mit Polizistinnen und Polizisten vor Ort spreche, sind das sehr oft die Punkte, die sie mir nennen und von denen sie sagen, damit würden sie von der Polizeiarbeit entlastet und erhielten eine Anerkennung ihrer Arbeit. Gleichzeitig höre ich von ihnen auch immer wieder, dass sie diesen Beruf gewählt haben, weil sie die Ausübung der Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger garantieren und etwaige Gefahren abwenden wollen. Ich finde, wir müssen sie genau dabei unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Heckner von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Ingrid Heckner (CSU):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Aktuelle Stunde gibt uns allen noch einmal die Gelegenheit, uns bewusst zu machen, was der öffentliche Dienst insgesamt in dieser historischen Situation bei der großen Menge an Flüchtlingen leistet. Ich möchte mich ausdrücklich dem Dank anschließen, der unserer bayerischen Polizei von allen Fraktionen ausgesprochen wurde. Wir erleben in unseren Kontakten, mit welcher großer Empathie unsere gut ausgebildete Polizei auf die Flüchtlinge eingeht und mit ihnen arbeitet.

Nichtsdestoweniger möchte ich heute auch auf all die anderen Bereiche im öffentlichen Dienst hinweisen,

damit nicht der Eindruck entsteht, nur die Polizei leistet Gewaltiges. Der gesamte öffentliche Dienst befindet sich am Limit, und aus diesem Grund seid ihr mit dem Hinweis von Herrn Professor Dr. Gantzer, die Staatsregierung solle handeln, nicht ganz aktuell; denn die Staatsregierung hat gehandelt.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" ist seit dem 09.10. klar, mit welchem gewaltigen finanziellen Aufwand unsere Staatsregierung und die CSU-Fraktion den Aufgaben gerecht werden will. Es sind alle Bereiche betroffen – die Sozialverwaltung, die Kommunen, die innere Verwaltung, die Verwaltungsgerichte und der sehr große Bereich unserer Schulen. Was hier alles geleistet wird, wird von uns anerkannt, und es wird auch entsprechend reagiert. Dieses Sonderpaket enthält 5.449 neue Stellen. Es entspricht der gewohnten Oppositionsrhetorik, überall noch mehr zu fordern. Wir müssen aber darauf achten, dass wir jetzt eine schnelle Reaktion schaffen und schnell entlasten können, damit wir all diesen Dingen, die wir auch alle möchten – Planbarkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf -, gerecht werden können.

In der Justiz wurden insgesamt 260 Stellen geschaffen. In der Bildung wurden wiederum 1.079 neue Stellen geschaffen, um die Integration zu fördern; denn uns allen ist klar, dass wir bei den Kindern beginnen müssen. Wenn Integration gelingen soll, muss sie so früh wie möglich beginnen, das heißt in unseren Schulen. Unsere Lehrkräfte haben das bislang alles ohne zusätzliches Personal hervorragend und vorbildlich gemeistert und werden jetzt sicherlich qualitativ noch besser einsteigen können und die Integrationsaufgabe lösen.

Lieber Herr Kollege Pohl, gestern wurde im Haushaltsausschuss Ihr Antrag auf Schaffung 50 neuer Stellen bei den Verwaltungsgerichten abgelehnt. In diesem Zusammenhang darf man vielleicht darauf hinweisen, dass das Paket der Staatsregierung die Schaffung von 26 Stellen für Verwaltungsrichter und 26 Stellen für nicht richterliches Personal vorsieht. Außerdem ist ein Pool von 40 Stellen vorhanden, der situationsbezogen dort hinkommen soll, wo es am nötigsten ist. Es ist deshalb eine Unverschämtheit von Ihnen, auf Facebook herumzupalavern, die CSU hätte Ihren Antrag abgelehnt,

(Beifall bei der CSU – Zurufe: Bravo!)

weil sie nicht an einer effizienten und raschen Bearbeitung von Asylanträgen interessiert sei.

(Zuruf bei den FREIEN WÄHLERN: Ja, stimmt es nicht?)

– Natürlich, wir können ja auch lesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hören in wenigen Minuten eine Regierungserklärung, nach der über alle diese Punkte noch einmal ausführlich diskutiert wird. Ich bitte zu sehen, mit welcher großen Kraftanstrengung Bayern hier vorangeht, und zwar auch als Vorbild für andere Bundesländer und die Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun der Herr Kollege Dr. Florian Herrmann von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Florian Herrmann (CSU):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in dieser Aktuellen Stunde sehr ausführlich und sehr intensiv zugehört und muss bei den Beiträgen der Opposition zu dem Ergebnis kommen, dass ich leider wieder nichts Neues gehört habe.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Es war eine Situationsbeschreibung und eine Diskussion oder eine Debatte auf dem Niveau, das man eher von der Wursttheke in der Metzgerei kennt: Darf es ein bisschen mehr sein? – Das ist intellektuell nicht besonders herausfordernd, und Sie stehen auch nicht in der Verantwortung für solide Staatsfinanzen. Für mich steht deshalb fest: Die Opposition in Bayern bleibt eine Opposition der Ideenlosigkeit und des Nörgelns.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Ja-wohl!)

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass Bayern das sicherste Bundesland ist. Wir haben die geringste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote in Deutschland zu verzeichnen. Schülergruppen sage ich immer wieder: Wenn ihr Verbrecher werden wollt, tut das nicht in Bayern. Verbrechen sind in Bayern kein gutes Geschäftsmodell.

Wie uns die Zahlen zeigen, führt das zu einer hohen objektiven Sicherheit in Bayern. Es führt aber auch zu einem hohen subjektiven Gefühl der Sicherheit bei den Menschen; das ist wichtig, damit sie gerne hier leben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein zentraler Grund ist die gut ausgebildete, gut weitergebildete, gut ausgestattete und vor allem hoch motivierte, hervorragende bayerische Polizei. Dem Dank, der schon

geäußert wurde, schließe ich mich natürlich an. Meine Damen und Herren, das kommt aber alles nicht von selbst, sondern ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen, konsequenten Politik der inneren Sicherheit in Bayern: Deeskalation durch Stärke und konsequente Strafverfolgung. Das ist das Gegenteil von dem, was Frau Kollegin Schulze heute dargestellt hat, nämlich die Bagatellisierung bestimmter Straftaten. Das Verbot von Tüten, die man tragen kann, und das Erlauben von Tüten, die man rauchen kann, ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die Konsequenz einer gelungenen Integration, über die wir sicherlich heute im Hohen Hause noch ausführlich sprechen werden. Wir haben keine Bandenstrukturen, keine Parallelgesellschaften und keine Paralleljustiz in unserem Land. Wir müssen dafür sorgen, dass das in Zukunft auch so bleibt. Darum fordern wir Sie auf, sich unserem Weg in der Asylpolitik anzuschließen.

Wir haben einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung. Dies kann man den Aussagen der Polizisten aus anderen Bundesländern entnehmen, die beim G-7-Gipfel im Einsatz waren. Sie waren vom positiven Zuspruch der Bürger zu ihrem Einsatz und ihrer Arbeit überrascht. Die bayerische Polizei hat einen hohen Rückhalt in der bayerischen Politik, jedenfalls bei der Staatsregierung und bei der CSU-Fraktion. Wir stehen zur Polizei, und wir kennen sehr genau die Belastungen unserer Beamten und sind entsprechend aufgestellt. Herr Manfred Ländner hat das bereits ausgeführt. Denjenigen von Ihnen, deren Parteifreunde in anderen Bundesländern in der Verantwortung stehen, kann ich nur sagen: Sorgen Sie dafür, dass dort keine Polizeistellen abgebaut, sondern wie bei uns neue Polizeibeamte eingestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Für uns gilt aber auch: Vertrauen statt Misstrauen. Leider sind Ihre Beiträge in dieser Debatte scheinheilig, weil Wort und Tat auseinanderfallen. Das sage ich insbesondere in Richtung der GRÜNEN, bei denen Misstrauen gegenüber der Polizei im Vordergrund steht.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Sie sind scheinheilig!)

Allein in dieser Legislaturperiode gab es 350 Schriftliche Anfragen der Oppositionsfaktionen im Zusammenhang mit dem Stichwort Polizei. Davon fielen 150 allein auf die GRÜNEN.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Erst am Wochenende hatten wir in der Landtagspost eine Kaskade von Anfragen zum G-7-Gipfel. Sie versuchen immer, das Haar in der Suppe zu finden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir sind fleißige Parlamentarier! Wir arbeiten was!)

Sie bringen es einfach nicht über das Herz und über die Lippen zu sagen: Der G-7-Gipfel war sehr erfolgreich.

(Beifall bei der CSU – Ulrike Gote (GRÜNE): Sie sollen nicht unsere Arbeit bewerten!)

Meine Damen und Herren, dafür spannen Sie nicht nur die Ministerien und die Ministerialbeamten ein, sondern – das ist der eigentliche Skandal – erzeugen auch schlechte Stimmung bei den Beamten.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Ein Gespräch mit der DPoIG-Jugend vor einigen Wochen hat ergeben, dass die Anfragen, insbesondere von Ihnen, Frau Schulze, die Beamten unmittelbar belasten.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN)

Kritische Anfragen aus dem Landtag zu jedem Einsatz, den ein Beamter macht, werden nicht nur im Innenministerium bearbeitet, sondern gehen hinunter bis zu dem Beamten, der im Einsatz war. Der Beamte erhält den Eindruck, dass er für seine Arbeit Misstrauen erntet und in die rechte Ecke gestellt wird. Er muss sich ununterbrochen rechtfertigen. Können Sie sich vorstellen, welche Auswirkungen das auf den einfachen Beamten hat und wie seine künftige Einsatzmotivation aussehen wird? - Das ist die Rückmeldung, die ich bei vielen Gesprächen mit der Polizei bekomme.

(Beifall bei der CSU)

Das Gleiche gilt auch für die SPD-Anfragen zu den USK-Einsätzen in Mittelfranken. Das ist eine verdrehte Welt, die nicht mit dem zusammenpasst, was Kollege Professor Gantzer heute gesagt hat.

Ich kann nur sagen: Wir stehen hinter der Polizei. Das zeigt der heutige Nachtragshaushalt. Mit 500 neuen Beamtenstellen und 80 zusätzlichen Tarifstellen ist das ein starkes Paket. Das nenne ich Handeln. Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben ihre Hausaufgaben gemacht. Die Opposition muss noch nachsitzen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzter hat Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen in diesem Jahr und insbesondere in diesen Wochen bei ihrer Arbeit unter einer enormen Belastung. Das gilt – das will ich ausdrücklich sagen – auch für die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei, für diejenigen, die normalerweise ihren Dienst in Bayern verrichten, und für diejenigen, die aufgrund der aktuellen Situation aus anderen Bundesländern hergeschickt werden.

Schon der G-7-Gipfel auf Schloss Elmau war der bislang wohl größte Einsatz der bayerischen Polizei. Dank der hervorragenden Zusammenarbeit aller polizeilichen und nicht polizeilichen Einsatzkräfte von Bund, Ländern und auch dem Nachbarland Österreich sowie unserer hoch motivierten Beamten haben wir den Gipfel erfolgreich bewältigt.

Frau Kollegin Schulze, an dieser Stelle möchte ich Ihnen deutlich sagen: Aus meiner Sicht ist es unverschämte und skandalös, im Zusammenhang mit diesem großartigen Einsatz rund um Elmau das Wort "Overkill" zu verwenden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine Unverschämtheit gegenüber allen eingesetzten Polizeibeamten. Laut der internationalen Presse war es der friedlichste G-7-Gipfel, den es aufgrund des erfolgreichen Einsatzes der deutschen Polizei seit Jahren weltweit gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, insgesamt leistet unsere Polizei auch in dieser extrem schwierigen Situation eine höchst erfolgreiche Arbeit. Das gilt für Tausende von Alltagssituationen. Das gilt auch für das Oktoberfest in München. Nach wie vor können die Menschen in Bayern sicherer leben als anderswo. Deshalb spreche ich an dieser Stelle in erster Linie ein ganz herzliches Dankeschön an unsere bayerische Polizei und auch an die Kollegen der Bundespolizei für diesen großartigen Einsatz aus. Trotz der extremen Belastungen haben die Einsatzkräfte dank der hohen Motivation ein großartiges Ergebnis erzielt. Meine Damen und Herren, vielen Dank an unsere Polizei!

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich müssen wir als Staatsregierung dafür sorgen, dass wir unsere Polizei nicht überlasten, sondern entlasten. Dazu trägt vor allen Dingen die konsequente Personalpolitik in der Staatsregierung bei. Seit Antritt unseres Ministerpräsidenten Horst Seehofer hat die bayerische Polizei über 2.000 neue Stellen erhalten. Wenn man diese mit den Stellen zusammenzählt, die mit dem Nachtragshaushalt geschaffen werden sollen, sind das über 2.100 echte Stellen und über 2.000 neue Ausbildungsstellen. Das ist einmalig in ganz Deutschland. Keine andere Polizei in Deutschland ist in den letzten Jahren zusätzlich so stark ausgestattet worden wie die bayerische Polizei. Es ist gut, dass endlich die Bundespolizei auch zusätzliche Stellen erhält. In andern Bundesländern ist die Polizei abgebaut worden. Wir stehen zu unserer Polizei. Keine andere Landesregierung sorgt für eine so gute Ausstattung und personellen Nachwuchs der Polizei wie die bayerische. Ein herzliches Dankeschön an unsere Kolleginnen und Kollegen im Kabinett, an unseren Ministerpräsidenten und die Kolleginnen und Kollegen der Mehrheitsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir stehen zu unserer Polizei. Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass sie eine konsequente und erfolgreiche Arbeit leisten kann.

Lieber Herr Kollege Professor Gantzer, Sie haben sich bemüht gefühlt, das Thema der Transitzone einzuführen. An dieser Stelle möchte ich Ihnen sagen: Das war ausnahmsweise – das möchte ich Ihnen zugutehalten – ziemlich daneben. Ja, es geht um einen konzentrierten Einsatz zum besseren Schutz unserer Grenzen und um eine Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge, die in unser Land kommen. Unterm Strich wird die Arbeit dadurch jedoch nicht mehr. Wir haben eine bestimmte Anzahl von Flüchtlingen, deren Ausweise kontrolliert werden müssen, um festzustellen, ob sie berechtigt sind, hierzubleiben. Diejenigen, die keine Berechtigung haben, hierzubleiben, müssen alsbald wieder außer Landes gebracht werden. Der Sinn des Ganzen ist es, dass sich die Kontrollen nicht über Wochen und Monate hinziehen und über ganz Deutschland verteilt werden, sondern konzentriert an der Grenze oder in der Nähe der Grenze stattfinden.

Das wird Aufgabe der Bundespolizei und des Bundesamtes sein. Aber unter dem Strich wird die Arbeit dadurch nicht mehr, sondern sie wird konzentrierter und effizienter durchgeführt. Meine Damen und Herren, lieber Herr Kollege Gantzer, deshalb ist Ihre Rechnung falsch, dass durch die Einrichtung solcher Transitzone eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Polizei entstünde. Wenn es die Bundespolizei und das

BAMF richtig anpacken, wird die Arbeit für die bayerische Polizei sogar weniger, meine Damen und Herren. Das ist zwar nicht der Hauptzweck dieser Transitzone; aber Ihre Argumentation geht völlig daneben, lieber Herr Kollege Gantzer.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es besteht kein Zweifel daran: Die momentane extreme Belastung der Polizei in unserem Land und in anderen Ländern und der Bundespolizei, aber auch vieler anderer Einsatzkräfte, kann nur dauerhaft reduziert werden, wenn es uns gelingt, die extrem hohen Flüchtlingszahlen zu reduzieren.

(Hans Herold (CSU): So ist es!)

Der Herr Ministerpräsident wird Ihnen gleich erklären, was dazu notwendig ist. Ich sage aber schon an dieser Stelle deutlich: Wir, die Bayerische Staatsregierung und die Mehrheit in diesem Landtag, stehen ganz klar zu diesem Ziel. Wir müssen die Flüchtlingszahlen reduzieren, weil sie für unsere Polizei, aber auch für viele andere in unserem Land, auf Dauer insgesamt eine Überlastung darstellen. Deshalb müssen wir dieses Thema jetzt angehen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

### **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Flüchtlingspolitik**

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident. – Bitte schön.

**Ministerpräsident Horst Seehofer:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wohl kein anderes Thema wühlt seit vielen Monaten die Bevölkerung in unserem Land so auf wie die Zuwanderungs- und Flüchtlingsfrage. Deshalb ist es für politisch Verantwortliche zualtererst Pflicht, den Menschen klar zu sagen, wie wir die Probleme lösen wollen, und zwar nicht durch warme und schöne Worte, sondern durch eine kluge Politik mit klarem Handeln. Das ist jetzt unser Auftrag.

(Beifall bei der CSU)

Ich war gestern Abend auf Wunsch der Landräte aus den Grenzregionen Bayerns in Deggendorf. Nun sind unsere Kommunalpolitiker, unsere Landräte und Oberbürgermeister gestandene Persönlichkeiten, die

in ihrem Alltag täglich eine Menge aufarbeiten und viel stemmen. Ich habe noch nie Landräte und Oberbürgermeister – insgesamt waren es neun – in solcher Betroffenheit angetroffen wie gestern Abend im Landratsamt Deggendorf. Sie sind an der Grenze ihrer Belastbarkeit, und zwar nicht in ihren Behauptungen, sondern real. Sie erkennen bei der Bundesregierung weder Ziel noch Plan. Jeden Tag improvisieren sie und treffen Notmaßnahmen. Zuletzt sind am 13. Oktober über 8.000 Flüchtlinge nach Bayern gekommen. Seit 1. September bis zum 13. Oktober sind knapp 300.000 Flüchtlinge in Bayern angekommen.

Auch die Regierungspräsidenten waren zu Gast. Diese haben uns berichtet, dass wir, wenn dies bis Ende des Jahres so weitergehe – und es gibt keine Zeichen der Entspannung –, bis Ende des Jahres, gemessen an der Situation Anfang September, die Unterbringungskapazitäten in Nieder- und Oberbayern, auch in ganz Bayern, verdoppeln müssen. Ich sage das, damit man die Größe der Aufgabe sieht, vor der die Verantwortlichen stehen. Ich sage noch einmal: Bezogen auf den Zeitpunkt Anfang September ist bis Ende des Jahres eine Verdoppelung der Aufnahmekapazitäten und der Unterbringungsmöglichkeiten erforderlich.

Der Regierungspräsident von Niederbayern weist uns darauf hin, dass er, sollte es nicht gelingen, in den nächsten Tagen neue öffentliche Einrichtungen zu erhalten, aufgrund seiner Verpflichtung, die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen, schon in einigen Tagen zur Beschlagnahme von Unterbringungsmöglichkeiten angehalten wäre. Das ist die aktuelle Situation, meine Damen und Herren, die Antworten verlangt und in der Ortsbesichtigungen, schlaue Sprüche oder auch warme Worte nicht weiterhelfen. Was die Menschen jetzt brauchen, sind Taten. Vor dem Hintergrund der Äußerungen des Regierungspräsidenten möchte ich hier für die Staatsregierung sagen: Eine Beschlagnahme privaten Wohneigentums kommt für uns nicht infrage.

(Beifall bei der CSU)

Nicht wenige der Landräte und Oberbürgermeister stellen sich die Frage, ob es noch Sinn macht, in diesem System mitzuwirken, in dem wir gar nicht so viel erledigen können, ohne gleich wieder Neues beherrschen zu müssen. Auch Improvisationen und Notmaßnahmen sind endlich. Die Landräte können sehr genau vorrechnen, wie viele Turnhallen sie überhaupt noch haben. Selbst wenn diese in Notsituationen belegt würden, wäre auch diese Möglichkeit irgendwann nicht mehr gegeben, und zwar im Laufe dieses Jahres. Ich bin froh, dass sich gestern alle Gesprächsteilnehmer ? obwohl sie aufgewühlt und betroffen waren

und gesagt haben, so kann es nicht weitergehen, wir werden da oben in Berlin nicht gehört ? nach einer Abwägung bereit erklärt haben, mit Improvisation und den Notmaßnahmen weiterzuarbeiten. Dies geschieht aus Verantwortung vor der Gesundheit und vor dem Leben der Flüchtlinge. Meine Damen und Herren, wir sind aber verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass diese Alarmsignale der Kommunalpolitiker in Berlin endlich gehört werden.

(Beifall bei der CSU)

Nach meiner tiefen Überzeugung müssen wir jetzt der gesamten Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik in Deutschland Ordnung und Inhalt geben. Zurzeit gilt keine Ordnung. Es gilt kein Vertrag, es gilt kein Gesetz. Meine Damen und Herren, ich hätte mir in meiner gesamten politischen Laufbahn nie vorstellen können, dass ich mich als Ministerpräsident des Freistaats Bayern dafür rechtfertigen muss, wenn ich dafür werbe, den Rechtsstaat wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Niemand vor Ort, weder die Vertreter des Staates noch die Kommunalpolitiker noch die Hilfsorganisationen, weiß, nach welchem System und nach welchen Regeln wir zurzeit in Europa und Deutschland handeln. Wenn die Menschen nicht den Glauben an unseren Rechtsstaat verlieren sollen, müssen wir wieder Ordnung und Inhalt in dieses Handeln bringen. Ich sage Ihnen: Das wird ohne Begrenzung der Zuwanderungszahlen nicht gehen. Dies soll in rechtsstaatlich einwandfreier Weise mit einer klaren politischen Konzeption geschehen. Meine Damen und Herren, ohne Begrenzung der Zuwanderung werden wir als staatliche Gemeinschaft in Deutschland und Europa grandios scheitern.

(Beifall bei der CSU)

Kein Land auf dieser Erde nimmt unbegrenzt Zuwanderer und Flüchtlinge auf. Das ist auch nicht zu verkraften, von keiner Gesellschaft auf dieser Erde. Das ist kein Widerspruch zum Schutz für Asylbewerber, die wegen ihrer religiösen oder politischen Überzeugung um ihre Gesundheit, um ihre Menschenwürde oder um ihr Leben fürchten müssen. Diesen Schutz stellen wir nicht infrage. Ich bin auch kein Anhänger der Idee, das Grundrecht auf Asyl infrage zu stellen.

Meine Damen und Herren, ohne eine Begrenzung der Zuwanderung werden wir die Integration der Zuwanderer in unsere Gesellschaft nicht schaffen. Ohne die Begrenzung der Zuwanderung werden wir die Akzeptanz und die Solidarität der Bevölkerung gegenüber

Zuwanderern verlieren. Ohne eine Begrenzung der Zuwanderung werden wir auch unabsehbare Sicherheitsprobleme für unseren Staat bekommen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Bundestagspräsident Norbert Lammert – wer ihn genauer kennt, weiß, dass er der Inbegriff von Liberalität und Toleranz ist – veröffentlicht heute folgende zwei Sätze: Nicht alle, die in Deutschland ihre Zukunft begründen wollen, können nach Deutschland kommen und hierbleiben. Und er fügt ein weiteres Argument zu den Argumenten hinzu, die ich gerade genannt habe. Er sagt: Die Begrenzung der Zuwanderung ist eine notwendige Voraussetzung für das Einlösen des Asylrechts. Er bestätigt damit, was ich gerade gesagt habe. Wir werden auf Dauer den notwendigen Schutz für verfolgte Menschen auf dieser Welt nicht gewähren können, wenn wir uns nicht auf eine Begrenzung der Zuwanderung verständigen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Wenn wir bei der Zahl der Zuwanderer keine Grenzen setzen, wird uns die Bevölkerung die Grenzen setzen, und zwar durch den Entzug ihres Vertrauens. Das gilt für jede Regierung, ob in Berlin oder in München. Das wäre die Folge.

(Beifall bei der CSU)

Seit einigen Tagen gibt es schon wieder eine eigenartige Diskussion. Offensichtlich ist bei der Zuwanderungsbegrenzung alles möglich, wenn es nur weit genug weg ist. Wenn es um die Türkei, um Griechenland oder um Italien geht, ist jeder Vorschlag richtig. Wenn die Vorschläge jedoch das eigene Land betreffen, sind viele Haare in der Suppe. Wir können nicht glaubwürdig von der Türkei verlangen, dass sie ihre Grenzen sichert, aber gleichzeitig sagen: Unsere eigenen Grenzen können wir gegen eine Einwanderung nicht schützen. Meine Damen und Herren, das geht nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir befinden uns nicht in der komfortablen Lage, aus der Vielzahl der Vorschläge einen auswählen und dann der Bevölkerung ehrlichen Gewissens sagen zu können, jetzt sei das Problem gelöst, ihr müsst nur noch ein paar Wochen Geduld haben. Wir müssen vielmehr mehrere Vorschläge gleichzeitig und parallel auf den Weg bringen, weil kein Vorschlag für sich genommen ausreicht, um die Wirkung zu entfalten, die wir brauchen.

Wir wissen bei vielen Vorschlägen nicht, wie lange es dauern wird, bis sie realisiert werden. Wer möchte heute prophezeien, wie lange es dauern wird, bis wir mit der Türkei eine Vereinbarung geschlossen haben? Wer kann heute sicher vorhersagen, ob die Hotspots auf einer griechischen Insel wirksam dazu beitragen werden, den Zuwanderungsstrom zu dämpfen?

Wir sind nicht in der komfortablen Situation, aus einem großen Topf verschiedene Maßnahmen mit Pros und Kontras auswählen zu können. Wir müssen vielmehr alle Maßnahmen, die rechtsstaatlich machbar sind, ergreifen und sie in sehr kurzer Zeit umsetzen. Ich sagte bereits, dass dazu auch die klare politische Äußerung für die Weltöffentlichkeit gehört, dass auch in einem reichen und solidarischen Land wie Deutschland Grenzen der Zuwanderung bestehen. Wir können nicht alle Menschen aufnehmen, die zu uns kommen wollen. Das ist die klare politische Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört außerdem, dass wir in Europa wieder das Dublin-Verfahren in Kraft setzen und anwenden. Ich habe es noch nicht erlebt, dass einfach erklärt werden kann, dass etwas nicht mehr gelte. Mit einer solchen Entscheidung müssten sich zumindest die Parlamente beschäftigen. Im Grunde hatten wir eine gute Regel, nach der die Verfahren innerhalb der Europäischen Union in den Ländern durchgeführt werden, in die der Flüchtling zuerst kommt. Diese Länder sind sicher. Das ist eine der Voraussetzungen dafür, dass sie der Europäischen Union angehören können. Bei der Abschaffung der Binnengrenzen, der nationalen Grenzen, haben wir der Bevölkerung versprochen: Wir schaffen diese Grenzen ab, aber wir gewährleisten eure Sicherheit a) durch das Schengener Abkommen, also durch die Kontrolle an den Außengrenzen, und b) durch das Dublin-Verfahren, wonach bei Asylverfahren die Registrierung der Flüchtlinge in den Ländern durchgeführt wird, die der Flüchtling zuerst betritt.

Anhand der Entwicklung der Flüchtlingszahlen seit September können wir sehr genau ablesen, dass genau die Aufhebung dieses Grundsatzes zu der Sogwirkung geführt hat, die wir prophezeit haben. Deshalb ist es neben dem genannten politischen Signal notwendig, das Dublin-Verfahren wieder in Kraft zu setzen und die Regeln von Dublin wieder zum Tragen zu bringen. Wir können nicht einfach Flüchtlinge in andere Länder zurückweisen, wenn das Dublin-Verfahren nicht angewendet wird.

Warum sollten die Länder Flüchtlinge nicht einfach durchwinken, wenn sie wissen, dass sie nicht damit

rechnen müssen, dass diese Flüchtlinge wieder in ihr Land zurückkommen? Das kalkulieren einige Länder sogar ein, wenn sie die Flüchtlinge per Bus an die Grenze fahren. Gestern Abend habe ich erfahren, dass Flüchtlinge nicht nur an einen bestimmten Punkt der Grenze gebracht werden, sondern dass sie, wenn sich an diesem Ort bereits mehrere Flüchtlinge befinden, manchmal 30 km weiter nach Süden gefahren werden. Die Flüchtlinge gehen danach über die bayerische Grenze, wo sie dann wiederum 30 km zurück in ein Aufnahmezentrum gefahren werden. Das ist die Lage.

Die Bayerische Staatsregierung tritt nachdrücklich für die Schaffung von Transitzentren ein. Joachim Herrmann hat dies bereits angesprochen. Dies ist eine Möglichkeit, die das europäische Recht für diesen Fall vorsieht. Ich verspreche mir von diesem Lösungsansatz sehr viel; denn die sicheren Herkunftsstaaten liegen nicht nur auf dem Balkan, sondern auch in Afrika.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Kontingentierung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Ich unterstütze diesen Vorschlag meiner Fraktion ausdrücklich. Das gilt auch für die anderen Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um zu einer Kontingentierung der Bürgerkriegsflüchtlinge zu kommen. Bei der Verteilung der Kontingente müssen auch Staaten einbezogen werden, die gerade im Hinblick auf diese Flüchtlinge eine besonders hohe Verantwortung haben, wie die Vereinigten Staaten und die arabischen Staaten.

(Beifall bei der CSU)

Nur wenn wir diese Maßnahmen insgesamt durchführen, einschließlich der Kontrolle und des Schutzes unserer EU-Außengrenzen, wird es zu einer wirksamen Begrenzung des Flüchtlingszustroms kommen. Ich bin ziemlich sicher, dass wir uns auch in dieser Frage früher oder später durchsetzen werden. Das entspricht meiner Erfahrung in der Flüchtlingsdiskussion der letzten zwei Jahre. Wir haben zu einem relativ frühen Zeitpunkt, exakt vor über zwei Jahren, darauf hingewiesen, dass es notwendig ist, das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge massiv aufzustocken. Dort sind heute immer noch weniger Leute als am Beginn der Neunzigerjahre beschäftigt, obwohl damals die Flüchtlingszahlen deutlich geringer waren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dank eurem Innenminister!)

Meine Damen und Herren, mir wurde immer gesagt, wir hätten über 100 Kulturen, und es gäbe keine Dolmetscher. Jetzt, im Oktober 2015, wird dieses Thema Gott sei Dank aufgegriffen. Wir wurden lange nicht gehört. Wenn das jemand in der Bundesrepublik Deutschland schafft, dann ist es Herr Weise, den ich

gut kenne. Ihm wünsche ich von ganzem Herzen Glück dabei, dass er die 300.000 Rückstände und auch die Arbeit der Zukunft gut meistert. Er ist ein hervorragender Beamter.

(Beifall bei der CSU)

Seit Langem fordern wir in umfassender Weise die Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten. Seit Langem fordern wir, dass bei Menschen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, die Sozialleistungen eingestellt werden. Reden Sie einmal mit den Regierungschefs der osteuropäischen Staaten!

(Zuruf von der SPD: Mit Orbán!)

Sie waren allesamt bei mir und haben mich im Hinblick auf den Balkan darauf hingewiesen, dass die Höhe der Sozialleistungen ein ganz wesentlicher Anreiz für die Flüchtlinge ist. Deshalb haben wir auch immer gefordert, in diesen Fällen nicht Geldleistungen, sondern Sachleistungen zu gewähren und die Sozialleistungen dann einzustellen, wenn die Ausreisepflicht vollziehbar besteht. Das alles einschließlich zusätzlicher Stellen beim BAMF fordern wir seit langer Zeit.

Wie sehr bin ich persönlich dafür gescholten und mit Spott und Häme überzogen worden! Ich fahre am Freitag nur deshalb in den Bundesrat, um all denen bei der Abstimmung zuzuschauen, die mich seit mehr als zwei Jahren deswegen kritisieren und die am Freitag ihre Hand heben und diesen Maßnahmen zustimmen werden. Unter den Mitgliedern der Landesregierungen werden auch nicht wenige von den GRÜNEN sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Aufgrund meiner politischen Erfahrung sage ich Ihnen: Wenn man ein Problem klipp und klar identifiziert, wenn man menschliche Verhaltensweisen und das, was auf die Menschen wirkt, berücksichtigt, wenn Menschen bestimmte politische Äußerungen als Einladung begreifen und wenn in den Flüchtlingslagern gesagt wird, die Deutschen wollen, dass die Menschen hierher kommen, dann ist man als verantwortlicher Politiker gut beraten zu handeln. Wenn der Politiker unter Zwang handelt, weil ihn die Situation dazu zwingt, wenn er nicht mehr die Freiheit hat, die richtige Entscheidung zu treffen, wenn er nur mehr auf die tatsächliche Entwicklung reagieren kann, dann werden ihm die Leute diese Entscheidungen auch nicht mehr abnehmen. Wir müssen rechtzeitig und in Freiheit handeln und das Richtige tun. Niemand kann ernstlich bezweifeln, dass wir nach der deutschen Einheit und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise vor

der dritten großen Herausforderung der letzten 25 Jahre stehen. Ich rufe deshalb zum Handeln auf.

(Beifall bei der CSU)

So, wie wir am Freitag recht bekommen werden, werden wir auch in der Frage der Zuwanderungsbegrenzung recht bekommen. Jetzt möchte ich in aller Zurückhaltung und Sachlichkeit Folgendes an die Seite der Opposition sagen: In den letzten Tagen – das mache ich eigentlich immer, aber jetzt besonders konzentriert – habe ich mit allen gesellschaftlichen Gruppen gesprochen, die Tag für Tag bis zur Erschöpfung für die Flüchtlinge und die Menschen, die zu uns kommen, und deren Versorgung arbeiten. An dieser Stelle übrigens noch einmal Danke für diese unglaublich große Leistung der Menschen in unserem Land!

(Allgemeiner Beifall)

Das, was hier geschieht, ist praktizierte Nächstenliebe. Da wird nicht groß gesprochen, da wird rund um die Uhr gearbeitet, und dies seit vielen Wochen.

Ich habe mit den Kirchen, mit den Wohlfahrtsorganisationen, mit den Hilfsorganisationen, mit den Schulen, den Lehrern und den Schulleitern, mit den Kommunalpolitikern und mit den Medizinern und den Krankenhäusern gesprochen. Ihnen, der Opposition, will ich etwas vermitteln, was mir vonseiten der Hilfsorganisationen ans Herz gelegt wurde. Sie haben gesagt: Sagen Sie doch bitte im Bayerischen Landtag, dass die Frage der Flüchtlinge uns alle zusammenführen muss. Diese Frage darf nicht dazu führen, dass sich unsere Gesellschaft spaltet, dass wir im Landtag einen parteipolitischen Streit, der bei anderen Themen sein muss, austragen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sehr richtig!)

Wir sind dazu bereit, damit Sie das nicht falsch einstufen. Die Hilfsorganisationen haben gesagt: Es geht doch jetzt auch um Bayern und darum, wie wir in Bayern und damit auch in Deutschland das alles bewältigen. Deshalb möchte ich diese Aufforderung an mich gerne aufgreifen und hier im Parlament dafür werben, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen diese Fragen bei aller Notwendigkeit, über die Richtigkeit des einen oder anderen Weges zu diskutieren, gemeinsam behandeln. Deshalb sage ich das im Auftrag der Hilfsorganisationen. Ich mache der Opposition das Angebot, vielleicht zu versuchen, dass wir jedenfalls die Kernfragen unserer Zuwanderungs- und Integrationspolitik gemeinsam weiterverfolgen und darüber entscheiden. Das ist mein Anliegen.

(Beifall bei der CSU)

Die Zuwanderungsbegrenzung ist das eine. Wir müssen aber auch in Berlin die Alarmsignale der Kommunalpolitiker und der Helfer ernst nehmen. Wir dürfen nicht sagen: Die Bayern sind so gut, die werden das auch im nächsten Jahr noch machen. Es sind fundierte Alarmsignale, es sind keine leeren Drohungen oder Worthülsen. Ich möchte in wenigen Wochen nicht hören: Das hätte man uns sagen müssen.

Deshalb sage ich auch hier noch einmal bewusst: Niemand anderes als der Bund ist für die Zuwanderung und für das Aufenthaltsrecht zuständig. Bei all den Komplikationen, Schwierigkeiten und Problemen, die wir im Alltag haben, sage ich Ihnen: Für diese Aufgabe wird Bayern nicht die politische Verantwortung tragen. Für alles das, was dabei in der Praxis stattfindet oder noch stattfinden wird, trägt derjenige die Verantwortung, der die Regeln dafür bestimmt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Das ist billig!)

Eines geht nicht, meine Damen und Herren: Im Juli haben wir bei der Ministerpräsidentenkonferenz von der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung das schöne Wort der Verantwortungsgemeinschaft gehört. Im Fall der Zuwanderungszahlen sieht die Verantwortungsgemeinschaft aber so aus, dass der Bund die Regeln setzt und die Verantwortlichen vor Ort die Gemeinschaft pflegen müssen. Meine Damen und Herren, das geht nicht!

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie sind ja Bund!)

Die zweite Säule, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern und die Integration zu stärken, ist uns ebenso wichtig. Dabei sind alle Verantwortlichen in Bayern schon gut. Wir sind ein Land der gelingenden Integration. Im Juli habe ich hier vor dem Parlament gesagt, dass wir fast zwei Millionen Menschen in den letzten 25 Jahren aufgenommen haben. Bei uns gelingt die Integration. Ich denke dabei nur an die Anteile der Migranten in den Ballungsräumen München, Augsburg, Ingolstadt, Regensburg, Würzburg und Nürnberg. Wir haben damit bis jetzt keine ernsthaften Probleme. Die Bevölkerung in Bayern macht Integration so, dass sie gelingt. Wir leben nicht gegeneinander, sondern miteinander. Wir haben auch immer Wert darauf gelegt, dass es nicht zu Parallelgesellschaften kommt. Das müssen wir jetzt fortsetzen und verstärken.

Das bayerische Kabinett hat am vergangenen Freitag zusätzlich zu dem, was im Haushalt für 2015 und 2016 schon vorgesehen ist, ein Paket für eine deutliche Verstärkung der Integrationsbemühungen beschlossen. Nachdem ich die Situation in den anderen

Bundesländern ziemlich gut kenne, darf ich hier sagen: Das ist in der ganzen Bundesrepublik Deutschland erstmalig und einmalig. Das ist glaubwürdige Politik, meine Damen und Herren: sich nicht nur mit den Flüchtlingszahlen zu beschäftigen, was aus bestimmten Gründen zwingend notwendig ist, sondern auch mit den Menschen, die sich hier um die Flüchtlinge kümmern, damit die Flüchtlinge, soweit sie schutzbedürftig sind und Bleiberechte haben, vorübergehend oder dauerhaft, gut integriert werden. Das ist eine zutiefst humane Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage Ihnen: Wenn uns die Integration nicht gelingt – sie muss uns gelingen, und bei dem Teil sage auch ich: Wir schaffen es, aber nur bei diesem Teil –, dann geht das zuallererst zulasten der kleinen Leute in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

Mich alarmieren – ob die Meldungen stimmen, weiß ich nicht – so manche Vorkommnisse an Tafeln in diesen Tagen. Ich kenne aus meiner Erfahrung von Anfang der Neunzigerjahre die Konkurrenzsituation um Arbeitsplätze und Wohnungen. Wenn man vermeintlich den einen etwas wegnimmt, um es den anderen zu geben, schafft das böses Blut. Deshalb sage ich für die gesamte Bayerische Staatsregierung: Wir werden weder beim Wohnungsbau noch bei den Arbeitsplätzen noch bei den Ausbildungsplätzen noch bei den Sozialleistungen irgendeinem Menschen in Bayern etwas wegnehmen, um mit dem Weggenommenen die Flüchtlinge zu versorgen. Das wollen wir nicht. Das, was wir tun, muss mit Zusatzanstrengungen erfolgen und nicht mit Kürzungen.

(Beifall bei der CSU)

Das, was wir machen, gilt für alle in unserem Lande. Das gilt auch für diejenigen, die hier leben. Das möchte ich deutlich machen für den gesamten Bereich, den Sie gerade diskutiert haben: die Polizei, die Justiz, die öffentliche Verwaltung, die Behörden, die Schulen. Zusammen mit den Stellen im Stammhaushalt schaffen wir im Jahr 2016 knapp 5.500 neue Stellen, und zwar nicht, weil wir den Apparat aufblähen wollen. Wir schaffen diese 5.500 Stellen, über 3.700 durch die Entscheidung des Kabinetts vom Freitag. Für die Leute war beeindruckend, dass sie einmal einer Politik begegnen, die ihnen nicht nur Danke sagt für die große Leistung, die sie nicht nur mit warmen Worten wieder nach Hause schickt, sondern die sie durch Taten erleben lässt: Jawohl, die nehmen unsere Belastung und unsere Argumente ernst, dass es so nicht weitergehen kann, bei gleichem Personal eine Million Flüchtlinge zu versorgen, viele davon vorübergehend,

weil sie über Bayern nach Deutschland kommen. Meine Damen und Herren, deshalb sagen wir: Wir brauchen mehr Polizeibeamte, um auch die Sicherheit unseres Landes zu schützen.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen mehr Justizbeamte, Staatsanwälte und Verwaltungspersonal in der Justiz. Der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs hat uns erläutert: Wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – BAMF – jetzt wirklich über Zehntausende von Anträgen in kurzer Zeit, wie angekündigt, entscheidet, gehen Sie bitte davon aus, dass die Hälfte davon wieder bei uns, beim Gericht landet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch was!)

Wenn Sie nicht wollen, dass der Antragsstau an das Gericht weitergereicht wird, dann müssen Sie uns die Stellen geben. – Diese Stellen haben wir auch gegeben. Wir haben noch Folgendes gemacht – das bitte ich zu berücksichtigen, wenn wir in diesen Tagen schon so viel über Fairness sprechen –: Ich habe dem VGH-Präsidenten gesagt: Wir werden für das Jahr 2016 neben den neuen Stellen – 62 an der Zahl – eine Richterreserve schaffen, und zwar nicht nur für die Verwaltungsgerichte, sondern auch für die ordentliche Gerichtsbarkeit. – Darüber können Sie im Haushaltsausschuss reden. Ich habe auch nichts dagegen, wenn noch mehr zur Verfügung gestellt wird. Diese Richterreserve wird dann freigegeben, wenn die Praxis zeigt, dass wir sie brauchen, um die Aufgaben zu bewältigen. Das ist ein vernünftiger Vorgang.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN  
– Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Ich sagte es zu Beginn meiner Rede – ich war vor 20, 25 Jahren einmal Anhänger der Auflösung der Bezirksregierungen. Jetzt muss ich Ihnen sagen, das darf man im Leben auch einmal:

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann wären Gebäude frei geworden!)

Nach der Hochwasserkatastrophe, die die Regierungen mit gemanagt haben, und dem Erleben, was die Regierungspräsidenten und ihre Mitarbeiter seit vielen Wochen gemeinsam mit den Ausländerbehörden der Landratsämter und der Stadtverwaltungen leisten, müssen wir auch – das tun wir mit über 1.000 Stellen – die Verwaltungsbehörden unterstützen, meine Damen und Herren. Sie haben die Anerkennung verdient, und zwar nicht mit warmen Worten, sondern mit Taten. Sie müssen entlastet werden. Ich habe noch nie ein solches Gespräch mit Schulverbänden und Lehrerverbänden geführt, so positiv, so freundlich,

weil wir Mittel und Stellen zur Verfügung stellen – wenn ich es richtig im Kopf habe, für 1.700 Lehrer.

Meine Damen und Herren, wenn Integration gelingen soll, dann ist natürlich die soziale Integration einschließlich des Spracherwerbs notwendig, aber vor allem auch die Integration über den Beruf, über die Ausbildung.

(Beifall bei der CSU)

Bildung ist auch für die Zuwanderer das Tor zum Leben. Da vagabundieren immer noch viele Stellennahmen herum, als kämen lauter Ingenieure, Chefärzte und Facharbeiter.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das ist falsch. Aber man darf jetzt nicht bei der Feststellung verharren, 20 % seien Analphabeten, 90 % seien Menschen mit geringer oder ohne Qualifikation, sondern man muss darauf reagieren, indem man niedrigschwellige Angebote schafft, um viele Leute überhaupt zu qualifizieren, damit sie ausgebildet werden können. Dann müssen wir die Ausbildung organisieren, und dann müssen wir den Arbeitsplatz organisieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Alles schon beantragt! Alles abgelehnt!)

Darauf reagieren wir mit diesen Stellen. Das beginnt in der Schule und schon vorher im Kindergarten.

(Beifall bei der CSU)

Polizei, Justiz, Verwaltung, Lehrer – all dies gehört zu unserem Programm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken". Sie sehen allein an dem Personenkreis: Integration richtet sich nicht nur an die Zuwanderer, sondern Integration kann nur gelingen, wenn wir auch die Menschen, die hier in Bayern leben, in die Lage versetzen, von der Zeit, von den Stellen, von der gesamten Logistik, von der Organisation her diese Integration auch zu bewerkstelligen. Nur so hält unsere Gesellschaft zusammen.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Da könnten wir schon weiter sein! – Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Was machen denn Ihre Leute? Ihr habt gar nichts auf der Pfanne! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ihr habt alles abgelehnt! – Martin Güll (SPD): Jeder Antrag abgelehnt! – Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Und dann gibt es Dinge, die ganz wuchtig ausfallen. Ilse Aigner, Emilia Müller und Ludwig Spaenle haben mit der bayerischen Wirtschaft ein Projekt definiert,

das wir am Dienstag unterschrieben haben und das vorsieht, dass wir im nächsten Jahr 20.000 und bis zum Jahr 2019 mit Anstrengungen der Wirtschaft und Unterstützung der Politik sage und schreibe 60.000 Praktikanten-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze schaffen. Ich danke dem Handwerk, den Gremien der Industrie- und Handelskammern und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Das ist vorbildlich, wie die sich bei der Integration einbringen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Ich sage auch an die Adresse der Menschen, die hier leben: Wir haben viele Menschen, gerade junge Menschen, mit Handicaps, die auch bei einer guten wirtschaftlichen Lage Schwierigkeiten haben, auf dem Arbeitsmarkt einen Platz zu finden. Durch diese Zusatzmaßnahmen werden die Chancen, die Förderung und die Unterstützung für keinen Menschen auf dem deutschen Arbeitsmarkt beeinträchtigt. Ich kann allen, die hier leben, zusichern, dass auch ihre Förderung durch den Staat, durch die Politik und durch die Wirtschaft weiter und uneingeschränkt erfolgen wird. Auch das ist wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den sozialen Wohnungsbau: Bis zum Jahre 2019 sollen 28.000 staatliche geförderte Wohnungen entstehen. Dazu – das möchte ich hier sagen – muss auch noch viel im Planungsrecht, im Bauordnungsrecht geleistet werden. Das ist übrigens für uns alle – ich zähle mich auch dazu – eine große Chance über Entbürokratisierung nicht immer nur schöne Reden zu halten, sondern jetzt auch sinnvolle Entbürokratisierung im Bauplanungs- und -ordnungsrecht durchzuführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zu diesem Programm, dem Wohnungspakt für 28.000 Wohnungen, wird noch der frei finanzierte Wohnungsbau hinzukommen. Zu mir sagt man übrigens immer: Das Wichtigste sind hier Planungsrecht und Bauordnungsrecht, gerade im Großraum München. Aber wir sind noch in Verhandlungen mit dem Bund, um den frei finanzierten Wohnungsbau mit steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten anreizen zu können. Die Bayerische Staatsregierung wird sich dafür einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Und dann die Sprache! – Natürlich sind die Bundesagentur und der Bund bei der beruflichen Integration besonders gefordert, aber die Sprache ist auch in den Kindergärten, in der Schule und bei der Vorbereitung

auf Beruf und Ausbildung, in der sozialen Integration ein Bestandteil, der uns angeht. Deswegen verstärken wir die Sprachförderung auch in den Kindergärten und Kitas. Ich stimme unserer Landtagspräsidentin ausdrücklich zu, die mir bei jeder Gelegenheit sagt: Wartet doch nicht erst drei Monate ab – das ist die Frist für die Aufnahme einer Berufstätigkeit -, sondern findet ein Verfahren, um bei denen, die schutzbedürftig sind und aller Voraussicht nach hierbleiben können, schon in den ersten drei Monaten beginnen zu können. Jeder Tag ist dabei wertvoll; jeder Tag ist wertvoll, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Das ist ein kräftiges Integrationspaket, und das alles kommt zu dem hinzu, was Bayern ohnehin schon tut. Es wird zusätzlich – das werden wir heute Nachmittag von Markus Söder hören – etwa eine halbe Milliarde Euro ausmachen. Wir haben auch im Bund einiges zur Finanzierung solcher Dinge herausverhandelt.

Meine Damen und Herren, die schöne Botschaft für die Öffentlichkeit ist, dass wir dies und anderes jedenfalls für diesen Doppelhaushalt 2015/2016 finanzieren können, ohne unsere haushaltspolitischen Ziele, die für ganz Deutschland Vorbild sind, zu gefährden. Es bleibt beim ausgeglichenen Haushalt; wir werden keine Schulden aufnehmen, und wir werden auch weiter an der Schuldentilgung festhalten. Das ist eine klare Botschaft.

(Beifall bei der CSU)

Dass wir das jetzt alles finanzieren können, verdanken wir zum einen den Verhandlungen im Bund, zum anderen aber auch der Tatsache, dass wir über Jahre hinweg sehr vernünftig gewirtschaftet und auch eine Rücklage gebildet haben, wie es sie kein zweites Mal in Deutschland gibt, um für solche Situationen – es könnten auch andere Situationen sein, eine Konjunkturkrise usw. – eine Reserve zu haben. Wäre der Finanzminister Schwabe, müsste ich sagen: Er ist eine schwäbische Hausfrau; so muss ich sagen: Er ist eine fränkische - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Hausmann!)

- Er ist ein fränkischer Hausmann.

(Allgemeine Heiterkeit – Inge Aures (SPD): Das war ein Freud'scher Versprecher! – Weitere Zurufe)

Aber da gibt es keine Qualitätsunterschiede. Ist das vernommen worden? – Es gibt da keine Qualitätsunterschiede!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung wird dem Bayerischen Landtag ein Integrationsgesetz zuleiten.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir wollen eine fränkische Bratwurst!)

dass die Integration eine Richtung hat, nicht eine Beliebigkeit. Wir wollen Identität und Vielfalt; das ist ganz etwas anderes als Multikulturalität. Ich sage: Wer selbst das Grundrecht auf Asyl einfordert, muss auch die Grundrechte anderer respektieren.

(Beifall bei der CSU und den GRÜNEN)

Das ist die Grundrichtung unserer Integration.

(Beifall bei der CSU)

Und deshalb fordern wir diese Grundsätze bei der Integration ein. Übrigens hat der Präsident des Deutschen Bundestages sie heute als deutsche Leitkultur bezeichnet. Was sind wir dafür gescholten worden, als wir vor zehn Jahren die Notwendigkeit betont haben, dass die deutsche Sprache zur Integration gehört, dass man die Sprache des Landes lernt! – Alles ist zunächst kritisiert worden, wie jetzt auch wieder viele Vorschläge, und alles ist heute Allgemeingut.

(Natascha Kohnen (SPD): So ein Quatsch!)

Deshalb werden wir hier im Landtag eine anspruchsvolle Diskussion über die Identität unseres Landes, über die Grundwerte unseres Landes und – ich sage auch: – über die Leitwerte unseres Landes führen müssen. Das muss die Grundlage eines solchen Gesetzes sein.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein großartiges Land. Die Menschen, die hier leben, sind selbstbewusst und tolerant. Für uns in Bayern ist der Satz "Leben und leben lassen" täglich geübte Realität. Die Verwurzelung in Tradition und Kultur, in den Leitwerten einerseits und in Weltoffenheit andererseits zeichnen Bayern seit vielen Jahrhunderten aus. In diesem Zusammenhang hat mich ein Brief, den ich vor wenigen Tagen bekommen habe, sehr beeindruckt, ein Brief der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch. Sie hat darin Folgendes geschrieben:

Ich appelliere an Sie als Demokraten, das Thema Patriotismus und den Erhalt unserer Kultur und unserer Werte noch viel stärker als bisher auf die Agenda zu setzen.

(Beifall bei der CSU)

Ständig ist zu hören, wie darüber debattiert wird, wie sich unser Land nun verändern wird. Ich

– so Charlotte Knobloch –

bin der festen Überzeugung: Unser Land darf sich nicht verändern.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Bravo!)

Diesem Wort von Charlotte Knobloch muss man nichts hinzufügen. – Ich danke.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Bevor ich die Aussprache eröffne, möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, Gäste zu begrüßen. Auf der Ehrentribüne haben Herr Jeffrey Hovenier, Gesandter Botschaftsrat für politische Angelegenheiten der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, und Herr Konsul Scott Woodard, Leiter der politischen und wirtschaftlichen Abteilung am Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in München, Platz genommen. Ich heiße Sie herzlich willkommen und wünsche Ihnen einen informativen und angenehmen Aufenthalt in diesem Hause.

(Allgemeiner Beifall)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtrededzeit der Fraktionen beträgt 132 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 44 Minuten, SPD 33 Minuten, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 27,5 Minuten. Das Wort hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Rinderspacher von der SPD.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Ich möchte etwas von dem zurückgeben, was mein Leben mir geschenkt hat." Das sagt der 71-jährige Flüchtlingshelfer Helmut Schweiger aus München-Trudering. Helmut Schweiger hat sich zu seinem Geburtstag von seinen Freunden keine Geschenke gewünscht. Nach einem erfolgreichen und erfüllten Berufsleben hat er alles Wichtige, was er braucht, sagt er. Stattdessen hat er im Freundeskreis Geld ge-

sammelt und selbst noch etwas für die Flüchtlinge obendrauf gelegt. Seit vielen Monaten engagieren sich Waltraud und Helmut Schweiger in der Flüchtlingsunterkunft in der Münchner Fauststraße. Dort leben etwa 100 junge Männer, vorwiegend aus Eritrea. Sie sind aus dem afrikanischen Gulag vor einer der brutalsten Diktaturen geflüchtet, die es je auf dem schwarzen Kontinent gegeben hat. Waltraud und Helmut Schweiger engagieren jeden Sonntag Wochenendausflüge mit den Flüchtlingen, mit dem Radl geht es auf den bayerischen Bauernhof oder ins Deutsche Museum.

Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt sich mit Menschen wie Waltraud und Helmut Schweiger in diesen Monaten von seiner allerstärksten Seite.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Freistaat lassen sich nicht von Kleinmut, Verzagtheit, Zögerlichkeit und Kulturpessimismus regieren und beherrschen. Landauf, landab helfen pensionierte Lehrer jugendlichen Flüchtlingen bei den Hausaufgaben oder geben Deutschunterricht. Ehrenamtliche unterstützen Asylsuchende dabei, sich im Behörden- und Formulardschungel zurechtzufinden. Sie begleiten kranke Flüchtlingskinder bei Arztbesuchen. Jurastudenten bieten eine kostenlose Rechtsberatung an.

Unsere Landeshauptstadt München hat in diesen Wochen ihrem Ehrentitel "Weltstadt mit Herz" neues Gewicht gegeben, München steht damit exemplarisch für ganz Bayern. Die Münchnerinnen und Münchner reichen den Zufluchtsuchenden bei der Ankunft im Hauptbahnhof die Hand. Sie sind hilfsbereit und solidarisch. Sie verstehen den Hinweis der Bundeskanzlerin "Wir schaffen das" als ermutigende Aufforderung und lassen sich auch von missmutigen Bekundungen nicht abbringen. Der britische "Independent" schreibt mit Blick auf die Bilder aus München von einem moralischen Vorbild.

Wenn die CSU die bayerischen Bilder der Hilfsbereitschaft und des Willkommens als kontraproduktiv bezeichnet, wenn Herr Seehofer auch am Wochenende – wie auch heute in der Regierungserklärung – von der Kanzlerin wieder ein gegenteiliges Signal, also ein Signal des Nicht-Willkommens, der Abschottung und der Abschreckung, einfordert, hat die Bundeskanzlerin zu Recht irritiert reagiert, dass ausgerechnet ihre Schwesterpartei, eine sich christlich nennende Partei, öffentliche Zeichen der Hilfsbereitschaft und christlicher Nächstenliebe missbilligt.

(Beifall bei der SPD)

Die Kanzlerin hat bereits das Notwendige an ihre Schwesterpartei adressiert. Ich füge hinzu: Wir sollten die Macher der Mitmenschlichkeit in unserer bayerischen Gesellschaft bestärken und nicht von oben herab verunsichern. Wir sind stolz auf die hilfsbereiten Menschen in Bayern. Wir sind stolz auf dieses Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir erleben im Moment eine historische Phase, in der sich die Globalisierung in unserem Land für viele Menschen fühlbar von ihrer hässlichsten Seite präsentiert. Für viele Bayern ist das eine neue Erfahrung. Als Globalisierungsgewinner hatten wir in Bayern in den letzten Jahren enorme Wohlstandszuwächse. Als Exportland haben wir wie kaum eine andere Region in Europa von der globalisierten Welt der kurzen Wege und der kurzen Verbindungen profitiert.

Nun erlebt die bayerische Bürgerschaft internationale Politik von einer anderen Seite. Aleppo und Kundus waren Rosenheim und Schwabach noch nie zuvor so nahe wie in diesen Tagen. An einer solchen historischen Wegmarke ist es mitunter nützlich, einen kurzen Moment innezuhalten. Ich möchte an eine der ganz großen Regierungserklärungen hier im bayerischen Parlament vom 16. Dezember 1946 erinnern. In den Trümmerjahren 1945 und 1946 war Bayerns Bevölkerung mit 1,9 Millionen Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten – 1,9 Millionen Flüchtlinge in zwei Jahren! – um 28 % angewachsen. Der erste Ministerpräsident des Freistaats, der Vater der bayerischen Verfassung, der Sozialdemokrat Wilhelm Hoegner, hat die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land damals zum starken Zusammenhalt und zur Solidarität mit den Schwächsten der Schwachen aufgerufen. Er war vor Ort in den Flüchtlingsunterkünften. So haben es Ministerpräsidenten damals gehandhabt, und so handhaben es auch 2015 die Ministerpräsidenten in allen anderen Bundesländern.

Hoegner sagte: Das Flüchtlingsproblem in Bayern bildet eine unserer größten Sorgen; wir müssen diesen wurzellos gewordenen Menschen so rasch wie möglich wieder zu ihrer Heimat verhelfen; sie alle müssen vor der schlimmsten Not geschützt und in unsere Wirtschaft eingegliedert werden.

Wilhelm Hoegners Einsatz für die Flüchtlinge war in der Bevölkerung damals alles andere als populär. Die Neuankömmlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten waren ausgesprochen unbeliebt. Aber Hoegner wusste, was ein Landesvater in einer solchen Zeit zu tun hat. Er hätte niemals versucht, Schwache gegen Schwache auszuspielen.

(Beifall bei der SPD)

Damit wir uns richtig verstehen: Wir setzen Flüchtlinge und Vertriebene 1945/1946 und heute nicht gleich. Die Unterschiede – die Fluchtursachen, die politischen Umstände und die kulturelle Andersartigkeit, um nur einige zu nennen – liegen auf der Hand. Damals kamen Deutsche zu Deutschen. Aber – und das ist die grundlegende Gemeinsamkeit – damals wie heute kommen Menschen zu Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Flüchtlinge aus Böhmen, Schlesien, Pommern und Syrien teilen eine gemeinsame existenzielle Grunderfahrung, die Erfahrung von Krieg, von Not und Tod, von Leid und Elend und von Unrecht. Millionen Familienbiografien in Bayern sind von ihrem Flüchtlingschicksal geprägt. Wir kennen das sehr gut, sagte der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Jugend Peter Paul Polierer im Gespräch mit der Landtags-SPD. Er sagte: Ein Flüchtling ist ein Flüchtling und ein Vertriebener ein Vertriebener, egal, ob vor 70 Jahren oder heute.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sorgen und Ängste der Einheimischen damals waren nach 1945 gewiss nicht geringer als heute. Aber die damalige Bayerische Staatsregierung hat ihre Ressentiments nicht noch verstärkt. Ich denke, das Hohe Haus und die Bayerische Staatsregierung sind in diesen Monaten gut beraten, eine Anleihe an Tatkraft und an Zuversicht, aber auch an Realismus bei Wilhelm Hoegner und der Aufbaugeneration unseres Landes zu nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nach den schlechten Kritikern und den sinkenden Umfragewerten für die Union hat die Öffentlichkeit heute die Regierungserklärung von Herrn Seehofer mit großer Spannung erwartet. Über der CSU war in den letzten Wochen viel Kritik niedergegangen. Die "BILD"-Zeitung attestiert Herrn Seehofer, er agiere wie ein Kleinkind, das bei Regen mit den Füßen aufstampft und schreit: Ich will nicht, dass es regnet. Die "Süddeutsche" schreibt vom flüchtlingspolitischen CSU-Klamauk. "Spiegel Online" beschreibt die Politik des CSU-Vorsitzenden als geschichtsvergessen, ohne Sinn und Verstand.

Herr Ministerpräsident, wir hatten Ihre Rede mit großer Spannung erwartet. Wir hatten erwarten dürfen, dass Sie heute sagen, wo es langgeht und was zu tun ist,

(Jürgen W. Heike (CSU): Hat er doch!)

statt sich in Larmoyanz zu baden, Bayern sei überfordert, und der Bund solle es jetzt richten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Der Herr Ministerpräsident hat heute Tatkraft simuliert, das heißt vorgetäuscht. Er hat Scheinlösungen präsentiert. Er ist in vielen Bereichen bewusst im Vagen geblieben und hat konkrete, handhabbare Lösungsvorschläge nicht vorgelegt.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wo sind denn Ihre Vorschläge?)

Diese Regierungserklärung war eine Demonstration der Hilflosigkeit und der Machtlosigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir stellen fest, dass der bayerische Ministerpräsident außerparlamentarisch durchaus anders agiert als hier im Hohen Hause. Wir müssen den Eindruck gewinnen, als würde er vor seinen Reden hier im Parlament hin und wieder Kreide fressen. In den Bierzelten und Wirtshäusern hören sich seine Reden mitunter ganz anders an.

(Unruhe bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Unverschämt! – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegt erst eine Woche zurück, als der Ministerpräsident von "Notwehr", "Nothilfe" und "Notmaßnahmen" sprach, die in Bayern nötig seien. Auch die Bayerische Verfassung kennt solche Maßnahmen. Geregelt sind sie in Artikel 48, der das Notstandsrecht zum Gegenstand hat. Wenn Notmaßnahmen nötig sind, muss die Staatsregierung unverzüglich den Landtag einberufen und ihn von allen getroffenen Maßnahmen unverzüglich verständigen.

Herr Seehofer hat nicht den Landtag, sondern die bayerische und die übrige deutsche Presse einberufen. Er hat angekündigt, Bayern werde gegen die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin Verfassungsklage in Karlsruhe einreichen.

Herr Ministerpräsident, wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie heute darlegen, auf welcher Grundlage Sie die Bundesregierung bzw. die Bundeskanzlerin verklagen möchten. Was sind Ihre Überlegungen und Planungen? Im Grundsätzlichen müssten Sie erklären: Sind Sie eigentlich noch Teil der deutschen Bundesregierung? Nehmen Sie Ihre Bundesverantwortung noch wahr?

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Es drängt sich mit Wucht der Eindruck auf, es gehe dem bayerischen Ministerpräsidenten um öffentlichen Alarmismus, um Stimmungsmache gegen die Bundeskanzlerin, um parteipolitische Polemik und um Kraftmeierei. Ich finde, es darf in diesen Zeiten für die Parteien nicht um billige Geländegewinne in der Tagespolitik gehen, selbst dann nicht, wenn einem die AfD im Nacken sitzt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen vor grundlegenden Fragestellungen: Werden wir die globale Flüchtlingsbewegung des 21. Jahrhunderts mit dem Nationalstaatsmodell des 20. Jahrhunderts oder der Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts in Europa bewältigen können? Kehren wir 25 Jahre nach der deutschen Einheit und der überwunden geglaubten Teilung Europas in das Zeitalter des Schlagbaums – mit neuen Mauern, neuen Zäunen, neuem Stacheldraht – zurück? Der CSU-Generalsekretär sprach von einer "neuzeitlichen Völkerwanderung". Wird unsere Antwort darauf tatsächlich ein neuer Limes sein, von dem wir glaubten, er gehöre in das Geschichtsbuch oder in das Museum?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir denn nicht in unserer eigenen bayerischen Geschichte schmerzlich erfahren müssen, dass Grenzen immer auch mit Leid, mit der Einschränkung von Perspektiven auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem, kulturellem und demokratischem Gebiet, mit der Einschränkung des Geistes und, im schlimmsten Fall, von Menschenrechten verbunden sind? Haben wir nicht zur Kenntnis genommen, dass die Grenzöffnungen 1989 und 1990 mit einem demokratischen Zugewinn für Bayern und einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Freistaat verbunden waren? Niemals zuvor in der Geschichte des Freistaates Bayern – ich betone: ausgelöst durch die offenen Grenzen – waren der Volkswohlstand in unserem Land so schnell angestiegen und das Bruttoinlandsprodukt geradezu explodiert.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer – wie Herr Söder – Zäune um Bayern ins Gespräch bringt, wer – wie Herr Seehofer – das Hohelied auf den Nationalstaat preußischer Provenienz singt und wer – wie die CSU-Fraktion – einer Orbanisierung Bayerns und Europas das Wort redet, hat aus unserer Geschichte nichts, wirklich gar nichts gelernt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Parlament und die bayerische Öffentlichkeit hatten erwartet, heute von Ihnen, Herr Seehofer, Aufklärung zu erfahren, welches Konzept Ihrem Vorschlag, "Transitzonen" an den bayerischen Außengrenzen einzurichten, zugrunde liegt.

Vorweg: Es war richtig, dass die Bundesregierung mobile Grenzkontrollen eingeführt bzw. wieder eingeführt hat, um mehr Ordnung herzustellen. Viele Flüchtlinge kamen ohne Registrierung ins Land. Deshalb haben Bund und Länder am 24. September 2015 gemeinsam beschlossen, Warte- und Verteilzentren einzurichten, in denen die erste Aufnahme und Registrierung erfolgt. Das finden wir richtig.

Herr Ministerpräsident, Sie haben zuletzt öffentlich den Eindruck erweckt, Transitzonen in Freilassing oder in Passau könnten den Flüchtlingsdruck auf Bayern lindern und die Situation in den Grenzregionen entspannen. Das Gegenteil steht zu befürchten. Transitzonen werden an den Grenzen zusätzliche Belastungen herbeiführen. Bei derzeit 4.000 bis 5.000 neu einreisenden Flüchtlingen pro Tag müssten riesige Lager entstehen. Nach zehn Tagen würden sie sich auf 40.000 bis 50.000 Insassen anfüllen. Dies würde zu mehr Chaos führen statt zu mehr Ordnung, zu mehr Unsicherheit statt zu mehr Sicherheit. Herr Seehofer, würden Ihre Vorschläge, wie sie momentan auf dem Tisch liegen, umgesetzt, dann müssten unsere bayerischen Polizisten, die Helferinnen und Helfer und die Flüchtlinge selbst die Folgen ausbaden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir gehen davon aus, dass die Flüchtlinge es eher mit dem deutschen Lyriker Novalis halten werden: "Alle Schranken sind bloß des Übersteigens wegen da."

Die Flüchtlinge werden nach langer Anreise nicht anklopfen und sagen: Guten Tag, Herr Seehofer! Ich möchte mich in Ihrer Behörde melden. Sie werden die Transitzonen über die Wiesen und Wälder, Berge und Täler umgehen.

(Jürgen W. Heike (CSU): So ein Unsinn!)

Deshalb sagen wir, die SPD, klipp und klar: Warte- und Registrierungszentren – bitte, ja. So haben wir es am 24. September gemeinsam vereinbart. Masseninternierungslager unter Aushöhlung des Individualrechts auf Asyl kann und wird es mit der Sozialdemokratie jedoch nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede mehrfach das Dublin-III-System angesprochen, das auf eu-

ropäischer Ebene Asylfragen regelt. Demnach muss ein Flüchtling in dem Staat um Asyl bitten, in dem er den EU-Raum erstmals betreten hat. Das sind insbesondere Italien, Griechenland und Ungarn.

Wir dürfen uns nichts vormachen: Dublin III ist gescheitert. Ausgangspunkt und mitursächlich für die derzeitige ungeklärte Situation in Europa war im Übrigen ein Fehler der schwarz-gelben Bundesregierung. Diese hatte nämlich im Rahmen der Verhandlungen ein Aufnahmesystem für ganz Europa verhindert, da Deutschland damals unter den aufnehmenden Ländern nur auf Platz 14 lag. Vergangenheit!

Jetzt braucht es statt politischer Alleingänge eine europäische Lösung. Die Bundeskanzlerin – insoweit bin ich voll bei Ihnen – steht in einer besonderen Verantwortung, im guten Einvernehmen mit unseren Partnern eine Quotenlösung für Europa auszuhandeln, fair und nachvollziehbar. Verteilen wir die Flüchtlinge auf die 28 Mitgliedstaaten, werden Deutschland insgesamt und insbesondere Bayern entlastet. Die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland wird zurückgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen uns nichts vor: Die Länder, die Kommunen und die freiwilligen Helfer sind an ihren Belastungsgrenzen angekommen. Viele Bürgerinnen und Bürger, gerade diejenigen aus den Helferkreisen, fragen sich, ob das hohe Tempo, mit dem neue Flüchtlinge ankommen, auf Dauer verkraftbar ist und ob wir in der Lage bleiben, sie menschenwürdig unterzubringen und zu integrieren. Diese Sorgen dürfen wir weder ignorieren noch durch hilflose Parolen verstärken.

Deshalb sage ich: Wir müssen zusammenarbeiten, um die Flüchtlingsbewegung nach Bayern und nach ganz Deutschland in geordnete Bahnen zu lenken, zu verlangsamen und perspektivisch zu verringern. Dafür müssen wir die europäischen Horizonte erweitern und nicht einengen, die Zusammenarbeit verstärken und nicht aufkündigen. Herr Ministerpräsident, torpedieren Sie nicht weiter die Bemühungen der Bundesregierung und speziell der Bundeskanzlerin, eine europäische Lösung zu finden!

(Beifall bei der SPD)

Unsere humanitäre Verantwortung beginnt aber nicht erst auf bayerischem oder europäischem Boden. Deshalb hat die Bundesregierung beschlossen, Jordanien, den Libanon und die Türkei stärker zu unterstützen, um auch dort die Lebensbedingungen von Flüchtlingen zu verbessern. Frank-Walter Steinmeier ist es beim G-7-Außenministertreffen in New York gelungen, eine weitere Aufstockung der internationalen

Flüchtlingshilfe um insgesamt 1,8 Milliarden Dollar zu erreichen. Deutschland wird sich an dieser internationalen Initiative mit 100 Millionen Euro beteiligen. Wir haben unsere humanitäre Hilfe bereits um 400 Millionen Euro erhöht.

Wir wissen aber auch, dass der Kampf gegen die Fluchtursachen in den Heimatländern einen langen Atem erfordert. Dies gilt insbesondere für den blutigen Bürgerkrieg in Syrien. Dort muss das Töten nach fünf Jahren und 12 Millionen Flüchtlingen endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir begrüßen es, dass die Bayerische Staatsregierung heute ein Integrationspaket vorgestellt hat und damit die konkreten Vorschläge der Opposition aus der Vergangenheit – wenn auch mit deutlicher Verspätung – aufgreift. Wir werden genau überprüfen, ob Ihre Ankündigungen heute auch mit dem notwendigen Tempo umgesetzt werden. Dies war in der Vergangenheit nicht immer der Fall, nicht bei der Schaffung von neuen Erstaufnahmekapazitäten, nicht bei der Frage nach mehr Asylsozialberatung oder Dolmetschern und vielen anderen Fragen mehr. Auch deshalb hatten Sie, Herr Ministerpräsident, im Herbst 2014, reagiert und Ihre oberste Flüchtlingsmanagerin, Frau Sozialministerin Müller, entmachtet, weil sie offensichtlich damals mit den Organisationsfragen in der Flüchtlingspolitik in Bayern überfordert war.

(Widerspruch bei der CSU)

Bis zum heutigen Tag ist wertvolle Zeit verstrichen. Die Opposition hatte bereits bei den regulären Haushaltsverhandlungen Sofortmaßnahmen beantragt und auch einen Nachtragshaushalt für 2015 gefordert. All das haben Sie vor einem Jahr noch abgelehnt mit der Folge, dass das Integrationspaket erst jetzt, ein Jahr zu spät, greift. Schade um die zwölf Monate, die hierbei verschenkt wurden. Sie hätten besser früher auf die Opposition gehört.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in der anschließenden Haushaltsdebatte die Gelegenheit haben, Ihre Ankündigungen nochmals Punkt für Punkt zu debattieren. In der Generalaussprache ist nicht der Platz für haushalterische Zahlenspiele. Deshalb von meiner Seite ein paar ganz konkrete Punkte, die wir in Bayern jetzt auf den Weg bringen können und sollten. Auch die Bevölkerung an den Bildschirmen soll nach der Rede des Ministerpräsidenten nicht den Eindruck gewinnen, wir seien hilflos und machtlos.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das hat sie nach Ihrer Rede, aber nicht nach der des Ministerpräsidenten! – Inge Aures (SPD): Unverschämtheit!)

Nein, es gibt etwas, was wir in Bayern tun können und tun sollen.

Punkt eins. Bayern muss jetzt erstens alles daransetzen, eine Massenobdachlosigkeit von Flüchtlingen im Winter zu verhindern. Die kalten Monate stehen vor der Tür. Wir müssen in einem gemeinsamen Kraftakt, partei- und funktionsübergreifend, alle Hierarchien der politischen Ebenen außer Acht lassend, dafür Sorge tragen, dass sich der Herbst 2014 nicht wiederholt. Vor zwölf Monaten mussten Flüchtlinge in der Bayernkaserne des nächtens bei einstelligen Temperaturen auf Isomatten unter freiem Himmel schlafen. Das darf 2015 nicht mehr passieren. Wir bedanken uns bei den bayerischen Kommunen, bei den Beamten, bei den Ausländerbehörden, beim Lenkungskreis des Freistaats, Herr Huber, für die große Kraftanstrengung, die damit verbunden ist.

Nicht nur in Europa und im Vergleich der Bundesländer geht es um eine gerechte Verteilung der Lasten. Wir stellen fest: In Bayern hat bis heute über ein Drittel der Gemeinden noch nicht einen einzigen Flüchtling aufgenommen. Während Freilassing, Passau, München und andere weit über ihrer Belastungsgrenze sind, verharren andere Kommunen in der Komfortzone.

In einem bemerkenswerten Brandbrief an die Landtags-SPD formuliert der CSU-Landrat und Sprecher der schwäbischen Landkreise nach einer übergreifenden Sondersitzung mit den Oberbürgermeistern und dem Regierungspräsidenten seinen Unmut, die Flüchtlingsverteilung in Bayern sei ungerecht und mit vielen Fragezeichen verbunden. Ich zitiere aus dem Brief Ihres CSU-Kollegen: Freiwillige Angebote zur Unterbringung würden selten gemacht; viele Gemeinden verhielten sich abwartend, und bei den Zuweisungen würden vielleicht dann doch viele übersehen; einige wehrten sich auch aktiv gegen eine Unterbringung in ihren Orten; das habe zur Folge, dass die anderen Gemeinden in Bayern verhältnismäßig viele Flüchtlinge und Asylsuchende aufnehmen müssten; das könne nicht länger hingenommen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, es reicht nicht aus, hier davon zu sprechen, Sie sähen von einer Beschlagnahmung von Wohneigentum ab oder man müsse jetzt den Bund in die Pflicht nehmen. Es ist Ihre unmittelbare Führungsaufgabe, als bayerisches Kabinett für eine

gerechtere Verteilung der Flüchtlinge im Freistaat Bayern zu sorgen und damit auch jene Kommunen zu entlasten, die bereits vollkommen überfordert sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Punkt zwei. Bayern muss alles tun, um einen eigenen Beitrag dazu zu leisten, die Asylverfahren zu beschleunigen. Die Flüchtlinge haben ein Anrecht, möglichst schnell zu erfahren, wie es mit ihnen weitergeht.

Im Moment besteht ein Antragsstau von knapp 300.000 unbearbeiteten Asylanträgen im BAMF in Nürnberg. Die Bundesregierung hat beschlossen, mehrere Tausend neue Personalstellen zu schaffen, um damit die Defizite der Amtszeiten der Innenminister Hans-Peter Friedrich, CSU, und Thomas de Maizière zu beheben. Ich denke, wir müssen dies um drei Maßnahmen erweitern.

Erstens müssen wir Landesbeamte auch aus Bayern in weit höherem Maße, als das bislang geschieht, für eine Übergangszeit an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abordnen. Dabei kann es nicht nur um pensionierte Beamte gehen. Herr Innenminister, bitte schnüren Sie ein kompaktes Halbjahrespaket auf unbürokratischem Weg und loben Sie entsprechende Prämien aus.

Zweitens. Vergleichbare Abordnungen muss es auch schnell aus der Bundesarbeitsagentur geben. Herr Weise kennt die freien Kapazitäten in seiner Behörde sehr genau. Hier kann für eine Übergangszeit Unterstützung von einer Bundesbehörde für die nächste Bundesbehörde geleistet werden.

Beschleunigen wir drittens die Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei den Syrern mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit, indem wir Fälle, die sich schon länger als ein Jahr auf den Schreibtischen türmen, als Altfälle deklarieren, geben wir ihnen einen Aufenthaltsstatus, der zwei Jahre später überprüft wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Punkt drei. Bayern muss alles tun, um die ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer besser zu unterstützen. Sie sind ein maßgeblicher Pfeiler zur Bewältigung der Flüchtlingssituation. Doch wir erhalten bei den vielen Flüchtlingshelfergesprächen unserer Fraktion in den Regionen immer wieder die Rückmeldung, dass sich die Ehrenamtlichen alleingelassen fühlen. Zur Koordination der ehrenamtlichen Arbeit müssen deshalb hauptamtliche Stellen geschaffen werden, damit ein Kollaps vermieden wird.

Im Übrigen wollen wir das Ehrenamt im Gesamten aufwerten. Es geht uns nicht nur um die Flüchtlingshelfer, sondern um die 3,8 Millionen Ehrenamtlichen im Freistaat Bayern, die jedes Jahr 710 Millionen unbezahlte Arbeitsstunden leisten. Ich verweise auf das Ehrenamtsgesetz meiner Fraktion unter der Federführung meiner Kollegin Ruth Waldmann, das wir vor wenigen Wochen in den Landtag eingebracht haben. Es geht darum, das Ehrenamt im Gesamten aufzuwerten und bürgerschaftliches Engagement auf eine rechtlich und finanziell sichere Basis zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt vier. Bayern muss alles tun, um die Integration an den Schulen voranzutreiben. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass das Parlament heute neue Lehrstellen beschließt, es war jedoch kein Akt der Weitsicht, dass der Kultusminister noch im Jahr 2014 – das liegt erst ein Jahr zurück – 800 Lehrstellen in Bayern streichen wollte. Nur in einem gemeinsamen Kraftakt war es der Opposition, Lehrer- und Elternverbänden gelungen, diesen bildungspolitischen Kahlschlag zu verhindern. Heute haben wir die Sorge, dass die Stellen nicht sofort besetzt werden können. Es rächt sich jetzt, dass Bayern in den letzten Jahren viel zu wenigen jungen Lehrkräften zu einer Anstellung verholfen hat. Sie haben sich mittlerweile alle einen anderen Job gesucht. Das Signal muss jetzt sein: Wir brauchen alle Lehrkräfte, ob nun in den Grundschulen, in den Volkshochschulen oder in den beruflichen Schulen.

Es rächt sich auch, dass wir die Ausbildung auf starre Lehrämter hin ausrichten. Das führt jetzt zu einem Problem. Über 2.000 Realschullehrkräfte aus dem laufenden Prüfungsjahrgang sind auf Wartelisten, aber die Flüchtlingsbeschulung findet an den Grund- und Mittelschulen und an den beruflichen Schulen statt, nicht an den Realschulen. Es gibt jetzt noch ein völlig falsches Signal zur Unzeit, wenn der Kultusminister eine Wartezeit zwischen Studienabschluss und Referendariat ankündigt. Wir brauchen auf absehbare Zeit jede junge Lehrkraft, und der Kultusminister beschließt Zugangsbeschränkungen! Das ist der falsche Weg. Nötig ist vielmehr eine flexiblere Ausbildung, die einen bedarfsgerechten Wechsel zwischen Fächern und Schultypen möglich macht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Punkt fünf - Integration von Anfang an. Fangen wir bei den Kleinsten an. Jeder vierte Flüchtling - auch in Bayern - ist im Kindesalter. Deshalb, aber auch, weil wir heute schon zu wenige Kinderbetreuungsplätze in Bayern haben, benötigen wir Investitionen in eine ver-

besserte frühkindliche Bildung. Noch immer hat der Freistaat Bayern einen deutlichen Nachholbedarf bei Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Im Vergleich der Bundesländer belegt Bayern, gleichauf mit dem Saarland, die letzte Position. In keinem anderen Bundesland ist die Kinderbetreuungsquote im Jahr 2014 so gering angestiegen wie bei uns im Freistaat Bayern. Es fehlen fast 20.000 Krippenplätze.

Deshalb heißt es jetzt: Ja zum Krippenausbau, ja zu mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung und nein zur Prämie für eine Nichtinanspruchnahme der öffentlichen Kinderbetreuung. Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Deshalb werden wir das geplante CSU-Betreuungsgeld kippen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Punkt sechs. Wir sind uns einig, dass wir zusätzliche Anstrengungen beim Wohnungsbau in Bayern unternehmen müssen, um soziale Verteilungskonflikte auf dem Wohnungsmarkt zu vermeiden. Nach unseren Berechnungen brauchen wir bis 2020 rund 100.000 neue und vor allem bezahlbare Wohnungen im Freistaat. Wir sind enttäuscht, dass außer den Bundesmitteln wirklich nur ein ganz geringer Teil an Landesmitteln für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt wird. Die Gesamtsumme der bayerischen Landesmittel für Wohnraumförderung sank seit 1993 von knapp 350 Millionen Euro auf aktuell 160 Millionen Euro. Dieser Landesanteil ist zu gering; das darf so nicht bleiben. Da müssen wir noch mal ran.

Punkt sieben. Am Mindestlohn wollen wir nicht rütteln.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Die immer wieder geforderte Senkung des Mindestlohns für Flüchtlinge wird es mit der SPD nicht geben. Den Mindestlohn für die Schwächsten der Schwachen – für die Flüchtlinge – abzusenken, bedeutet auch, das Lohnniveau anderer Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer zu attackieren. Zugleich bedeutet es, ein Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft zu missachten, nämlich dass Arbeit auch Ausdruck menschlicher Würde ist.

(Beifall bei der SPD)

Punkt acht. Wir müssen in Bayern alles tun, den wieder aufkeimenden Rechtsextremismus – kein Wort haben Sie darüber verloren, Herr Ministerpräsident! – zu bekämpfen, statt ihn mit ausländerfeindlichen Resentiments anzufeuern und das gesellschaftliche Klima zu vergiften.

Im ersten Halbjahr 2015 hat die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Bayern dramatisch zugenommen. Wir beobachten hier einen ganz besorgniserregenden Trend. Die Zahl der Taten mit rechtsextremistischem Hintergrund nimmt ständig zu. Das sind keine Kavaliersdelikte; die Palette reicht von der Sachbeschädigung bis hin zur Brandstiftung. Diese Straftaten müssen mit Nachdruck verfolgt und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Verbotsverfahren auch von Parteien wie Der III. Weg oder DIE RECHTE und einzelner Kameradschaften prüfen. Wir müssen das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts stärken. Wir müssen die Prävention gegen Rechtsextremismus ausbauen und den Neonazis in unserem Lande die Stirn bieten. Keine Toleranz für Fremdenfeinde, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Letzter Punkt im Maßnahmenkatalog: Mit Interesse nehmen wir als Landtags-SPD zur Kenntnis, dass Sie jetzt plötzlich doch ein Integrationsgesetz für nötig und für sinnvoll erachten. Die SPD-Fraktion hatte bereits 2011 und dann noch vor wenigen Monaten, zu Beginn dieses Jahres, zwei Anläufe für ein bayerisches Integrationsgesetz gestartet. Das zweite Mal liegt erst wenige Monate zurück.

Sie hatten das Ganze barsch zurückgewiesen und gemeint, Integration brauche kein Gesetz. Wir bleiben dabei: Sprachkenntnisse, Deutschkurse, Integrationsseminare, Demokratieschulung, Wertevermittlung bis hin zu Fragen der Chancengerechtigkeit und der konkreten Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen gehören gesetzgeberisch gebündelt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Staat seine Handlungsfähigkeit beweist. Wir werden in dieser Woche auch im Deutschen Bundestag ein ganzes Paket von Gesetzen beschließen, mit denen wir einen gewaltigen Schritt nach vorne machen. Mit der monatlichen Pauschale des Bundes für die Länder in Höhe von 670 Euro pro Flüchtling für die Dauer des Asylaufenthalts ab 2016 sorgen wir dafür, dass die Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen etwas fairer verteilt werden.

Unser Land darf sich nicht in zwei Lager spalten, die einander sprach- und verständnislos gegenüberstehen. Das gilt im Übrigen auch für das Hohe Haus. Die Landtags-SPD versteht es deshalb als ihre vornehme

Aufgabe, ihren Beitrag dazu zu leisten, unsere Gesellschaft in dieser schwierigen Situation zusammenzuhalten und auch hier im Hohen Hause die Dialogfähigkeit über Fraktionsgrenzen hinweg zu pflegen und zu bewahren. Platter Stimmungsmache setzen wir eine ehrliche Debatte entgegen – eine Debatte, die ohne Illusionen die gewaltigen Aufgaben beschreibt, die vor uns liegen.

Bundespräsident Johannes Rau mahnte bereits vor 15 Jahren in einer überaus bemerkenswerten Rede vor falschen Ängsten, aber auch vor Illusionen in der Integrationspolitik. Er sagte:

Erfolgreich können wir dann handeln, wenn wir zwei Haltungen überwinden, die zu weit verbreitet sind

– und das gilt leider auch heute noch –;

wir müssen Unsicherheit und Angst überwinden, die manchmal zu Fremdenfeindschaft, zu Hass und Gewalt führen.

Und er fügte hinzu:

Wir müssen eine falsch verstandene Ausländerfreundlichkeit überwinden, die so tut, als gebe es überhaupt keine Probleme und Konflikte, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenleben.

So warb Johannes Rau für eine Politik ohne Ängste und ohne Illusionen. Lassen Sie uns eine solche Flüchtlings- und Integrationspolitik gemeinsam und parteiübergreifend gestalten – ohne Ängste und ohne Illusionen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Darf ich Sie bitten, Herr Kollege Rinderspacher, für eine Zwischenintervention noch einmal ans Rednerpult zu kommen? – Herr Kollege Vogel, bitte.

**Steffen Vogel (CSU):** Sehr geehrter Kollege Rinderspacher, Sie haben der CSU Kulturpessimismus, Kleingeistigkeit, gegenseitiges Ausspielen von Schwachen,

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Bravo!)

unsolidarisches Verhalten vorgeworfen.

Ich darf deshalb einmal die Bundes-SPD in Form des Fraktionsvorsitzenden Oppermann in der "Welt" zitieren. Er ist offensichtlich einen wesentlichen Schritt weiter als die Bayern-SPD.

SPD: Merkel soll die drohende Überlastung endlich anerkennen.

... Sie solle anerkennen, dass Deutschlands Möglichkeiten "nahezu erschöpft" seien, verlangt Fraktionschef Oppermann. ... "Wir brauchen ... mehr Verstand bei der Zuwanderung. Dazu gehört auch, dass es Grenzen der Aufnahmekapazität gibt", sagt Oppermann. Oppermann zeigt sich offen für ... Transitzone an den Landesgrenzen.

Dann eine Frage zur Solidarität. Sie werfen der Bayerischen Staatsregierung mangelnde Solidarität mit der Bundeskanzlerin vor. Werfen Sie das denn auch Ihrem Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Oppermann vor?

Und dann noch eine Sache. Sie haben die "SZ" und die "BILD-Zeitung" zitiert, die angeblich die Staatsregierung angreift.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht angeblich, das ist nachprüfbar!)

Ich habe einmal nachgeschaut, was Ihre Facebook-Freunde über Ihre Asylpolitik schreiben: Oliver Multut: Lieber Herr Rinderspacher, es ist Zeit, dass ihr euch darüber klar werdet, wem ihr verpflichtet seid, nämlich der in Deutschland lebenden Bevölkerung,

(Zurufe von der SPD)

deren Sicherheitsinteressen euch offensichtlich egal sind. Unabhängig davon will die überwiegende Mehrheit diese Einwanderungspolitik nicht. Nehmt das endlich zur Kenntnis und stoppt diesen Irrsinn, bevor unser Land vor die Hunde geht!

(Zuruf: Pegida lässt grüßen! So ein Quatsch!)

Lieber Herr Rinderspacher, sollten Sie nicht endlich verstehen, dass Europa, Deutschland und Bayern nicht alle 60 Millionen Flüchtlinge aufnehmen können?

(Zurufe von der SPD)

Markus Krahl, Facebook-Seite Rinderspacher:

Schön, dass Sie im Namen der Bayern-SPD zeigen, dass ihre Partei niemals in der Lage wäre, auch nur annähernd kompetent und vernünftig zu regieren.

(Beifall bei der CSU – Inge Aures (SPD): Der soll sich schämen, der Herr Vogel!)

Ich bin echt froh, dass die SPD in Bayern nicht regiert und davon auch weit entfernt ist.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU)

Und jetzt zum Abschluss - -

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, die Zeit ist um!

(Unruhe)

Die Zeit ist um, Herr Kollege.

**Steffen Vogel (CSU):** Erinnern Sie sich nur an die Sozialdezernentin in München. Wachen Sie auf!

(Unruhe)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich bitte darum, auf die Uhrzeit zu achten; das sind bei Zwischeninterventionen zwei Minuten. Ich bitte um Ruhe. – Bitte schön, Herr Kollege Rinderspacher.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Kollege Vogel, ich weiß nicht, ob Sie mit dieser Zwischenintervention Ihrer CSU-Fraktion einen großen Gefallen getan haben. Sie hatten die Gelegenheit, mir 33 Minuten zuzuhören, und Sie wissen ganz genau, dass das, was Herr Oppermann formuliert hat – nämlich dass wir an den Grenzen der Belastbarkeit angekommen sind – dem entspricht, was ich hier nahezu wortgleich formuliert habe.

(Beifall bei der SPD – Zurufe: Genau! Die hören doch nicht zu!)

Genau deshalb, Herr Kollege Vogel, geht es nicht, die Solidarität innerhalb der Bundesregierung aufzukündigen. Genau deshalb geht es nicht, Lösungen auf europäischer Ebene – und das hat ja sogar der Ministerpräsident mittlerweile einräumen müssen, dass er das nicht im bayerischen Alleingang schafft – vonseiten der CSU zu torpedieren.

(Zuruf von der CSU: Och!)

Zu den Transitzonen hat sich die Bundes-SPD klar positioniert. Auch hier habe ich die notwendige Differenzierung vorgenommen. Das, was am 24. September zwischen Bund und Ländern beschlossen wurde, nämlich die Warte- und Registrierungszonen auch an den bayerischen Grenzen, ist wichtig und richtig und notwendig. Beim Thema Transitzonen hat Ihr Ministerpräsident heute aus guten Gründen nicht beschrieben, wo und in welcher Größe diese entstehen sollen, ob an der bayerischen Außengrenze zu Österreich über 900 Kilometer mit Zäunen garniert werden, wie viel Polizeiaufwand damit verbunden ist, wohin und in

welchem Tempo zurückgeführt wird, ob dann in Österreich drei Kilometer entfernt riesige Lager mit 40.000, 50.000, 60.000 Flüchtlingen entstehen und ob die Flüchtlinge über die grüne Grenze gehen oder nicht. Dazu habe ich, wenn Sie die Rede richtig verfolgt haben, nun wirklich Stellung bezogen. Ich hätte mir gewünscht, dass diese offenen Fragen mit Antworten Ihres Parteichefs heute hier tatsächlich auch beantwortet werden.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Die hat er ja gegeben!)

Darauf hat er leider verzichtet.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion das Wort erteilen. Herr Kollege Kreuzer, bitte schön.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Bayern handelt – das hat unser Ministerpräsident Horst Seehofer heute eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Ich gratuliere Horst Seehofer im Namen meiner Fraktion zu dieser Regierungserklärung. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Sie hebt sich wohltuend von den Stellungnahmen vieler anderer Politiker zur Flüchtlingsfrage ab. Horst Seehofer fabuliert nicht lange um den heißen Brei herum, was alles nicht geht.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Er zeigt auf, was geht, und das zeichnet eine kluge Regierungspolitik aus. Er sagt –, und ich sage auch –, die CSU und diese Fraktion sind zum Schrittmacher der Flüchtlingspolitik in ganz Deutschland geworden.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, du machst einen grandiosen Job in dieser Frage.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu Gabriel, Steinmeier & Co. fordert Horst Seehofer nicht nur eine Flüchtlingsbegrenzung, sondern er benennt dafür auch die richtigen Maßnahmen.

(Zuruf von der SPD: Stacheldraht!)

Herr Rinderspacher, ich habe bei Ihrer Rede genau zugehört. Es gibt Passagen, die man absolut unterschreiben kann. Wenn Sie den ehrenamtlichen und den hauptamtlichen Helfern im Land danken, ist das richtig und mehr als angemessen. Gleichwohl hilft uns das im Moment überhaupt nicht weiter, um das Problem zu lösen. Sie fordern die Bekämpfung des Rechtsradikalismus. Dies ist immer schon die Linie der CSU und der Bayerischen Staatsregierung gewesen, und wir werden das verstärkt tun; nur bei der Lösung des Hauptproblems hilft uns das überhaupt nicht weiter. Herr Rinderspacher, wenn Sie mit eritreischen Flüchtlingen auf die Wiesen gehen, um ihnen eine Freude zu bereiten, finde ich das eine gute Idee, aber es wäre noch viel glaubwürdiger gewesen, wenn Sie nicht die Medien mitgenommen und alles auf Facebook gepostet hätten. Es ist Ihnen wohl weniger um die Menschen gegangen, die Sie dorthin mitgenommen haben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: So ist es! Bravo! – Markus Rinderspacher (SPD): Das ist nicht Ihr Niveau!)

Wenn Sie sagen - -

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Ich habe Ihnen auch zugehört, obwohl ich sehr viel zu sagen gehabt hätte. – Wenn Sie sagen, die Globalisierung sei die Ursache dieses Problems, dann sage ich, Sie haben von der Geschichte überhaupt keine Ahnung. Migrationsbewegungen dieses Ausmaßes hat es in der Geschichte schon immer gegeben. Manche Kulturen haben das überstanden und ausgehalten, andere sind dabei untergegangen – ganz unabhängig von der Globalisierung heute und den Transportwegen, Herr Rinderspacher –, und vor einer solchen Aufgabe stehen wir in Zukunft in diesem Land.

Sie sind noch nicht so weit wie Steinmeier und Gabriel; denn Sie sprechen nicht einmal über die Begrenzung der Flüchtlingszahlen. Ich habe von Ihnen keinen einzigen Vorschlag gehört, wie Sie diese begrenzen wollen, und Sie haben keinen gehört, weil Sie keine Vorschläge haben, Herr Rinderspacher. Sie haben keine Vorschläge!

(Beifall bei der CSU)

Sie haben es heute wieder unter Beweis gestellt: Wer sich in einer Krise auf Rot-Grün verlässt, ist verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Um es noch bildhafter auszudrücken, Herr Rinderspacher:

(Zurufe von der SPD)

Im Verhältnis zu Ihnen ist das sprichwörtliche Kaninchen

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

vor der Schlange ein wehrhaftes Tier, weil es sogar noch die Augen auf hat. Ich muss Ihnen schon sagen, ich bezweifle das bei Ihnen. Ich glaube, Sie haben die Augen nicht mehr auf, sonst müssten Sie die Situation besser kennen, die in diesem Land derzeit herrscht.

(Beifall bei der CSU)

Auch in anderen Krisenzeiten haben Politiker gehandelt und nicht nur klug dahergeredet. Wilhelm Hoegner wurde genannt. Er war es aber nicht allein – er hatte in diesem Landtag auch nie über eine längere Zeit eine vernünftige Mehrheit –, sondern es waren die damaligen Politiker. Ich will zum Beispiel auch Ernst Reuter nennen. Er hat nicht nur von könnte, sollte, würde gefaselt, sondern er hat entschlossen gehandelt in Berlin. Daran sollten Sie sich ein Beispiel nehmen und endlich Ihre Blockadehaltung aufgeben und sich unseren vernünftigen und abgewogenen Vorschlägen anschließen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Welchen? - Es kam kein einziger Vorschlag!)

Horst Seehofer weiß, dass zur Integration mehr gehört, als nur kurz am Bahnhof Hallo zu den Flüchtlingen zu sagen, wie dies Kraft, Kretschmann und Rammelow bisher getan haben. Er hat heute ein Maßnahmenpaket zur Bewältigung des Flüchtlingsansturms und zur Integration auf den Weg gebracht, das einzigartig in Deutschland ist. Es ist jetzt einzigartig in Deutschland und auch in seiner Geschichte. Allein für das Jahr 2016 sieht der Freistaat Bayern 3,25 Milliarden Euro zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms vor. Wir sind nicht nur das erste Land Deutschlands, das ein solches Paket auflegt, sondern es ist auch in Europa einmalig.

Meine Damen und Herren, die Menschen haben genug von klugen Sprüchen, warmen Worten und unnützen Ortsbesuchen. Sie wollen ein schlüssiges Konzept zur Bewältigung der Krise, und die Bayerische Staatsregierung legt als erste Landesregierung ein solches Konzept vor. Was sagt Rot-Grün, um diesen Flüchtlingszustrom zu bewältigen? Ihre einzige Antwort im Landtag lautet, meine Damen und Herren:

Nein, nicht mit uns. - In einer solchen Situation reicht das nicht aus.

Flüchtlingszentren, die weitere Anerkennung sicherer Drittstaaten, forcierte Abschiebungen, Sach- statt Geldleistungen – das sind alles Forderungen, gegen die Sie sich vor der Sommerpause noch massiv gewehrt haben, die Sie im Bundesrat mehrmals mit Rot-Grün abgelehnt haben. Morgen werden Sie im Bundesrat zustimmen, und dies gilt auch für die GRÜNEN: Sie haben die Dinge unnötig blockiert und somit über Monate hinweg zu einer wesentlichen Verschärfung der Situation beigetragen.

(Beifall bei der CSU)

Dies hat auch dazu geführt, dass die Flüchtlingsbewegungen aus den sicheren Drittstaaten weiter angeschwollen sind. Durch Ihr Verhalten haben Sie in einem erheblichen Maß zu dieser Situation beigetragen. Sie sind mitverantwortlich für diese Situation!

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie sollten sich schämen!)

- Sie haben dadurch diesem Land massiv geschadet, Herr Pfaffmann, da wir im ersten Halbjahr immer noch 60 % der in Deutschland einreisenden Menschen ohne jede Bleibeperspektive ins Land bekommen haben, und dies ist eine maßgebliche Ursache, warum die Kommunen vor Ort in diesem Maße gefordert und teilweise überfordert sind. Herzlichen Glückwunsch dazu, die Einsicht kommt viel zu spät! Meine Damen und Herren, allein schon, dass Sie jetzt zustimmen, zeigt, dass es falsch war, was Sie gemacht haben. Darüber brauchen wir gar nicht mehr zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind der Taktgeber in der Flüchtlingspolitik. Genauso, wie Bayern durchgesetzt hat, dass wieder Grenzkontrollen an der bayerischen Grenze eingeführt werden, werden sich die bayerischen Forderungen in Deutschland nach dem Durchsetzen von Recht und Ordnung auch in der Bundesregierung durchsetzen. Ich stimme Horst Seehofer eindeutig zu: Dublin III ist kein "Wünsch-dir-was-Paket", sondern es ist geltendes europäisches Recht, das in Europa durchgesetzt werden muss.

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, der Unterschied zwischen Ihnen und uns liegt nicht im Grad der Menschlichkeit, sondern er liegt im Grad der Verantwortung. Max Weber hat wohlweislich Gesinnungs- und Verantwortungsethik unterschieden. Eine kluge, verantwortungsvolle

Politik richtet sich nicht allein an guten Absichten aus, sondern hat auch die Folgen im Blick. Das unterscheidet unsere Asyl- und Flüchtlingspolitik von der der Opposition. Die Menschen wissen das. In diesem Fall ist eben gut gemeint nicht gleich gut gemacht, sondern das Gegenteil ist der Fall. Integration ist nicht nur eine Frage des Wollens, sondern vor allem eine Frage des Könnens.

Sie haben heute jemanden zitiert, der gesagt hat: Schlagbäume sind dazu da, dass sie überschritten werden. - Sie haben gesagt, Dublin III sei nicht mehr in Kraft. Mit anderen Worten sagen Sie: Wir können als Staat nichts mehr gegen den Flüchtlingszustrom unternehmen. - Das ist die Quintessenz dessen, was Sie sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Die Grenzsicherung funktioniert nicht. Dublin III funktioniert ebenfalls nicht. Somit kommt jeder ins Land, der das will. Ich sage Ihnen: Das ist Aufgabe der Staatlichkeit. Das wird mit der CSU nie zu machen sein.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Markus Rinderspacher (SPD): Wollen Sie die Grenzen wieder hochziehen?)

Der Schlüssel einer tragfähigen Integrationspolitik liegt in einer Begrenzung des Flüchtlingszustroms. - Frau Bause, heute habe ich wieder "Strom" gesagt. Das haben Sie das letzte Mal kritisiert, und das kritisieren Sie seit langer Zeit. In der deutschen Sprache "strömen" die Menschen seit Goethe und Schiller. Sie strömen ins Stadion und strömen dort wieder heraus. Sie strömen auf einen Platz und strömen von diesem wieder weg. Das ist nun einmal so, ob Ihnen das gefällt oder nicht. Jetzt kommen Sie auf den Gedanken, dass eine Verwendung des Begriffs "Strom" diskriminierend ist, wenn viele Flüchtlinge kommen. Frau Bause, ich weise dies zurück und sage Ihnen: In diesem Land gibt es keine Sprachdiktatur.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Menschen Begriffe verwenden, die seit Jahrhunderten verwendet werden, ist das ihr gutes Recht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das ist keine Naturkatastrophe!)

Ich kann den Menschen in diesem Lande nur sagen: Sagen Sie Ihre Meinung! Lassen Sie sich nicht einschüchtern. In diesem Staat herrscht Meinungsfreiheit. Jeder kann das sagen, was er für richtig hält, wenn er sich an Recht und Gesetz hält – so ist das.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wenn die Flüchtlingszahlen weiter so anhalten oder gar steigen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass jedes Integrationspaket in diesem Land am Ende wirkungslos verpufft. Claudia Roth hat am vergangenen Sonntag in der ARD groß verkündet, Bayern sei gar nicht an seiner Belastungsgrenze angelangt, da die Hälfte der bayerischen Gemeinden noch gar keine Flüchtlinge aufgenommen habe. Das hat sie in der Talk-Sendung mit Günther Jauch gesagt. Wer so redet, hat keine Ahnung, was in diesem Land los ist. Frau Bause, distanzieren Sie sich von Ihrer Parteifreundin. Bayern braucht nicht mehr, sondern in Zukunft weniger Flüchtlinge, um das Problem bewältigen zu können.

(Beifall bei der CSU)

Ein zusätzliches Problem besteht in der mangelnden Solidarität innerhalb Deutschlands, Herr Kollege Rinderspacher und Frau Kollegin Bause.

(Hans Herold (CSU): Gut aufpassen!)

Diejenigen, die bis vor einigen Monaten noch gesagt haben, es bestehe gar kein Problem, sind die rot-grünen Landesregierungen, die ihrer Verpflichtung nach dem Königsteiner Schlüssel nicht nachkommen und die Flüchtlinge nicht übernehmen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Hört, hört! – Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

An der Spitze dieser Verweigerungshaltung stehen Baden-Württemberg und Niedersachsen. Ich fordere diese Länder auf, ihr Kontingent innerhalb Deutschlands zu erfüllen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Ich bin der Auffassung, im Moment sollte Bayern keine Flüchtlinge mehr aufnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sollten keine Flüchtlinge übernehmen, bis die anderen Länder ihrer Verpflichtung nach dem Königsteiner Schlüssel nachgekommen sind. Ich habe den Eindruck, es wird immer noch dahergeredet, weil das Problem bei manchen, die ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, noch gar nicht richtig angekommen ist. Das werden wir auf Dauer nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland und Europa sind nicht in der Lage, alle Kriegsflüchtlinge dieser Welt aufzunehmen. Laut der UN sind weltweit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Aktuell befinden sich 4 bis 6 Millionen Syrer in großen Flüchtlingslagern. Allein in Syrien gibt es 8 Millionen Binnenflüchtlinge. In Afghanistan verschlechtert sich die Situation, weil der Bürgerkrieg wieder aufflammt. Davon sind insgesamt ebenfalls Millionen Einwohner betroffen. Keiner traut doch im Ernst selbst der größten Volkswirtschaft Europas zu, allein davon auch nur einen Bruchteil aufnehmen zu können. Nach der heutigen Rechtslage müssen wir jedoch jedem Flüchtling, der dieses Land betritt, subsidiären Schutz gewähren. Meine Damen und Herren, ist das die Antwort auf die Bürgerkriege, die Menschen aus Ländern, in denen Krieg herrscht, auf andere Kontinente umzusiedeln? - Das kann doch nicht die Antwort auf dieses Problem sein. Es hat nichts mit Populismus zu tun, wenn man auf dieses Dilemma hinweist. Nach der Rechtslage haben wir eine völlig unbestimmte Anzahl an Berechtigten. Jedem ist klar, dass Europa unmöglich in der Lage ist, diese ganzen Berechtigten aufzunehmen. Deshalb brauchen wir eine Änderung der Rechtslage.

Jedes System ist per definitionem endlich. Wir stoßen an die Belastungsgrenzen. Das gilt in der Folge auch für unser Gesundheitssystem, für unser Bildungssystem und für unseren Arbeitsmarkt, wenn die Menschen in unbegrenzter Menge zu uns kommen. Wer für eine unbeschränkte Zuwanderung ist, muss der Bevölkerung sagen, wie wir unsere Sozial- und Gesundheitssysteme in Zukunft finanzieren werden und wo Leistungskürzungen für unsere Bevölkerung notwendig sind. Wir wollen dies nicht. Das haben wir vermieden. Meine Damen und Herren, deswegen treten wir für Zuwanderungsbegrenzung ein.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage klipp und klar, was notwendig ist und was nicht. Wir wollen nicht das Asylrecht nach Artikel 16a des Grundgesetzes abschaffen oder wesentlich einschränken. Dieses Grundrecht gilt nur für individuell, politisch und vergleichbar Verfolgte. Das sind 1 bis 2 % der Menschen, die in unser Land kommen. Selbst bei einer Million Menschen würde es nur 10.000 Menschen davon gelten. Somit haben wir überhaupt kein Problem mit Artikel 16a des Grundgesetzes.

Stattdessen haben wir mit zwei anderen Punkten Probleme. Uns überfordern die Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl haben und zum großen Teil aus sicheren Drittstaaten aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen. Wir nennen das Missbrauch des Asylrechts, weil sie sich auf ein Recht berufen, das sie nicht in Anspruch nehmen können. Sie kommen aus

wirtschaftlichen Gründen. Wir haben ein Maßnahmenpaket im Bundestag und am Freitag im Bundesrat, das durch die rot-grüne Blockierung viel zu spät kommt. Wir hoffen, dass wir diese Angelegenheit in den Griff bekommen.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Herr Pfaffmann, lachen Sie doch nicht. Erklären Sie mir einmal, warum das, was jetzt beschlossen wird, vor drei, vor fünf und vor sechs Monaten abgelehnt worden ist! - Es ist offensichtlich, dass es falsch war.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erklären Sie mir, warum Sie in den letzten Jahren alle Anträge dazu in diesem Haus abgelehnt haben!)

Eine Umsetzung des Maßnahmenpakets ist angesichts dieser hohen Zahlen eine große Herausforderung für die Verwaltung. Mit diesem Paket werden wir dieses Problem in den Griff bekommen. Beispielsweise wird die Zuwanderung aus dem Balkan für eine kurze Zeit nach Deutschland nicht mehr interessant sein. Wer nach vier oder sechs Wochen wieder zu Hause ist, in Deutschland gut untergebracht wurde, aber nur Sachleistungen erhalten hat, wird zu Hause sagen, dass sich diese Reise nicht lohnt. Meine Damen und Herren, diese Reise darf sich auch nicht lohnen.

Das zweite große Problem, das wir haben, besteht darin, dass Menschen, die zu uns migrieren, aus Kriegs- und Bürgerkriegsländern kommen. Diese Menschen sind weder durch das Grundgesetz noch durch die Genfer Flüchtlingskonvention geschützt. Diese beiden Rechtsnormen gewähren nur Schutz vor individueller Verfolgung, jedoch nicht für ganze Völker aus einem vom Krieg betroffenen Land. Diesen subsidiären Schutz, wie wir ihn nennen, gewährt eine EU-Richtlinie in Verbindung mit dem Asylverfahrensgesetz. Diese gilt nicht in England, Dänemark und in Irland. Diese Länder haben es von vornherein abgelehnt, jedem Kriegsflüchtling ein Bleiberecht zu gewähren. Eine solche Rechtslage gibt es nirgendwo auf der Welt – nicht in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada oder Australien. Kein Staat wird am Ende die Situation begrüßen, dass nicht mehr die Völker Europas und die Regierungen bestimmen können, wie viele Menschen nach Europa kommen. Meine Damen und Herren, das wird allein durch die Schleuser bestimmt. Das müssen wir unbedingt verändern. Das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen die Kontrolle über unsere Grenzen bekommen. Dies bedeutet Sicherung der Außengrenzen, der Seegrenzen und Landgrenzen, und gleichzeitig die Abschaffung des individuellen Zugangsrechts für Menschen aus Kriegsländern und eine Einführung von Kontingenten. Damit wir uns richtig verstehen: Menschen aus Kriegsgebieten muss geholfen werden. Diese müssen die Kriegszone natürlich verlassen können; aber es ist historisch seit jeher so, dass sie in den Nachbarländern Schutz und Aufnahme finden. Wir müssen uns daran natürlich finanziell und organisatorisch beteiligen. Wir dürfen die Türkei, Jordanien und den Libanon bei dieser Aufgabe nicht alleinlassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das haben wir aber bisher!)

Wir müssen diese Beteiligung verstärken. Aber die Leute massenhaft auf andere Kontinente zu verbringen, ist keine Lösung für einen Bürgerkrieg. Meine Damen und Herren, deswegen werden wir alles tun, um die Rechtslage auf europäischer und anschließend deutscher Ebene insgesamt zu verändern.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe dem Ministerpräsidenten recht, dass wir auf allen Ebenen tätig sein müssen. Deswegen müssen wir für einen besseren Schutz unserer eigenen Grenzen sorgen. Transitzentren sind eine vom Grundgesetz gedeckte Maßnahme, wie das Bundesverfassungsgericht in Bezug auf die Transitzentren in Flughäfen entschieden hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie machen Sie das?)

Sie sind in der europäischen Richtlinie als zulässig vorgesehen. Deswegen setzen wir sie um.

(Markus Rinderspacher (SPD): Konkret: Wie soll das aussehen?)

- Herr Rinderspacher, ich sage Ihnen eines: Mit Menschen wie Ihnen, die immer nur Fragen stellen, aber nicht handeln, ist ein Volk ganz schlecht bedient.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Wie denn?)

- Das sage ich Ihnen. Es ist eigentlich dem Untergang geweiht. Wenn man so handelt wie Sie, ist man eigentlich dem Untergang geweiht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie funktioniert das? Der Ministerpräsident hat es nicht erklärt! Wie funktioniert es?)

Jetzt sage ich Ihnen eines: Wir werden diese Zentren einrichten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wo denn?)

- Herr Rinderspacher - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir wollen wissen, wie das funktioniert!)

- Sie können es sich doch sowieso nicht merken. Wieso soll ich es Ihnen dann erklären, Herr Rinderspacher?

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Sie lehnen jede Maßnahme durch absurde Vergleiche insgesamt ab. Das ist Ihre Politik.

Sie stellen sich hier hin, schöpfen die volle Redezeit aus und machen keinen einzigen Vorschlag. Das ist SPD-Politik pur!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wir haben seit Monaten das gleiche Trauerspiel. Die CSU macht Vorschläge zu sicheren Drittstaaten. Diese werden über Monate abgelehnt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Machen Sie doch einen Vorschlag! Wie schaut die Transitzone aus?)

Dann stimmt man irgendwann zu und tut so, als sei es ganz selbstverständlich. So wird es auch bei den Transitzentren sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie wird das aussehen?)

- Wir werden Leute aus sicheren Drittstaaten nicht einfach ohne Kontrollen hier einreisen lassen, sondern sie werden dort festgehalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie denn? Wo?)

- Wenn sie keinen Zugangsanspruch haben, werden sie zurückgeschickt, Herr Rinderspacher. Das werden wir umsetzen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie viele? Wohin?)

- Sie fragen, wie viele? Auf jeden Fall mehr als bei Ihrer Politik. Da wären es nämlich null, nicht wahr? - Sie haben überhaupt kein Rezept!

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen war Ihre damalige Justizministerin Zypries für die Transitzone, als diese im Jahr 2005 als Möglichkeit in die EU-Richtlinie hineingeschrieben wurden.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Fragen Sie sie mal, wie sie sich das vorstellt. Sie können es sich sowieso nicht vorstellen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ich frage Sie! Das ist Ihr Vorschlag! Sie müssen es uns erklären!)

- Sie werden es dann schon sehen, Herr Rinderspacher.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach ja? Blabla! Ein großes Blabla!)

- Ja, ja! Sie sind ein Blabla-Mann!

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist keine Lösung!)

- Sie sind einer der größten Blabla-Männer in ganz Bayern, Herr Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU – Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Das ist kein Bierzelt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Zuwanderung ist für Bayern kein unbekanntes Phänomen. Bayern ist ein weltoffenes Land. Wir werden auch diese Integrationsleistung schaffen, aber nur, wenn wir mit Vernunft und Verstand handeln. Ich stimme dem Maßnahmenpaket der Bayerischen Staatsregierung "Zusammenhalt fördern – Integration stärken" deshalb ausdrücklich zu. Der Kollege Neumeyer wird noch näher dazu Stellung nehmen, was das beinhaltet. Bayern war immer weltoffen. Aber es war für uns immer klar, dass Integration in eine klare Richtung geschehen muss. Wir wollen kein multikulturelles Bayern, sondern ein Bayern in all seiner Vielfalt, aber mit ganz klaren Werten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb bekennen wir uns zur deutschen Leitkultur. Auf deren Grundlage werden wir gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung ein Integrationsgesetz erarbeiten und beschließen. Bayern handelt. Deshalb ist unser Land so einzigartig erfolgreich. Das haben aber auch Tausende ehrenamtliche Helfer, Verwaltungsbeamte, Rettungskräfte, Polizeibeamte und viele mehr in der Vergangenheit bewiesen. Ich sage allen Engagierten ein herzliches "Vergelt's Gott". Die Welt schaut mit Bewunderung auf Bayern. Die Menschen in Deutschland schauen mit Bewunderung und großer Hoffnung auf Bayern, auf diese Staatsregierung, auf

diese CSU, meine Damen und Herren. Wir werden alles tun, um diese Hoffnungen nicht zu enttäuschen. Bayern zeigt mit dieser heutigen Regierungserklärung: Weltoffenheit, Recht, Sicherheit und Ordnung sind keine Widersprüche, sondern gehören zusammen. In diese Richtung werden wir arbeiten. Sie werden es sehen: In ein paar Monaten werden wir uns auch in diesen Punkten durchgesetzt haben, wie auch heute und morgen im Bundestag und Bundesrat.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. - Es folgt eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Herr Kollege Kreuzer, ich war am Anfang der Debatte, bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, noch guter Hoffnung, dass möglicherweise dieses für dieses Land und für alle Länder so wichtige Thema mit einer gewissen Substanz

(Jürgen W. Heike (CSU): Genau!)

und einer gewissen übergreifenden Lösungskompetenz diskutiert wird.

(Zuruf von der CSU: Da redet der Richtige!)

Lieber Herr Kreuzer, Sie haben diese Debatte zu einer Schlammschlacht gemacht.

(Unruhe bei der CSU – Jürgen W. Heike (CSU): Oberlehrer! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Unverschämtheit!)

Ich sage Ihnen: Was Sie hier teilweise abgeliefert haben, war nicht nur niveaulos, sondern auch diesem Thema überhaupt nicht angemessen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu meiner Frage: Wie wollen Sie, nachdem Sie nach Erklärungen gefragt haben, rechtfertigen, dass genau Ihre Fraktion in den letzten zwei Jahren alle diese Integrationsvorschläge, die jetzt hier als großartige Leistungen vorgetragen werden und die in diesem Haus bereits Bestandteil der Debatte waren, abgelehnt hat? Wie wollen Sie das erklären?

(Beifall bei der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Märchen!)

Ich nenne die Erstaufnahmeeinrichtungen: Sie haben sie abgelehnt. Sprachkursausweitung: Sie haben abgelehnt. Mehr Dolmetscherdienste: Sie haben abgelehnt.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Stimmt doch überhaupt nicht! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- Wenn Sie sich beruhigt haben - -

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Trotzdem falsch! – Hans Herold (CSU): Falsch bleibt falsch!)

Das Integrationsgesetz, das Sie jetzt als Ihr Kind betrachten, haben Sie hier schon abgelehnt. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das sagt der Richtige! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Da haben Sie recht!)

Ich kann Ihnen Folgendes anbieten: Wenn das Niveau Ihrer Reden wieder steigen sollte, wären wir bereit, miteinander über Lösungen zu reden.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei. Das waren zwei Minuten.

**Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):** Lassen Sie mich noch einen Satz sagen, Frau Präsidentin. - Erklären Sie endlich konkret, wie die Transitzonen realisiert werden sollen!

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU – Peter Winter (CSU): Zwei Minuten!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege Kreuzer, bitte.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Herr Kollege Pfaffmann, ich gebe Ihnen recht. Diese Debatte hat auf höchstem Niveau begonnen, als der Herr Ministerpräsident seine Regierungserklärung abgegeben hat. Sie ist dann allerdings bei der Rede des Kollegen Rinderspacher in Bezug auf die Lösungsansätze auf ein Niveau nahe des Nullpunkts abgesunken. Das muss ich ganz klipp und klar sagen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Hören Sie doch auf!)

Jedermann in diesem Land weiß, dass dieser Zustrom die größten Schwierigkeiten bereitet. Ihr Fraktionsvorsitzender bringt es fertig, eine halbe Stunde lang zu reden und keinen einzigen Lösungsansatz zu bringen. Dies wird Ihrer Verantwortung nicht gerecht, Herr Kollege Rinderspacher!

(Beifall bei der CSU)

Das nenne ich kein hohes Niveau. - Ich komme zu Ihrer Frage nach der Integration. Wir haben immer Integrationsmaßnahmen beschlossen. In Bayern gelingt

die Integration wesentlich besser als in vielen anderen Bundesländern. Dies sehen Sie beispielsweise an den Zahlen des Arbeitsmarktzugangs für junge Menschen. Wir haben Sprachkurse beschlossen und deren Zahl immer weiter erhöht. Herr Kollege Pfaffmann, es wäre aber falsch gewesen, vor zwei oder drei Jahren dafür 1.700 Lehrer einzustellen, um einmal ein konkretes Beispiel zu nennen. Diese Leute brauchen wir jetzt, wo so viele Menschen zu uns kommen. Wir müssen den richtigen Schritt zum richtigen Zeitpunkt tun. Am allerschlechtesten ist es, wenn man den falschen Schritt zum falschen Zeitpunkt macht. Herr Kollege Pfaffmann, diesen Eindruck habe ich immer bei Ihnen. Vielen Dank für die Zwischenbemerkung.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Fraktionsvorsitzender, verbleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Frau Kollegin Kamm möchte noch eine Zwischenbemerkung machen. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, Sie haben versucht, sich als jemanden darzustellen, der handelt. Ich fordere Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass die Asylverfahren tatsächlich schneller abgewickelt werden. Dazu ist zunächst einmal ein anderes Handeln des für diesen Bereich zuständigen Bundesinnenministers Ihrer Schwesterpartei erforderlich. Des Weiteren bedarf es hierfür einer ausreichenden Anzahl gut funktionierender Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern. Daran mangelt es.

Flüchtlinge müssen monatelang warten, bis sie ihren Asylantrag abgeben können. Deshalb kann es in Bayern keine schnellen Verfahren geben. Dafür sind Sie mitverantwortlich.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Der Königsteiner Schlüssel muss im ganzen Land angewendet werden, auch in Baden-Württemberg!)

Von diesem Zustand wollen Sie ablenken, indem Sie eine Luftwolke namens Transitzonen in die Umgebung setzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Eine Luftwolke! Das ist interessant!)

Sie haben das Wort "Transitzone" in die Diskussion gebracht. Ich erwarte von einer Partei, die Regierungsverantwortung wahrnehmen möchte, dass sie sagt, was sie darunter versteht. Sie wissen ganz genau, dass das Verfahren an Flughäfen an innereuropäischen Grenzen nach dem EU-Recht unzulässig ist. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine korrekte Antwort von der Staatsregierung. Da reicht es nicht

aus, das Wort "Transitzonen" zu verbreiten. Sie müssen vielmehr sagen, wo diese Zonen eingerichtet werden sollen, wie groß sie sein sollen usw. Das haben Sie bisher versäumt. Das ist nicht in Ordnung für eine Partei, die die Regierungsverantwortung möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Thomas Kreuzer (CSU):** Liebe Frau Kollegin Kamm, natürlich bemühen wir uns, die Asylverfahren zu beschleunigen. Wir haben zum Beispiel in Manching und Bamberg Zentren für Menschen eingerichtet, für die offensichtlich keine Bleibeperspektive besteht. Sie waren dagegen. Sie haben gesagt, alle Menschen müssten gemeinsam untergebracht werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen jetzt Transitzonen einrichten, um diese Menschen noch schneller, aber nach einem gerechten Verfahren, wieder zurückschicken zu können. Sie sind wiederum dagegen. Wir haben von Ihnen null Unterstützung. Sie waren auch dagegen, zusätzliche sichere Drittstaaten auszuweisen, damit die Verfahren schneller abgewickelt werden können. Rot-Grün hat das blockiert. Wir haben verschiedene Versuche unternommen, während Sie nur im Bremserhäuschen waren und deshalb die Situation mitverantworten haben. Das möchte ich hier noch einmal ganz klar sagen. Wir werden die Verfahren in Zukunft noch weiter beschleunigen und versuchen, zu noch besseren Ergebnissen zu kommen.

Frau Kollegin Kamm, ich möchte eine Bemerkung zu Ihrer Rede und zur Rede des Herrn Kollegen Rinderspacher machen: Sie sprechen nur über Maßnahmen zur Verbesserung der Verfahren und der Integration, aber nicht über eine Zugangsbegrenzung. Damit erwecken Sie den Eindruck, als wäre das Problem in unserem Land, unabhängig von den Zugangszahlen, zu bewältigen, wenn sich das Land nur genug Mühe gibt. Ich sage Ihnen: Das stimmt nicht. Wenn wir die Zugangszahlen nicht begrenzen, können wir uns noch so anstrengen; wir werden dann krachend hinsichtlich der Integration und der Verfahrensdauern scheitern. Deshalb fordere ich Sie auf: Schließen Sie sich unseren Bemühungen zur Zugangsbeschränkung an! Nur zu helfen, reicht hier nicht aus. Wer dabei nicht mitmacht, hat die Situation, die dann auf uns zukommen wird, zu verantworten.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich dem Vorsitzenden der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort erteilen. Bitte, Herr Kollege Aiwanger.

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen geltendes Recht und Gesetz wiederherstellen. Das ist die zentrale Botschaft, um mit diesem Problem fertig zu werden. Wir diskutieren teilweise auch heute wieder auf ideologischem Niveau. Herr Seehofer, wenn Sie einen Ehekrach haben, dann lassen Sie sich scheiden. Es ist schwer erträglich, wenn heute Rot und Schwarz ihre Berliner Koalitionsstreitigkeiten hier im Bayerischen Landtag austragen. Sie werfen sich gegenseitig Unfähigkeit vor, benennen aber nicht des Pudels Kern: Die Bundeskanzlerin weigert sich nach wie vor, klare Signale zu setzen, wohin der Zug gehen soll.

Diese Kanzlerin macht sich jetzt langsam auf, mit der Türkei und anderen Ländern ins Gespräch zu kommen. Sie sendet aber nach wie vor nicht die klare Botschaft aus, dass sie am geltenden europäischen Recht wie dem Dublin-Verfahren festhalten will, selbst wenn diese Vorgaben momentan von der Realität "überrumpelt" worden sind. Die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung lassen es zu, dass aus Salzburg Sonderzüge mit unregistrierten Flüchtlingen nach Deutschland fahren. Diese Flüchtlinge werden nicht einmal in Passau kontrolliert, sondern zu Wartebereichen weitergeschickt. Ich habe gestern mit einem Bürgermeister einer Gemeinde im Landkreis Straubing telefoniert. Er hat gesagt, dass auf dem Weg in diese Wartebereiche eine große Zahl von Menschen verschwindet, wobei niemand weiß, wer verschwunden ist und wohin. Derzeit wird geltendes Recht nicht angewendet. Deshalb wiederhole ich: Setzen Sie zunächst einmal alles in Bewegung, damit geltendes Recht wieder angewendet wird!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Andernfalls führen wir hier nur eine Diskussion auf hohem Niveau. Herr Seehofer, Sie haben noch nicht die letzte Karte gezückt. Ich appelliere an Sie, eine eindeutige Rote Linie zu definieren, die lauten könnte: Bevor das erste private Gebäude in Bayern beschlagnahmt werden muss, um Flüchtlinge unterzubringen, kündigen Sie einer Frau Merkel die Koalition auf. Das wäre ein Zeichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sollte ein Bürgermeister draußen gezwungen sein, privaten Wohnraum zu beschlagnahmen, braucht er bei der nächsten Wahl nicht mehr anzutreten. Sie lassen diese Leute alleine. Bevor die Bürgermeister wegen des Versagens der Bundespolitik in letzter Konsequenz in das private Eigentum eingreifen müssen, sind Sie als Teil der Bundesregierung verantwortlich, das zu tun, was Sie tun können. Sie sollten nicht

irgendwelche Selbstanzeigen androhen, sondern sagen: Frau Merkel, dann regieren Sie mit der SPD alleine weiter, Sie haben nicht mehr den Segen der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das hätten Sie im Kreuz. Wenn Sie diese Möglichkeit nicht ernsthaft in den Raum stellen, ist Ihre heutige Regierungserklärung leider wieder nur eine zahnlose Ankündigung und ein Hineinretten in die Weihnachtsferien. Wir haben die Sommerferien mit Ihren wohlfeilen Äußerungen überstanden. Damals wurden die Grenzkontrollen als Lösungsansatz angepriesen. Diese Grenzkontrollen haben nicht viel gebracht, außer dass die Schleuser die Menschen nicht mehr mit dem Lkw über die Grenze fahren, sondern dass die Menschen mit dem Sonderzug abgeholt oder jenseits der Grenze ausgesetzt werden. Wir brauchen jetzt Lösungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die FREIEN WÄHLER sind die Partei der Kommunen und der Bürger. Ich habe heute Morgen mit dem Landrat des Landkreises Landshut telefoniert. Meine Damen und Herren, während wir hier sitzen und irgendwelche Luftschlösser bauen, bekommt dieser Landrat heute 70 Asylbewerber zugewiesen, die er in den nächsten Stunden unterbringen muss. Dieser Landrat ist jetzt draußen und versucht, diese Menschen unterzubringen. Täglich kommen zehn Personen im Landkreis Landshut an. Wöchentlich sind es 70.

Ich sage jetzt etwas, was die FREIEN WÄHLER als Partei der Bürger und der Kommunen sagen können und sagen müssen. Dieser Landrat hat mir gesagt, dass in der Gemeinde Ergolding – ich nenne diese Gemeinde – Fälle von sexuellen Übergriffen von Asylbewerbern auf Jugendliche im benachbarten Freizeitzentrum vorgekommen sind. Das steht dort mittlerweile auch in der Zeitung. Die Eltern dort haben Angst und fordern den Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten oder der Polizei, weil sie ihre Kinder dort nicht mehr hingehen lassen wollen.

Der Landrat des Landkreises Landshut hat mir gesagt, dass er vor diesem Hintergrund nicht mehr gewillt ist, in den nächsten Wochen Schulturnhallen zu beschlagnahmen und Flüchtlinge zu den Kindern auf die Pausenhöfe zu lassen. Ich weiß, dass das, was ich jetzt sage, politisch unkorrekt ist. Man dürfte und sollte es nicht sagen, aber es steht mittlerweile in der Zeitung, und das sagt mir auch der Landrat. Das sind die Vorfälle, die jetzt draußen auch dem Bürger auffallen. Das ist die eine Seite. Ich will nicht nur diese

Seite benennen. Ich will auch andere Beispiele nennen.

Ein Firmeninhaber sagt mir, er hätte einen syrischen Flüchtling, den er im Handwerk brauchen könnte, den er aber nicht anstellen darf, weil er die Arbeitserlaubnis noch nicht hat oder weil noch so viele Verfahrensschritte dazwischenliegen. Den darf er nicht anstellen. Damit scheitert die Integration, die in diesem einen Fall gelingen könnte, wieder an der Bürokratie. Ich weiß nicht, ob es jetzt das richtige Zeichen ist, die Dauer des Arbeitsverbots von drei auf sechs Monate zu verdoppeln. Natürlich will man verhindern, dass Leute ins Land gelockt werden. Das verstehe ich. Wenn die Wirtschaft die Leute im konkreten Fall aber brauchen kann, sind sie am Arbeitsplatz besser aufgehoben, als wenn Sie jetzt beschließen, das Arbeitsverbot wieder zu verlängern.

Gleichzeitig signalisiert die Regierung, das sind eure Lehrlinge, eure Facharbeiter von morgen, wie man bisher gesagt hat; jetzt sagt man, von übermorgen. Wann ist übermorgen? Auch das müssen wir sagen. Wir stehen dazu, die Leute mit allen Maßnahmen in den Arbeitsprozess zu integrieren, die wir auch integrieren können. Aber da stehen wir uns schon wieder selber im Weg und wollen das, was möglich ist, nicht möglich machen. Auch das ist ein falsches Zeichen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch hier müssen wir den Nostalgikern entgegentreten. Vor einiger Zeit hat es geheißen: Den Mangel an Erzieherinnen lösen wir mit jungen Spanierinnen und Griechinnen, die in den Kinderbetreuungseinrichtungen arbeiten werden. Das ist grandios gescheitert. Jetzt sind es die Facharbeiter, und ich nenne wieder ein Beispiel vom heutigen Tag. Im Sommer habe ich mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband gesprochen. Die haben damals noch gesagt: Gebt uns die Flüchtlinge, gebt uns diese jungen Leute, wir bringen sie unter. Jawohl, einen gewissen Teil werden sie unterbringen, aber dabei stehen teilweise kulturelle Hürden im Wege. Ich nenne das als Beispiel, was mir heute vor zwei Stunden gesagt worden ist: Die Gastronomie hat Probleme mit muslimischen Jugendlichen, weil sie – ich nenne es beim Namen - kein Schweinefleisch anfassen dürfen. Den muslimischen Jugendlichen kann der Gastwirt im Zweifel nicht dort einsetzen, wo er ihn einsetzen will. Das alles müssen wir sagen, um das Problem differenziert zu lösen. Wir können nicht sagen: Zuwanderung ist per se gut, oder Zuwanderung ist per se schlecht. Wir müssen genau hinschauen, wir müssen jeden Einzelfall bewerten. Nur dann werden wir der Thematik gerecht. Nur im Einzelfall werden wir Lösungen finden. Pauschale Lö-

sungen werden scheitern. Das haben uns die vergangenen Jahre gezeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei diesen Lösungen kann man durchaus sagen, dass Teilerfolge erzielt worden sind. Ich will Frau Merk durchaus loben, die am Balkan unterwegs war und gesagt hat: Bitte bleibt zu Hause, ihr habt keine Chance, bei uns Asyl zu bekommen; das macht keinen Sinn. Wenn man den letzten Statistiken glauben kann, gehen die Zahlen von dort zurück.

Jetzt müssen wir andere Ströme genau betrachten. Darunter können viele syrische Flüchtlinge sein. Bei genauem Hinsehen sind aber auch 30 % darunter, die sagen, sie seien Syrer, die aber keine Syrer sind. Auch das müssen wir sagen dürfen, um die Probleme lösen zu können. Wir dürfen nicht zu liberal sein und gar nicht hinschauen; denn auch das ist mir gesagt worden: Mittlerweile kommen über die Flüchtlingsroute auch noch Pakistaner aus Griechenland, die dort zehn Jahre lang schwarz gearbeitet haben, zu uns und sagen, sie seien Syrer, können aber kein Wort syrisch.

Deshalb ist es dringend nötig, genügend Personal zu haben, das hinsieht und die wirklich Bedürftigen von den anderen trennen kann. Wir müssen gezielte Lösungen anbieten, die das System nicht zum Kollabieren bringen, und den wirklich Bedürftigen Hilfe gewähren. Die Konsequenz heißt aber auch: Wir müssen denen, die das System ausnutzen, genauer auf die Finger sehen. Da haben Sie zu lange geschlafen.

Jetzt sage ich Ihnen Danke dafür, dass Sie unseren Forderungen nach mehr Asylrichtern endlich zugestimmt haben, nachdem wir das ein halbes Jahr lang gefordert haben. Soviel dazu, Herr Kreuzer. Nicht nur anderen haben wir es drei Monate lang sagen müssen, auch Ihnen haben wir drei Monate lang sagen müssen, dass wir die Probleme lösen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir FREIE WÄHLER betrachten wirklich die Themen im Einzelfall. Wir betrachten sie aus der Sicht der Kommunen, aus der Sicht der Bürger und aus der Sicht der Wirtschaft mit Realitätssinn. Wir sind nicht wie andere Parteien ideologisch belastet, die traditionell gesagt haben, Zuwanderung sei immer gut, oder die, die gesagt haben, Schoten runter, und damit ist der Fall erledigt. Wir müssen passgenaue Lösungen entwickeln, und das haben Sie in der Vergangenheit nicht getan. Nach dem heute Gehörten habe ich auch keine Hoffnung, dass wir an Weihnachten aufatmen und sagen können, wir hätten die Lage im Griff. Herr Rinderspacher,

Sie sagten, Herr Steinmeier sei jetzt in den Transitländern und den Nachbarländern von Syrien unterwegs, und Deutschland würde seine Leistungen um 100 Millionen aufstocken oder einige Hundert Millionen zur Verfügung stellen. So hart es klingt und so leid es uns für unsere Geldbörse tut: Man wird dort nicht mit ein paar Hundert Millionen auskommen, man wird Milliarden brauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Markus Rinderspacher (SPD): 1,7 Milliarden zahlt die UNO!)

Sie haben es geschafft, über Nacht die Staats- und Regierungschefs der Eurozone zusammenzutrommeln, um die nächsten Milliardenranchen für Griechenland freizugeben. Auch dort hat man nicht mit Hundert Millionen jongliert, sondern da war der Koffer deutlich dicker. Da wurden zig Milliarden von heute auf morgen freigegeben. Eine noch größere Herausforderung ist die jetzige Flüchtlingssituation. Hinter ihr steht eine noch größere humanitäre Katastrophe. Ich appelliere an Sie: Wenn Sie dort international etwas retten wollen, müssen Sie Milliarden und nicht nur Millionen anfassen, so leid es uns tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben auch mit den internationalen Hilfsorganisationen gesprochen. Ich war vorgestern bei deren Gespräch mit der Überschrift "Fluchtursachen bekämpfen". Es ist beschämend, von ihnen hören zu müssen, dass sie überhaupt kein eigenes Budget und keinen eigenen Haushalt haben, sondern dass sie Jahr für Jahr ihre Millionen neu erbetteln müssen. Sie sagen ganz klar: Hätten wir etwas mehr Geld, könnten wir innerhalb kürzester Zeit die humanitären Hilfen im Libanon, in Jordanien und in der Türkei verstärken; wir könnten von heute auf morgen mehr Lebensmittel kaufen und mehr Perspektiven vor Ort schaffen. Wir wissen doch, dass 70 % der Syrer gar nicht aus dem Land, sondern in ihrer Heimat bleiben wollen. Deshalb ist es ein Versagen der internationalen Politik von Frau Merkel bis zu Herrn Außenminister Steinmeier, wenn wir diese Länder bis heute im Stich lassen und die Hilfsorganisationen mit Peanuts abspeisen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir werden internationale Gespräche führen müssen. Wir sehen jetzt, dass wir ohne Assad wohl nicht über die Runden kommen werden. Auch mit Putin wird man darüber reden müssen, wer wo und wie eintritt. Man wird über Schutzzonen reden und sicher auch aufpassen müssen, dass wir dabei nicht zum Spielball werden, wenn die Türken die UNO-Schutzzone nur dort wollen, wo man kurdisches Gebiet zerschneiden kann, damit die Kurden

kein einheitliches Siedlungsgebiet bekommen. Wir werden auch unserem Freund Amerika sagen müssen: Wer international agiert, muss die Dinge zu Ende denken. Bei einer Bilanz des Arabischen Frühlings sehen wir, dass das nicht die große Erfolgsstory war, sondern dass dadurch viele Länder destabilisiert wurden. Heute ist dort die Menschenrechtslage katastrophaler als vor dem Eingriff, der damit begründet worden ist, die Demokratie sollte wieder hergestellt werden. Auch das müssen wir genau benennen.

Heute stellen wir fest, dass die Flüchtlingspolitik immer noch nicht von allen Entscheidungsträgern einheitlich gesehen wird. Es gibt immer noch viele, die meinen, damit sei der ganz große Reibach zu machen. Jetzt geht es auch darum, woran man verdienen kann. Wir erleben Kommunen, die sagen – und dabei mache ich mich zum Fürsprecher dieser Landkreise und ihrer Landräte –, die Jugendhilfestandards seien überzogen. Wir können nicht jedem, der behauptet, unter 18 Jahre alt zu sein, oder der es auch wirklich ist, den vollen Jugendhilfestandard gewähren und ihn mit 5.000 Euro ausstatten. Es gibt Landkreise wie Passau, die an die 2.000 unbegleitete Minderjährige haben. Meine Damen und Herren, in diesen Fällen müssen ordentliche Unterbringung und Betreuung gut genug sein, und es muss nicht 5.000 Euro im Monat kosten, meistens abgeführt an eine private Hilfsorganisation, die das nächste Heim aufmacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen mit dem knappen Geld unserer Bürger und Kommunen sorgsamer umgehen, um die Dinge ins Lot zu bringen.

Wir müssen auch pragmatisch genug sein, andere Dinge zu überdenken. Vielfach waren es Bürgermeister, die uns vor zwei Jahren zu den Essenspaketen gesagt haben: Meine zehn Asylbewerber schmeißen die Hälfte weg, weil sie das Essen nicht mögen; gebt denen Bargeld, das ist für uns praktischer, dann braucht man das Essen nicht hinzufahren. – Das mag in solchen Fällen sinnvoll sein. Heute stellen wir aber fest, dass diese Bargeldlösungen in vielen Fällen dazu führen, dass Flüchtlinge von der Tafel ihr Essen beziehen und das Geld nach Hause überweisen. Ich kann Ihnen den Bürgermeister nennen, der mir das gesagt hat. Wir müssen überlegen, ob wir an dieser Stelle mehr zum Sachleistungsprinzip übergehen, um Fehlanreize zu vermeiden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nicht Inhumanität, nicht etwas, was irgendwie nicht verfassungskonform ist. Dafür müssen wir Lösungen finden.

Meine Damen und Herren, genauso sehe ich die Residenzpflicht. In Zeiten, in den wir wenige Zehntausend Flüchtlinge pro Jahr hatten, war es vielleicht überzogen zu sagen: Der muss in seiner Kommune und in seinem Landkreis bleiben, und wenn er mal in den Nachbarlandkreis will, muss er sich eine Sondererlaubnis ausstellen lassen. – Man hat das gelockert, um die Verwaltungen zu entlasten. Heute haben wir die Situation, dass wir nicht einmal mehr wissen, in welchem Landkreis sich jemand aufhält, in welchem Bundesland, wer das überhaupt ist, ob derjenige überhaupt noch in Deutschland ist oder ob er in einem halben Jahr wiederkommt, vielleicht in Berlin aufschlägt und sich dort meldet. Wenn wir die Kontrolle über dieses System verloren haben, dann müssen wir über eine Reaktivierung der Residenzpflicht für gewisse Personenkreise nachdenken, um das System steuerungsfähig zu erhalten. Das heißt nicht, dass man nicht an anderer Stelle, wo es passt, die Zügel wieder locker lassen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere hier eindeutig mehr Pragmatismus und weniger Ideologie. Das ist vor allem mein Appell an die beiden großen Lager hier in diesem Landtag. Im Bundestag wird es wohl ähnlich aussehen, vielleicht noch polarisierender.

Die Bürger wollen glaubhafte Lösungen. Was in den letzten Wochen und Monaten angeboten worden ist, hat leider die Wirkung verfehlt mit Ausnahme des klaren politischen Signals in den Balkan: Leute, das hat keinen Sinn. – Von einer Bundesregierung will ich dasselbe klare politische Signal an andere Länder erwarten können, auch an Länder, die sich über die EU Hoffnungen für eine engere Zusammenarbeit machen. Auch dorthin müsste die angeblich mächtigste Frau Europas klare Signale senden können, wenn sie denn wollte.

Sie, Herr Ministerpräsident, fordere ich dazu auf, Ihre letzte Waffe zu zücken und dieser Dame noch deutlicher zu sagen, wo der Hammer hängt. Sie müssen sagen: Frau Merkel, wenn Sie hier nicht auf eine vernünftige Politik einschwenken, sondern weiterhin Facebook-Partys auf Kosten Deutschlands veranstalten wollen, dann ist das nicht mehr unser Weg, dann gehen Sie diesen Weg alleine. – Diese Konsequenz haben Sie in der Hand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen noch etwas diskutieren; das ist eine Frage der politischen Wahrnehmung und des politischen Transportierens: Auch die Medien haben eine wichtige – ich sage: eine mindestens so wichtige – Rolle wie die Politik in dieser Situation. Wir haben es

alle erlebt, als man vor einem Jahr davor gewarnt hat, dass uns die Flüchtlingszahlen über den Kopf wachsen, und man gesagt hat, wir müssen in den Herkunftsländern Lösungsansätze anbieten. Dann hat man sehr schnell Kommentare von jungen Journalisten bekommen, die es vielleicht ernst und ehrlich meinen, die einem gleich vorgeworfen haben: Wollt ihr denn in Wettbewerb mit irgendwelchen anderen dubiosen Parteien treten? Veranstaltet ihr hier einen Wettlauf? – Nein, meine Damen und Herren, wir Politiker wollen ehrlich auch einmal Lösungsansätze anbieten dürfen, ohne von den Medien ständig einen Spiegel vorgehalten zu bekommen nach dem Motto: Das ist alles nur taktisch. – Meine Damen und Herren, man muss der Politik auch zugestehen, einmal Entscheidungen im Sinne der Bürger zu treffen und Lösungsvorschläge nicht immer aus Parteitaktik zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das heißt, wir müssen als politische Mitte handlungsfähig bleiben oder es wieder werden. Wir müssen Lösungen aufzeigen, ohne sie nur in den Raum zu stellen, um politisch fehlgeleiteten Volksverhetzern das Wasser abzugraben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir das nicht hinkriegen, dann werden sich viele Menschen draußen von der Politik verabschieden, werden in die innere Emigration gehen, gar nicht mehr zum Wählen gehen oder Denkzettelwahlen herbeisehnen. Meine Damen und Herren, die Geschichte wiederholt sich; wir hatten das in den Neunzigerjahren. Wenn wir die Kurve nicht kratzen, dann haben wir das sehr bald wieder.

Vor diesem Hintergrund appelliere ich insbesondere an Rot-Grün, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Sie haben damals einer Verschärfung des Asylrechts zugestimmt, weil auch Sie gesehen haben, dass es letztlich nicht unbedingt der politisch Radikale ist, der Denkzettel verpasst, sondern es häufig gerade Ihre Wähler sind: der Rentner, die Arbeiterschaft haben plötzlich das Kreuzchen an Stellen gemacht, wo Sie es nicht vermutet hätten.

Also auch vor diesem Hintergrund müssen wir politische Ziele anvisieren und gemeinsam anstreben. Wir brauchen die ehrliche Definition und Analyse der Situation. Das heißt nicht unbedingt: Das Boot ist voll – das ist politisch irgendwo diskreditiert –, sondern das heißt: Wir können diese Zuwanderung auf Dauer nicht mehr vernünftig steuern und bewerkstelligen; der Preis, den wir dafür bezahlen müssen, ist zu hoch.

Es ist nicht die einzige Möglichkeit, diese Leute alle nur in Deutschland unterzubringen. Alternativen in

den Nachbarländern haben wir nicht ausgeschöpft. Das müssen wir gezielt ansteuern.

Ich warne auch davor, die 30 % der Kommunen an den Pranger zu stellen, die bis heute keinen Flüchtling aufgenommen haben. Meine Damen und Herren, das sind vielfach Kommunen, in denen die bisher geforderte Infrastruktur einfach nicht vorhanden ist: der Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr, der Supermarkt um die Ecke, den man auch zu Fuß erreicht, die nahe Hausarztversorgung und dergleichen. Sie kennen die Debatte der letzten Monate, in der es geheißen hat: Nein, in den Bayerischen Wald wollen wir nicht, dort ist nichts los, wir wollen in die Nähe von München. – Auch das ist die Wahrheit. Ich bin kein Befürworter des Vorgehens, jene Kommunen heute an den Pranger zu stellen, die vielleicht noch für ein paar Wochen Atempause sorgen könnten. Natürlich soll sich keiner seiner Verantwortung entziehen können. Aber pauschal zu sagen, wenn noch 30 % mitmachen, dann bringen wir noch 30 % mehr unter, geht nicht. Das sind häufig sehr kleine, ländliche Kommunen, in denen die Voraussetzungen einfach nicht gegeben sind, die man für eine vernünftige Erstintegration braucht.

Wir müssen das Problem heute lösen, wenn wir noch ein bisschen Luft in der Sauerstoffflasche haben, anstatt zu sagen: Macht jetzt mal ihr 30 % noch mit, dann schauen wir weiter. – Wir brauchen heute die Lösungen. Diese liegen auf der Hand. Den Kommunen sollte alles abgenommen werden, was auf deren Schultern lastet.

Wenn Sie schon sagen, das sei Bundesaufgabe, Herr Ministerpräsident, und nicht Aufgabe des Landes, dann setze ich obendrauf: und schon gar nicht die Aufgabe der Kommunen. Die Kommunen retten Ihnen momentan den Hintern. Geben Sie denen, was sie brauchen! Das ist das Personal bei den Gemeinden, das ist das Personal bei den Sozialämtern, das ist das Personal bei den Ausländerbehörden der Landkreise; diese stellen derzeit auf eigene Rechnung Personal im Dutzend ein. Das geht auf Dauer so nicht weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Geben Sie die Milliarden, die Sie von oben kriegen, dorthin, wo die Arbeit erledigt wird!

Ein banales Beispiel sei mir zum Schluss auch noch erlaubt: Meine Damen und Herren, mich hat vorgestern ein Lehrer angesprochen; er hat gesagt: Die Stellen sind schön und gut, aber gebt uns doch ein gewisses Budget, ich suche mir dann schon die Personen vor Ort. Das kann die polnisch sprechende integrierte Person sein.

(Zurufe von der CSU: Das machen wir doch!)

– Okay. Dann setzt dort noch etwas drauf, damit die Schulen dort genügend Budget haben, um das Personal, das sie brauchen, gezielt anzustellen. Heute muss einer Person aus dem Helferkreis, die eigentlich passen würde, gesagt werden: Du kannst ehrenamtlich weitermachen, aber um dich ordentlich zu bezahlen, dafür fehlen die Mittel. Diese Aufgaben kosten richtig Geld – von der internationalen über die Landes- zur Bundesebene und zur kommunalen Ebene, meine Damen und Herren. Am Ende müssen wir da ehrlich sein und sagen, wie viel wir leisten können, wie viel wir leisten wollen, wie viel alternativlos ist und geleistet werden muss, aber auch wie viele nur auf dem Trittbrett mitfahren und sich eines Systems bedienen, das aufgrund des Versagens der Bundes- und Europapolitik jetzt offensteht.

Korrigieren Sie die Schiefelage auf europäischer Ebene und das Asylverfahrensgesetz! Kehren Sie zum Pragmatismus zurück! Seien Sie so ehrlich zu sagen: Jawohl, wir wollen den Menschen in Not helfen, aber wir können nicht alles tun; wir müssen gezielte Lösungen anbieten. – Das System hält noch einige Zeit durch, wenn Sie die Kommunen unten noch mitnehmen. Wenn Sie die Kommunen unten jetzt aber nicht mehr mitnehmen – - Wir haben dafür schon die ersten Anzeichen. Die Landkreise in der Grenzregion werden den Aufnahmestopp verkünden. Auch ein Vertreter des Landkreises Landshut, um ein Beispiel zu nennen, sagt – ich habe heute mit ihm telefoniert -, in wenigen Wochen ist sein Soll erfüllt. Dann hat er seine 1.800 Flüchtlinge. Dann schickt er alles durch und wird keine Bürgermeister mehr mit dem Thema behelligen. Dann, meine Damen und Herren, haben wir Feuer am Dach.

Löschen wir, solange es noch geht, seien wir ehrlich zu uns selbst! Ich appelliere an Rot-Grün: Befürworten Sie Lösungen, die funktionieren, damit dieses Asyl- und Flüchtlingsthema nicht uns schafft, sondern dass wir es schaffen! Die Weichenstellungen, die derzeit im Raum stehen, deuten eher darauf hin, dass das Thema uns schafft, als darauf, dass wir es schaffen. Noch einmal: Zeigen Sie Ihrer Frau Merkel, wo der Hammer hängt!

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Herr Kollege Taşdelen steht schon für eine Zwischenbemerkung bereit. Bitte schön, Herr Kollege.

**Arif Taşdelen (SPD):** Sehr geehrter Herr Aiwanger, ich gebe Ihnen recht, wenn Sie sagen, dass wir sehr viel Zeit verloren haben. Herr Kreuzer hat in seiner Rede gesagt, dass der Ministerpräsident zeigt, was

geht, und nicht herumeiert. Auch mein Fraktionschef Markus Rinderspacher hat schon vor Längerem ein Integrationsgesetz gefordert. Wir haben das hier in den Bayerischen Landtag eingebracht. Es wurde von Ihnen abgelehnt, weil der Herr Ministerpräsident irgendwann - in seiner ersten Regierungserklärung, glaube ich - gesagt hat, dass er keinen einzigen zusätzlichen Paragraphen in dieser Legislaturperiode möchte. Das kann aber kein Argument sein, um etwas abzulehnen. - Jetzt auf einmal entdeckt die Regierung, dass ein Integrationsgesetz sehr förderlich für Bayern sein kann. Das ist es, und das ist auch gut so.

Sie reden davon, dass dieses Paket nicht Millionen, sondern Milliarden kostet. Da gebe ich Ihnen völlig recht. Wir müssen aber den Bürgerinnen und Bürgern ganz deutlich sagen, dass dieses Geld nicht irgendjemandem in den Rachen geschmissen, sondern in bayerische Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Verwaltungskräfte und Polizistinnen und Polizisten investiert wird. Es ist im Grunde genommen ein Konjunkturpaket, was sehr gut für Bayern ist.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Aiwanger, Sie wissen, ich schätze Sie sehr. Aber Formulierungen wie "Muslime finden in Bayern in der Gastronomie keinen Job" gehören nicht in den Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich glaube, dass Sie auch froh sind, wenn die Kellnerin oder der Kellner auf dem Weg von der Küche zu Ihnen an den Tisch Ihr Essen nicht mit bloßen Händen anfasst. Außerdem lade ich Sie gerne mal nach Nürnberg ein; wir gehen dann in ein veganes Restaurant.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum vegan? Ich habe von Schweinefleisch gesprochen!)

Sie können quasi auf meine Kosten dort essen.

(Beifall bei der SPD)

**Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER):** Okay. Eine kurze Antwort darauf: Jawohl, es kostet Milliarden. Aber diese Milliarden müssen gezielt eingesetzt werden. Ich glaube, dass wir momentan viel Geld an falscher Stelle ausgeben. Ich nenne hier den Bereich der Jugendhilfe; hier überzieht man vielleicht derzeit. Wir hoffen, dass das Geld nachher richtig eingesetzt wird und den richtigen Personenkreisen zugutekommt, nicht Leuten, die sich für Syrer ausgeben, ohne Syrer zu sein. Aber bis wir das merken, weil wir

zu wenige Asylrichter usw. haben, sind Tausende aufgelaufen. Wir sollten da also hinschauen, damit das Geld der Bürger sinnvoll eingesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Inge Aures (SPD): Was ist jetzt mit dem Schweinebraten?)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. - Jetzt erteile ich der Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Bause, das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Margarete Bause (GRÜNE):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Herr Kreuzer, Sie haben uns heute wieder einmal eine Demonstration Ihres sattem bekannten Doppelspiels geliefert. Herr Seehofer appelliert an Gemeinsamkeiten. Er zitiert den Appell der Hilfsorganisationen, die darum bitten, dass alle demokratischen Kräfte doch bei dieser großen Herausforderung zusammen anpacken und an konstruktiven Lösungen arbeiten. Und Sie, Herr Kreuzer, kommen dann hierher, geben den Demagogen, denunzieren, beleidigen.

(Zurufe von der CSU: He! Jetzt aber!)

- Natürlich! Sie denunzieren, und Sie beleidigen;

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Und was machen Sie? Sie tun doch nichts anderes!)

und dann wundern Sie sich, dass es mit der Gemeinsamkeit ein wenig schwierig ist. Ich kann Ihnen versichern: Ja, wir sind zur Kooperation bereit,

(Peter Winter (CSU): Das wollen wir im Bundesrat mal sehen!)

insbesondere was die Integration angeht. Die Vorschläge, die Sie da machen, müssen wir diskutieren; viel Richtiges ist dabei. An manchen Stellen muss man, glaube ich, noch nachjustieren. Es wird wohl auch noch mehr Geld brauchen, als Sie heute in Aussicht gestellt haben. Wir sind zur Kooperation bereit, insbesondere bei der Integration. Aber, Herr Kreuzer, Kooperation geht nur bei gegenseitigem Respekt, auch wenn andere eine andere Meinung haben als Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Peter Winter (CSU): Merken Sie sich das mal gut!)

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich nicht der Meinung, dass es falsch ist, sich vor Ort ein Bild in den Notunterkünften zu machen. Deswegen war ich letzte Woche unter anderem im mittelfränkischen Lauf. Das

einziges hauptamtliche Personal in der dortigen Notunterkunft sind die vier Männer vom Sicherheitsdienst: Schwarze Uniformen, muskelbepackt, Marke Türsteher.

(Zuruf von der CSU: Keine Beleidigungen!)

- Das empfinden die nicht als Beleidigung; ich habe mit denen sehr lange geredet. Ich muss ehrlich sagen: Ich war im ersten Augenblick ein bisschen skeptisch, als ich diese martialischen Jungs da stehen sah. Im Hof hinter ihnen war eine bunte Schar von Kindern. Sie sind auf Bobbycars eine Rampe runtergebettert – großes Hallo, großer Radau. Es war eine Freude, ihnen zuzusehen. Der Chef dieser Truppe redet mit uns und zeigt auf die Kinder und sagt: Die größte Freude ist es für ihn bei seiner Arbeit, diese Kinder zu sehen. Wenn die in der Unterkunft ankommen, sind sie völlig apathisch. Nach ein paar Tagen kommt wieder das Licht in ihre Augen. Wenn sie zwei Wochen da sind, ist in dieser Unterkunft fröhliches Kindergeschrei zu hören. – Das ist es, was ihm an seiner Arbeit Freude macht. Die anderen, die dabei gestanden sind, haben genickt. Sie haben gesagt, sie leisteten hier nicht nur Sicherheitsdienst, sondern seien Mädchen – oder Jungs – für alles: Sie überziehen die Betten frisch, sie helfen beim Catering und kümmern sich darum, dass der eine einen Zahnarzttermin und eine Schwangere einen Termin beim Frauenarzt bekommt. Wenn sie Verständigungsprobleme haben, dann bitten sie Flüchtlinge aus der Unterkunft, die englisch sprechen, Dolmetscherdienste zu übernehmen.

Was zeigt uns das Verhalten dieser Männer? – Es zeigt, dass das Geschäftsmodell Abschreckung nicht gefragt ist. Die Stärke liegt nicht im martialischen Auftreten. Die Stärke liegt auch darin, dass man sich von Menschen, die zu uns kommen, berühren lässt und offen ist, dass man aber gleichzeitig auch anpackt, wo Not am Mann ist, dass man auch ungewohnte Aufgaben übernimmt und meistert, dass man zur Improvisation fähig ist und dass man gemeinsam menschlich und pragmatisch nach Lösungen sucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde, das muss die Haltung sein, mit der wir uns der immensen Herausforderung stellen. So – menschlich und pragmatisch – müssen wir vorgehen.

Die Kanzlerin hat sich im entscheidenden Augenblick auf die Seite der Humanität gestellt und mit ihr Hunderttausend andere hauptamtliche und ehrenamtliche Helfer und Helferinnen, die in einem bisher nicht da gewesenen Ausmaß Empathie zeigen und tatkräftige Hilfe leisten. Ich sage Ihnen, Humanität hat nichts mit Gefühlsduselei zu tun. Humanität ist die Grundlage

des zivilisierten Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Wenn man den Begriff der Leitkultur, von dem Sie immer reden, bemühen will, sage ich Ihnen: Humanität und Nächstenliebe sind die Grundpfeiler unserer Leitkultur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Humanität und Menschenliebe sind unsere Stärke, und noch eines: Humanität und Nächstenliebe kennen keine Obergrenze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns unsere Werte wirklich wert sind, zeigt sich am klarsten in einer Krisensituation. Hier zeigt sich, wie reif eine Gesellschaft ist und welche Kraft sie hat. Die entscheidende Frage ist doch, ob wir zu unseren Grundwerten und zu unseren Grundrechten auch dann stehen, wenn davon vielfach Gebrauch gemacht wird, oder ob wir dann einknicken und sagen, der Satz, dass politische Verfolgte Asyl genießen, war nicht so gemeint. Leben wir unsere Werte auch dann, wenn es schwierig wird? Können wir unsere Offenheit und die europäische Einbettung, für die wir jahrzehntelang gearbeitet haben, auch in Zeiten großer Fluchtbewegungen bewahren?

In solchen Situationen entscheidet sich, aus welchem Holz Politikerinnen und Politiker geschnitzt sind. Ist jemand ein Staatsmann oder eine Staatsfrau, tritt jemand als Demagoge auf, oder gefällt sich jemand darin, den Trotzkopf zu geben?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Bayern ist ein starkes Land, und Deutschland ist es auch. Wir sollten diese Stärke zur Lösung der zweifellos großen Aufgabe mobilisieren. Wir sollten die konstruktiven und nicht die destruktiven Kräfte mobilisieren. Was Sie in der Regierung und Sie als CSU-Fraktion in den vergangenen Wochen demonstriert haben, ist allerdings genau das Gegenteil davon, konstruktive Kräfte zu mobilisieren. Was soll denn zum Beispiel die Panikmache, wie sie Frau Aigner betreibt, wenn sie von sieben Millionen Familiennachzüglern spricht? So etwas ist nicht nur falsch, so etwas ist unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das ist halt einfach realistisch!)

Was helfen auch untaugliche Scheinlösungen wie die geplanten Haftanstalten, die Sie Transitzone nennen? - Herr Seehofer, Sie haben vorhin gesagt, dass wir seit Anfang September ungefähr 300.000 Flüchtlinge aufgenommen haben. Jetzt stellen Sie sich ein-

mal vor, dass nur ein Drittel von ihnen an der baye-risch-österreichischen Grenze ankommt. Wollen Sie sie dann in dieses Auffanglager stecken und versu-chen, dort menschenwürdige und rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen? -Wie so etwas gehen soll, müssen Sie mir noch verraten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was sollen hysterische Drohungen mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht? - Sie klagen ja gegen sich selber. Ich möchte Sie an dieser Stelle auch daran erinnern, dass Sie in der letzten Zeit mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nicht gerade gute Erfahrungen gemacht haben. Deshalb sollten Sie sich noch einmal überlegen, ob das die beste Adresse ist, um für Ihre politischen Projekte Un-terstützung zu bekommen.

Was soll auch die Rede von Notwehr? - Ich habe schon oft gesagt, glaube aber, man kann es nicht oft genug sagen: Nicht wir sind es, die sich in Not und Gefahr befinden. Die Flüchtlinge fliehen vor Not und Gefahr und suchen bei uns Schutz. Diesen Schutz müssen wir ihnen geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was sollen auch all die Drohungen gegen die eigene Kanzlerin oder auch gegen Österreich? Was soll das Geraune Ihres Justizministers, der sogar die Existenz unseres Staates in Gefahr sieht? - Aus Ihren immer abenteuerlicheren Drohgebärden spricht nur eines: pure Hilflosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was Sie im Moment lautstark betreiben, ist keine kon-struktive Problemlösung; es ist destruktive Panikpoli-tik. Angst und Panik mobilisieren aber keine Kräfte. Sie lähmen, sie schwächen, und sie führen dazu, dass jeder nur noch seine eigene Haut retten will. Wir brauchen aber mehr Solidarität auf allen Ebenen, auf allen Ebenen der Gesellschaft, auf der kommunalen Ebene, zwischen den Bundesländern und auch auf europäischer Ebene – mehr und nicht weniger Solida-rität.

Wohin führt denn Ihre Logik, Ihre Abschottung? - Sie führt zum Ersten zu immer mehr Zäunen, zu immer höheren Zäunen und zu immer mehr Stacheldraht. Sie führt zu einer Aufrüstung an unseren Grenzen, die wir zum Glück eigentlich schon überwunden hatten. Sie kostet im Übrigen auch einen Haufen Geld, Geld, das wir viel sinnvoller für ganz konkrete Hilfe, den Aufbau professioneller Betreuungsstrukturen und für

die Integration einsetzen können. Ungarn zum Bei-spiel gibt nach Angaben von Amnesty International knapp 100 Millionen Euro für den Bau von Grenzzäu-nen und ganze 27 Millionen Euro für die Aufnahme von Asylsuchenden aus – ein Viertel für die Hilfe und drei Viertel für die Abschottung. Das ist aberwitzig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Für die Sicherung der Außengrenzen!)

Die Logik der Abschottung gefährdet zum Zweiten ein offenes und freies Europa. Schon bei den letzten EU-Wahlen, also schon lange vor den aktuellen Flücht-lingszahlen, sind nationalistische und populistische Parteien stärker geworden.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Weil Sie Problemlö-sungen verweigern!)

Mit der Griechenlandkrise wurden die antieuropäi-schen Töne – auch auf Ihrer Seite – noch lauter, be-feuert durch bayerische Regierungsmitglieder wie Markus Söder. Wir brauchen aber jetzt und in Zukunft ein starkes und ein einiges Europa, keinen unsolidari-schen Hühnerhaufen und keinen Rückfall in Nationa-lismus und Provinzialismus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen doch nicht die Strukturen schwächen, die wir dringend brauchen, um die Krise zu bewältigen. Aber genau das machen Sie im Moment. Europa wird die Herausforderung nur gemeinsam und im Geist der europäischen Solidarität bewältigen können. Jetzt ist es an der Zeit zu erklären, ob man sich zu einem ge-einten Europa bekennt oder dagegen ist, und das haben Sie auch im Europa-Wahlkampf nicht ge-schafft. Halbscharige Europäer brauchen wir nicht. Sie sind nur nützliche Idioten für Le Pen, Strache & Co.

Ja, wir brauchen geordnete und rechtsstaatliche Ver-fahren. Wir müssen erreichen, dass sich alle Länder der EU fair an der Aufnahme der Schutzsuchenden beteiligen. Auch hier führt uns Kleinstaaterei nicht weiter. Die EU und die internationale Staatengemein-schaft müssen sehr viel mehr tun, um die Anrainer-staaten und die Krisenländer zu unterstützen. Vor Kurzem hat Außenminister Steinmeier gesagt: Es ist ein Skandal, dass das UNHCR bei der Flüchtlingshilfe und das World Food Programme auf Spenden ange-wiesen sind und dass ihnen das Geld gerade zum Zeitpunkt einer riesigen Krise in Kriegsländern und in Krisengebieten ausgeht. Wir müssen endlich dazu kommen, dass es gerade für diese Hilfsorganisatio-nen ein gesichertes Budget gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich finde, Sie sollten sich lieber dafür einsetzen, anstatt darauf zu hoffen, dass Putin und Erdogan für eine Lösung sorgen. Beide sind übrigens sehr weit davon entfernt, lupenreine Demokraten zu sein.

Die Abschottungspolitik, der Sie anhängen, führt zum Dritten zu einer Radikalisierung im Inneren unseres Landes. Eine Folge sind Hassparolen. Engagierte Helferinnen und Helfer sowie Kommunalpolitiker werden bedroht. Im Moment erleben wir eine dramatische Zunahme rechter Gewalt. Ihre Abschottungspolitik führt auch zu Brandanschlägen und Morddrohungen. Der Bundesinnenminister hat in den vergangenen Tagen davon gesprochen, dass im Jahr 2015 bereits mehr als 490 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte zu verzeichnen sind.

Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der CSU, Sie glauben, Sie könnten den Tiger der Fremdenfeindlichkeit reiten, indem Sie ihm noch Futter geben. Dieser Ansatz ist zum Scheitern verurteilt. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wird Ihnen auch in den aktuellen Umfragen vor Augen geführt. Mit Ihrer Panikpolitik stärken Sie allenfalls Pegida, die AfD und andere rechtspopulistische oder rechtsextreme Gruppierungen. Es braucht keine Handlangerdienste für diese unappetitlichen Gruppierungen. Es braucht klare Kante gegen Rechts!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Machen wir uns nichts vor: Die Menschen, die jetzt auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung sind und zu uns kommen, werden zum Teil lange bleiben. Ihre Integration ist eine wichtige, dringend zu lösende Aufgabe. Damit muss sofort begonnen werden. Die Integration wird, zumindest am Anfang, teuer und manchmal auch mühsam sein – völlig klar. Am Ende werden jedoch wir alle davon profitieren, dass es in unserem Land mehr Wohnungen gibt, dass wir die Flüchtlinge gut ausgebildet und den Arbeitsmarkt für sie geöffnet haben.

Herr Ministerpräsident, mit vielen Punkten Ihres Integrationsprogramms sind Sie in der richtigen Richtung unterwegs, auch wenn manche angedachte Maßnahme viel zu zaghaft ausfällt; insoweit muss deutlich mehr möglich sein. Manches muss auch deutlich schneller gehen. Wenn zum Beispiel die Lehrerstellen, die Sie uns versprochen haben, erst zu Beginn des nächsten Schuljahres zur Verfügung stehen, dann

ist das zu spät. Sofort brauchen wir in den Schulen die Unterstützung durch zusätzliche Lehrerstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Beginnen Sie mit Ihrer zusätzlichen Unterstützung bei den Kommunen und dem ehrenamtlichen Bereich. Dort wird die Arbeit geleistet, die im Moment dringend notwendig ist. Wir brauchen dringend mehr hauptamtliches Personal vor Ort. Im Bereich der Hilfe müssen endlich professionelle Strukturen entwickelt werden. Sie dürfen nicht länger einen Großteil auch der staatlichen Aufgaben auf die ehrenamtlich Tätigen abwälzen. Ich habe vor Kurzem gesehen, dass in manchen Unterkünften ehrenamtlich Tätige sogar die Registrierung der Flüchtlinge vornehmen. Das geht gar nicht! Die ehrenamtliche Arbeit ist ein großer Segen für unsere Gesellschaft. Aber die Staatsregierung darf sich von ihrer Verantwortung nicht zulasten der ehrenamtlich Tätigen entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Der Freistaat muss in die Finanzierung der vor Ort hauptamtlich Tätigen einsteigen. Sie haben bei den Landkreisen entsprechende Hoffnungen geweckt. Deren Vertreter waren nach einem Gespräch mit dem Finanzminister aber deutlich enttäuscht. Die einigen Hundert zusätzlichen Stellen, vom Land finanziert, würden den Kommunen und den ehrenamtlich Tätigen das Leben sehr erleichtern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Bayern Integrationszentren. In manchen Kommunen sind entsprechende Strukturen bereits aufgebaut worden. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel gibt es seit Jahren ein Integrationsgesetz, auf dessen Grundlage in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis kommunale Integrationszentren eingerichtet worden sind. Diese Strukturen erweisen sich jetzt als hilfreich bei der Bewältigung der Herausforderungen. Die Bayerische Staatsregierung hat, was dies angeht, jahrelang geschlafen. Hier müssen wir sofort ansetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben heute wieder den Begriff "Leitkultur" in den Raum gestellt. Da wir diese Diskussion seit Jahren führen, möchte ich Sie heute fragen, was Sie eigentlich genau unter "Leitkultur" verstehen. Ich habe den Eindruck, dass Sie diesen Begriff auch deswegen gern verwenden, weil er so schwammig, so undefiniert

niert ist. Jeder kann darunter verstehen, was er möchte. Den selbsternannten Wächtern der "Leitkultur" geht es aber in Wirklichkeit nicht um Integration. Das wird an der Art und Weise deutlich, in der sie diesen Begriff momentan häufig verwenden. Es geht ihnen vielmehr um Unterordnung, manchmal habe ich sogar den Eindruck, um Unterwerfung der Eingewanderten.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Eine absolute Unverschämtheit! Jetzt reicht es aber!)

Wir sollten von Werten und von Grundsätzen unseres Zusammenlebens sprechen statt von einer schwammigen, undefinierten "Leitkultur".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche Werte sind für ein gelingendes Zusammenleben unverzichtbar? Diese Werte müssen wir nicht neu erfinden; sie stehen seit Jahrzehnten in unserer Verfassung. Ich nenne die Achtung vor der Würde des Einzelnen und die Gleichberechtigung. Ich finde es übrigens sehr nett, dass wir mittlerweile in einer Situation sind, in der Sie von der CSU, wenn Sie nach unseren Grundwerten gefragt werden, als Erstes auf die Gleichberechtigung kommen. Dafür habe ich 30 Jahre lang gekämpft. Hurra!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei der SPD – Dr. Florian Herrmann (CSU): Wir brauchen keine Belehrungen von Ihnen!)

Weitere Grundwerte sind der Respekt vor anders Denkenden und anders Lebenden sowie die Religionsfreiheit. Letztere umfasst die Freiheit, sich zu einer Religion zu bekennen und diese zu leben, aber auch die Freiheit, keiner Religion anzugehören oder keine Religion zu leben.

Auch die Meinungsfreiheit ist bei uns ein hohes Gut. Herr Kreuzer hat vorhin gesagt, hier werde man doch noch sagen dürfen, was man meine. Sie können das schon sagen, müssen es aber aushalten, wenn Sie dafür kritisiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sie aber auch!)

– Um mich brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. - Ich zitiere noch einen wunderbaren Artikel unserer Verfassung:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Dass diese Grundsätze in unserer Verfassung stehen, ist das Ergebnis von vielen Kämpfen und Auseinandersetzungen, die in den vergangenen zwei Jahrhunderten geführt wurden. Nicht zuletzt aufgrund der Geltung dieser Grundsätze kommen Verfolgte zu uns. Dafür achten und schätzen sie Deutschland.

Die Werte unserer Verfassung bedeuten gleichzeitig eine Absage an Ausgrenzung und Intoleranz, an Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, an Fanatismus und Fundamentalismus.

Im Rahmen unserer Verfassung kann jeder nach seiner Fassung selig werden. Unsere Gesellschaft lässt andere anders sein. Auch das ist eine Lehre aus unserer wechselvollen Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die für alle verbindlichen Regeln des Zusammenlebens sind im Grundgesetz niedergeschrieben. Diese Regeln gilt es nicht nur zu respektieren, sondern auch zu leben. Das gilt für alle, die wir hier sitzen. Das gilt für die Geflüchteten. Das gilt genauso für AfD-Wähler, Pegida-Anhänger und andere Rechtspopulisten.

Kolleginnen und Kollegen, auch heute sind Flüchtlinge unterwegs, auf dem Balkan und anderswo, in Regen und in Kälte. Für sie gibt es im Moment kein Zurück; Assad und Putin sorgen dafür. Sollen diese Frauen, diese Kinder, diese Männer in einem riesigen Auffanglager an der bayerisch-österreichischen Grenze stranden, in Zelten und eilends eingerichteten Notunterkünften, die wohl nicht einmal zu heizen sein werden? - Was Sie hier propagieren, ist nicht nur illusorisch. Es ist auch Ausdruck kleinkarierten Denkens, das an die bayerischen Grenzen stößt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Angesichts all Ihrer Äußerungen und Aktivitäten frage ich mich schon, warum Sie nicht längst intensiven Kontakt mit Kroatien und Österreich aufgenommen haben. Was nutzen denn Drohungen in der Öffentlichkeit? Wie wäre es denn, wenn Sie sich mit Kroatien und Österreich zusammensetzen und gemeinsam an einer Lösung, die auch im Sinne der Flüchtlinge ist, arbeiten würden?

Abschottung löst kein Problem, sondern schafft zusätzliche Probleme. Ein Rückfall in den nationalen Egoismus beschädigt die Kräfte und Strukturen, auf die wir dringend angewiesen sind, um die Krise zu überwinden und die Herausforderung zu bewältigen. Ich sage es noch einmal: Wir GRÜNEN sind bereit, an konstruktiven Lösungen mitzuarbeiten, wenn es um Hilfe geht, wenn es um Unterstützung geht, um Stär-

kung und Entlastung für jene, die anpacken. Hier müssen wir so schnell wie möglich die professionellen Strukturen aufbauen und stärken.

Wir sind bereit zur Kooperation bei der Integration. In den vergangenen Jahren wurden im ganzen Land, auf kommunaler Ebene schon viele gute Projekte erarbeitet, vielfach auf ehrenamtlicher Basis, vielfach auf zivilgesellschaftliche Initiativen hin. Darauf können wir aufbauen. Von ihnen können wir lernen. Dazu brauchen wir Geld, und dazu brauchen wir die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch brauchen wir die Einsicht, dass wir schon längst in einer Einwanderungsgesellschaft leben.

Ich sage es noch einmal: Nehmen wir gemeinsam diese Herausforderung an und gestalten wir sie gemeinsam!

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Der Kollege Hofmann steht für eine Zwischenbemerkung bereit. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Michael Hofmann (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Bause, Sie haben zur Zusammenarbeit aufgerufen. Angesichts des Vorwurfs der Unterwerfung, den ich für skandalös halte, gestaltet sich das für mich außerordentlich schwierig. Ich finde es außerordentlich schwierig, mit jemandem zusammenzuarbeiten, der meint, dass wir versuchen, Menschen, die zu uns kommen, zu unterwerfen. Ich weise das entschieden zurück, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU)

Es mag ja sein, dass Sie vor 30 Jahren schon für Gleichberechtigung gekämpft haben. Aber jetzt kommen Menschen in unser Land, die nicht einmal die Rechte, die wir bereits vor 30 Jahren im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung hatten, anerkennen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Woher weißt du das?)

Uns in diesem Zusammenhang Unterwerfung vorzuwerfen, ist ein Skandal.

Es ist auch ein Skandal, wie Ihre Fraktion mit solchen Dingen umgeht, indem sie im Sozialausschuss Anträge stellt, in denen sie fordert, dass alleinstehende Frauen in Unterküften separat untergebracht werden müssten, weil sie sich in gemeinsamen Unterküften vor Übergriffen der männlichen Asylbewerber nicht retten könnten.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Es ist der falsche Ansatz, den Menschen zu sagen, sie könnten separat untergebracht werden. Wir müssen denen, die für solche Übergriffe verantwortlich sind, erklären, dass so etwas in unserem Land nicht geht.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN – Gegenrufe von der CSU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Schreien ersetzt keine Argumente.

(Beifall bei der CSU)

**Michael Hofmann (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Im Übrigen versteht draußen kein Mensch, dass wir die, die für die Übergriffe verantwortlich sind, indem wir die alleinerziehenden Frauen separat unterbringen, schützen, anstatt sie zu bestrafen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Aber, Frau Kollegin Bause, sind Sie mit mir der Meinung, dass wir die Rückführung von Personen, deren Antrag auf Asyl abgelehnt worden ist, dass wir die Abschiebung vereinfachen müssen? Sind Sie mit mir der Meinung, dass wir bestehende Fehlanreize, die zu ungerechtfertigten Asylanträgen führen, beseitigen müssen? Und sind Sie mit mir der Meinung, dass Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsländern bestimmt werden müssen?

(Zuruf von der SPD: Die zwei Minuten sind um! Schon lange!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Zwei Minuten sind um, Herr Kollege.

**Michael Hofmann (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Das alles werden morgen rote und grüne Landespolitiker beschließen. Sind Sie dafür oder dagegen?

**Margarete Bause (GRÜNE):** Herr Kollege Hofmann, Sie sollten einmal tief durchatmen. Das ist gut für das Gehirn und für die Durchblutung.

(Zuruf von der CSU: Danke, gleichfalls!)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas zu dem Thema Gleichberechtigung sagen. Ich glaube, insoweit müssen Sie vielleicht in Ihren eigenen Reihen auch noch ein bisschen nachjustieren und die gelebte Gleichberechtigung dann auch im Alltag realisieren. Selbstverständlich müssen sich alle, die hier leben und zu uns

kommen, an unsere Gesetze und an unsere Verfassung halten. Das ist eine völlige Selbstverständlichkeit. Heute hat sie der Ministerpräsident ausgesprochen, und Sie haben eifrig applaudiert.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Aber Sie nicht! Das ist ja das Schlimme!)

Es ist ja gut, dass Sie das jetzt erkannt haben, aber es ist eine pure Selbstverständlichkeit.

Wenn es um den Schutz besonders schutzbedürftiger und verletzlicher Personen geht, müssen wir uns überlegen, wie wir ihn auch in den Unterkünften herstellen. Vielleicht sollten Sie auch einmal - -

(Markus Rinderspacher (SPD): Vorbeischauen!)

– Einmal vorbeischauen, einmal mit den Helfern reden, mit den Leuten, die sich schon lange damit beschäftigen. Dann würden Sie wissen, dass es in Unterkünften Situationen gibt, in denen Frauen zum Beispiel Angst haben, nachts auf das Klo zu gehen, weil einfach eine so große Enge herrscht und sie nicht wissen, ob sie dort vor Übergriffen geschützt werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil sich Frauen und Männer eine Toilette teilen!)

– Weil sich Frauen und Männer eine Toilette teilen, weil es zum Beispiel keine abgegrenzten Toiletten gibt. Dann können wir sagen: Wir setzen noch viel mehr Überwachungspersonal hinein. Aber vielleicht könnten wir auch einen besonders geschützten Bereich für die Frauen schaffen, die das möchten.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Vielleicht sollte man keine Straftaten begehen!)

Vielleicht könnten wir das so pragmatisch lösen, ohne gleich zu sagen: Alle, die kommen, sind Gewalttäter, alle, die kommen, sind Kriminelle, alle, die kommen, sind Vergewaltiger. Auf diese Art und Weise werden wir nicht weiterkommen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das sagt auch keiner!)

Deswegen müssen wir schauen, dass wir in den Unterkünften Möglichkeiten schaffen, um besonders schutzbedürftigen Personen auch Schutz zu gewähren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Jetzt hat für die CSU-Fraktion der Kollege Neumeyer das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

**Martin Neumeyer (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Margarete, es ist nicht das Privileg der GRÜNEN, in Gemeinschaftsunterkünften zu gehen. Ich bin sehr oft in Gemeinschaftsunterkünften und sehe das.

(Margarete Bause (GRÜNE): Du warst auch nicht gemeint!)

Ich habe einmal in einer Gemeinschaftsunterkunft übernachtet und wollte mir anschauen, wie das abläuft. Es läuft oftmals sehr gut ab und manchmal auch nicht so gut. Aber daran können wir ja arbeiten.

Es gebe eine objektive Integrations- und Belastungsgrenze; dass wir das bisher abstrakt ignorieren konnten, habe nur daran gelegen, dass nicht so viele Menschen gekommen sind. – Wissen Sie, wer das gesagt hat? Der Oberbürgermeister von Tübingen, ein Politiker der GRÜNEN.

Ja, aber wenn dieses Jahr wirklich zwanzigmal mehr Flüchtlinge zu uns kommen als noch 2010, sind wir gezwungen, zu unterscheiden zwischen denen, die vor Krieg fliehen und um ihr Leben fürchten, und denen, die bei uns ein besseres Leben suchen. Wir können die Asylstandards nicht halten.

Das stammt aus demselben Interview der "taz" vom 21. September mit Herrn Boris Palmer. Das war ein tolles Interview. Viele Fragen wurden gestellt, und viele Antworten, wie sie Ihr Spitzenpolitiker gegeben hat, sind vielleicht für die GRÜNEN nicht ganz schlecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Michael hat es dargestellt. Es ist eine Katastrophe, wenn man uns vorwirft, wir wollten diese Menschen unterwerfen. Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen explizit die Zusammenarbeit, wir wollen keine Parallelgesellschaft, wir wollen Gemeinsamkeiten sehen. Deshalb soll mit dem Programm, das der Ministerpräsident vorgestellt hat, Zusammenhalt gefordert und gefördert und Integration gestärkt werden.

Integration verändert natürlich nicht die Welt. Das wissen wir auch alle. Aber Integration verändert die Menschen, und die Menschen können dann die Gesellschaft beeinflussen. Integration ist die Chance und der Schlüssel für eine zukünftige, offene Gesellschaft in Deutschland. Dazu zählt natürlich auch, dass man gegen Rechtsradikalismus, gegen Rechtsextremismus mit aller Härte vorgeht. Aber zeitgleich müssen wir aufpassen, wie wir miteinander reden. Da wird von Herrn Gabriel von "Pack" gesprochen, es wird von einem hellen und einem dunklen Deutschland gesprochen.

Ich war gestern in Marktoberdorf. Menschen sind zu mir gekommen und haben gesagt: Ich bin kein Rechter, ich will kein Rechter sein, aber ich traue mich nicht mehr, etwas zu sagen, weil ich dann einer von den Dunkeldeutschen bin. Ich bin nicht Dunkeldeutschland, und ich bin auch nicht Pack. – Wir müssen schon aufpassen, wie wir miteinander umgehen. Deshalb ist es notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir gemeinsam die Menschen mitnehmen. Wir brauchen übrigens alle Menschen nicht nur jetzt, bei der Flüchtlingsarbeit, sondern auch bei der Integrationsarbeit. Wir können es uns nicht erlauben, Menschen auszuschließen, weil wir so gescheit sind, weil wir so toll sind. Da spreche ich einfach mit Johannes Rau: Die Diskussion über Integration ohne Angst und ohne Illusionen – das ist genau der richtige Ansatz.

Integration, meine sehr verehrten Damen und Herren, findet vor allem dort statt, wo die Bürgerinnen und Bürger leben, sie findet weniger in der Chefetage statt. Sie findet dort statt, wo die kleinen Menschen leben. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir diesen zuhören, ihnen unser Ohr schenken, wie auch immer sie das Gesagte meinen. Ob das immer meine Meinung ist, was die Menschen in der Diskussion sagen, ist etwas ganz anderes. Wahrscheinlich teilen auch Sie nicht meine Meinung. Das ist aber die Politik. Deshalb sage ich: Wir brauchen von Anfang an die Menschen. Wir dürfen die Integrationsrechnung nicht ohne den Wirt, nicht ohne die Bürgerinnen und Bürger machen.

(Beifall bei der CSU)

Die Integrationsarbeit hat sehr viele Facetten. Da ist zunächst die Integration durch Sport. Es ist mir ganz egal, ob Mesut Özil das Tor für Deutschland schießt oder Thomas Müller. Das ist wirklich vollkommen egal. Integration durch Sport ist eigentlich ein idealer Partner, - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Müller ist besser, weil er für Bayern spielt!)

– Weil er für Bayern spielt, gut; aber ich bin Mitglied von 1860, und ich habe da ganz andere Probleme.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir haben nicht einmal einen Ball.

Jedenfalls ist Integration durch Sport eine sehr wichtige Facette. Im Sport gibt es keine deutschen Regeln für einen Elfmeter. Es gibt keine französische Eckballregelung; es gibt auch keine syrische Torschussregelung. Alle spielen nach gemeinsamen Regeln.

Genau diesen Ansatz brauchen wir auch in Deutschland. Wenn wir in Zukunft miteinander leben wollen, brauchen wir einen gemeinsamen Weg, gemeinsame Regeln und gemeinsame Zielsetzungen. Deshalb dürfen wir keinen unserer Werte auf dem Altar der Beliebigkeit opfern. Wir haben jetzt die Chance, endlich einmal über Werte ehrlich und offen zu diskutieren. Wir haben jetzt die Chance, uns Gedanken darüber zu machen, auch über Religion.

Wir haben in Deutschland viel anzubieten. Viele Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen, fragen: Wohin soll ich mich überhaupt integrieren? Wie sieht euer Angebot aus? – Das Angebot besteht in unserem Grundgesetz, in unserer Bayerischen Verfassung und in der Freiheit. Es gibt keine gute Religionsfreiheit oder schlechte Religionsfreiheit, sondern es gibt *die* Religionsfreiheit. Ebenso gibt es auch nur *die* Pressefreiheit, und zwar vor dem Hintergrund: "Je suis Charlie". Das war ein Bekenntnis zur Pressefreiheit. Das sind unsere Angebote, und dazu zählt natürlich auch der Rechtsstaat. Wir brauchen keine Scharia, wir brauchen keine Friedensrichter, sondern wir haben den Rechtsstaat.

Wir haben außerdem die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Da kann ich Ihnen einige Beispiele nennen, die mir in Gesprächen zugetragen worden sind. Wenn man das Manifest vom Zentralrat der Muslime in Deutschland liest, dann erkennt man: Hier wird nicht von Gleichberechtigung gesprochen, sondern von Gleichwertigkeit. Das ist etwas ganz anderes. Kürzlich habe ich ein Gespräch mit jungen Muslimen geführt, und da ist die Rede von "Geschlechtergerechtigkeit". Das hat mit Gleichberechtigung nichts zu tun. Deshalb ist es so notwendig und so wichtig, dass wir diese Werte genauso setzen, wie wir sie wollen, wie es unserem Werteverständnis entspricht.

Ich nenne Ihnen ein Zitat von einem Mitarbeiter, der bei mir in der Bayerischen Staatskanzlei arbeiten darf; das ist ein syrischer Praktikant namens Jazdan Ayo. Er sieht die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Herausforderung für viele Syrer. Er sagt: Unser syrisches Gesellschaftssystem war anders; die Rollen waren klar verteilt. In Deutschland ist das ganz anders. Das wird Auswirkungen auf die syrischen Familien und den familiären Frieden haben. Einfach wird das garantiert nicht.

Das ist schon eine Riesenhürde, die wir überspringen müssen, und zwar von beiden Seiten. Da kann man nicht so locker vom Hocker reden. Wir müssen hier eine entsprechende Leitkultur anbieten. Unsere Werte haben Deutschland groß gemacht; sie haben Bayern groß gemacht. Diese Werte werden nicht geopfert,

hier wird kein Jota nachgegeben! Das ist die Entscheidung für unsere Zukunft.

(Beifall bei der CSU)

Dazu zählt auch die Wertedebatte in den Schulen. Da hat der Kultusminister eine Riesenaufgabe zu bewältigen. Das bedeutet eine enorme Herausforderung; denn das Ganze muss richtig und vernünftig diskutiert werden.

Ganz wichtig ist es auch, Islamunterricht anzubieten, und zwar in allen Schularten. Das ist für das kommende Zusammenleben entscheidend. Über den Islamunterricht wird man sehr viele Gemeinsamkeiten finden können. Wir brauchen auch den Sprachenausbau.

Wir brauchen die Schule, die Schülerinnen und die Schüler. Wir brauchen aber auch die Eltern. Ohne Eltern haben wir keine Chance. Die Eltern haben am Schulerfolg einen Anteil von 60 % bis 70 %. Der Anteil der Schule ist weitaus geringer, und noch weniger haben die Freunde oder die Umgebung einen Anteil.

Es ist also entscheidend, wie wir mit den Eltern umgehen. Deshalb brauchen wir eine Beschulung der Eltern, bei der sie lernen, richtig Eltern zu sein. Da brauchen wir auch das niederschwellige Angebot "Aufsuchende Elternarbeit in Schule", das zeigt, wie man hier in Deutschland lebt. Für mich sind die Eltern die Hardware des Erfolgs. Wir brauchen also Elternschulungen, um die Menschen für das Leben in unserem Land zu qualifizieren.

Die Sprache ist der Schlüssel dafür. Sprache allein reicht jedoch nicht aus. Wenn Sie nach Frankreich fahren, zum Beispiel nach Paris oder Marseille, dann werden Sie dort vielen Menschen aus den Maghreb-Staaten begegnen, also aus Algerien, Marokko und Tunesien. Alle diese Menschen haben als Muttersprache Französisch, aber die Herausforderung, der Streit in diesen Ländern geht um etwas ganz anderes, nämlich um die Bildung. Dort fehlt es an der Bildung. Die Basis ist die Sprache, und der Aufbau ist die Bildung.

Hier in Deutschland gibt es die Fortbildung, die Weiterbildung, die Ausbildung – nur nicht die Einbildung, etwas Besseres zu sein aufgrund der Religion oder Nation.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern integrieren wir Menschen, aber keine Nationen oder keine Religionen. Entscheidend ist der Mensch.

Vorhin wurde schon über ein Integrationsgesetz gesprochen. Ich freue mich, ganz ehrlich. Der Vorschlag

von Grün und Rot war zunächst das Berliner Modell, das seinerzeit Herr Wowereit mit der heißen Nadel kurz vor der Wahl gestrickt hatte, weil er in Kreuzberg und Neukölln punkten wollte.

Das zweite vorgelegte Gesetz ist fast identisch mit dem von NRW, nur ist in dem Gesetz von NRW bei Weitem nicht das an Geld enthalten, was wir jetzt hier für die Integration aufwenden. In NRW hat es einen Schilderwechsel gegeben, aber nicht die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik. Deshalb ist unser Ansatz jetzt richtig, ein Integrationsgesetz zu gestalten, das zeigt, wie man das Ganze in der Zukunft aussehen lassen will.

Das ist der bayerische Plan. Ich frage Sie, ob jeder in Deutschland einen Plan hat. Haben alle in Deutschland einen Plan? Gibt es in Berlin einen Plan? Gibt es in Brandenburg einen Plan? In Bayern und in München gibt es einen Plan, das ist das Entscheidende. Der Plan wird kommen, und da kann man natürlich sagen: Das hätte man schon früher machen können.

(Zurufe von der SPD: Ja! Genau!)

– Natürlich, die Lottozahlen von gestern weiß ich auch.

(Beifall bei der CSU)

Entscheidend sind jedoch die Lottozahlen vom nächsten Mittwoch.

Wichtig ist auch die Integration durch Arbeit. Da nenne ich nur die Zahl von 60.000 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die hier in Bayern von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Integration ist auch aus demografischen Überlegungen notwendig, damit wir unseren Wohlstand halten können, damit wir unseren Wirtschaftsstandort halten können, aber auch, damit wir uns die sozialen Leistungen überhaupt leisten können. Dass die Wirtschaft so gut läuft, ist ja nicht gottgegeben. So gut, wie es uns jetzt geht – das ist eine Sensation. So gut ging es uns noch nie. Das ist nicht gottgegeben, und das kann morgen auch schon wieder anders sein.

Wir reden oftmals über Luxus, im Endeffekt aber müssen wir jedoch darüber nachdenken, was am Ende dabei herauskommt. Deshalb ist wirklich die Frage entscheidend, wie viele Menschen letztlich zu uns kommen. Wir brauchen Obergrenzen, wir müssen eine Kontingentierung haben. Da besteht auch Übereinstimmung mit Herrn Palmer aus Tübingen. Wir in Bayern haben Chancen wie nur wenige in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist der bayerische Plan, den der Herr Ministerpräsident vorgestellt hat. Wir

sind gut, wir sind besser. Am Schluss muss es für alle heißen: Da san mia alle dahoam.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Taşdelen das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön, Herr Kollege.

**Arif Taşdelen (SPD):** Lieber Martin Neumeyer, ich freue mich auch. Ich bin noch nicht allzu lange Mitglied dieses Hohen Hauses. In der ersten Sitzung, bei der ich dich erleben durfte, hast du gesagt: Wir brauchen ein Integrationsgesetz. Bei der zweiten Sitzung hast du dann gesagt, dass man mit Gesetzen nichts regeln kann, und schon gar nicht die Integration; diese müsse man leben. Hierfür gibt es genügend Zitate.

Dass du dich jetzt hier hinstellst – und das freut mich wirklich sehr – und sagst, wir bräuchten ein Integrationsgesetz, ist sehr erfreulich. Ich mache dir und Ihnen, lieber Herr Ministerpräsident, im Namen der SPD-Fraktion noch einmal das ehrliche Angebot, das mein Fraktionschef noch einmal wiederholt hat: Lassen Sie uns gemeinsam ein Integrationsgesetz schreiben, das vielleicht für uns alle in diesem Hohen Hause tragbar ist, weil es dabei nicht nur um irgendwelche parteipolitischen Taktiken geht, sondern um die Zukunft, um das gute Zusammenleben hier in Bayern.

Du, lieber Martin, hast die Gleichberechtigung angesprochen. Dabei muss man bedenken, dass auch auf die muslimischen Gemeinden hier in Bayern eine große Aufgabe zukommt. Ich gebe ein kleines Beispiel aus Nürnberg. In der DITIB-Moschee befinden sich an einem Freitag circa 2.000 Menschen; an einem Freitag, auf den ein Feiertag fällt, sind es sogar 7.000 Gläubige.

Diese Moschee wird gemanagt von rein Ehrenamtlichen, die nicht das Glück haben, dass ihre Arbeitszeit zwischen 08.00 Uhr und 16.00 Uhr liegt, sondern die in Schichten arbeiten müssen. Es sind gefühlte 150 Polizistinnen und Polizisten, die am Tag durch diese Moschee geführt werden, gefühlte 20 Schulklassen, die jeden Tag diese Moschee besuchen. Das machen die Mitarbeiter alles ehrenamtlich. Sie bekommen keinen Cent von der Stadt und keinen Cent vom Land.

Wir müssen bedenken, dass auch auf diese Gemeinden große Herausforderungen zukommen. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen, mit diesen Gruppen einen Staatsvertrag abzuschließen, damit auch diese Institutionen eine vernünftige Förderung erhalten können.

(Beifall bei der SPD)

**Martin Neumeyer (CSU):** Gute Moscheen bieten die Riesenchance, dass sie den Wertekanon, der in Deutschland gilt, verbreiten und in ihrer Gemeinde unterbringen können. Ich halte es für wichtig, die Moscheen noch stärker einzubinden, weil wir sie brauchen. Wir brauchen zwar nicht jede Moschee, aber die vernünftigen Moscheen, und das ist ein sehr wichtiger Aspekt.

Integration – Gesetz hin, Gesetz her – muss immer gelebt werden. Das ist entscheidend. Papier ist geduldig, aber entscheidend ist, was man aus diesem Papier, aus diesem Gesetz macht, und das liegt an uns allen.

Ich denke deshalb, das ist jetzt der richtige Weg. Lassen Sie uns gemeinsam für Deutschland, für Bayern vernünftige Gespräche führen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Zellmeier das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Zellmeier (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Große nationale Herausforderungen erfordern auch einen großen, nationalen, parteiübergreifenden Konsens. So war es bei der letzten Flüchtlingskrise im Jahr 1992, und damals hatten wir nur knapp die Hälfte oder vielleicht auch nur ein Drittel der Zahlen, die wir heute verzeichnen. Damals, 1992, hat die SPD als die große Oppositionspartei im Deutschen Bundestag aus ihrer Oppositionsrolle heraus Verantwortung übernommen und massive Änderungen der damaligen Asylgesetzgebung und sogar des Grundgesetzes mitgetragen. Die Krise wurde schnell bewältigt, das Problem gelöst. Die Menschen waren mit ihrer Demokratie, mit ihrem Parteiensystem wieder zufrieden.

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sind Sie in Berlin Regierungspartei und zeichnen sich dort nicht durch Handlungsbereitschaft, sondern nur durch Verzögerungstaktik aus. Wenn das 1992, als Sie in der Opposition waren, schon so gewesen wäre, hätten wir die Probleme damals nie in den Griff bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Alle Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden, wurden von der CSU, von der Staatsregierung, frühzeitig vorgeschlagen. Leider kommen sie jetzt erst sehr spät, und das mindert natürlich oftmals ihre Wirkung; denn je größer das Problem, umso schwieriger und schwerer

gewichtiger sind die Maßnahmen. Wir hätten eher handeln müssen, wie es die CSU gefordert hat, dann hätten wir uns einiges von dem erspart, was jetzt auf uns zugekommen ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vorausschauende Politik sieht anders aus als die Politik der SPD in diesem Hohen Haus.

(Beifall bei der CSU)

Es ist auch nicht ausreichend, wenn Ihre Vormänner Gabriel und Oppermann jetzt von Begrenzung sprechen, aber keine vernünftigen Vorschläge bringen. Was Sie zurzeit tun, ist nur eine Beschwichtigungstaktik gegenüber den eigenen Mitgliedern und gegenüber Ihren eigenen Anhängern, die mittlerweile nervös werden, weil sie merken, dass die Dinge aus dem Ruder laufen.

Die Rede des Herrn Kollegen Rinderspacher hat wieder einmal bewiesen: Die SPD hat in Bayern nichts zu sagen, nicht nur deswegen, weil sie keine große Unterstützung in der Bevölkerung hat, sondern weil sie auch inhaltlich nichts sagt. Wenn Sie so weitermachen, werden Sie noch von den Zeiten schwärmen, als die Bayern-SPD einmal 20 % der Wählerstimmen erreicht hat.

In Sachsen-Anhalt laufen Ihnen ja schon die Kommunalpolitiker davon. In Sachsen-Anhalt tritt der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt aus Ihrer Partei aus. Er sagt, er lasse sich den Mund nicht verbieten. Er bezeichnet die Politik der SPD-Spitzenkandidaten als völlig realitätsfern. Ihr Ex-Oberbürgermeister Trümper hatte bei der letzten OB-Wahl immerhin rund 70 % der Wählerstimmen. Er ist also ein Mann, der nah an der Basis ist und offensichtlich vor Ort die richtigen Lösungen gefunden hat. Er hat jetzt die Konsequenz gezogen aus dem Versagen der SPD in der Flüchtlingsthematik.

(Beifall bei der CSU)

Die SPD ist die ehemalige Arbeiterpartei, die echte sind ja jetzt wir.

(Zurufe von der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn, dann wir! Ihr sicher nicht!)

Ich weiß schon, diese Feststellung tut weh, aber Sie werden damit leben müssen, dass die CSU die kleinen Leute vertritt. Wir sind im Übrigen auch stolz darauf, die kleinen Leute zu vertreten und die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen, anstatt herumzutaktieren und Probleme zu verschieben.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie - das gilt übrigens auch für die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN – in der Flüchtlingspolitik auf die Höhe der Zeit kommen wollen, empfehle ich Ihnen: Lesen Sie unsere Dringlichkeitsanträge, die wir vor einem halben Jahr eingebracht haben. Sie wissen dann, was jetzt angesagt ist und was jetzt umgesetzt wird und werden muss. Dann Sie wieder up to date.

Im Übrigen gibt es auch Dinge, die mich persönlich ärgern. Herr Kollege Taşdelen hat in der letzten Plenarsitzung behauptet, die CSU hätte schon immer auf Kosten von ausländischen Mitbürgern Stimmung gemacht, und hat einige Beispiele genannt, die völlig daneben waren – Gastarbeiter, Russland-Deutsche. Herr Kollege Taşdelen, etwas Nachhilfe – ich habe es Ihnen schon persönlich gesagt, möchte es aber an dieser Stelle noch einmal betonen -: Der Anwerbestopp ist von der SPD-Regierung 1973 verkündet worden. Damals hat die CDU/CSU nicht regiert.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Gott sei Dank!)

Die Russland-Deutschen wurden von uns aufgenommen, Sie waren damals skeptisch und dagegen. In der gleichen Zeit haben wir über 200.000 jüdische Kontingentflüchtlinge aufgenommen – alles unter CDU/CSU-Regierung, mit dem Einverständnis der CSU - sowieso wie eine halbe Million Flüchtlinge aus dem Bosnienkrieg.

Hier auch noch ein Hinweis: Sie verschweigen vielen Flüchtlingen, dass Flüchtlingsstatus Aufenthalt auf Zeit bedeutet. Viele der damaligen Flüchtlinge mussten zurückgehen. Das muss man auch denen sagen, die jetzt ihre Zelte in sicher schwierigen Verhältnissen abbrechen in der Meinung, dass sie in Deutschland auf Dauer eine gute Zukunft haben. Viele werden nach dem Ende der Kriegshandlungen zurückkehren müssen. Wenn sie das wirklich realisieren und wissen, müssen sie gut überlegen, ob sie sich in ein völlig überfülltes Aufnahmelager begeben und damit vielleicht eine schlechtere Variante wählen wollen, als sie bisher hatten – die meisten kommen auch nicht direkt aus dem Kriegsgebiet, sondern aus sicheren Drittstaaten oder über viele Zwischenstationen.

Ähnliches gilt für die Politik der GRÜNEN, und hier ist es noch wesentlich schlimmer: Noch vor wenigen Monaten haben Sie in diesem Haus gefordert, wir sollten Millionen Roma aus den Balkanstaaten wegen der dort unstrittig vorhandenen Diskriminierung aufnehmen. Heute stimmen Sie im Bundesrat der Erweiterung der sicheren Drittstaaten um genau diese Balkanstaaten zu. Wieso so spät? Warum nicht eher? Warum immer so weltfremde Forderungen, die kein Mensch ernst nimmt und die Bevölkerung nur beunru-

higen, anstatt mehr Sicherheit zu bringen? Wo besteht die Kooperationsbereitschaft, die Sie immer ankündigen? Nur bei der Integration? Warum nicht auch bei der Begrenzung der Zuwanderung?

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Durchhalteparolen sind keine Lösung, und mehr haben Sie uns nicht zu bieten. Die einzige Partei, die durchdachte Lösungen anbietet, ist die CSU. Manchmal sind es auch nur Lösungsansätze; denn nicht alles lässt sich im Vorhinein einschätzen. Sie werden aber sehen, die Geschichte wird uns auch hier Recht geben, weil wir die richtigen Wege beschreiten.

Die CSU steht aber für beide Seiten der Medaille. Der Herr Kollege Neumeyer hat es gerade treffend ausgeführt: Wir sind auch die Partei der gelingenden Integration, und darauf sind wir stolz. Wir haben keine Situation wie in Teilen Berlins und anderen deutschen Großstädten, in denen es ghettoartige Regionen mit entsprechenden negativen Erscheinungen gibt. – Herr Buschkowsky in Berlin ist ein gutes Beispiel dafür; er hat das ja immer kritisiert. – Das gibt es bei uns in Bayern nicht, und das wollen wir auch nicht. Wir treten deshalb für eine deutliche Reduzierung der Zuwanderung ein.

Ein freies Europa ohne Grenzen basiert auf der Abtretung von Kompetenzen der Nationalstaaten an die Europäische Union – Schengen, Grenzsicherung, Außengrenzsicherung, wie es Spanien, aber auch Ungarn macht, das in dieser Frage, wenn es um Grenzsicherung geht, mit Sicherheit die Verträge besser einhält als andere europäische Staaten. Im Übrigen haben die Nationalstaaten noch lange nicht deswegen ausgedient, weil sie Kompetenzen an die Europäische Union übertragen, bei der die Kompetenzen zum Teil besser aufgehoben sind; bei Schengen, Dublin II und Dublin III ist dies ja offensichtlich derzeit nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar letzte Worte zu den FREIEN WÄHLERN: Lieber Herr Kollege Aiwanger, eure Politik ist durch ein außerordentliches Zickzack gekennzeichnet. Ich kenne das Schreiben - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aus eurer Wahrnehmung fahren wir im Zickzack! Wir stehen! Ihr fahrt im Zickzack!)

- Ganz ruhig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir stehen! Ihr fahrt Zickzack!)

- Das ist für deinen Blutdruck nicht gut, ganz ruhig. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄH-

LER, Sie kennen doch alle das Schreiben der FREIEN WÄHLER Unterfranken, die noch vor wenigen Wochen den Untergliederungen mitgeteilt haben, sich doch in Flüchtlingslagern zu engagieren

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sich des Themas anzunehmen!)

und durch persönliche Präsenz Bekanntheit zu erlangen. Sie versuchen nicht, die Probleme zu lösen, sondern wollen auf Kosten der Flüchtlinge Bekanntheit erlangen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Dr. Fahn hat das unterschrieben. Das können Sie nicht leugnen. Der Brief liegt uns doch vor.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann gehen Sie doch zur Staatsanwaltschaft mit diesem Brief!)

Vor wenigen Monaten hat Kollegin Schmidt die schlechte Unterbringung der Flüchtlinge kritisiert. Sie hat gesagt: Wenn das in den Jahren 1945 und 1946 auch so gewesen wäre, wären die Heimatvertriebenen aus Empörung über die Unterbringung einfach wieder zurückgegangen. - Das ist eine Geschichtsfälschung sondergleichen. Damals konnte niemand zurückkehren, obwohl eigentlich alle zurückkehren wollten.

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das gilt ebenso für die Vergleiche des Herrn Kollegen Rinderspacher. Diese hatten auch mit dem Thema "Vertreibung und Flucht in der Nachkriegszeit" zu tun. Deutschland hat damals den Krieg verursacht und ihn verloren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit hat es die Vertreibung ermöglicht. Das sage ich Ihnen jetzt einmal sehr deutlich.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER))

Dafür haben wir die Konsequenzen getragen. Unser Land war zerstört. Niemand wäre aus wirtschaftlichen Gründen zu uns gekommen. Diese Vergleiche verbieten sich, weil sie schief und falsch sind. Erlaubt und richtig ist, die Konsequenz zu ziehen, Flucht und Vertreibung zu ächten und Flüchtlingen zu helfen, soweit das in den Grenzen unseres Staates möglich ist.

Damit komme ich zum Schluss.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist auch vorbei.

**Josef Zellmeier (CSU):** - Ja, liebe Frau Präsidentin. – Wir können nur in den Grenzen des deutschen Staates Hilfe leisten. Diese Grenze ist schon lange erreicht. Wir müssen handeln.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Kollege Zellmeier, Sie haben an uns appelliert, gemeinsam zu handeln. An uns soll es nicht liegen.

(Widerspruch bei der CSU)

Letztendlich erlebe ich leider eine große Abschottung und ein großes Ausgrenzen all derer, die mithelfen und mitwirken wollen. Im Zusammenhang mit dem Stichwort "gemeinsames Handeln" erinnere ich an den Asylkompromiss des Jahres 2014. Die Ausweisung von sicheren Herkunftsstaaten war nicht unsere Idee. Wir sind nach wie vor der Überzeugung, dass sie uns nicht weiterbringen. Es hat den Kompromiss gegeben, dem zuzustimmen, um im Gegenzug Leistungen der Integration voranzubringen. Das ist beispielsweise die Einführung einer Gesundheitskarte. Dazu zählt auch die Möglichkeit, dass die hier lebenden Asylsuchenden und Flüchtlinge endlich früher arbeiten dürfen, können und sollen.

Was machen Sie in Bayern? – Sie lehnen die Gesundheitskarte ab. Hinsichtlich der Eröffnung von Möglichkeiten, damit Flüchtlinge früher arbeiten können, erfinden Sie alle möglichen Ausschlussgründe. Die Ausländerbehörden sind so restriktiv wie in keinem anderen Bundesland. Wie soll man Kompromisse schließen, wenn die Versprechungen von Ihrer Seite ständig auf diese Art und Weise hintertrieben und unterlaufen werden?

Sie wollen den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien raten, sich zu überlegen, ob sie nicht zu Hause bleiben.

(Die Rednerin hält eine Seite der "Süddeutschen Zeitung" hoch)

In der "Süddeutschen Zeitung" ist das Bild eines Flüchtlings aus Syrien abgedruckt, der gerne seine Familie nachholen wollte. Das dauerte offenbar unendlich lange. Dies hatte zur Folge, dass seine Frau bei einem Bombenangriff gestorben ist. Seine Tochter

wurde schwer verletzt. Momentan sollten Sie sich mit solchen Ratschlägen zurückhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Josef Zellmeier (CSU):** Frau Kollegin Kamm, natürlich berührt dieses tragische Schicksal uns alle. Mit tragischen Einzelschicksalen können wir jedoch keine generelle Flüchtlingspolitik in Deutschland betreiben. Das sollte uns doch klar sein. Wir müssen versuchen, bestmöglich zu helfen, vor allem in den Flüchtlingslagern der Regionen. Wir müssen die Situation vor Ort verbessern und eine möglichst heimatnahe Unterbringung gewährleisten. Im Rahmen der Möglichkeiten, die wir haben, müssen wir auch im Inland helfen. Die Grenzen der Möglichkeiten sind jedoch bereits erreicht und überschritten. Das sagen auch Ihre Kommunalpolitiker. Hören Sie doch einmal auf Ihre Basis, die Leute, die wirklich vor Ort tätig sind.

Im Übrigen haben Sie recht, dass die Ausweisung sicherer Drittstaaten alleine das Problem nicht löst. Der größte Fehler wäre jedoch, nichts zu machen. Alle Einzellösungen, die wir anbieten und im Paket ein sinnvolles Ganzes ergeben, werden von Ihnen doch torpediert.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

In einer der letzten Plenarsitzungen haben Sie gefordert, den Flüchtlingen aus sicheren Drittstaaten möglichst schnell Arbeit zu geben. Das weiß ich noch. Sie haben einen Fall aus Senegal genannt. Das ist doch bekannt: Für Flüchtlinge aus sicheren Drittstaaten gibt es in der Regel keine Arbeitserlaubnis, weil diese Menschen schnellstmöglich zurückgehen sollen. Wir sollen denjenigen mit einer Arbeitserlaubnis helfen, die mutmaßlich dableiben dürfen. Bei ihnen ist die Erlaubnis richtig aufgehoben. Sie glauben doch nicht, dass die deutsche Wirtschaft bei einer Zuwanderung von einer Million Menschen im Jahr oder mehr allen Arbeit geben kann. Wir müssen uns auf diejenigen konzentrieren, die eine Bleibeperspektive haben. Bitte seien Sie realistisch!

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Alles, was Sie sagen, ist wieder typisch. Sie machen bei den Änderungen nur zögerlich mit und wollen eigentlich nicht. Und warum? – Sie haben Angst, dass Ihr Herr Kretschmann in Baden-Württemberg stürzen könnte.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist unmöglich!)

Das ist der wahre Grund. Ansonsten sind Sie nicht bereit, irgendetwas Vernünftiges in die Wege zu leiten.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Damit sind wir am Ende der Debatte. Ich darf mich beim Herrn Ministerpräsidenten für die Regierungserklärung und bei den Fraktionen bedanken. Gehen wir gemeinsam an die Arbeit. Heute wurde in der Debatte die Bekämpfung von Fluchtursachen genannt. Das passt, weil heute das "Eine Welt Netzwerk Bayern" bei uns ist. Unsere entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher haben die Veranstaltung über die Fraktionen hinweg mit den Verantwortlichen im Senatssaal organisiert. Nutzen Sie die Mittagspause und schauen Sie einmal rüber. Die Debatte über die Bekämpfung von Fluchtursachen hat insofern gepasst. Das haben wir unbeabsichtigt alles auf diesen Tag gelegt.

Damit unterbreche ich die Sitzung für die Mittagspause. Wir machen um 14.15 Uhr weiter. Bitte seien Sie pünktlich, es geht nämlich um den Nachtragshaushalt.

(Unterbrechung von 13.37 bis 14.15 Uhr)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Mittagspause fahren wir jetzt in der Tagesordnung fort. - Ich rufe zunächst im Einvernehmen mit allen Fraktionen einen Tagesordnungspunkt außerhalb der Tagesordnung auf:

#### **Aufhebung der Immunität eines Mitglieds des Bayerischen Landtags**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen auf Drucksache 17/8164 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses so angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

#### **Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe die beiden **Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b** auf:

#### **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2016) (Drs. 17/7865)**

- Erste Lesung -

und

#### **Gesetzentwurf der Staatsregierung Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015/2016 (Nachtragshaushaltsgesetz 2016 - NHG 2016) (Drs. 17/7866)**

- Erste Lesung -

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort.

**Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt gibt es etwas Hausmannskost.

(Allgemeine Heiterkeit – Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben gut zugehört!)

- Ich höre immer gut zu. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in der nächsten Zeit das umzusetzen haben, was heute an großen politischen Entscheidungen vorgegeben wurde. Wir versuchen, das Integrations- und Unterbringungsmanagement dabei auch finanziell auszubilden. Eines kann man vorweg sagen: Wir stehen nicht nur vor einer kul-

turellen und sicherheitstechnischen, sondern natürlich auch vor einer unglaublichen finanziellen Herausforderung und Verantwortung. Die Flüchtlingsfrage wird sehr viel Geld kosten. Ein Wegducken wird es dabei nicht geben. Deswegen muss eines klar sein: Auf Dauer werden es uns die Bürger nicht durchgehen lassen, wenn wir Milliarden Euro nur für Flüchtlinge mobilisieren und kein Geld mehr für die Einheimischen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir legen Ihnen heute den Nachtragshaushaltsentwurf und die zugehörigen Nachschublisten vor. Wir investieren dabei viel Geld. Meine Damen und Herren, wir können das. Bayern kann diese enorme Herausforderung schultern, weil wir starke Schultern haben. Aber seien wir ganz ehrlich: Nur wir können das, und auch wir werden es nicht ewig können. Wir werden es nächstes Jahr schaffen, aber wenn die Zahlen weiter so steigen, haben wir nicht nur ein politisches, sondern auch ein finanzielles Problem. Darum ist klar, dass eine Begrenzung der Zuwanderung die beste haushaltspolitische Maßnahme ist, die man als Vorsorge beim Thema Asyl treffen kann, meine Damen und Herren. Das ist der beste Weg.

(Beifall bei der CSU)

Wie gehen andere Bundesländer mit diesem Thema um? – Es trifft ja nicht nur Bayern, wenngleich es Bayern besonders trifft. Aber wie gehen andere Länder damit um? – In den meisten anderen Ländern werden zusätzlich zu den Schulden, die jetzt schon gemacht werden, neue Schulden aufgenommen. In anderen Bundesländern werden den Partnern, den Kommunen, einfach weniger oder nur bestimmte Beträge gegeben. In anderen Bundesländern kann man die Integrationsherausforderung nicht so meistern, wie wir es tun. Meine Damen und Herren, es ist der falsche Weg, jetzt Schulden zu machen und die derzeitige Flüchtlingssituation auf Kosten der nächsten Generation hinzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Darum haben wir bei der Haushaltsaufstellung nicht nur einfach gefragt, was es kostet, sondern wir haben von Anfang an einen klaren Rahmen, eine klare Matrix für die Haushaltsphilosophie entwickelt. Die folgenden drei Grundsätze müssen gelten:

Erstens. Wir haben als erstes Bundesland in Deutschland den ausgeglichenen Haushalt eingeführt und zu einem Markenzeichen gemacht. Wir werden diesen ausgeglichenen Haushalt, den Bayern als Pionier der Haushaltspolitik erreicht hat, erhalten. Jetzt Schulden

für das Thema Asyl zu machen, wäre der falsche Weg.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Die Tilgung von Schulden ist eine Langfristaufgabe. Die Tilgung der Schulden des Freistaats Bayern ist ein großes Ziel, das wir in den letzten Jahren, lieber Peter Winter, mit großem Erfolg vorangebracht haben. Vergleichen wir einmal: Das Land Nordrhein-Westfalen nimmt nach alter Diktion in jeder Sekunde 66 Euro an neuen Schulden auf. Künftig werden es deutlich mehr sein. Dieses Land hat seine Schuldenlast Jahr für Jahr erhöht. Im Freistaat Bayern werden dagegen in jeder Sekunde 15 Euro Altschulden getilgt. Dies wird sich auch durch die neuen Herausforderungen nicht ändern. Meine Damen und Herren, wir werden den Weg der Schuldentilgung weitergehen. Wir halten an dem Ziel, im nächsten Jahr über eine halbe Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, weiterhin fest. Zeigen Sie mir ein Bundesland, das aus eigener Kraft viel Geld investieren und trotzdem noch Schulden tilgen kann. Das kann nur der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir lehnen Steuererhöhungen ab. Einige fordern bereits höhere Steuern. Ich war sehr beeindruckt, dass auf europäischer Ebene bereits überlegt wird, einen Aufschlag auf deutsche Steuern zu machen, damit in der EU Flüchtlingsfragen diskutiert werden können. Dieser Vorschlag kam, obwohl die EU keine Kompetenz für das Steuerrecht hat. Abgesehen davon sind wir generell dagegen, Steuern an Europa zu überweisen. Europa erhält bereits viel Geld. Außerdem hat sich Europa in den letzten Wochen nicht so bewährt, dass man neue Steuern dorthin geben sollte.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen auch keine Leistungen kürzen. Auch dazu gab es schon viele Vorschläge. Meine Damen und Herren, unterschätzen Sie nicht die Situation: Unsere Bürger beginnen bereits jetzt, bei ganz normalen gesetzlichen Verfahren, zum Beispiel zur Gesundheitsvorsorge, zu hinterfragen, was sie sich wegen des Themas Asyl künftig nicht mehr leisten können. Leider wurden auch viele Gerüchte gestreut. Jedem muss klar sein, dass Integration kein akademisches Kopftema für die oberen Zehntausend ist. Alle, die sich öffentlich zum Thema Integration zu Wort melden, sind meistens selbst davon nicht betroffen. Die Integration bezahlen immer die unteren Einkommenschichten, zum Beispiel wenn es um Jobs oder um Wohnungen geht. Unterschätzen Sie daher nicht die Herausforderungen, vor denen wir stehen, wenn es

zum Beispiel um die Gesundheitsvorsorge geht. Die Integration muss so gestaltet werden, dass sie nicht nur von den unteren Einkommensschichten bezahlt wird. Deshalb sind wir an dieser Stelle gegen Leistungskürzungen für die bayerischen Bürger.

(Beifall bei der CSU)

In Sankt Quirin haben wir bereits die ersten Signale gesetzt. Ich will ehrlich sein: Das Thema Asyl hat uns dabei sehr beschäftigt. Seit über einem Jahr haben wir diese Flüchtlingsbewegung. Seit über einem Jahr müssen wir immer wieder nachsteuern und uns auf neue Herausforderungen einstellen. In Sankt Quirin haben wir beschlossen, noch einmal einen großen Batzen an zusätzlichem Geld, über 900 Millionen Euro, zu investieren, sodass wir damals bereits 1,47 Milliarden Euro, also rund 1,5 Milliarden Euro, für die Zuwanderung und die Integration eingesetzt haben.

Die Zahlen sind dann wegen der Notwendigkeit der Unterbringung und anderer Herausforderungen explodiert. Diese Zahlen können und dürfen wir nicht ignorieren. Deswegen steuern wir jetzt noch einmal wuchtig nach. Wir nehmen die Herausforderungen an und versuchen, neben einer Begrenzung der Zuwanderung die Integration derjenigen Menschen zu erreichen, die eine Schutzperspektive haben. Für das Thema Asyl werden weitere 1,785 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Das bedeutet, dass für dieses Thema im Jahr 2016 3,25 Milliarden Euro aufgewandt werden. Wenn ich die Mittel, die im Jahr 2015 noch zusätzlich eingesetzt werden, und die Mittel für das Jahr 2016 zusammennehme, ergibt das 4,5 Milliarden Euro für diese Herausforderung. Für dieses Geld könnten wir 700.000 neue Studienplätze schaffen. Meine Damen und Herren, das ist ein gewaltiger finanzieller Kraftakt, den nur der Freistaat Bayern stemmen kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich gebe aber ganz offen zu: An dieser Stelle wird Schulterklopfen allein nicht mehr helfen. Diese Anstrengungen können wir so nicht mehr fortsetzen. Auch wir stoßen an unsere Grenzen. Hier nützt uns auch kein Lob nach dem Motto: Ja, ja, ja, ihr Bayern schafft das schon. Ihr habt doch genügend Geld. Bezahlts das doch einmal. Ihr seid doch die Stärksten in Deutschland. Wer, wenn nicht ihr, kann das schaffen? - Meine Damen und Herren, was nützt es den Schwächeren, wenn der Stärkste so schwach gemacht wird, dass er keine Hilfe mehr geben kann? - Dies wäre der falsche Weg. Wir können eine solche Situation einmal schultern. Auf Dauer wird das aber nicht möglich sein. Jedem muss klar sein: Wenn wir im nächsten Jahr die

gleichen Zahlen wie in diesem Jahr bekommen, hätten wir kein finanzielles Problem, sondern ein Totalversagen der deutschen Politik. Wir müssen darauf reagieren.

(Beifall bei der CSU)

Wofür geben wir dieses viele Geld aus? – Der größte Teil dieses Geldes wird für die Unterbringung aufgewandt. Ich sage ausdrücklich: Wir in Bayern lassen uns an dieser Stelle nichts vorwerfen. Wir erfüllen diese Aufgabe anständig, christlich und so, dass die Menschen ein ordentliches Dach über dem Kopf haben. Die Menschen erhalten eine ordentliche medizinische und gesundheitliche Versorgung und eine gute Ernährung. Wir helfen dabei den Kommunen wie kein anderes Land. Die Tatsache, dass die Bayerische Staatsregierung und die Landräte gemeinsame Signale nach Berlin senden, ist in anderen Bundesländern nicht selbstverständlich. In anderen Bundesländern haben die Landesregierungen den Kommunen von Anfang an weniger Geld gegeben. Dies belegt übrigens der Bund, indem er bei der Finanzierung der Flüchtlinge als Basis eine Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling ansetzt. Wir zahlen im Schnitt über 1.000 Euro.

Meine Damen und Herren, der Freistaat Bayern wendet somit fast doppelt so viel Geld pro Flüchtling auf wie der Bund. Deshalb kann niemand sagen, dass sich Bayern an dieser Stelle nicht am Gebot der Nächstenliebe orientiere. Ein Land, das sich bei dieser Frage stärker an der Nächstenliebe orientiert, gibt es in Deutschland nicht. Wir helfen.

(Beifall bei der CSU)

Es gab auch Diskussionen um die Bezirke. Den Bezirken werden im nächsten Jahr 632 Millionen Euro, also über eine halbe Milliarde Euro, für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge überwiesen.

Deswegen brauchen wir uns da auch nicht zu verstecken. Sicher möchte jeder noch mehr. Das verstehe ich. Ich habe großen Respekt davor. Auch die Bezirke haben zusätzliche Belastungen. Wir müssen uns aber gegenseitig, jeder in seinem Verantwortungsbereich, unterhaken.

Wir sollten übrigens an der Stelle auch über Folgendes diskutieren. Ich rege das nur an; der Bundesfinanzminister hat es auch getan. Wir reden immer darüber, wie wir das alles finanzieren können. Lassen Sie uns auch einmal die Frage stellen, ob all diese Kosten in jedem Einzelfall gerechtfertigt sind. Wenn die Betreuung unbegleiteter Minderjähriger unabhängig von einer differenzierten Prüfung pro Monat mehr kostet als das, was eine Rentnerin, die ihr Leben lang

in Deutschland gearbeitet hat, an Rente bekommt, dann stimmen die Verhältnisse nicht mehr. Wir müssen überprüfen, ob das auf Dauer so bleiben kann, und vor allem, ob das gerecht ist. Dieser Kostenfaktor ist sehr wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Das große Paket der Integration mit unterschiedlichen Maßnahmen für die Schutzbedürftigen und die Menschen, die hier sind und die wir integrieren wollen, wurde schon angesprochen. Eine Maßnahme beschäftigt den Landtag immer wieder, weil sie kurz- und langfristige Folgen hat. Sie wirkt sich nicht so sehr auf den Haushalt des jeweiligen Jahres aus, aber sie wirkt sich langfristig aus: Dass insgesamt über 5.000 Stellen neu geschaffen werden, ist schon ein dicker Brocken. Diese Stellen sind notwendig, sie sind aber insgesamt ungefähr so viel, wie wir die letzten zehn Jahre eingespart haben, weil wir den Staat verschlanken wollten. Darum halte ich es für wichtig, dass wir diese Stellen mit dem berühmten Kürzel "kw" versehen, um die langfristige Belastung zu reduzieren und kurzfristige Erfolge zu erzielen.

Ich halte es für richtig, dass wir in Stellen investieren und dass wir diese Stellen vor allem in den Bereichen schaffen, die für den Rechtsstaat so wichtig sind. Wenn ich an die Polizei, die Gerichte und die innere Verwaltung denke, muss ich Ihnen sagen, dass es hier fast schon zu spät ist. Diese Säulen sind für uns wichtig. Dabei geht es übrigens nicht nur um Asyl, sondern auch darum, dass die Sicherheitskräfte ihre normalen Aufgaben noch erfüllen können; denn wir hören jetzt schon, sie seien durch viele, viele Fragen gebunden. Man sieht es, das zieht sich über den ganzen Tag hin. Ich jedenfalls sage ehrlich: Jede Stelle bei der Polizei ist gut angelegtes Geld für den Freistaat Bayern. Dabei bleiben wir.

(Beifall bei der CSU)

Wir lassen unsere innere Verwaltung übrigens nicht hängen. Sie leistet Unglaubliches. Heute wurde es schon mehrfach angesprochen: Ich bin der ganz festen Überzeugung, dass wir die Beschlüsse schon vor eineinhalb Jahren hätten treffen müssen, die morgen im Bundesrat getroffen werden;

(Zuruf von der CSU: Dann wären wir schon weiter!)

denn dann hätten wir wirklich die Abschreckungswirkungen erzielt, über die heute alle reden. Zumindest hätten wir Optionen für die Zurückhaltung. Wir haben im letzten Jahr hier im Parlament über ein Thema diskutiert, über das wir zwar nicht zu entscheiden hatten, das aber die Wirtschaftspolitiker und die Sozialpoliti-

ker betrifft, den Mindestlohn. Wir haben darum gebittelt, dass wir für die Asylverfahren etwas mehr Personal bekommen, um den Stempel draufmachen zu können. Von den Entscheidern wussten wir, was wir brauchen. Es geht um die Leute, die den Stempel draufmachen. Dazu hieß es: Nein, das geht nicht, wir haben kein Geld, wir haben keine Optionen, das braucht es nicht. Ich bin der festen Überzeugung, hätten wir die 1.700 oder 1.600 Zöllner, die wir zur Überwachung der Einhaltung des Mindestlohns eingesetzt haben, gleich für die Asylverfahren eingesetzt, hätten wir heute manches Problem nicht mehr. Das ist ein Fehler gewesen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ironie der Geschichte übrigens: Ein Teil dieser Leute wird jetzt herübergezogen, um die anderen Aufgaben zu erfüllen. An der Stelle haben wir, glaube ich, Recht behalten.

Nur ganz kurz zu den Wohnungen. Der Ministerpräsident hat es gesagt. Bisher haben wir über Mietpreisbremsen gesprochen, die wichtig sind; ich stehe dazu. Überraschenderweise hat man aber mit Mietpreisbremsen noch keine einzige neue Wohnung geschaffen. Deswegen brauchen wir dringend Möglichkeiten für den Wohnungsbau. 28.000 Wohnungen sollen es sein. Dafür setzen wir sehr viel Geld ein, unser Geld, Geld für den sozialen Wohnungsbau, Geld für den staatlichen Wohnungsbau und Geld der Kommunen. Das ist ein ganz wichtiges Argument, um die Kommunen zu unterstützen. Ich bleibe aber dabei: Das Allerwichtigste wird sein, dass wir die unglaublich große Menge an Kapital des Marktes für den Wohnungsbau nutzen und mobilisieren.

Seien wir einmal ganz ehrlich: Bei Standards und Verfahren mangelt es am meisten. Ich sehe es allein beim Staatsbediensteten-Wohnungsbau, für den wir, der Freistaat Bayern, zuständig sind. In München und anderswo – das ist jetzt kein Vorwurf an die kommunalen Körperschaften – gibt es Verfahren, die fünf bis zehn Jahre dauern. Wenn wir heute unser Bauprogramm so anlegen würden, dass wir zehn Jahre brauchen, bis eine Wohnung entsteht, wird man uns nicht abnehmen, dass das ein großer Erfolg ist. Deswegen müssen wir die Standards senken und öffnen und mehr Flexibilität schaffen. Bauen muss in Deutschland schneller und besser möglich sein; nur dann ist unser Geld gut eingesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Über die Schule ist schon gesprochen worden. Ich glaube, der Kultusminister ist vor Glück gar nicht da.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der sucht nach weiteren Stellen im Ministerium!)

Er hat sich gar nicht getraut, so viel zu fordern, wie er jetzt bekommt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der rechnet erst einmal nach, wieviel Personal er hat!)

Interessant wird dabei sein, dass wir jetzt überall Lehrer brauchen. Übrigens ist es ganz interessant, dass jetzt Berufe, die zu ergreifen wir vor drei oder vier Jahren Kindern nicht empfohlen hätten, weil sie keine großen Optionen haben, jetzt riesige Chancen haben. Ich denke allein daran, wie viele Sozialpädagogen wir brauchen. Eine solche Berufswahl hätten wir vor zehn Jahren noch nicht empfohlen. Ich sage damit nicht, dass der Job schlecht ist. Im Moment suchen wir händelnd Sozialpädagogen.

Wenn wir die vielen Lehrer finden sollen, die die Übergangsklassen und die Berufsintegrationsklassen gestalten, wenn wir es schaffen sollen, diese Lehrkräfte so kurzfristig zu mobilisieren, dann haben wir in Bayern einen unschlagbaren Vorteil gegenüber anderen Bundesländern: Wir bezahlen unsere Beamten besser. Darum ist es richtig, nicht immer zuerst bei den Beamten zu sparen, sondern den öffentlichen Dienst ordentlich zu besolden. Bayerns Beamten geht es besser, und darum werden wir auch mehr Lehrer finden.

(Beifall bei der CSU)

In dem Zusammenhang halte ich auch den Islamunterricht für sehr wichtig. Dabei geht es nicht nur um die Unterrichtung in Religion, Martin Neumeyer. Es geht darum, den Islamunterricht auf den Kern zurückzuführen, nämlich auf die Werte, die gar nicht so weit von den unseren entfernt sind. Jetzt kommt es darauf an, einen europäischen Islam aufzuzeigen, der mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Die Grundbotschaft muss immer lauten: Das Grundgesetz und die Bayerische Verfassung gehen vor der Scharia. Das muss in einem Islamunterricht in Bayern auch gezeigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden die Sprachförderung ganz massiv stärken. Wir brauchen Deutschkurse in den Erstaufnahmeeinrichtungen, Sprachförderung an den weiterführenden Schulen und Sprachförderung für Erwachsene. Alles das tun wir. Die Asylsozialarbeit, die einen wichtigen Beitrag zur Integration leistet, wird noch einmal massiv gestärkt. Ein Wunsch vieler Beteiligter ist es, den Übergang von der Schutzbedürftigkeit zur Integration zu gewährleisten. Ich sage an die-

ser Stelle ein Dankeschön an alle diejenigen, die uns helfen, die Kosten dafür zu senken, weil sie selbst Vieles leisten. Vor allem die Kirchen vor Ort – das sage ich als Synodale – leisten unglaublich viel. An mancher Stelle wäre es gut, wenn die Akzeptanz weiter oben in der Kirchenhierarchie genauso groß wäre wie die Einsatzgeschwindigkeit vor Ort. Ich glaube, da kann jeder noch eine Menge leisten. Wir tun es, meine Damen und Herren. Andere könnten auch noch ein bisschen etwas leisten.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Ausgaben, die wir für die Asylpolitik haben und die wir auch tätigen wollen. Damit steigt unser Haushalt auf nunmehr 55,24 Milliarden. Die Steigerung beträgt 2,935 Milliarden. Von diesem Betrag entfallen 92,3 % nur auf Asyl und Zuwanderung. Diese Zahlen sind deswegen wichtig, weil sie uns auch zur Haushaltsdisziplin ermahnen, die wir vor einem Jahr beschlossen haben, als wir gesagt haben: Uns ist jetzt nicht nur ein ausgeglichener Haushalt wichtig, uns ist es jetzt nicht nur wichtig, Schulden zu tilgen, sondern wir wollen auch eine Wachstumsbegrenzung. Bayern versucht immer, seine eigenen Ziele zu toppen; wir wollen unsere Ziele nicht nur immer mit den Zielen anderer vergleichen. Ohne Asylpolitik wären wir unter eine Steigerungsrate von 3 % gekommen. Jetzt liegen wir natürlich deutlich darüber. Ich glaube aber, diese Steigerung ist gerechtfertigt, weil die Asylpolitik eine große Herausforderung ist. Ich sage es ausdrücklich: Wir hätten die Wachstumsbegrenzung locker einhalten können, jetzt haben wir aber eine große Herausforderung, vor der wir uns nicht wegducken dürfen.

Zwei Punkte möchte ich noch ansprechen, die wir außerhalb der Asylpolitik bezahlen. Beide sind wichtig. Der erste Punkt ist der kommunale Finanzausgleich. Er ist und bleibt die Basis für die symbiotische Verflechtung von Staat und Gemeinden. Es geht immer nur miteinander und nicht gegeneinander. Ich habe erst gestern beim Gemeindetag gesprochen. Ich glaube, dass die Kommunen wissen, was sie am Freistaat Bayern haben, und das auch schätzen. Der kommunale Finanzausgleich erhöht sich ähnlich wie unsere Steuerentwicklung auf 8,4 Milliarden Euro. Was ganz besonders wichtig ist: Wir haben nicht einfach erhöht, sondern wir haben drei Elemente noch verbessert. Die Investitionspauschalen werden sich um 8 % erhöhen; die Schlüsselzuweisungen um 3 %; vor allem werden sie sich stärker für die kleinen Gemeinden erhöhen. Wir haben in einem mehr oder minder sensiblen Prozess mit den Spitzenverbänden die Umverteilung beschlossen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Umverteilungspolitik!)

Das war nicht leicht zu schaffen. Wir konnten noch einen großen Batzen umverteilen, damit die Kleineren und die Schwächeren dabei sind und auch die Großstädte ihren Beitrag erbringen. Ganz besonders wichtig ist: Wir erhöhen die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen – ursprünglich waren das einmal 25,6 Millionen Euro -, auf 150 Millionen Euro. Das sind noch einmal 25 % mehr. Damit werden wir unserer Verantwortung gerecht, schwächere, strukturell nicht einfache, von der Demografie herausgeforderte Gemeinden stärker zu unterstützen. Wir setzen nicht nur auf Großstädte, wir investieren auch im ländlichen Raum, meine Damen und Herren. Das ist nämlich die Aufgabe, die Bayern hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir treffen auch Vorsorge für das Betreuungsgeld. Wir haben eigentlich gedacht, dass nicht wir es finanzieren müssen. Ich sage das ausdrücklich. Da geht es jetzt auch um die wichtige Frage, wie ernst sich Politik selber nimmt. Es gab Mehrheiten, es gab Beschlüsse, auch in der Großen Koalition. Ich sage Danke dafür, dass das im Koalitionsvertrag so war. Das war zwar nicht ganz freiwillig, aber am Ende im Konsens. Das Verfassungsgericht hat eine andere Entscheidung getroffen, nicht inhaltlich, sondern formal.

Meine Damen und Herren, was wäre das für ein Signal an Tausende von Familien, wenn wir aus einer formalen Zuständigkeitsfrage, aus einer formalen Debatte zwischen Bund und Ländern heraus Familien ein Stück Lebensplanung kaputt machen würden? – Darum, glaube ich, ist das ein Signal. Heute haben wir schon einmal von Hausfrauen geredet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und Hausmännern! – Peter Winter (CSU): Hausmänner!)

- Ist ja wurscht, wer es in Anspruch nimmt: Hausmann, Hausfrau, Hausmacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Das kann man sehen, wie man will. – Das eine wächst zum anderen. Egal, wie man das definiert: Wichtig ist, dass wir unser Wort halten, dass wir die Perspektive bieten und vielen jungen Familien, die den Weg gehen wollen, die ersten Lebensjahre intensiver mit ihren Kindern zu verbringen, Nähe zu finden, das Elterndasein verantwortungsbewusster wahrzunehmen, nicht das Instrument Betreuungsgeld aus der Hand nehmen. Wir halten Wort, und wir werden es mit Unterstützung des Bundes finanzieren. Ich glaube, das ist ein richtiges und wichtiges Signal für das Familienland Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Das sind die Ausgaben. Wie finanzieren wir das? – Sie haben es schon der Veröffentlichung entnehmen dürfen: zum einen natürlich aus Bundesmitteln. Unser Ministerpräsident hat das in Berlin verhandelt, wofür wir sehr dankbar sind. Sonst wäre das echt schwierig gewesen. Aber schließlich trägt der Bund die Verantwortung für die Integrationsherausforderungen.

Das Zweite ist auch ganz klar – das kann kein anderes Land –: Wir finanzieren das aus eigener Kraft. Und warum, meine Damen und Herren? – Weil wir gut gewirtschaftet haben. Die bayerische Wirtschaft funktioniert, die bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind fleißig. Das sind sie übrigens auch in Baden-Württemberg. Die Arbeitnehmer überall in Deutschland sind fleißig, aber die Politik ist überall eine andere. Unsere Politik der letzten Jahre war immer vorausschauend und maßvoll. Deswegen konnten wir für solche Fälle eine große Reserve zurücklegen. Der ORH bestätigt uns dies ausdrücklich. Mit guten Steuereinnahmen, Haushaltsführung, Ausgabenresten und einer Verstärkung aus den Reserven können wir das finanzieren. Wir können – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – diese Stabilisierung mit 1,25 Milliarden aus unserer Rücklage nehmen und behalten trotzdem noch einiges auf der hohen Kante. Man weiß nie, was in diesen Tagen noch passieren kann. Nennen Sie mir ein Land, das keine Schulden machen muss, Schulden tilgen und gleichzeitig aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln, solche Beträge finanzieren kann und trotzdem noch etwas auf der hohen Kante hat, meine Damen und Herren! Das ist eine ordentliche und solide Haushaltsführung, die wir hier betreiben.

(Beifall bei der CSU)

Fazit: Der Nachtragshaushalt, den wir Ihnen vorlegen, hat insgesamt 520 Seiten und 600 Einzeltitel. Die Nachschublisten – übrigens ein Standardverfahren, das wir immer wieder praktizieren – sind natürlich der Aktualität geschuldet. Das Verfahren ist natürlich schneller und herausfordernder, als es in der Vergangenheit der Fall war. Darum sage ich schon jetzt vorab ein Dankeschön an alle, die nicht maulen, vor allem aber dem Haushaltsausschuss, der in den nächsten Wochen Schwerstarbeit zu leisten hat, das alles einzuarbeiten. Lieber Peter Winter, Herr Halbleib, ich sage allen, die mitarbeiten, schon einmal Dankeschön. Der Haushaltsausschuss schafft es entsprechend seinem eigenen Selbstverständnis. Wenn es einer schafft, dann natürlich der Haushaltsausschuss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Charmeoffensive!)

- Das ist wirklich so. Das zu entscheiden, ist wirklich schwierige Arbeit. Das ist keine Floskel, sondern das ist tatsächlich so. – Danke also an alle, die mitarbeiten.

Aus meiner Sicht kann man folgendes Fazit ziehen, meine Damen und Herren. Ich finde, der heutige Tag passt sehr gut dafür. Wir haben heute Morgen das klare Signal in Richtung Berlin gesetzt, was vor allem die Begrenzung der Zuwanderung betrifft. Jedem ist klar: Ohne diese klaren Signale und ohne diese Veränderung ist das, was wir heute Nachmittag leisten können, bestenfalls Stückwerk. Wir würden zwar die Not lindern und einer Herausforderung begegnen können, befänden uns vielleicht am Ende des nächsten Jahres aber genau in derselben Situation und müssten feststellen, dass auch uns irgendwann die Mittel ausgehen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir es unserer Bevölkerung gegenüber schwer vertreten könnten, wenn am Ende das Finanzpolster und die Finanzkraft nicht mehr für die notwendigen Investitionen für bayerische Bürgerinnen und Bürger ausreichen würden, weil wir unverantwortliche Entscheidungen anderswo zu ertragen haben, obwohl wir in Bayern über Jahrzehnte ordentlich gewirtschaftet haben, wir mit manch schwieriger Maßnahme seit über zehn Jahren einen ausgeglichenen Haushalt halten, wir Vorsorge für die Zukunft treffen. Wir wissen um internationale Verpflichtungen; aber die oberste Verpflichtung dieses Hauses heißt, für die Einheimischen, für Bayern da zu sein. Das tun wir mit diesem Nachtragshaushalt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Bevor ich nun Herrn Halbleib zum Rednerpult bitte, darf ich auf der Ehrentribüne Frau Präsidentin Simone Fleischmann – sie ist die neue Chefin des Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes – mit charmanter Begleitung ganz herzlich begrüßen und willkommen heißen. Ich freue mich über Ihre Anwesenheit. Wir wünschen Ihnen einen angenehmen, informativen und vor allem konstruktiven Nachmittag hier bei uns im Bayerischen Landtag. Heute betrifft unsere Debatte vor allem Ihr Fachgebiet. Das ist doch ganz interessant. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Halbleib ist schon am Rednerpult. Ich darf Ihnen zum aktuellen Tagesordnungspunkt trotzdem noch sagen: Die CSU hat 32 Minuten, die SPD 24 Minuten, die FREIEN WÄHLER haben 20 Minuten und die GRÜNEN 20 Mi-

nuten. Die Redezeit ist vom Ältestenrat auf insgesamt 96 Minuten festgelegt worden. – Bitte, Herr Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Frau Präsidentin Fleischmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! In Fortsetzung der Grundsatzdebatte, die wir heute Morgen geführt haben, darf ich eingangs ein Zitat des Präsidenten des Bayerischen Städtetags, Dr. Ulrich Maly, in den Mittelpunkt stellen:

Bayern kann Integration. Das zeigt ein Blick in die vergangenen Jahrzehnte: Bayerische Städte und Gemeinden sind Heimat geworden für Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945, für "Gastarbeiter" in den 1970er-Jahren und für Spätaussiedler in den 1990er-Jahren. Integration funktioniert über Kindergärten, Schulen, Sprachunterricht und Beruf. Flüchtlinge und Asylbewerber mit Bleiberecht brauchen eine Perspektive: Sie müssen Chancen bekommen, um sich in die Gesellschaft integrieren zu können.

Das ist genau richtig. Bayern kann Integration, wenn Bayern Integration will, wenn die Politik klare Orientierung gibt, wenn sie nicht nach dem kurzfristig populistischen Beifall schießt, wenn sie an die positiven Kräfte und den Gemeinsinn in unserer Gesellschaft appelliert und wenn sie verbindet, statt zu spalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dann kann Bayern Integration. Wenn Haushalts- und Finanzpolitik die Aufgabe hat, diese grundsätzlichen Definitionen von Politik umzusetzen und mit den richtigen Ressourcen zu versehen, dann können wir heute auch zum Auftakt der Haushaltsberatungen zum Nachtragshaushalt die Chance nutzen. Dann kann dieser Nachtragshaushalt die Botschaft setzen: Bayern will und Bayern kann Integration. Das ist, glaube ich, auch die Herausforderung für die Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen.

Dieser Entwurf enthält aus unserer Sicht wichtige Schritte für die notwendigen Ressourcen zur Bewältigung der Herausforderung durch die Flüchtlinge, insbesondere bei deren Unterbringung, bei den Verfahren, der behördlichen Infrastruktur, den Verwaltungen, der Polizei und den Gerichten. Er enthält auch – das darf ich an dieser Stelle so sagen – richtige Schritte in die richtige Richtung, um die große Herausforderung der Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive erfolgreich zu gestalten. Zusammenhalt fördern, Integration stärken – dieser Devise kann man nur zustimmen. Aber am heutigen Tag muss auch deutlich gemacht werden: Sie ist eine Kehrtwende gegenüber der bisherigen Politik, der bisherigen Tonlage und der

bisherigen Haltung der CSU. Wir sind froh über diese Kehrtwende, aber es ist eine Kehrtwende.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Haushalt kann somit einen Paradigmenwechsel in der Politik von CSU und Staatsregierung markieren. Sie sind endlich – ich bringe es so auf den Punkt: - bei der Realität eines Einwanderungslandes angekommen. Endlich bekennen Sie sich zur Integration als der zentralen gesellschaftlichen und politischen Herausforderung; endlich geben Sie zu, dass wir bei Bildung, Wohnung, Integration und auf dem Arbeitsmarkt mehr tun müssen. Und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Der Entwurf enthält auch eine wichtige Botschaft; das ist schon deutlich geworden. Es geht um zusätzliche Leistungen und zusätzliche Mittel für zusätzliche Herausforderungen, nicht um Kürzungen und Einschränkungen zulasten der Bevölkerung. Am allerwenigsten können wir einen finanzpolitischen Verteilungskampf brauchen nach dem Motto: Leistungen für Flüchtlinge auf Kosten der einheimischen Bevölkerung. Das bringt uns nichts; das wäre das Gegenteil von Integration. Dieser Devise fühlen wir uns auch bei den Haushaltsberatungen verpflichtet. Leider passen Ihre sonstige Rhetorik und Ihre zum Teil schrillen Äußerungen nicht so ganz zum Haushaltsentwurf, den Sie hier für 2016 vorlegen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Gleichwohl greift der Haushaltsentwurf viele, viele Forderungen der SPD-Fraktion und anderer Fraktionen dieses Hauses aus den vergangenen 24 Monaten auf, zumindest im Grundsatz. Pointiert gesagt: Dieser Nachtragshaushalt ist ein Stück weit ein Haushalt für das Einwanderungsland Bayern. Die Neuorientierung der Staatsregierung und der CSU kommt in diesem Punkt spät, vielleicht sehr spät, aber - ich hoffe – nicht zu spät. Ich sage auch: Wenn die CSU-Staatsregierung und die CSU-Fraktion bereits vor einem oder eineinhalb Jahren den Anträgen der SPD gefolgt wären, wäre der Freistaat Bayern jetzt für die Herausforderungen dieser Flüchtlingskrise und der Integration viel besser gewappnet. Insofern ist der jetzige Nachtragshaushalt in vielen Punkten ein Einschwenken auf die Linie der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU – Peter Winter (CSU): Volkmar, übernimm dich nicht! – Martin Bachhuber (CSU): Jetzt überreizt er aber schon ein bisschen! – Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das sollten sie schon mal zugeben!)

Wir begrüßen dies ausdrücklich. Wir haben leider viel, viel Zeit verloren, und die Kraftanstrengung wird dadurch größer. Aber wir begrüßen, dass Sie sich bewegen und dass Sie viele Forderungen von uns jetzt aufgreifen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es, bravo!)

Ich will nicht allzu viel Zeit damit verbringen, in die Vergangenheit zu schauen. Aber eines ist mir schon wichtig: Die Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Lauf dieses Sommers war so nicht prognostizierbar. Wir würden natürlich wesentlich besser dastehen, wenn wir rechtzeitig gehandelt hätten. Ich will jetzt durchaus einmal die Verantwortung der CSU-Minister in der Bundesregierung ansprechen: Die Personalausstattung und die Organisation im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge war doch schon zu Zeiten von Hans-Peter Friedrich zu niedrig; das Amt war unterausgestattet. Was haben Sie denn damals dagegen getan? – Nichts. Das muss an dieser Stelle auch mal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD – Peter Winter (CSU): Das war vorgestern!)

Sie haben keinen konsequenten Ausbau von Erstaufnahmeeinrichtungen vorgenommen; Sie haben zu wenige Asylrichter eingestellt; Sie haben Defizite bei der Asylsozialberatung hingenommen; Sie haben bei der Sprachförderung bisher viel zu wenig, und das zu spät, auf den Weg gebracht. Das muss doch an dieser Stelle gesagt werden. Wenn Sie diese Fehler jetzt korrigieren, begrüßen wir das. Aber man muss schon mal auf die politischen Zusammenhänge und auf die Verantwortlichkeiten der Vergangenheit hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben viel Zeit für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen verloren, die die Staatsregierung im Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" zu Recht thematisiert. Als zentrale Herausforderung nehme ich den Wohnungsbau heraus. Da müssen wir feststellen, wo wir heute stehen: Wir stehen heute unter der CSU-Regierung von Ministerpräsident Horst Seehofer auf einem Tiefststand staatlich geförderter Mietwohnungen in Bayern. 1993 haben wir noch 12.000 Mietwohnungen gefördert. Im Jahr 2011 unter der Regierung von Seehofer haben wir nur 1.192 Mietwohnungen gefördert; das sind nicht einmal 10 % der Wohnungen, die wir noch vor zwanzig Jahren gefördert haben. Dafür ist diese CSU-Regierung unter diesem Ministerpräsidenten verantwortlich. Das muss man an dieser Stelle betonen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt für die Wohnungsbauförderung. Auch hier sind wir auf dem Tiefststand an Landesmitteln: 1993 hatten wir hierfür noch etwa 350 Millionen Euro Landesmittel im Jahr. 2015 haben wir nur noch 158 Millionen Euro Landesmittel hierfür, also nur noch 45 %. Inflationbereinigt sind wir vielleicht bei 20, 25 % des Betrages, den wir noch in den Neunzigerjahren ausgegeben haben. Das ist doch eine miserable Bilanz; das sind schlechte Ausgangsbedingungen für den Aufholwettbewerb. Wir stünden wesentlich besser da, wenn wir rechtzeitig umgesteuert hätten. Das ist Ihr Versagen.

(Beifall bei der SPD)

Eine letzte Zahl: 1994 wurden noch 113.000 Wohnungen fertiggestellt. Im Jahr 2009, in dem ersten Jahr der Regierung Seehofer, waren es nur noch 31.000 Wohnungen – gerade mal etwas über 25 %. Jetzt ist die Tendenz leicht steigend. Aber in allen Bereichen zeigt sich der Trend: Vor zwanzig Jahren wurde für den Wohnungsbau wesentlich mehr getan; wir sind auf einem Tiefststand angekommen. Das macht es so schwierig, auf die aktuellen Herausforderungen jetzt in kürzester Zeit zu reagieren. Wir stünden besser da, hätten Sie früher auf die Vorschläge der Opposition gehört, hätten Sie früher mehr gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben wenig gemacht, und jetzt ist die Herausforderung umso größer. – Das Gleiche gilt für den Bau von Studentenwohnungen. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Der Verkauf der GBW-Mietwohnungen war für das Thema Wohnungsbau, insbesondere für den Mietwohnungsbau in Bayern das völlig falsche Signal zur falschen Zeit, ein Schlag ins Gesicht der Mieter. Das war Ihre Politik im Bereich Wohnungsbau und Wohnungsbauförderung. Sie haben zu wenig gemacht; wir müssen jetzt den Aufholprozess beginnen.

(Peter Winter (CSU): Ja, mit der Neuen Heimat habt ihr mehr gemacht!)

Bayern würde wirklich besser dastehen, wenn hier rechtzeitig auf unsere Vorschläge gehört worden wäre. Das ist doch klar, das müssen Sie an dieser Stelle doch zugeben.

(Beifall bei der SPD)

Dann schauen wir mal auf die Vorschläge der Staatsregierung. Innenminister Herrmann spricht von einem wichtigen Paket für mehr preisgünstigen Wohnraum, 28.000 Mietwohnungen in den vier Jahren von 2016 bis 2019. Wichtig ist auf jeden Fall die körperliche Gestalt von Innenminister Herrmann.

(Peter Winter (CSU): Ach, dir fehlt aber auch nichts!)

- Davon verstehe ich etwas, zumindest was die Breite betrifft. Mir fehlt es allerdings etwas an Länge. – Aber an dieser Stelle ist entscheidend: Sein Wohnungsbauprogramm ist alles andere als wichtig. Das zeigt ein Vergleich mit den Jahren 1993 mit 1995:

(Thomas Kreuzer (CSU): Ein Vergleich mit dem, was Rot-Grün fördert, wo sie regieren, wäre gescheiter!)

In diesen drei Jahren wurde in Bayern der Bau von über 30.000 Mietwohnungen gefördert; jetzt sollen 28.000 Wohnungen in vier Jahren gefördert werden. Das ist nicht der wichtige Aufschlag, den wir brauchen. – An dieser Stelle muss ich Ihnen deutlich ins Stammbuch schreiben: Sie richten endlich ein kommunales Förderprogramm für Wohnraum ein; das ist gut und richtig. Sie stärken das Engagement der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt – das ist überfällig. Aber – und das ist ganz maßgeblich für diesen Staatshaushalt – Sie setzen keinen Cent an zusätzlichen Landesmitteln für Wohnraumdarlehen ein. Es ist ein fatales Signal, wenn am Beginn einer Wohnungsbauintiative eine landespolitische Nullnummer steht. Das kann doch schlechterdings nicht wahr sein. Das ist ein schlechtes Signal. Deswegen fordern wir Sie auf, an dieser Stelle mehr zu tun. Das werden wir auch in den Haushaltsberatungen deutlich machen. Wir müssen wieder bei den Zahlen ankommen, bei denen wir in den Neunzigerjahren waren – dies umso mehr, als die Herausforderung jetzt wirklich drängt.

50.000 Wohnungen sind das Minimum, das wir in den nächsten vier Jahren erreichen sollten. Wir brauchen eine deutliche Aufstockung um etwa 350 Millionen Euro. Das ist – nicht inflationbereinigt – ziemlich exakt die Zahl, die wir bereits 1993 in die Hand genommen haben. Da liegen wir doch völlig richtig. Was in den Neunzigerjahren möglich war, muss auch jetzt möglich sein. Wir brauchen eine Offensive im konzeptionellen Wohnungsbau und im studentischen Wohnungsbau. Aber die Wucht des Aufschlags muss wesentlich stärker sein. Das werden wir in den Haushaltsberatungen auch noch intensiv deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf ein zweites wichtiges Thema herausgreifen, nämlich Bildung und Schule. Die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes könnte aus eigener Anschauung und aufgrund von Berichten von Kolleginnen und Kollegen bestätigen, dass die Lehrerversorgung zu Beginn des Schuljahres 2015/16 mehr als prekär ist. Das müsste in dieser Form nicht

sein. Ich erinnere an dieser Stelle an unsere Anträge zum Doppelhaushalt. Wir haben vor einem Jahr 1.500 neue Lehrerstellen gefordert, und das mit guter Begründung. Das wissen Sie auch. Sie haben die Anträge damals aber kaltschnäuzig abgelehnt. Wie gut wäre es, wenn wir heute über die 1.500 neuen Lehrer verfügen könnten und sie schon in den Klassenzimmern stehen würden, wenn Sie rechtzeitig auf unsere Vorschläge eingegangen wären.

(Beifall bei der SPD)

Ganz abgesehen davon hätten wir nicht Legionen von Junglehrern mit Spitzenexamen und echter Lehrerbegabung auf die Straße geschickt. Wir hätten heute vielmehr – Stand heute – wesentlich weniger Probleme bei der Unterrichtsversorgung aller Schülerinnen und Schüler und bei der dringend notwendigen pädagogischen Betreuung.

Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Wir haben damals 500 Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit gefordert, was die Mehrheitsfraktion damals – heute muss man sagen: fahrlässigerweise – ebenfalls abgelehnt hat. Wie gut wäre es und wie gut würden wir dastehen, wenn wir sie jetzt in den Schulen hätten, wo wir sie brauchen, und zwar für alle Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der SPD)

Auch an dieser Stelle gilt: Bayern würde in diesem Bereich tatsächlich besser dastehen, wenn Sie rechtzeitig gehandelt und die Initiativen zeitnah umgesetzt hätten. Wir haben Zeit verloren und müssen uns anstrengen, sie jetzt aufzuholen. Die Vorschläge der Staatsregierung gehen auch in die richtige Richtung. Jetzt sind 1.077 Lehrerstellen und Mittel für weitere Lehrer vorgeschlagen. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Nur wissen Sie selbst, dass diese Zahl schon vor einem Jahr – umso mehr heute – zu niedrig war. Deswegen wollen wir in den Haushaltsberatungen dafür sorgen, dass wir nicht wieder innerhalb kürzester Zeit nachbessern müssen; denn vom Beschluss des Landtags bis zur Umsetzung vergeht einige Zeit. Wir wollen nicht theoretisch und auf dem Papier über die Lehrer reden; wir wollen sie lieber heute als morgen in den Klassen haben, und dafür wollen wir auch kämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur Integration und zum Arbeitsmarkt. Wir begrüßen natürlich die vorgeschlagenen Maßnahmen. Im Detail werden wir sie im Ausschuss und zusammen mit den Fachpolitikern intensiv diskutieren. Aber es handelt sich wirklich um einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Ich finde auch, dass das Bünd-

nis mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern genau der richtige Weg ist.

Aber zum Thema der Integration muss man Ihnen auch in einer Haushaltsdebatte schon etwas entgegenhalten. Sie haben noch vor kurzer Zeit gesagt, ein Integrationsgesetz sei eine komische Vorstellung, so etwas brauchten wir in Bayern überhaupt nicht. Jetzt kommen Sie daher und sagen: Das ist eine wichtige Initiative und ein wichtiger Punkt, den wir umsetzen müssen. Sie haben ein Integrationsgesetz abgelehnt und wollen es jetzt selbst. Ihre Politik ist doch widersprüchlich. Wir waren schon lange an den richtigen Themen dran und haben richtige Vorschläge unterbreitet. Im Rahmen der Haushaltsberatung kommt nun zum Vorschein, dass unsere Vorschläge so schlecht nicht waren: Sie haben beim Islamunterricht in Deutsch gebremst. Da könnten wir doch schon wesentlich mehr haben, als Sie jetzt anstreben. Sie haben die Sprachkurse im Wesentlichen eingedämmt. Wir haben permanent darauf gedrängt, sie auszuweiten. Jetzt gehen Sie selber in die richtige Richtung.

Ich muss Ihnen eines zur politischen Gesamtverantwortung sagen. Unter Schwarz-Gelb – das ist noch gar nicht so lange her – wurden die arbeitsmarktspezifischen Instrumente nach unten gefahren und gekürzt. Wir sind froh, dass wir jetzt im Bund unter der Verantwortung der sozialdemokratischen Arbeitsministerin bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt viel auf den Weg gebracht haben. Das sind richtige Initiativen. Aber Sie waren die Bremsen bei diesen Themen, und nicht die Initiatoren und Protagonisten.

Ich bin auch heilfroh, dass wir dank der SPD den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn gegen Ihre massiven Widerstände und gegen Ihre unsachliche Polemik auch in diesem Haus geschaffen haben. Jetzt ist klar, dass wir den Mindestlohn dringend brauchen, um die Wettbewerbssituation und die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt im Griff zu behalten. Seien Sie froh, dass wir den Mindestlohn durchgesetzt haben. Ich freue mich darüber, dass auch der Finanzminister mittlerweile einräumen musste, dass wir ihn brauchen; denn er hat gesagt, es komme gar nicht infrage, dass wir den Mindestlohn in diesem Zusammenhang antasten.

Uns helfen auch ein Stück weit die rentenpolitischen Maßnahmen und die aktuelle Entwicklung der Löhne und Renten. Das ist auch ganz wichtig für die Akzeptanz der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

Ich darf zu drei Säulen kommen, die die wichtigste Arbeit bei der Integration leisten müssen. Zum Ersten

geht es um eine leistungsfähige Verwaltung; das ist schon angesprochen worden. Die Stellenmehrungen, die vorgeschlagen wurden, werden wir genau prüfen. Wir werden uns auch den tatsächlichen Bedarf genau anschauen. Ich glaube, an verschiedenen Stellen gibt es auch noch Fragezeichen.

Ich darf Ihnen etwas zu dem Zusammenhang sagen, in dem das jetzt kommt. Es geht um Stellenstopps, kw-Vermerke, Abbaupflichtungen und jetzt auch um die Notwendigkeit, auf bestimmte Situationen mit Personal zu reagieren. Ihre Politik passt überhaupt nicht zusammen. Die Grundsätze, die Sie früher hochgehalten haben, sind jetzt nichts mehr wert. Ich glaube, dass es richtig ist, jeweils auf den Bedarf zu schauen und nicht Grundsätze hochzuziehen, die man überhaupt nicht einhalten kann. Wir werden genau hinschauen, ob die Zahl der Verwaltungsrichter, die Sie vorsehen, angemessen und bedarfsgerecht ist oder ob wir nach oben gehen müssen. Wir werden hinschauen, was an den Gerichten läuft, und werden deutlich machen, dass in vielen Bereichen Fachleute erst ausgebildet werden müssen, bevor sie ihren Dienst antreten. Auch da macht sich Ihre Verzögerungspolitik bemerkbar. Wir wären wesentlich weiter, wenn Sie die richtigen Schritte, wie wir sie häufig beantragt haben, früher gegangen wären. Das war der Punkt der Verwaltung.

Zum Zweiten geht es um die Kommunen. Die Kommunalpolitik ist jeden Tag gefordert, und die Herausforderungen draußen sind enorm. Die Kommunen leisten einen, wenn nicht gar den wesentlichen Beitrag, um das gesellschaftliche Problem zu meistern. Die Kommunen können die Aufgabe der Integration auch schultern, wenn sie vom Bund und den Ländern dauerhaft und tatkräftig unterstützt werden. Städte und Gemeinden haben Erfahrung in der Integration. Aber sie funktioniert eben nicht zum Nulltarif.

Wir haben da schon in der Vergangenheit richtig gehandelt. Auf SPD-Initiative im Bund hin sind die Kommunen in den letzten Jahren an vielen Stellen entlastet worden. Ich nenne die Entlastung im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz; das waren immerhin 115 Millionen Euro für Bayern. Wir haben 60 Millionen Euro mehr in der Städtebauförderung und eine gewaltige Entlastung bei der Grundsicherung im Alter, und wir haben ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen gehen auf Bundesebene auf unsere Impulse zurück, auch wenn sie natürlich gemeinsam durchgesetzt wurden.

Der kommunale Finanzausgleich ist schon angesprochen worden. Wir begrüßen die einzelnen Verbesserungen, müssen aber doch darauf hinweisen, dass wir

im kommunalen Finanzausgleich nach wie vor eine Schere gegenüber dem kommunalen Finanzbedarf haben. Drei Fragen wollen wir da besonders in den Mittelpunkt stellen, Herr Söder, Sie haben selber die Kosten der unbegleiteten Minderjährigen bei den bayerischen Bezirken angesprochen. Da fragen wir uns schon, was da nun gilt – das ist nicht ganz deutlich geworden –, das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber dem Präsidenten des Bayerischen Bezirktags oder die Politik des bayerischen Finanzministers. Diese Frage werden wir im Rahmen der Haushaltsberatungen klären. Heute ist das nicht klar geworden; es ist klärungsbedürftig.

Ein weiterer Punkt. Der Freistaat übernimmt im Grund die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge. Das ist gut so. Wir müssen aber sehen, dass die Betreuung von Asylbewerbern und die kommunale Daseinsvorsorge die Kommunen in fast allen Bereichen vor zusätzliche Herausforderungen stellen. Wir treten deshalb dezidiert für eine Sonderpauschale für die Kommunen im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs für diese Aufgaben ein. Wir müssen endlich für eine ordnungsgemäße Grundfinanzierung der Kommunen sorgen und die Kommunen wegen der neuen Herausforderungen mit neuen Mitteln versehen. Dafür werden wir in diesen Haushaltsberatungen eintreten.

Die kommunal getragenen Volkshochschulen können aus unserer Sicht bei der Integration durch Sprachvermittlung und Wertvermittlung und bei der Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen ein hervorragender Partner sein, wenn man sie finanziell ordnungsgemäß ausstattet. Das war bisher nicht der Fall. Wir müssen für eine solide Grundfinanzierung und für die angemessene Finanzierung der aktuellen Herausforderungen sorgen.

Wir brauchen auch in schwierigen Zeiten eine starke Politik für starke Kommunen. Wir wollen beim ÖPNV und bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude genauer hinschauen. Ferner ist es unser Anliegen, einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder aufzulegen. Die Investitionspauschalen für Gemeinden und für Landkreise werden wir uns noch einmal anschauen. Das große Thema der kommunalen Krankenhäuser werden wir noch einmal auf die Tagesordnung des Haushaltsausschusses setzen, weil wir insoweit durchaus Nachholbedarf in Bayern haben.

(Beifall bei der SPD)

Die ehrenamtlich Tätigen brauchen Begleitung und Unterstützung, damit die Hilfe, die sie leisten, noch zielgenauer ankommt. Dafür müssen wir noch mehr

tun. Wir werden entsprechende Anträge einreichen. Es bedarf weiterer Initiativen zur Helferfreistellung und mehr Unterstützung bei der Koordination.

Wir werden weiterhin Politik für alle Bewohnerinnen und Bewohner Bayerns machen. Wir müssen tagtäglich zeigen, dass eine solidarische Flüchtlingspolitik nicht bedeutet, dass andere Menschen unter Einschränkungen zu leiden haben. Es wäre fatal, wenn Flüchtlinge und heimische Bevölkerung gegeneinander ausgespielt würden. Wir erreichen Akzeptanz nur dann, wenn die ganz realen Bedürfnisse und Probleme der Menschen in unserem Land nicht vernachlässigt, sondern ernst genommen werden. Deshalb werden wir neben unseren Vorschlägen zugunsten der Integration, der Kommunen und der ehrenamtlich Tätigen Anträge einbringen, die deutlich zeigen, dass wir uns weiterhin um die Belange der ganz normalen Bevölkerung kümmern. Wir müssen und wir werden auch in schwierigen Zeiten ganz normale Politik für die ganz normalen Menschen machen.

(Beifall bei der SPD)

Da geht es um die Infrastruktur, zum Beispiel um die Staatsstraßen, ferner um die großen Themen Barrierefreiheit, Energiewende, regionale Wirtschaftsförderung, Forschung und Wissenschaft. Wir wollen auch noch mehr für die Familien tun. Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kurze Bemerkung zum Betreuungsgeld: Es ist doch ganz klar, dass wir den Familien Chancen nicht nehmen, sondern geben werden, insbesondere dadurch, dass wir in die Infrastruktur der Kinderbetreuung investieren. Dort ist das Geld am besten aufgehoben. Wir haben, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, nach wie vor großen Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich betonen, dass wir all diese Herausforderungen meistern können. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Politik Zuversicht ausstrahlt und das Vertrauen in die Lösungskompetenz stärkt. Die vorhandenen Ressourcen müssen kraftvoll eingesetzt werden. Die Politik hat ihren Gestaltungsauftrag entschlossen wahrzunehmen. Der Staat muss die Kommunen, das Ehrenamt und die gesellschaftlichen Bündnispartner konsequent unterstützen.

Wir brauchen beides, Zuversicht und Realismus. Nur mit Zuversicht mobilisieren wir die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungskräfte, die es uns ermöglichen, die großen Chancen der Integration zu nutzen. Nur mit Realismus können wir humanitäre Politik in der Praxis umsetzen. Darum werden wir in den nächsten Wochen auch bei der Gestaltung des

Staatshaushaltes ringen. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bachhuber.

**Martin Bachhuber (CSU):** Frau Präsidentin, Herr Finanzminister, Hohes Haus! Lieber Kollege Halbleib, die "Kehrtwende", von der Sie sprachen, können wohl nur Sie feststellen. Nach der Einbringung des Haushalts durch unseren Finanzminister können wir feststellen: Die CSU hält klar Kurs. Die CSU geht den Weg eines soliden, ausgeglichenen Haushalts. Wir tilgen Schulden und sehen keine Steuererhöhungen vor.

(Beifall bei der CSU)

Im Folgenden darf ich mich auf den kommunalen Finanzausgleich beschränken. Auch in dem vorliegenden Haushalt verzeichnen wir wieder Rekorde zugunsten unserer Kommunen. 8,45 Milliarden Euro wird der Freistaat seinen Kommunen zur Verfügung stellen – so viel wie noch nie. Hatten wir 2015 schon einen Rekordwert, so wird dieser noch einmal um 161 Millionen Euro oder 1,9 % erhöht. Betrachten wir den kommunalen Finanzausgleich genauer, dann fällt uns sofort positiv auf, dass die Schlüsselzuweisungen um 63 Millionen Euro auf 3,2 Milliarden Euro und damit weiter kräftig ansteigen. Erwähnen möchte ich ferner das Plus von 30 Millionen Euro bei der Investitionspauschale sowie die Erhöhungen der Bedarfszuweisungen und der Stabilisierungshilfen. Der ÖPNV-Zuschuss erhöht sich um 10 Millionen Euro. Mich freut auch, dass die Krankenhausförderung 2016 auf dem hohen Niveau von 500 Millionen Euro fortgeführt wird. Die reinen Landesleistungen steigen 2016 gegenüber 2015 um 148 Millionen Euro auf fast 8 Milliarden Euro.

Der kommunale Finanzausgleich ist bereits in den letzten Jahren zugunsten strukturschwacher und vom Bevölkerungsrückgang betroffener Kommunen, insbesondere kleiner Gemeinden, geschärft worden, um eine nachhaltige Stärkung des ländlichen Raums zu erzielen und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern herzustellen. Bei den Schlüsselzuweisungen haben wir dies durch die Verlängerung des Demografiefaktors von fünf auf zehn Jahre sowie die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen von 108 % auf 112 % bei gleichzeitigem Wegfall des Großstadtzuschlags erreicht.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll eine weitere Reform der Gemeindeschlüsselzuweisungen eingelei-

tet werden. Die Reform basiert auf folgenden drei Eckpunkten:

Erstens geht es um eine gerechtere Erfassung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer durch die Anhebung der Nivellierungshebesätze auf einheitlich 310 % und die erstmalige Berücksichtigung von 10 % der Steuereinnahmen, die die Nivellierungshebesätze übersteigen.

Zweitens. Die Einwohnergewichtung, die erst 2013 zugunsten kleinerer Gemeinden angepasst wurde, wird unverändert beibehalten.

Drittens. Für eine gerechtere Abbildung der Ausgabe-seite werden Ergänzungsansätze wie folgt fortgeschrieben: Zur Linderung der finanziellen Belastungen durch Kindertageseinrichtungen wird für alle Gemeinden ein neuer Ansatz eingeführt. Der bisherige, auf den tatsächlichen Ausgaben beruhende Ansatz zur Ermittlung der Belastung durch Ausgaben für Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende bei kreisfreien Städten und Landkreisen wird durch einen modernen, indikatorbasierten Ansatz für Sozialausgaben abgelöst.

Hohes Haus, mit dieser Reform wird die Systemgerechtigkeit erhöht. Strukturschwache Gemeinden werden erneut gestärkt. Damit nicht genug. Die Investitionspauschale lag im Jahr 2011 bei 173 Millionen Euro; im Jahr 2016 werden es 406 Millionen Euro sein. Das entspricht einer Steigerung um fast 135 %.

Ähnlich verhält es sich mit den Bedarfszuweisungen. Im Rahmen der entsprechenden Regelungen wurde im Jahr 2012 die Stabilisierungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe eingeführt. Im Jahr 2013 hatte sich der entsprechende Ansatz auf 100 Millionen Euro vervierfacht. Im Jahr 2015 gab es eine weitere Erhöhung; nunmehr sind es 120 Millionen Euro. Wie der Herr Finanzminister schon ausgeführt hat, wird der Ansatz im Jahr 2016 um weitere 30 Millionen Euro auf dann 150 Millionen Euro aufgestockt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Realität ist, dass die Bürgermeister, die Stadträte und die Gemeinderäte nicht zuletzt deshalb eine in aller Regel recht erfolgreiche Arbeit in ihren Kommunen abliefern können, weil die Bayerische Staatsregierung immer schon für eine finanzielle Ausstattung der Kommunen steht, von der Kommunen in anderen Bundesländern wirklich nur träumen können.

Eines muss in diesem Zusammenhang betont werden: Das alles ist nur möglich, weil die Staatsregierung immer schon für eine überdurchschnittlich erfolgreiche Politik steht und stets eine in die Zukunft gerichtete Finanz- und Wirtschaftspolitik betreibt.

Diese unsere Politik macht es überhaupt möglich, dass bei uns in Bayern keine Kommune am Tropf hängt. Erlauben Sie mir noch den Hinweis, dass sich die Situation der bayerischen Kommunen in den vergangenen zehn Jahren in allen wichtigen Bereichen weit besser als die des Freistaates entwickelt hat.

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

So haben die Kommunen mit einem Plus von 58,4 % einen stärkeren Anstieg der Steuereinnahmen verzeichnet. Beim Freistaat war es vor dem Länderfinanzausgleich ein Plus von 52,4 %. Unter Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs kommt man nur auf einen Anstieg um 46 %. Der Unterschied zu den Kommunen beträgt 12,4 Prozentpunkte.

Nach der Mai-Steuerschätzung 2015 wurden sowohl für 2015 als auch für 2016 bundesweit stärkere Zuwächse bei den Kommunen als bei den Ländern prognostiziert: im Jahr 2015 bei den Kommunen 4,2 %, bei den Ländern 3,3 %, im Jahr 2016 bei den Kommunen 3,8 %, bei den Ländern 3,6 %. Die Investitionsquote der Kommunen lag im Jahr 2014 bei 22,4 %, also wieder deutlich über der Investitionsquote unseres Freistaates von 10,6 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Äpfel mit Birnen vergleichen, das kann man gerne machen!)

– Es geht noch weiter. Geduld, Herr Halbleib! – Die langfristige Entwicklung zeigt, dass immer größere Anteile des Staatshaushalts des Freistaates auf die Leistungen für die Kommunen entfallen. In den vergangenen zehn Jahren stieg der Staatshaushalt um 45,8 %, aber die Leistungen des Staates an seine Kommunen um 70,6 %. Auch die Zahlen hinsichtlich der Verschuldung sind bemerkenswert. Zum 31. Dezember 2013 konnten die bayerischen Kommunen ihre Verschuldung gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2012 um 3,9 % senken. In der Zehnjahresbetrachtung konnten die Kommunen ihren Schuldenstand um sage und schreibe 14,4 % verringern. Das alles mündet letzten Endes darin, dass den Kommunen zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben im Jahr 2013 ein Gesamtbetrag von 6,2 Milliarden Euro verblieben ist. Diese Zahlen belegen eindeutig: Unsere Kommunen gehen mit den Leistungen des Freistaates einer guten Zukunft entgegen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unstrittig ist auch – das hat der Herr Finanzminister ausgeführt –: Der Freistaat ist und bleibt der faire und verlässliche Partner für alle kommunalen Gebietskörperschaften, ob Bezirke, Landkreise, Städte oder Gemeinden, und dies trotz der enormen Herausforderungen, die der

Freistaat aufgrund der Asylausgaben im Staatshaushalt zu schultern hat.

Ein Ländervergleich der Erstattung der Kosten für die Unterbringung und Verpflegung der Asylbewerber zeigt: Wir erstatten unseren Kommunen die Kosten der Unterbringung und Verpflegung und speisen sie nicht nur mit Pauschalbeträgen ab. Auch hieran zeigt sich wieder die Kommunalfreundlichkeit des Freistaates. Viele Kommunen in anderen Ländern schauen neidvoll nach Bayern. Sie würden sich wünschen, dass ihre Länderregierungen mit ihnen nur annähernd so umgingen, wie der Freistaat mit den Kommunen in Bayern.

Vor diesem Hintergrund kann man nur sagen, dass der Freistaat Bayern die Kommunen mit diesem Rekord-Kommunalfinanzausgleich, mit allen Anstrengungen und mit all seinen Kräften unterstützt und sie vor allem in dieser schwierigen Phase mit ihren enormen Herausforderungen nicht im Regen stehen lässt. Ich sage es ganz bewusst: Besser geht es nicht. Das wird uns auch bestätigt. Rekordfinanzausgleich trotz Asylkosten! Die Staatsregierung sorgt dafür, dass auch unsere Kommunen die immensen Herausforderungen durch die Flüchtlingswelle dauerhaft bewältigen können.

Ich kann deshalb nur appellieren: Stimmen Sie diesem Gesetzentwurf zu, geben Sie sich einen Ruck! Wer diesen Gesetzentwurf ablehnt, den kann ich nicht mehr verstehen und der wird sicherlich auch nicht als kommunalfreundlich bezeichnet werden können. Dieser kommunale Finanzausgleich 2016 hat es verdient, die Zustimmung des gesamten Hauses zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Muthmann.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den Nachtragshaushalt mit einem Gesamtvolumen für das Jahr 2016, was die Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsproblematik angeht, mit etwa 3,2 Milliarden Euro vorgestellt bekommen. Bei der Bekämpfung der Flüchtlingsursachen – auch dies ist womöglich ein Bestandteil dieser Aufgabe –, finden wir im Bereich der Staatskanzlei den Betrag von 2 Millionen Euro. Das finde ich eher "putzig", und das muss auch noch kommentiert werden.

Ich will zu ein paar Punkten, so zur Dimension der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, einige Vorbemerkungen machen, weil das jetzt in dieser Debatte, aber auch schon in der Debatte heute Vormittag nur unzu-

reichend beleuchtet worden ist. Einen kleinen Exkurs zum Selbstverständnis des Landtags darf ich im Rahmen dieser Beratungen auch machen, um anschließend zur Bewertung dieses Nachtragshaushalts zu kommen und eigene Schwerpunkte vorzulegen. Abschließend will ich auch noch ein paar Anmerkungen zur Leistungsfähigkeit dieses Haushalts machen.

2 Millionen Euro für die Bekämpfung der Flüchtlingsursachen sind wahrlich nicht viel. Das ist eher ein Placebo. Da stellt sich die Frage: Will man sich überhaupt mit der Wurzel dieser Frage auseinandersetzen? – Dies ist freilich nicht allein ein bayerisches Thema und schon gar nicht allein bayerische Verantwortung, aber nachdem wir insgesamt von dieser Vielzahl an Flüchtlingen betroffen sind, berührt und erreicht werden, muss man auch hierauf einen Blick werfen. Deswegen will ich über die aktuellen Herausforderungen hinaus ein paar einleitende Bemerkungen zur Gesamtsituation machen.

Unruhe in der Bevölkerung ist allenthalben zu spüren. Auch und gerade deswegen ist es so wichtig, dass die Politik jetzt ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt, um Unruhe, Unsicherheit oder gar Panik in der Bevölkerung zu vermeiden. Es ist aber vor allem auch deswegen so wichtig, weil die vielen Akteure vor Ort, die im Ehrenamt tätig sind und auch jene, die professionelle Hilfe leisten, das Gefühl brauchen, dass sie Bestandteil eines insgesamt funktionierenden Systems sind.

Deswegen will ich an alle politischen Gruppierungen und auch an jene appellieren, die sich an den Diskussionen beteiligen, sich bei der Bewältigung dieser Aufgaben nicht wegen vermeintlich kurzfristiger politischer Erfolge aufs Taktieren oder auf Schuldzuweisungen zu verlegen, sondern die notwendigen Lösungen gemeinschaftlich zu suchen.

Zur Dimension. Die Wanderungsbewegungen, so darf man annehmen, werden sich fortsetzen. Wenn man nicht nur die Destabilisierung in Nordafrika betrachtet, sondern sich darüber hinaus vor Augen hält, wie viele potenzielle Klimaflüchtlinge wir auf dieser Welt haben, dann ist die Dimension des Problems noch deutlich größer als das, was wir hier aktuell zu bewältigen haben. Da hilft es sicherlich gar nicht, wenn unser Finanzminister an anderer Stelle von Zäunen um Bayern oder um die Bundesrepublik schwadroniert. Diese globalen Herausforderungen können wir nicht bewältigen, indem wir auf Abwehr setzen. Das wird spätestens mittelfristig erfolglos sein. Wir müssen unserer Gesellschaft in der gesamten Debatte, in dieser Diskussion auch klarmachen, dass es um ein globales Teilen, um Mitverantwortung und Solidarität geht. Im eigenen Interesse und auch zum Schutz unserer eige-

nen Bevölkerung können wir nicht nur defensiv auf Abwehr setzen, sondern müssen immer auch die Frage der globalen Verantwortung der westlichen Hemisphäre, gerade der reichen Nationen, im Auge haben und auch diesbezüglich handeln. Sonst werden wir das Problem weder kurz- noch mittelfristig und schon gar nicht langfristig bewältigen können. Alle potenziellen Klimaflüchtlinge können wir wahrlich nicht hier versorgen und unterbringen. Wir müssen schon dafür sorgen, dass die Probleme dort, wo sie entstehen, gelöst werden.

Zu diesem Zwecke müssen wir teilen und das abgeben, was wir im Vergleich zu denen zu viel haben. Dazu hätte ich mir heute Vormittag auch ein paar Worte des Ministerpräsidenten gewünscht. Diese globale Mitverantwortung ist jedoch völlig ausgeblendet geblieben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Selbstverständnis des Landtages möchte ich nur zwei Anmerkungen machen. Hinter den Kulissen ist darüber ausreichend diskutiert worden. Wir müssen uns dessen bewusst sein, dass das Budgetrecht des Landtags neben der Gesetzgebung unsere vornehmste Aufgabe darstellt. Wenn der Finanzminister dann gestern auf der Fachmesse "Kommunale" mit Blick auf die vorausgegangene CSU-Fraktionssitzung ankündigt, am heutigen Nachmittag werde der Nachtragshaushalt beschlossen, dann ist – adressiert an die Kollegen der CSU – die Frage zu stellen, ob sie sich gefallen lassen wollen, hier nur noch sozusagen als Formalie behandelt zu werden. Ich würde mir schon wünschen, dass wir fraktionsübergreifend den Anspruch erheben, die Gesetze hier nicht nur zu beschließen, sondern auch in Ruhe im Vorfeld beraten zu können. Daher möchte ich die Forderung formulieren, dass alles so rechtzeitig vorgelegt wird, damit man noch Gelegenheit hat, umfassend auf die Zahlen zu schauen, um sie seriös bewerten zu können. Daran hat es leider gefehlt.

Wir werden im Haushaltsausschuss und in den weiteren Sitzungen das Unsere dazu beitragen, die Dinge glatt über die Bühne zu bringen. Bei etwas größerer Wertschätzung des Landtags wäre sicher auch ein bisschen mehr Beratungszeit möglich gewesen. Die Forderung, auch bei uns das Notwendige zu berücksichtigen, richtet sich zum einen an die Staatsregierung. Zum anderen richtet sich die Aufforderung an das Haus und an das Präsidium, den Fraktionen die notwendige Beratungszeit einzuräumen. Leider hat es daran gefehlt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will den Doppelhaushalt in ein paar kurzen Sätzen bewerten. Die Begrenzung der Flüchtlingszahlen ist die eine große politische Aufgabe, die wir aber nicht im Rahmen des Doppelhaushalts oder des Nachtragshaushalts bewältigen können. Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber sowie deren vernünftige Integration ist eine große und wichtige Aufgabe. Auch da müssen wir uns grundsätzlich über ein paar Gesichtspunkte im Klaren sein.

Erstens. Erfolgreiche Integrationsarbeit entscheidet sich nicht in der Staatskanzlei und schon gar nicht im Finanzministerium. Die Integration gelingt oder misslingt vielmehr vor Ort in den Kommunen. Klar muss auch sein, dass die Kosten misslungener, verspäteter oder verfehlter Integration erheblich höher sind als die Kosten einer wirksamen und gelingenden Integration.

Uns darf auch nicht passieren – das hat der Finanzminister vorhin auch angesprochen –, dass eine Konkurrenz- oder eine Konfliktsituation inländischer armer Menschen gegenüber ausländischen Flüchtlingen entsteht. Wir müssen beiden Gruppierungen ausreichend gerecht werden. Darauf werden wir aus der Opposition sicherlich achten.

Die jetzt anstehenden Integrationsverstärkungen sind richtig, und sie werden unterstützt. Der Kollege Halbleib hat in seinen Anmerkungen bereits darauf hingewiesen, dass wir eine ganze Reihe der jetzt auch von der Staatsregierung vorgeschlagenen Maßnahmen schon eine ganze Zeit lang einfordern und für richtig halten. Dazu gehört beispielsweise auch die Forderung des Kollegen Felbinger, unseres bildungspolitischen Sprechers, dass die Einstellung von 1.000 zusätzlichen Lehrern möglich und auch notwendig sei, wofür er noch Anfang August eher schulterzuckend belächelt worden ist. Wir sind dankbar dafür, dass sich jetzt auch in der CSU die Kenntnis mehrt, dass diese über 1.000 Stellen zusätzlich geschaffen werden müssen. Es ist hoch an der Zeit, und ich hoffe, es ist noch nicht zu spät.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

All diese Integrationsanstrengungen sind notwendig und werden von uns unterstützt. Auch das, was jetzt im Rahmen des Nachtragshaushalts vorgeschlagen ist, werden wir mittragen. Über Details wird im Haushaltsausschuss zu reden sein; da oder dort wird noch an den Stellschrauben gedreht werden müssen.

Auch die Wirtschaft wird ihren Beitrag dazu leisten müssen; das werden wir jedenfalls mit einfordern. Ein Großteil der jungen Menschen, die zu uns gekommen sind – so jedenfalls ist mein persönlicher Eindruck, auch aus persönlichen Begegnungen –, ist durchaus bildungsfähig und bildungsbereit. Oft sind sie zwar

noch nicht so gebildet, wie wir uns das womöglich wünschen. Deswegen ist die Bildungsarbeit, die auf die beruflichen Tätigkeiten vorbereitet, so wichtig. Das Ganze muss umfassend angepackt werden; es muss gelingen.

Wir wollen eine teilhabeorientierte Integration. Dazu ist das Notwendige zu tun. Dabei müssen wir wirtschaftlich und sparsam vorgehen. Der Finanzminister hat vorhin von Haushaltsdisziplin gesprochen. Ich möchte Ihnen ein paar Beispiele nennen, wo Haushaltsdisziplin sehr viel besser möglich wäre, als sie derzeit praktiziert wird.

Da sind zunächst die Personalstellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wobei das jetzt nicht unmittelbar unserer bayerischen Verantwortung unterliegt. Das ist ein altes Thema. Hier könnte man viel Geld sparen. Jeder Mitarbeiter, jeder Prüfer, jeder Sachbearbeiter ist für den Gesamthaushalt saldiert und ist kein Kostenfaktor, sondern eine Einsparungsmaßnahme. So können nämlich die Verfahren abgekürzt werden. Den Menschen wird dann entweder gesagt, dass sie bleiben können – dann können sie mit der Integration fortfahren und sich auf ihr Bleiberecht einstellen –, oder aber ihnen wird gesagt, dass sie nicht hierbleiben können, und dann muss konsequent rückgeführt werden. Das sind selbstfinanzierende Personalmehrungen.

Das gilt aber auch für die bayerischen Behörden, insbesondere bei den Gerichten. Unser Fraktionsvorsitzender hat schon seit Längerem immer wieder auf die Lücken in den Reihen der Verwaltungsrichter hingewiesen. Die Forderung nach 50 zusätzlichen Stellen bedeutete jedoch keine Kostenmehrung, sondern das war vielmehr ein Vorschlag, den bayerischen Haushalt insgesamt zu schonen und somit sparsam zu wirtschaften. – Nun ist der Weg gewiesen; der richtige Weg ist eingeschlagen. Wir werden jedoch darauf achten und weiterhin an der Forderung festhalten, die Zahl der Richterstellen so auszugestalten, dass wirklich zügig entschieden werden kann. Das ist nämlich nach wie vor nicht der Fall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens, Haushaltsdisziplin bei den Baukosten. Ich will mich kurz fassen. Auch hier scheint mir aufgrund des Entscheidungsdrucks und der Bedeutung der Aufgabe, Asylbewerber und Flüchtlinge unterzubringen, in verschiedenen Bereichen eine Mentalität entstanden zu sein, die bewirkt, dass das Ganze auf Kosten der Sparsamkeit geht und dass es auf Wirtschaftlichkeit nicht mehr ankommt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an die Erstaufnahmeeinrichtung für 550 Asylbewerber und Flüchtlinge in

Regensburg mit einem Kostenvolumen von 40,9 Millionen Euro. Das muss wirtschaftlicher gehen, sehr geehrter Herr Staatsminister!

Es liegt auch in Ihrer Verantwortung, darauf zu schauen, dass die Dinge nicht völlig aus dem Ruder laufen, so wie es dort geschehen ist. In diesem Zusammenhang passt es gut, dass dem Staatsbediensteten-Wohnungsbau über fünf Jahre 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden sollen – also fünf Mal 20 Millionen Euro – mit dem Ziel, damit 1.000 Wohnungen zu bauen. Das lässt sich leicht rechnen, das wären nämlich 100.000 Euro pro Wohnung. Wenn es dann so zugeht, wie wir es zuletzt im Zusammenhang mit den Kosten staatlich verantworteten Bauens erlebt haben, werden wir da wohl keine 1.000 Staatsbediensteten-Wohnungen bekommen. Ich lasse mich jedoch gerne eines Besseren belehren.

Ich komme jetzt zu den unbegleiteten Jugendlichen. Herr Staatsminister Söder hat darüber schon gesprochen, aber ich will es noch einmal genau beleuchten. Der Haushaltsansatz für die Betreuung der unbegleiteten Jugendlichen beträgt 632 Millionen Euro. Wir haben derzeit in Bayern etwa 14.000 unbegleitete Jugendliche. Das entspricht einem Satz von 45.000 Euro pro unbegleiteten Jugendlichen für die Unterbringung und Betreuung.

Wenn man annimmt – darüber wird derzeit mit den Bezirken verhandelt –, dass der Freistaat nicht alle übernimmt und nur etwa 11.000 unbegleitete Jugendliche unterbringen oder die Finanzierung dafür übernehmen will, würde das pro Kopf einen Anteil von 57.000 Euro bedeuten. Hier sind Anstrengungen notwendig, um diese Kosten im Interesse der Kommunen, aber natürlich auch des Freistaates selbst zu reduzieren. Es wird nicht bezweifelt, dass wir alle Jugendlichen angemessen unterbringen. Mir ist auch bewusst, dass ein Teil der Jugendlichen eine intensive Betreuung benötigt. Dieses System, das wir aber haben, ist im Schnitt eine völlige unnötige Überversorgung, ist mehr, als diese unbegleiteten Jugendlichen wirklich an Hilfe benötigen.

Der Präsident des Bezirkstags von Niederbayern sagte mir, bei der jetzigen Regelung müsste die Bezirksumlage in Niederbayern für das kommende Jahr um 3 % steigen, wenn die Bezirke weiterhin, wie zuletzt verhandelt, zumindest die Unterbringung derjenigen unbegleiteten Jugendlichen, die über 18 Jahre alt sind, oder auch die Fehlbeleger finanzieren müssen. Das wird an die Landkreise - -

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Dann sind es keine Minderjährigen mehr, wenn sie über 18 Jahre sind!)

- Sehr geehrter Herr Finanzminister, ich habe zehn Jahre lang als Jurist am Landratsamt in Straubing Jugendhilferecht bearbeitet und später dann auch als Landrat in Freyung-Grafenau. Ich habe mich damit intensiv befasst und darf Ihnen sagen, dass es auch Jugendhilfemaßnahmen gibt, die über das 18. Lebensjahr hinaus reichen müssen. Das sind die Dinge, die dann auch zu bewältigen sind, man kann nicht sagen, bei jedem, der über 18 Jahre alt ist, sollten die Bezirke selber machen.

Was gilt denn jetzt – das, was der Herr Ministerpräsident versprochen hat, oder was Sie im Nachgang für angemessen halten? – Die 632 Millionen Euro können jedenfalls helfen, die Gesamtmaßnahmen zu finanzieren. Ich fordere auch ein - und darauf werden wir im Haushaltsausschuss achten -, dass der Freistaat Bayern die Gesamtkosten übernimmt, um die Kommunen um das notwendige Maß zu entlasten. 3 % Bezirksumlage sind 3 % Kreisumlage bei den Landkreisen. Das ist in vielen Bereichen nicht zu verkraften und würde elementare Basisleistungen in den Kommunen in Frage stellen.

Meine weitere Anmerkung dazu ist ebenfalls sehr wichtig: Wir brauchen nicht jeden unbegleiteten Jugendlichen im Heim unterzubringen. Das ist völlig überzogen. Ich bin gar nicht sicher, ob wir diesbezüglich überhaupt eine Gesetzesänderung in Berlin benötigen. Ich denke, dass es bei vielen Jugendlichen – Frau Bause hatte ja auch davon gesprochen – nach anfänglichen Schwierigkeiten auch relativ schnell leuchtende Augen gibt, wenn sie sich gut aufgehoben fühlen. Das gilt sicherlich für den familiären Verbund, aber auch für die unbegleiteten Jugendlichen, wenn sie sonst gut aufgehoben sind, und das ist nicht zwangsläufig im Heim. Es wären auch Pflegefamilien vorstellbar oder betreutes Wohnen, und das ist alles erheblich günstiger.

Ich erlaube mir auch die Bemerkung, dass es in diesem Zusammenhang viele Kriegsgewinnler und Sozialkonzerne gibt, die an dieser Aufgabe durchaus viel Geld verdienen. Das gehört unterbunden und korrigiert, damit wir mit den Millionen, die wir einsetzen müssen, auch die Dinge tun können, die wir tun wollen, und nicht irgendjemanden alimentieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist jetzt auch eine zentrale Aufgabe; im Finanzministerium sind jetzt doch noch ein paar Springerstellen vorgesehen. Helfen Sie auch den Kommunen und den Jugendämtern, diejenigen, die wirklich dieser engen Betreuung bedürfen, weil sie traumatisiert sind, von den vielen anderen zu unterscheiden – das ist sicherlich mehr als die Hälfte –, die diese enge Betreu-

ung nicht benötigen und bei denen sie völlig überzogen ist. Damit wäre allen erheblich geholfen. Zusätzlich würde dann auch Geld für andere wichtige Aufgaben zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Ich achte auf die Zeit und muss leider vieles von dem, was ich noch sagen wollte, dann im Haushaltsausschuss sagen, lieber Kollege Peter Winter.

(Peter Winter (CSU): Wenn du es jetzt gesagt hättest, wäre es mir lieber gewesen!)

- Ja, die Präsidentin hat mich schon gemahnt; deswegen müssen wir es lassen. – Ich will noch sagen: Schwerpunkt unserer Aufgaben ist für diesen Nachtragshaushalt, das ist unsere Überzeugung: Wir müssen Wohnungen bauen, und zwar sehr viel mehr, als die Staatsregierung vorgesehen hat. Hier steckt Sprengstoff drin. Eine Verdrängungssituation in den Ballungsräumen zugunsten von Asylbewerbern und Flüchtlingen können und wollen wir nicht haben.

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Sie kommen bitte aber jetzt wirklich zum Schluss.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Da muss sehr viel mehr Geld zur Verfügung stehen. Zuletzt wollen wir auch im Sinne eines Ausgleichs zwischen dieser Aufgabe und anderen natürlich nicht vergessen, die Infrastruktur, die kommunale Finanzausstattung und die RZWas als einen wichtigen Bestandteil -

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Herr Kollege Muthmann, bitte!

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** - mit den notwendigen Geldern auszustatten. – Alles, was ich jetzt nicht mehr sagen kann, Frau Präsidentin, erfahren Sie dann anschließend über Peter Winter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Über was sprechen wir heute? - Ja, richtig, über einen Nachtragshaushalt, der offenbar auf richtig großes Interesse im Bayerischen Kabinett stößt. Ich finde es sehr spannend, wie die Bänke gefüllt sind. Wir sprechen auch nicht über einen normalen Nachtrags-

haushalt, sondern über einen, der ständig und immer wieder nachgebessert wurde und zu dem wir bis heute keine endgültigen Zahlen und verlässlichen Daten haben.

Aber was passiert seit Monaten, und was passiert auch heute wieder? - Die Gelder für bedürftige Menschen sind gegeneinander ausgespielt worden. Fakt ist aber, Sie können nicht solide haushalten. Wir sehen, wie Sie Geld ausgeben können – man hat es rund um den G-7-Gipfel gesehen, der hat es sogar bis in das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler geschafft –, ohne darauf zu achten, ob ein Projekt überhaupt das Kriterium erfüllt, nachhaltig zu sein, wie Sie Geld ausgeben können, sodass wir jetzt eine Steigerung des Staatshaushalts in der "Ära Seehofer" – in Anführungszeichen – um sage und schreibe 35 % haben.

Horst Seehofer ist auch nicht etwa schon seit Jahrzehnten an der Regierung, gleichwohl es einem bei den vielen Meinungen, die er als Ministerpräsidenten äußert, vielleicht manchmal so vorkommt, als wäre er seit Jahrzehnten an der Regierung. Er ist seit sieben Jahren Ministerpräsident. Das bedeutet eine Steigerung von 35 % in sieben Jahren. Das kann sich Bayern nur leisten, weil hier die Wirtschaft brummt. Wenn Sie sich jetzt rühmen, all die Dinge aus dem Sparbuch bezahlen zu können, dann doch eben nur, weil die Wirtschaft brummt. Ich finde, hier sollten Sie einen kleinen Moment innehalten. Wenn wir von einer globalen Wirtschaft profitieren und unsere Wirtschaft brummt, da wir Hauptexportland sind, sollten Sie auch, wenn es um globale Aufgaben geht, an das Stichwort Flüchtlinge denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern steht also gut da. Die Wirtschaft brummt, und die Steuermehreinnahmen sprudeln Jahr um Jahr, weil sich die CSU zum Glück wie bei vielen anderen Projekten in Berlin nicht durchgesetzt hat. Es gab zum Glück keine nicht gegenfinanzierte Steuersenkung, und deswegen hat Bayern weiterhin die Erbschaftsteuer als Einnahmequelle. Dieser Entwurf des Nachtragshaushalts zeigt, wie wichtig es ist, dass wir die Erbschaftsteuer für den Staatshaushalt immer noch haben. Die Einnahmen durch die Erbschaftsteuer sollen nach Ihrem Entwurf gegenüber dem Stammhaushalt, also dem Doppelhaushalt 2015/16, noch einmal um 200 Millionen Euro steigen. Das heißt, in dem Doppelhaushalt 2015/16 haben wir insgesamt Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, die um 30 % gestiegen sind. Wenn sich die CSU innerhalb der Großen Koalition durchgesetzt hätte, wären diese Einnahmen weg, und nach einem Jahr "Markus und Horst im Glück"

hätte Ihr neuer Haushaltsentwurf wieder einen negativen Finanzierungssaldo.

Dieser beträgt knappe 300 Millionen Euro. Mit der Nachschubliste rechnen wir mit 800 Millionen Euro. Wir wissen es noch nicht genau, weil die Zahlen noch nicht vorliegen. Gedeckt werden kann dieser Saldo mit Entnahmen aus der Rücklage. Das ist richtig. Das ist jedoch nur möglich, weil die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren unerwartet hoch waren. Das haben Sie nicht geplant, und das war auch keine Strategie der CSU-Staatsregierung. Das war keine vorausschauende Haushaltspolitik, sondern einfach Glück – das Glück der guten wirtschaftlichen Lage.

(Widerspruch bei der CSU)

Mit diesem negativen Finanzierungssaldo Ihres Haushaltentwurfs, dem Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben, ist für nicht gegenfinanzierte Steuer-senkungen jeder Art sowohl für den Länderhaushalt als auch für den Bundeshaushalt keine Luft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr verehrter Herr Minister Söder, das ist hoffentlich auch bei Ihnen angekommen. Die Zeiten, in denen die CSU den Menschen das Blaue vom Himmel verspricht, sind hoffentlich erst einmal vorbei. Im vergangenen Jahr haben Sie sich für den positiven Saldo im Haushalt, mehr Einnahmen als Ausgaben, bei jeder Gelegenheit selbst gelobt. Das kennen wir hier im Plenum zur Genüge. Jetzt, nach nur einem Jahr, ist diese positive Entwicklung schon wieder vorbei. Das und eine Steigerung von 35 % innerhalb von sieben Jahren sprechen nicht für eine vorsorgende oder solide Haushaltspolitik.

(Peter Winter (CSU): Haben Sie auch die Zahlen von Herrn Kretschmann?)

Der Ministerpräsident selbst bereitet die Öffentlichkeit schon einmal darauf vor, dass die Schuldenbremse nicht einzuhalten ist. Bevor die Schuldenbremse überhaupt in Kraft getreten ist, reden Sie schon von zusätzlichen neuen Ausgaben. Wenn wir uns erinnern, wie wichtig es Ihnen war, dass die Schuldenbremse in die Bayerische Verfassung kommt, entdeckt man schnell eine gewisse Scheinheiligkeit bei diesem Thema. Um das zu überdecken, verbreiten Sie seit Monaten Panik wegen der hohen Ausgaben für die Flüchtlinge. Letztendlich trägt all diese Panikmache kein bisschen zu irgendeiner Problemlösung bei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abgesehen davon fällt mir nur eine einzige Notmaßnahme in diesem

bayerischen Staatshaushalt in den letzten acht Jahren ein, nämlich die Rettung der Landesbank als Ausgeburt der Überheblichkeit und mangelnden Bodenhaftung der Christlich-Sozialen. Das Geld, das Sie jetzt einsetzen, wird nicht zur Rettung einer Bank, sondern zur Rettung von Menschen verwendet. Es handelt sich, wie heute bereits gesagt wurde, um ein Konjunkturpaket, das wiederum bayerischen Menschen hilft und dafür sorgt, dass endlich so etwas wie Wohnungsbau vorangetrieben wird – nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben tatsächlich alles, aber auch alles dafür getan, damit die Zahl der Flüchtlinge auf kommunaler Ebene zu einer massiven bis sehr extremen Strapaze geführt hat. Sie haben lange zu- und abgewartet, und Sie tun das zum Teil immer noch. Seit Jahren fordern wir mehr Erstaufnahmeeinrichtungen. Das hat Herr Kollege Halbleib schon gesagt. Wir fordern mehr Bearbeiterinnen und Bearbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wenn Sie das jetzt auch ständig fordern, frage ich mich, wer Innenminister war, als wir dies gefordert haben. – Der Innenminister war ein CSU-Mensch. Der Innenminister hat auch einen Namen, nämlich Herr Friedrich. Wir haben das gefordert. Sie haben gesagt: Ja, vielleicht brauchen wir das. Jetzt stehen Sie hier im Landtag und stellen es als die Maßnahme schlechthin dar. Wir fordern das seit Jahren. Tun Sie endlich was!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst wenn Sie es selber immer wieder negieren, sind Sie Teil der Großen Koalition. Tun Sie endlich was!

Seit Jahren fordern wir, dass das Eigentum von Bund und Land proaktiv zur Verfügung gestellt wird. Hier ist der Schlüssel, nutzt meine Immobilien – das sollten Sie Ihren Bürgermeistern und Landräten mitgeben. Diese haben gestern wieder im BR gesagt: Ich möchte vom Bund endlich alle Liegenschaften haben. Das war die Aussage von Landrat Bernreiter – wie armseelig. Seit über einem Jahr fordern wir, dass Sie das endlich machen. Das Eigentum von Bund und Land soll den Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen geöffnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man könnte auch sagen, Sie haben alles für eine Eskalation auf kommunaler Ebene getan, um massive Verschärfungen im Asylrecht durchzusetzen und absurderen Forderungen den Boden zu bereiten. Ich verstehe die Nöte der Kommunen und der ehrenamtlichen Asylsozialarbeit. Hier übernehmen Ehrenamtliche schon lange die Aufgabe des Staates. Tun sie

endlich was! Lassen Sie sie nicht mehr im Regen stehen. Die Ehrenamtlichen verzweifeln an bürokratischen Hürden, die sie ständig daran hindern, Flüchtlinge in Arbeit, in Minijobs und in Ausbildung zu bringen, obwohl Arbeitgeber schon lange Vereinfachungen gefordert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Politik der Großen Koalition hinkt definitiv der Wirtschaft und ihren Forderungen hinterher. Werden Sie endlich tätig, und machen Sie nicht nur im Handumdrehen und im Schnellverfahren ein Gesetz zur Asylverschärfung. Malen Sie nicht schwarz, sondern nehmen Sie sich ein Beispiel an der Zivilgesellschaft und packen Sie mit an. Es ist nur ein unlösbares Problem, wenn Sie das mit Ihren ewig gestrigen Aussagen wiederholen. Es ist eine Aufgabe – keine leichte Aufgabe –, die zu lösen ist, wenn Sie eben nicht zuwarten, bis es nicht mehr anders geht. Stattdessen sollten Sie mit gutem Beispiel vorangehen und die Dinge in die Wege leiten, die benötigt werden. Das geschieht teilweise mit diesem Nachtragshaushalt, mit dieser Nachschubliste: endlich Unterstützung von Ehrenamtlichen, genügend Asylsozialarbeit, schnelle Weiterreichung der Fördermittel für die Kommunen, genügend Wohnraum und mehr Lehrkräfte – aber ab sofort und nicht erst im September 2016.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bildung von Flüchtlingen, Bildung einer Einwanderungsgesellschaft, die wir sind – hier versagen Sie. Mit der Nachschubliste haben Sie ziemlich viele Stellen geschaffen. Das geben wir zu. Wir brauchen die Stellen jedoch jetzt. Das wäre auch möglich gewesen, wären Sie nicht die ewige Neinsager-Partei gewesen. Wenn Sie unserem Antrag zum Nachtragshaushalt im Frühsommer zugestimmt hätten, hätten wir die Lehrer jetzt. Die Lehrkräfte brauchen wir jetzt an den Schulen und nicht erst im September nächsten Jahres.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen immer, dass Kinder und die Bildung der Kinder unsere einzige Ressource sind. Wie oft wollen Sie das noch gebetsmühlenartig sagen? – Sie tun nicht genug dafür und handeln nicht entschieden.

Verabschieden Sie sich von der Vorstellung, dass übermorgen keine Flüchtlinge oder Einwanderungskinder mehr da sein werden. Die Stellen im Haushalt wollen Sie wieder nur für zwei Jahre schaffen – wie absurd. Die Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Das sagen Sie auch immer. Tun Sie etwas dafür, und grenzen Sie die Menschen mit Ihrer Politik nicht aus. Hinterher beschweren Sie sich wieder über Parallelgesellschaften.

Ich komme zum Thema Wohnungsbau. Mit der Nachschubliste wird die Wohnraumförderung um 100 Millionen Euro aufgestockt. Das stimmt. Allerdings kommt die Hälfte der Mittel vom Bund. Das Geld ist "nur" für Asylbewerber und Flüchtlinge vorgesehen. Unabhängig von den Flüchtlingen besteht ein hoher Bedarf insbesondere in den Ballungszentren. Das haben wir heute auch schon gehört. Sie haben hierbei alles verschlafen, was es zu verschlafen gab. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau, und wir brauchen mehr Wohnungsbau für Studierende. Leider steht in Ihrem Nachtrag nichts darüber – aber in unseren Anträgen. Das hat nichts mit Flüchtlingen zu tun, sondern mit der Tatsache, dass immer Menschen ihre Heimat und ein neues Zuhause in der Großstadt suchen. Mit der Heimatstrategie des sogenannten Heimatministers lösen Sie dieses Problem ganz offensichtlich nicht. Der Zuzug in die Großstädte Bayerns ist ungebrochen. Egal wie oft sich der Finanzminister mit Förderbescheiden für den Breitbandausbau noch fotografieren lässt, wir brauchen dringend mehr Geld für den Wohnungsbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgesehen davon sind wir gespannt, wie schnell das zugesagte Geld für den Breitbandausbau tatsächlich bei den Kommunen ankommt. Öffentlichkeitswirksame, fotografierte Förderbescheide reichen alleine nicht.

Aus haushaltspolitischer Sicht muss man bei der sogenannten Heimatstrategie einen Blick auf die Kosten werfen. Was die Verlagerungen kosten, wird erst nach und nach klar. Die Staatsregierung hat auf meine Schriftliche Anfrage geantwortet, dass sie es nicht wisse. Die Staatsregierung sagt, sie könne es nicht wissen, da es sich um einen Prozess handle. Meiner Meinung nach ist es kein solider, wirtschaftlicher oder haushalterischer Weg, einen großen Wurf anzukündigen und dann als Finanzminister keinen Plan – 0,00 – zu haben, wie viel dieser Wurf kosten wird. Mit dem Nachtrag können wir langsam erahnen, wie teuer den Freistaat die vermeintliche Rettung des ländlichen Raums zu stehen kommen wird, vermutlich deswegen, weil Sie eben keine Antwort auf die strukturellen Probleme Bayerns haben. Sie haben keinen Plan, wie viel die Behörden- bzw. die Arbeitsplatzverlagerungen – teilweise sind es zwei oder drei Arbeitsplätze – kosten.

Eine finanzielle Bewertung Ihrer Pläne ist unmöglich, wenn Sie vorher keinen Plan vorlegen, wie viel das kosten soll. Das macht jede Effizienzkontrolle Ihres Planes unmöglich. Aber im vorliegenden Haushaltsentwurf sind neben den Kosten, die zu erwarten waren, wie Umzugskosten, Kosten für Baumaßnah-

men, Trennungsgeld und Reisekosten, weitere sehr ungewöhnliche Kosten aufgetaucht, an die bislang selbst wir GRÜNE nicht gedacht hatten. Es gibt nämlich zusätzliche 200 Stellen, obwohl der Herr Ministerpräsident gesagt hat, es gebe in dieser Legislaturperiode keine einzige neue Stelle. Aber diese Stellen sind reine Pufferstellen, 200 Pufferstellen, weil die Beamtinnen und Beamten nicht woanders hingehen wollen und hierbleiben wollen. Das sind Stellen, die Sie nur brauchen, um die Behördenteile zu verlagern. Wie es heißt, geschieht dies in einer ersten Tranche. Vielleicht werden es also auch 400 oder 600 neue Stellen, damit es eine sogenannte Heimatstrategie geben kann. Wozu? - Die Verwaltung wird dadurch keinen Deut besser, bei Zusatzkosten für mindestens 200 Vollzeitstellen. Ein wichtiges Kriterium bei Behördenverlagerungen ist, dass die Verwaltung dabei nicht geschwächt wird. Aber so, wie Sie es machen, gehen Wissen, Erfahrung und Kompetenz verloren. Ich nenne ein Beispiel: Die Verlagerung der Bewertungsstelle des Münchner Finanzamtes nach Höchstädt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

- Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen. Du brauchst nicht so zu tun, als wenn du überrascht wärst. Es ist schon in Beton gegossen. - Aber bitte, dann verlagern Sie halt einfach etwas anderes, zum Beispiel die Einkommensteuerstelle. Sie wollen schon wieder die Bewertung verlagern. Man kann von Höchstädt aus einfach nicht Immobilien in München bewerten. Da liegt langsam der Gedanke nahe, dass ihr hintenrum doch die Erbschaftssteuer unterhöhlen wollt. Das ist eine ganz perfide Strategie, zu sagen, dass die Bewertungsstelle jetzt weit ab vom Schuss ist. Die Kompetenz geht verloren, niemand will mitgehen. Also lassen Sie das bitte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zur Eichverwaltung, weil der Herr Finanzminister gerade bei der Kollegin aus Berchtesgaden sitzt. Wegen der Verlagerung der Eichverwaltung nach Berchtesgaden sollen 20, noch einmal das Wort, zwanzig neue Pkw angeschafft werden. Für 50 zu verlagernde Stellen 20 neue Pkw! Da frage ich mich, wann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überhaupt eichen sollen, wenn sie die ganze Zeit unterwegs sein werden. Und wie viele zusätzliche Mitarbeiter braucht die Eichverwaltung, um die vielen sinnlosen Reisezeiten auszugleichen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zwei kurze Sätze zur Finanzverwaltung: Diese ist in Bayern chronisch unterbesetzt. Wir werden auch in diesem Nachtragshaushalt Anwärterstellen fordern. Bayern, das immer spitze sein will, immer an der Spit-

ze von allem, ist hier absolutes Schlusslicht bei vielen Vergleichen, zum Beispiel bei der Prüfungsdichte. Wir wollen, dass auch in Bayern Steuergerechtigkeit herrscht, und fordern wieder mehr Stellen. Es gibt noch andere Beispiele, bei denen ich sage, Sie könnten etwas dafür tun, dass Ihre eigenen Versprechen eingehalten werden, zum Beispiel das Thema Bayern-Ei und Lebensmittelsicherheit. Ihre eigene Ministerin hat gesagt, sie bräuchte 40 Stellen, um hier Sicherheit zu gewährleisten. Wir unterstützen sie gerne. Neben den von Ihnen angesetzten 20 Stellen werden wir weitere 20 beantragen. Wir lösen mit unserem ausgeglichenen Haushaltsentwurf Ihre Versprechen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was erleben wir heute in der Debatte um den Nachtragshaushalt? Einerseits erleben wir einen scheinbaren Paradigmenwechsel bei der CSU. Die Zahlen geben das, ehrlich gesagt, her. Endlich, viel zu spät, aber endlich, werden die nötigen Mittel in vielen Bereichen der Flüchtlingsarbeit bereitgestellt. Bei der Bildung werden wir, wie gesagt, noch genau hinschauen. Aber gleichzeitig gibt es hier im Hohen Haus die übliche Polemik, das übliche Spalten: Rentner gegen Flüchtlinge, Zollverwaltung gegen Asylverwaltung, Studierende gegen Flüchtlinge, Mietpreisbremse gegen mehr Wohnraum für Flüchtlinge, Haushaltsdisziplin, die Sie angeblich mit einer Steigerung von nur 3 % einhalten wollten, gegen Flüchtlinge.

Sehr geehrter Herr Minister Söder, sehr geehrte CSU-Kolleginnen und -Kollegen, nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihren eigenen Zahlen und an den Notwendigkeiten vor Ort sowie am Tun der Zivilgesellschaft, und spalten Sie bitte nicht länger.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Nächster Redner ist der Kollege Winter. Bitte schön, Herr Winter.

**Peter Winter (CSU):** Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Stamm, auch ich bitte darum, nicht zu spalten, wenn man hier spricht, sondern daran zu denken, wie das die Menschen draußen empfinden. Die Chance, Lösungen aufzuzeigen, haben Sie auch heute leider nicht wahrgenommen. Wir lösen das Problem nicht mit Panikreden,

(Lachen der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

sondern damit, dass wir einen Nachtragshaushalt vorlegen, der Perspektiven und Antworten für die He-

erausforderungen der heutigen Zeit gibt. Sie reden über die Ausbildungssituation. Lesen Sie dazu die Stellungnahme von Dr. Semper vom Handwerkstag über die Ausbildung und wie diese sich darstellt. Ich will darauf nicht näher eingehen, weil uns das letztlich nicht weiterhilft.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Freistaat Bayern steht in Deutschland für solide und wegweisende Haushaltspolitik. Wir haben im Jahr 2006 mit unserem Haushalt ohne neue Schulden finanzpolitische Maßstäbe gesetzt. Trotz der gewaltigen Herausforderungen im Asylbereich werden wir diesen Kurs auch im Nachtragshaushalt 2016 fortsetzen.

(Lachen der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Erst unsere solide finanzielle Ausgangsposition mit den hervorragenden Kennziffern des Doppelhaushalts 2015/16 macht dies überhaupt möglich. Im Jahr 2012 haben wir unsere Haushaltspolitik durch den Einstieg in den Schuldenabbau erweitert. Die Schuldentilgung verringert die Schulden, die wir unseren Kindern und Enkeln hinterlassen, und sichert ihnen die notwendigen Gestaltungsspielräume auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Diesen Weg der Generationengerechtigkeit wollen und werden wir fortsetzen.

Der Nachtragshaushalt 2016 steht im Zeichen der aktuellen Entwicklungen im Asylbereich. Laut dem von der Bayerischen Staatsregierung am Dienstag beschlossenen Finanzierungskonzept sind allein im Jahr 2016 insgesamt 3,25 Milliarden Euro für die Bewältigung der Flüchtlingsströme erforderlich. Die Dimension dieser Zahlen verdeutlicht die Herausforderung für unsere Haushaltspolitik. Sie verdeutlicht aber auch, dass mittelfristig an einer Begrenzung der Zuwanderung kein Weg vorbeiführen wird. Dabei dürfen wir die riesigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht vergessen, die für eine gelingende Integration bewältigt werden müssen. Bei einem unvoreingenommenen Blick auf die tatsächlichen Kapazitätsgrenzen bei der Unterbringung vor Ort wird das jedem auffallen.

Frau Stamm, Sie schlagen vor, dass jede Gemeinde mindestens 2 % ihres Bevölkerungsanteils an Flüchtlingen aufnehmen soll. Ich weiß nicht, ob das letztendlich die Lösung für alle Gemeinden in Bayern sein wird.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Für viele!)

Viele unserer Kommunen sind an ihrer Belastungsgrenze. Ich möchte mich bei allen herzlich bedanken, die nach wie vor mit großem Einsatz tatkräftig mitwir-

ken: bei den Beschäftigten bei den Kommunen, den Regierungen, der Polizei und Justiz, aber vor allem auch den vielen ehrenamtlichen Helfern. Nur durch ihren unermüdlichen Einsatz konnten und können wir den hohen Zustrom an Asylbewerbern und Flüchtlingen bis heute bewältigen. Ich glaube, daran gibt es nichts zu deuteln. Hierüber besteht Konsens.

Nach meiner Einschätzung wird das aber auf Dauer nicht gut gehen. Das gilt für die Unterbringungsmöglichkeiten, die Aufnahmefähigkeit unseres Landes und die Einsatzbereitschaft aller Mitwirkenden. Das gilt aber auch für unsere finanziellen Möglichkeiten. Das gilt selbst für ein so finanzstarkes Land wie Bayern. Die Zahl der Asylsuchenden muss daher durch eine Verhinderung des unberechtigten Zugangs, durch Vermeidung falscher Anreize und durch schnelle Rückführungen deutlich reduziert werden.

Insoweit sehen wir vor allem den Bund, aber auch die Europäische Union und unsere Nachbarländer in der Pflicht. Was wir als Land tun können, das tun wir, und das werden wir auch weiterhin tun. So haben wir bereits zwei zentrale Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit sowie aus dem Westbalkan geschaffen. Über deren Asylanträge muss schnellstens entschieden werden. Mittlerweile folgen viele andere Bundesländer dem bayerischen Weg.

Zum Zeitpunkt des Kabinettsbeschlusses über den Regierungsentwurf lagen noch deutlich niedrigere Prognosen über die Entwicklung der Zugangszahlen vor. Aufgrund des derzeit starken Zustroms ist zu befürchten, dass die erst kürzlich vom Bund deutlich nach oben korrigierte Prognose von bundesweit bis zu 800.000 Asylsuchenden in diesem Jahr noch übertroffen wird. Im Hinblick auf die Schuldenbremse, die im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung niedergelegt ist, müssen wir alles tun, um unseren Haushalt ohne neue Schulden zu sichern.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden unsere finanzpolitischen Ziele auch im Nachtragshaushalt 2016 weiterverfolgen. Wir werden auch künftig keine neuen Schulden aufnehmen, den Schuldenabbau mit insgesamt 550 Millionen Euro im kommenden Jahr fortsetzen und hohe Investitionsleistungen von rund 6,2 Milliarden Euro im Jahr 2016 erbringen. Wir halten Maß. Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie stellen dagegen Forderungen auf, ohne die verschärfte Asyl- und Flüchtlingssituation und deren Folgen für Bayern und Deutschland zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe die Pressemitteilung des Kollegen Dr. Rabenstein vom 2. Oktober 2015 gelesen, in der er eine Anhebung des allgemeinen Steuerverbundes von 12,75 auf 15 % fordert. Das entspricht rund 700 Millionen Euro. Dies festigt meine Einschätzung. Wir lassen unsere Kommunen nicht, wie Sie das behaupten, im Regen stehen. Herr Kollege Martin Bachhuber hat das ausgeführt. Wir versorgen unsere Kommunen mit einem erneuten Rekordvolumen des kommunalen Finanzausgleichs 2016 und der bundesweit einzigartigen Erstattung der Unterbringungskosten. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich.

(Beifall bei der CSU)

Der Freistaat Bayern hat im Moment wirklich andere Sorgen, wie das der Blick auf die 3,25 Milliarden Euro für das Jahr 2016 zeigt, die wir aktuell für die Themen Zuwanderung und Integration aufbringen. Ein großer Teil dieser Mittel entlastet unsere Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber.

Lieber Herr Kollege Halbleib, eines muss ich noch einmal fragen: Wer ist denn eigentlich der Staatssekretär im Bundeswohnungsbauministerium? – Das ist doch der Landesvorsitzende der SPD in Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben doch die Mittel für den Wohnungsbau nach unten gefahren! Wir bauen ihn wieder auf!)

Tatsache ist, dass die Wohnungsbauministerin und ihr Staatssekretär bei der SPD sind und der Staatssekretär darüber hinaus aus Bayern stammt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben die Mittel heruntergefahren! Was Sie sagen, schlägt dem Fass den Boden aus! Es war genau andersherum!)

Sagen Sie Ihren Leuten, dass sie hier nachlegen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt ist es wichtig, dass wir den Asylbewerbern und vor allem unseren Kommunen helfen. Wir tun das ohne Einschnitte für unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen dafür aber weiterhin die richtigen Prioritäten setzen. In unserem Haushalt legen wir den Schwerpunkt auf Bildung, Digitalisierung und den ländlichen Raum.

Lieber Herr Kollege Halbleib, auch auf die Gefahr, dass Sie sich weiterhin aufregen: Ich habe gestern ein bisschen über Ihre Pressemitteilung schmunzeln müssen, in der dargestellt wurde, was die SPD in Bayern alles voranbringt. Sie haben es heute wiederholt. Sie

haben zusätzliche Forderungen für die Wohnraumförderung, für die Schulen, für die Erwachsenenbildung, für staatliche Schulgebäude, für Straßen und Brücken sowie für den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen eingebracht. Das alles können wir tun, sobald wir die Mittel dafür zur Verfügung haben. Derzeit konzentrieren wir den Großteil unserer Mittel auf die Bewältigung der Zuwanderung und damit auf die Sorge für die Menschen, die zu uns kommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir müssen 350 Millionen Euro jährlich für die Landesbank aufwenden! Das habt ihr verbummelt!)

Herr Kollege Halbleib, das sollten Sie verinnerlichen. Wir können auch von Ihnen erwarten, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Sie dürfen in diesen Tagen nicht nur irrealen Forderungen aufstellen!

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Stamm, Sie haben auf die Steigerungen in Bayern hingewiesen. Diese Steigerungen sind darauf zurückzuführen, dass wir für die Bewältigung der derzeitigen Situation sehr viel Geld aufwenden müssen. Schauen Sie einmal nach Baden-Württemberg, wo die GRÜNEN regieren, und sehen Sie sich die Zuwächse der dortigen Haushalte an. Dagegen sind wir in Bayern Waisenknaben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Mütze hat am 8. Mai gefordert, dass der Freistaat Bayern konsequent in die Schuldentilgung einsteigen sollte. Lieber Herr Mütze, nur ein vorsorglicher Hinweis: Wir haben bereits von 2012 bis 2015 rund drei Milliarden Euro an alten Schulden getilgt. Im nächsten Jahr werden wir weitere 550 Millionen Euro an Schulden abbauen. Das entspricht bis zum Ende des Jahres 2016 rund 16 % der Schulden im allgemeinen Haushalt. Das nennt man einen konsequenten Einstieg in den vollständigen Schuldenabbau. Angesichts der Dimensionen der Mehrausgaben im Asylbereich sollten Sie nicht erklären, dass sprudelnde Steuereinnahmen neue finanzielle Spielräume eröffneten. Das Gegenteil ist der Fall. Das habe ich bereits ausgeführt.

Unsere Richtschnur für den Nachtragshaushalt 2016 lautet: Wir bewahren die finanzpolitische Stabilität unseres Haushaltes. Wir nehmen keine neuen Schulden auf und setzen die Schuldentilgung fort. Zur Finanzierung der Asylausgaben werden keine Leistungen gekürzt. Liebe Frau Stamm, ich freue mich, dass Sie gestern noch gesagt haben, dass Sie auch dieses Mal versuchen würden, einen ausgeglichenen Haushalt zu sichern. Wir sind gespannt, wie Sie das machen wollen; denn Ihr Kollege Mistol sagt, dass wir eine Anhe-

bung des Steuerverbundes auf 15 % bräuchten, was, wie gesagt, 700 Millionen Euro ausmachen würde. Außerdem gibt es noch eine Aussage Ihrer Vorsitzenden in Bayern, die bereit ist, neue Schulden aufzunehmen, um die derzeitigen Probleme zu lösen. Das spricht für sich.

Noch einmal zum kommunalen Finanzausgleich: Über die Spitzabrechnung beim Thema Asyl hinaus helfen wir unseren Kommunen mit einem starken kommunalen Finanzausgleich. 8,5 Milliarden Euro unseres Haushalts werden den Kommunen zur Verfügung gestellt. Durch diesen erneuten Rekordwert des kommunalen Finanzausgleichs 2016, der von den Bürgermeistern über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt wird, geben wir unseren Kommunen den notwendigen Spielraum, um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren.

Das bereinigte Ausgabenvolumen 2016 steigt im Regierungsentwurf zum Nachtragshaushalt von bisher rund 52,3 Milliarden Euro um rund 800 Millionen Euro auf rund 53,1 Milliarden Euro. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr 2015 von 2,6 auf 4,1 %. Ohne die Mehrausgaben für das Thema Asyl würden die Steigerungsraten mit 2,3 % unter der jährlichen Ausgabenbegrenzung von 3 % liegen. Allein die Notsituation macht diese Steigerung notwendig. Dazu stehen wir auch.

Der Nachtragshaushalt steht im Zeichen des Asyls. Im Regierungsentwurf sind im Sonderhaushalt "Asyl" bisher Ausgaben für das Jahr 2016 in Höhe von insgesamt rund 1,46 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist ein Plus von rund 922 Millionen Euro gegenüber dem Stammbudget 2016. Seit dem Beschluss des Regierungsentwurfs am 4. August hat sich die Problematik weiter dramatisch verschärft, wie wir alle wissen. Das am Dienstag von der Staatsregierung beschlossene neue Finanzierungskonzept berücksichtigt das Sonderprogramm "Zusammenhalt fördern, Integration stärken" und die Beteiligung an den Kosten für Asyl- und Schutzsuchende.

Allein diese Mehrausgaben belaufen sich auf insgesamt rund 1,79 Milliarden Euro. Die Gesamtausgaben, ich wiederhole mich, steigen damit auf 3,25 Milliarden Euro. Dem steht eine Bundesbeteiligung für das Jahr 2016 in Höhe von lediglich rund 570 Millionen Euro gegenüber; das heißt, der Rest muss vom bayerischen Staatshaushalt erbracht werden. Herr Kollege Muthmann, wir geben alles weiter, was der Bund gewährt, und legen noch erhebliche Mittel drauf, damit unsere Kommunen dieses Problem lösen können.

(Beifall bei der CSU)

Probleme hat es auch bei der Abwicklung dieses Haushalts gegeben. Wir haben uns darauf verständigt – dafür bin ich sehr dankbar –, dass wir alles das beiseitelassen und uns nun mit der Bewältigung dieser Aufgabe auch im Nachtragshaushalt befassen. Ein herzliches Dankeschön an meine Kolleginnen und Kollegen dafür, dass wir gemeinsam diese Probleme bewältigen können. Wir orientieren uns dabei an den Pragmatikern, die das Flüchtlingsproblem vor Ort lösen. So werden auch wir die zeitlichen Herausforderungen mit dem Nachtragshaushalt bewältigen.

Traditionell wird der Nachtragshaushalt nicht für neue Stellen geöffnet. Die Ausnahmesituation macht das aber erforderlich. Deshalb werden wir zusätzliche Stellen in erster Linie bei der Bauverwaltung für die Unterbringung von Flüchtlingen, bei den Schulen, bei der Polizei, bei den Gesundheitsämtern, bei der Justiz und auch beim Verfassungsschutz schaffen. Nach dem aktuellen Konzept der Staatsregierung zur Förderung des Zusammenhalts und der Integration sollen insgesamt rund 3.770 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Mit den bereits im Regierungsentwurf des Nachtragshaushalts vorgesehenen rund 1.680 zusätzlichen Stellen wären es rund 5.450 zusätzliche Stellen, die befristet bis Ende 2018 bzw. 2019 geschaffen werden sollen. Die Bewältigung des Flüchtlingsstroms ist die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Das spiegelt sich auch in den von der Staatsregierung vorgeschlagenen Stellenerhöhungen wider.

Über die dauerhafte Wohnraumversorgung werden wir bei den Beratungen des Nachtragshaushalts, wie ich den Debattenbeiträgen der Kollegen entnommen habe, sicher weiter diskutieren. Mit einem staatlichen Sofortprogramm mit einem Volumen von 70 Millionen Euro für 2016 sollen Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge geschaffen werden. Mit dem kommunalen Förderprogramm mit einem Volumen von 150 Millionen Euro für 2016 soll durch die bayerischen Kommunen Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge geschaffen werden. Mit einem Wohnungsbauprogramm des bayerischen Finanzministeriums mit einem Volumen von rund 20 Millionen Euro sollen von den staatseigenen Wohnungsbaugesellschaften in Nürnberg und in München 2.000 Wohnungen bis 2020 auf den Weg gebracht werden. Mit der staatlichen Wohnraumförderung für alle soll Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen mit einem Gesamtvolumen von rund 402 Millionen Euro für 2016 gefördert werden. Das ergibt im Jahr 2016 insgesamt rund 640 Millionen Euro für die Schaffung neuen Wohnraums. Wenn sich der Bundesgesetzgeber hier aktiv zeigen würde, könnten wir noch mehr private Mittel akquirieren.

Zur Stärkung der bayerischen Verkehrsinfrastruktur ist für 2016 eine Erhöhung der Planungsmittel um 10 Mil-

lionen Euro vorgesehen, um die Planungen im Bundesfern- und Staatsstraßenbau zu beschleunigen.

Die Beratungen im Haushaltsausschuss beginnen nächste Woche. Wir, die CSU-Fraktion, werden uns bei den Beratungen – das entspricht unserem Selbstverständnis, Herr Muthmann – insbesondere dafür einsetzen, dass zielgerichtet in die Infrastruktur für unsere Polizei, in die Barrierefreiheit staatlicher Gebäude und in die Kultur im ländlichen Raum investiert wird. Mit dem Nachtragshaushalt 2016 führen wir unter einer wirklich enormen Kraftanstrengung unsere solide Haushaltspolitik fort. Anders als viele andere Bundesländer, die von unseren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich profitieren und sich bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms teilweise unsolidarisch zeigen, tragen wir alle Ausgaben aus eigenen Mitteln. Ich darf daran erinnern, dass vorhin von 12.000 unbegleiteten Minderjährigen gesprochen wurde. Manche sprechen sogar von 14.000. Unsere Bitte an die anderen 15 Bundesländer, uns dabei zu helfen, hat dazu geführt, dass ein Angebot für die Unterbringung von 99 unbegleiteten Minderjährigen kam. Das ist meines Erachtens nicht solidarisch.

Wir geben nur das Geld aus, das wir vorher erwirtschaftet haben. Der Haushalt ohne neue Schulden und der Schuldenabbau sind unsere Markenzeichen. Wir, die CSU-Fraktion, stehen für eine generationsgerechte und nachhaltige Finanzpolitik.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Kollege Winter. - Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Halbleib.

**Volkmar Halbleib (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Geschätzt Herr Kollege Winter! Beim Wohnungsbau sollten Sie Ihre Worte bedenken. Klar ist, dass zwischen Bund und Ländern im Rahmen der Föderalismusreform Kompensationsmittel vereinbart worden sind. Die Kompensationsmittel, die vom Bund an Bayern gezahlt worden sind, sind in der Weise verwendet worden, dass wir einen Niedrigstand an Förderung von sozialem Wohnungsbau haben. Das ist schon Ihre ureigenste Verantwortung und das sollten Sie an dieser Stelle auch einmal anerkennen.

Ein zweiter Punkt. Sie fragen immer nach der Finanzierung. Ich darf Ihnen schon in Erinnerung rufen, dass im Haushaltsjahr 2016 350 Millionen Euro an Zinsen für die Bayerische Landesbank zu zahlen sind. Damit könnten wir 15.000 Wohnungen finanzieren oder 7.000 Lehrer bezahlen. Für die Fehlsteuerung der Landesbank sind allein Sie, die CSU, verantwort-

lich. Das sollten Sie an der Stelle schon auch einräumen.

Dann darf ich noch zwei Punkte ansprechen, die die Finanzierung betreffen. Wir haben im nächsten Jahr Einnahmen in Höhe von 1,4 Milliarden aus der Erbschaftsteuer eingeplant. Das ist die Steuer, die Sie abschaffen wollen. Das können Sie zwar fordern, wir aber kämpfen für diesen Finanzierungsbeitrag.

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass in den letzten Jahren, ausgelöst durch den Ankauf von Daten-CDs, gegen den Sie sich verweigert haben, durch Selbstanzeigen in Bayern Steuermehreinnahmen in Höhe von etwa 2 Milliarden kamen. Uns brauchen Sie daher von Refinanzierung nichts zu sagen.

Eine abschließende Bemerkung: Genau unsere Anträge, die Sie bei der Beratung des Doppelhaushalts abgelehnt haben, kommen jetzt beim Nachtragshaushalt als Errungenschaft der CSU wieder. Hätten Sie damals unseren Anträgen zugestimmt – damals gab es die gleichen Gegenreden wie heute -, bräuchten wir heute beim Nachtragshaushalt über diese Punkte gar nicht mehr reden. Wir hätten mehr Lehrer an den Schulen, und wir hätten schon wesentlich mehr für den Wohnungsbau getan. Das ist Ihre Verantwortung, Kollege Winter.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Herr Winter, bitte schön.

**Peter Winter (CSU):** Lieber Herr Kollege Halbleib! Hinterher weiß man es immer besser. Jetzt weiß sogar der Oberste Rechnungshof, dass es ein Fehler war, uns aufzuzwingen, diese Leistungen abzubauen. Ich sage es Ihnen noch einmal: 640 Millionen geben wir insgesamt für den Wohnungsbau aus. Ich habe es aufgezeigt. Damit braucht sich der Freistaat Bayern wahrlich nicht zu verstecken. Dennoch würden Impulse aus dem Bundeswohnungsbauministerium, das von Ihnen geführt wird, vielleicht helfen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zwei Milliarden kommen vom Bund! Zwei Milliarden, das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen!)

Ich weiß, dass die Landesbank ein tolles Thema ist.

(Hans Herold (CSU): Von vorgestern!)

- Erstens ist es ein Thema von vorgestern, weil die Probleme im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen es gar keine Landesbanken mehr gibt, mittlerweile von uns gelöst werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): 350 Millionen sind heuer zu zahlen!)

Zweitens waren an der Landesbank auch viele andere beteiligt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Welche anderen?)

Ich will nicht mehr das alte Lied singen. An der Landesbank waren auch viele Kommunalpolitiker aller Couleur beteiligt,

(Hans Herold (CSU): Auch der OB von Nürnberg!)

die einem Knaben aus der Landesbank hinterhergelaufen sind.

Ich wäre einmal darauf gespannt, welche Mehreinnahmen an Steuern uns beschieden wären, wenn wir die Erbschaftsteuer regionalisieren würden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die wollt ihr doch abschaffen!)

Vielleicht folgt ihr einmal unseren Anträgen. Dann reden wir darüber, wie es weitergeht.

(Volkmar Halbleib (SPD): 1,4 Milliarden wollt ihr abschaffen!)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Winter. - Nächste Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Winter! Ich habe mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, weil Sie immer nach oben geschaut haben, als Sie mich gesucht haben. Hier bin ich, auf der Seite der GRÜNEN.

**Peter Winter (CSU):** Ich habe Sie immer im Auge, Frau Kollegin.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Wir haben in den letzten Jahren immer einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorgelegt, und wir würden das auch diesmal wieder tun. Das ist unser Ziel. Wenn wir aber keine verlässliche Datenbasis haben – die haben wir heute noch nicht -, dann ist es eben schwierig. Im Rahmen dessen, was möglich ist, werden wir es aber wieder tun. Das verspreche ich Ihnen. Das ist das eine.

Das andere sind die Kommunalfinanzen. Kollege Mistol und ich liegen dabei voll auf einer Linie. Wir haben immer gesagt, dass wir schrittweise und nicht von heute auf morgen auf 15 % kommen müssen. Wir haben für den Doppelhaushalt eine Anhebung um 0,2 % vorgeschlagen, weil wir der Meinung sind, dass

die Kommunen nicht am goldenen Zügel des Staates geführt werden müssen. Sie müssen nicht irgendwelche Einzelleistungen gefördert bekommen, sondern sie müssen sehr wohl selbst entscheiden können, wie sie ihr Geld einsetzen. Ich möchte jetzt nicht hören, dass es noch nie so viel Geld für die Kommunen gab. Das liegt nicht daran, dass irgendetwas erhöht wurde, sondern es liegt daran, dass die Steuereinnahmen so gesprudelt sind. Auf die 15 % wollen wir schrittweise kommen, damit die Kommunen selbst entscheiden können. Dafür wollen wir weniger einzelne Fördertatbestände.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Bitte schön, Herr Winter.

**Peter Winter (CSU):** Liebe Frau Kollegin Stamm! Seien Sie sich versichert, dass ich Sie immer im Auge habe, weil es gar nicht gut wäre, wenn es anders wäre. – Sie haben das letzte Mal schon versucht, dem Haus zu erklären, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben.

Ich habe Ihnen schon damals gesagt, dass Sie Ihre Rechnung überprüfen sollten, weil es 200 Millionen an Mehrkosten waren, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Ansonsten kann ich Ihnen nur noch einmal sagen: Der Finanzausgleich wird nicht par ordre du mufti festgelegt. Ob Sie das hören wollen oder nicht: Da verhandeln die kommunalen Spitzenverbände mit. Alle kommunalen Spitzenverbände einschließlich des Vorsitzenden des Städtetages haben das Ergebnis dieser gemeinsamen Verhandlungen gelobt. Natürlich kann es immer mehr sein, und natürlich kann immer etwas aufgestockt werden. Ich glaube, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Nennen Sie mir ein Land, das seinen Kommunen solche Unterstützungen gewährt wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Winter. – Jetzt hat sich, motiviert durch Ihre Repliken, auch Herr Muthmann noch gemeldet.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Kollege Winter, ich habe in meinem Beitrag, was die Unterstützung der Kommunen angeht, insbesondere auf eine Zusage des Ministerpräsidenten hingewiesen, dass die Jugendhilfekosten für unbegleitete Jugendliche vollständig übernommen werden sollen. Ich denke, wir sind uns darin einig, dass solche Zusagen des Ministerpräsidenten auch eingehalten werden sollten. Das würde uns allen helfen. Dass die Kosten insgesamt zu hoch sind und die Qualität der Leistungen bei den unbegleiteten Jugendlichen bei geringe-

ren Kosten verbessert werden kann, ist ein anderer Aspekt, über den wir uns unterhalten wollen. Ich hätte gerne Ihre Unterstützung, dass die Zusage des Ministerpräsidenten eingehalten wird. Wenn der Nachtrag so beschlossen wird, stehen 632 Millionen zur Verfügung.

**Peter Winter (CSU):** Lieber Kollege Muthmann, wir sind gemeinsam im Haushaltsausschuss. In Regensburg haben wir schon damals überlegt und uns gefragt, ob alles in dieser Form gemacht werden muss, wie es geschieht. Darum mahne ich als Haushaltsausschussvorsitzender die Verwaltung, die Dinge so zu machen, dass sie in Ordnung sind, dass sie vertretbar sind, aber dass alle anderen Spielereien wegbleiben. Das ist mir wie, glaube ich, dem gesamten Haushaltsausschuss ein wesentliches Anliegen. Ich gehe davon aus, dass die 632 Millionen, die im Haushalt stehen, auch an die Bezirke gehen.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Vielen Dank, Herr Winter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Die Aussprache ist geschlossen. Die beiden Gesetzentwürfe werden gemäß § 148 der Geschäftsordnung in den Haushaltsausschuss verwiesen.

Da wir den Tagesordnungspunkt 4 schon erledigt haben, kommen wir jetzt gleich zu Tagesordnungspunkt 5. Ich gebe Ihnen einen Überblick über die Zeit. Wir können sicher davon ausgehen, dass die Tagesordnungspunkte 5 f und 5 g heute nicht mehr aufgerufen werden können. Das ist die Erste Lesung zum Antrag der Staatsregierung betreffend den Rundfunkänderungsstaatsvertrag und die Erste Lesung zum gemeinsamen Gesetzentwurf zu den Community Media. Ich denke, wir können – ich weiß nicht, wann ich das zuletzt erlebt habe – auch davon ausgehen, dass es heute keine namentliche Abstimmung geben wird. Auch das ist etwas, glaube ich, was wir alle miteinander lange nicht erlebt haben. Nichtsdestoweniger bitte ich das nicht als Aufforderung zu verstehen, jetzt schon zu gehen; wir haben noch weitere interessante Gesetzentwürfe auf der Tagesordnung.

Wir fahren nun mit den **Tagesordnungspunkten 5 a bis 5 d** fort:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 17/7643)**  
- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 17/8161) - Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Norbert Dünkel, Alexander Flierl u. a. (CSU) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 17/8225) - Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 17/8242) - Erste Lesung -**

Die Gesetzentwürfe werden vonseiten der Antragsteller begründet, die alle Begründung und Aussprache miteinander verbinden werden. – Der erste Redner ist Kollege Adelt. Bitte schön.

**Klaus Adelt (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das heutige, wichtige Thema ist die Änderung des Kommunalabgabengesetzes, die Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung. Warum ist die Änderung eines bewährten Instrumentes denn eigentlich notwendig? – In der Vergangenheit gab es immer wieder Schwierigkeiten bei den Abrechnungen, wenn eine Satzung vorhanden war, wegen der Höhe der Beiträge, der Beitragsmaßstäbe, der Berechnungsgrundlage, des Herstellungsjahres und vielem anderen mehr. Viele Kollegen hier im Raum waren schon oftmals beim Verwaltungsgericht, weil es dazu Klagen gegeben hat, und man hat nie gewusst, wie man beim Verwaltungsgericht wieder herauskommt.

Es gibt aber auch eine aktuelle Notwendigkeit: Unsere Straßen in den Dörfern und Städten sind in die Jahre gekommen, und auch die Anwohner. Ältere Anwohner, beispielsweise ein 84-Jähriger, werden von einer Forderung von über 15.000 Euro überrascht. Diese Forderungen sind einmalig, und die meisten haben gar nicht damit gerechnet. Man bietet ihnen Ratenzahlung an, die Stundung oder die Verrentung. Oftmals wird davon gar nicht Gebrauch gemacht; denn unsere ältere Bevölkerung macht ungern Schulden.

Viele Gemeinden haben gar keine Straßenausbaubeitragssatzung, und sie wissen auch warum; denn

Straßenausbaubeitragssatzungen machen im Gemeinde- oder Stadtrat immer Ärger.

Mittlerweile werden Haushaltskonsolidierungsgemeinden – die gibt es angeblich nicht mehr; das könnte man glauben, wenn man den Reden zum Haushalt vorhin zugehört hat – praktisch gezwungen, durch Satzungserlass Beiträge zu erheben. Rechtsaufsichtsbehörden erheben oftmals einen Untreueverdacht gegenüber Bürgermeistern, Stadt- oder Gemeinderäten, wenn diese keine Beiträge erheben. Somit wächst der Druck innerhalb der kommunalen Familie; denn die einen erheben Beiträge, die anderen nicht. Die Bürger wissen das sehr genau. Allein die Entscheidung der Landeshauptstadt München, auf Ausbaubeiträge zu verzichten, hat zu großem Unmut innerhalb der kommunalen Familie geführt. Dazu kommen die Siedler- und Eigenheimverbände, die dies zu Recht monieren, die aber am liebsten hätten, wenn keine Beiträge gezahlt werden müssten. Die kommunale Seite hat in vielen Teilen ausgeführt, dass sie auf Beiträge nicht verzichten kann.

Wir als SPD-Landtagsfraktion haben deshalb Dampf auf den Kessel gemacht, um als Eisenbahnfan zu sprechen, und eine Anhörung gefordert; die anderen drei Fraktionen hatten erfreulicherweise unmittelbar zugestimmt. Bei dieser gut besuchten Anhörung wurden die Soll-Kann-Muss-Regelung erörtert, die Formen der Beitragserhebung und vieles andere mehr. Ein Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz war anwesend, der auf die Möglichkeit der wiederkehrenden Beiträge hingewiesen hat.

Wir haben daraufhin unmittelbar einen Gesetzentwurf vorgelegt; die anderen drei Fraktionen haben das erfreulicherweise im Nachzug auch getan. Nach unserem Vorschlag wäre es möglich, wiederkehrende Beiträge im Voraus zu erheben. Man darf dies nicht als eine Ansparvariante verstehen, sondern nach fünf Jahren muss endgültig abgerechnet werden. Ein weiterer Vorteil dieser Methode ist, dass größere Abrechnungseinheiten möglich sind; denn ein Bürger benutzt nicht nur eine Straße, sondern viele Straßen. Das besonders Charmante an der Sache ist, dass sich die Beiträge über mehrere Jahre verteilen, was zu einer größeren Abgabengerechtigkeit führt. Damit ein Bürger nicht von den Kosten überrascht wird, ist eine umfassende Informationspflicht vor Beginn der Maßnahme vorgesehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bisher konnten lediglich die Leistungen von Planungsbüros abgerechnet werden. Nun soll es entsprechend unserem Gesetzentwurf auch möglich sein, Eigenleis-

tungen der Kommune, sei es im planerischen Teil oder sonst wo, einzubringen.

Diese Form der Beitragserhebung würde vielen Gemeinden den Einstieg in die Beitragserhebung erleichtern. Unser Entwurf sieht aber auch vor, dass die Beibehaltung der einmaligen Beitragserhebung ebenso möglich ist wie der Wechsel, wenngleich man sagen muss, dass der Wechsel einigen verwaltungstechnischen Aufwand erfordert.

Trotz des faktischen Muss der Sollregelung sähen manche es gern, wenn eine Soll-Regelung beschlossen würde. Sie würde bedeuten, dass Kommunen, die bereits über funktionierende Systeme zur Finanzierung der Erneuerung der Straßen wie erhöhte Grundsteuern verfügen, diese beibehalten können. Ferner soll festgelegt werden, dass der Eigenanteil der Kommune mindestens 20 % betragen muss. Auch Teilstrecken und die Bildung kleinerer Abrechnungseinheiten würden ermöglicht. Das wäre eine Form der Entlastung und gerechteren Verteilung auf die beitragszahlenden Bürger. Der SPD-Gesetzentwurf ist der einzige, der Kommunen nicht stärker belastet als bisher.

Der Gesetzentwurf der CSU ist den anderen Gesetzentwürfen sehr ähnlich, ist doch das Problem das gleiche. Er ermöglicht die Kappung bzw. die Deckelung des zu zahlenden Beitrags auf 40 % des Verkehrswertes des Grundstücks. Er setzt voraus, dass dies im Ortsrecht verhandelt wird und im Rahmen einer Einzelfallentscheidung bleibt. Analog dem Prinzip des orientalischen Basars bieten die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER niedrigere Deckelungsgrenzen von 10 bis zu 30 % an. Hierbei stellt sich die Frage, wer die Kosten trägt, die über der Deckelung entstehen. Welche Gemeinden dürfen überhaupt kappen und deckeln? Was ist mit den Konsolidierungsgemeinden – wird ihnen eine solche Kappung von den Rechtsaufsichtsbehörden wieder untersagt? – Wir befürchten, dass sich hier wieder die finanzstärkeren Gemeinden durchsetzen; sie werden sagen: Wir genehmigen die Kappung, die Deckelung, während die finanzschwachen Gemeinden das nicht tun können. Die Schere öffnet sich weiter. – Des Weiteren enthält der Gesetzentwurf der CSU, der sicherlich noch eingehender vorgestellt wird, eine bessere Darstellung der Ratenzahlung und der Verrentung von Beiträgen. Mit diesem Vorschlag sollen offensichtlich Schludrigkeiten vorausgehender Gesetzesänderungen bereinigt werden.

Ich hoffe auf eine gute Beratung in den Ausschüssen und darf meine Hoffnung mit einer Aussage der Kollegin Gudrun Brendel-Fischer im "Nordbayerischen Kurier" begründen. Sie hat gesagt, gegen den vorliegenden Gesetzentwurf der Staatsregierung bestünden

auch von CSU-Seite noch Einwände; man nicke nicht alles einfach ab.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Uns liegt dieser Entwurf nicht vor; vielleicht war ein Entwurf der Staatsregierung Grundlage für den CSU-Gesetzentwurf. Aber lassen Sie uns nun gemeinsam in den Ausschüssen die bestmögliche Lösung für unsere Bürger und vor allen Dingen für die kommunale Selbstverwaltung finden.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Adelt. - Kollege Mistol ist der nächste Redner. Bitte schön.

**Jürgen Mistol (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch ein Wort. Herr Kollege Adelt, ich finde es schön, dass Sie von der SPD so stolz darauf sind, als Erste einen Gesetzentwurf vorgelegt zu haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Ich finde es schon sehr bemerkenswert, Herr Kollege Dr. Wengert, dass Sie Ihren Gesetzentwurf nur wenige Stunden nach dem Ende der Anhörung eingereicht haben.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Mit Vorarbeit und Nacharbeit!)

Wie Sie das hinbekommen haben, finde ich schon klasse, wie Sie die Argumente der Expertinnen und Experten nochmals gegeneinander abgewogen haben, in der Fraktion um die beste Lösung gerungen haben, auch noch mit Ihren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern diskutiert haben – und das alles in nur wenigen Stunden. Chapeau, SPD! – Das finde ich wirklich große Klasse.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Da sieht man einmal, wer qualifiziert arbeitet!)

Kolleginnen und Kollegen, wir hören seit Jahren von Ungerechtigkeiten bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Dass die Gemüter im Freistaat bei diesem Thema erhitzt sind, hat auch die Anhörung verdeutlicht. Sie ist auch vonseiten der Öffentlichkeit teilweise sehr emotional begleitet worden. Ich möchte darauf hinweisen, dass sie aufgrund einer interfraktionellen Initiative zustande gekommen ist. Anlass der Anhörung war, dass sich in der Bürgerschaft seit eini-

ger Zeit Widerstand gegen die Heranziehung zu Straßenausbaubeiträgen in Form einmaliger Beiträge regt, zumal sich diese nicht selten im fünfstelligen Bereich bewegen können. Einkommensschwache Menschen wie die viel zitierte alleinstehende ältere Dame mit einer monatlichen Rente von 600 Euro, die auf einem sehr großen Grundstück wohnt, bringt man so natürlich schnell in existenzielle Nöte, obwohl die Kommune auch heute schon eine Stundung gegen null beschließen könnte. Allerdings sind die bayerischen Kommunen – deswegen ist es gut, dass alle vier Gesetzentwürfe nicht die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge fordern – angesichts ihrer angespannten finanziellen Situation auf die Beiträge zur Durchführung der Straßenausbaumaßnahmen angewiesen. Das haben die kommunalen Spitzenverbände in der Anhörung deutlich gemacht.

Das Innenministerium prognostiziert für das kommunale Straßennetz aufgrund des Alters und des Zustands der Straßen einen jährlichen Investitionsbedarf von 500 Millionen Euro. Wir GRÜNE sind daher ebenfalls der Auffassung, dass eine ersatzlose Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht tragbar wäre, zumal das insbesondere finanz- und strukturschwache Gemeinden besonders hart treffen würde. Auch alternativen Finanzierungsmodellen aus allgemeinen Haushaltsmitteln erteilen wir eine Absage; denn sie hätten eine Erhöhung der Steuern zulasten der Allgemeinheit zur Folge. Irgendjemand muss den Ausbau schließlich bezahlen. Letztlich entsteht den Anliegerinnen und Anliegern durch Maßnahmen zur Verbesserung und Erneuerung der Ortsstraßen auch ein individueller Nutzen. Auch die Forderung, die Grundsteuer zu erhöhen, die von einigen Verbänden erhoben wurde, erscheint aufgrund des unterschiedlichen Steueraufkommens im Freistaat Bayern und fehlender Zweckbindung als ungeeignet.

Das Bundesverfassungsgericht hat im vergangenen Jahr wiederkehrende Straßenausbaubeiträge – diese fordern jetzt alle – bei konkret individueller Zurechnung eines Sondervorteils für zulässig erklärt. Daher stand diese Form der Beitragserhebung im Mittelpunkt der Anhörung; sie ist auch Kern aller vier Gesetzentwürfe. Das ist auch gut so. Klar ist aber auch, dass die Entscheidung darüber, welche Form der Beitragserhebung – einmalig oder wiederkehrend – gerecht und praktikabel ist, im Ermessen der Kommune liegen soll.

Die mangelnde Information der Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld der Planungen und der Durchführung der Straßenausbaumaßnahmen sorgt bei vielen Kritikerinnen und Kritikern der Straßenausbaubeiträge für Unmut. Ihr Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sieht eine Informationspflicht vor.

Auch wir GRÜNE halten die Einführung einer Informationspflicht im Sinne einer demokratischen und bürgerfreundlichen Verwaltung für dringend erforderlich. Durch eine frühzeitige Information über geplante Straßenausbaumaßnahmen können sich die Betroffenen auf den zu erwartenden Beitragsbescheid und die Abgabe einstellen.

Aus unserer Sicht ist auch das Recht, Einblick zu nehmen und Anregungen vorzubringen, ganz wichtig – am besten in einer Anhörung vor Beginn der Maßnahme und vor der Beschlussfassung im Gremium. Das würde die Akzeptanz entsprechend fördern und könnte zur Fehlervermeidung beitragen. – Schließlich ist uns noch wichtig, dass bei einer solchen Anhörung verschiedene Ausbauvarianten diskutiert werden können. Sonst kommt nämlich immer der Vorwurf, man betreibe Luxussanierung. Bei unserem Vorschlag kann man das diskutieren: Wollt ihr es so oder anders haben? – Zwar hat man dann am Anfang die Diskussion in der Kommune, aber später nicht mehr die Probleme, wie sie heute oft viele Kommunen haben.

Wir GRÜNE, Herr Kollege Adelt, sprechen uns tatsächlich für Höchstgrenzen, gemessen am Grundstückswert, aus, weil es eben Fälle gibt, in denen die Beitragshöhe in keinem Verhältnis zum eigentlichen Grundstückswert steht. Wir halten das für sachgerecht; so ist es.

Ein interessantes Ergebnis der Anhörung ist zudem, dass derzeit lediglich 72 % der bayerischen Kommunen Straßenausbaubeiträge erheben, obwohl von der Soll-Vorschrift laut Gesetz eigentlich nur in gut begründeten Ausnahmefällen abgewichen werden sollte. Da tun sich auch große regionale Unterschiede auf. In Unterfranken verfügen fast alle Kommunen über eine Straßenausbaubeitragssatzung, und in Niederbayern sind es gerade einmal 39,1 %. Darin liegt natürlich ein gewisses Akzeptanzproblem, und hier wäre eine einheitliche Regelung für alle Kommunen wünschenswert, die Rechtsklarheit und Rechtssicherheit schafft. Weil das jedoch die kommunale Selbstverwaltung letztendlich zu stark einschränken würde, haben auch wir GRÜNE von einer Muss-Regelung abgesehen, obwohl wir das aus Gerechtigkeitsgründen fraktionsintern eingehend diskutiert haben. Das setzt allerdings auch voraus, dass die Vollzugsdefizite der Vergangenheit nicht fortgesetzt werden.

Kolleginnen und Kollegen, dass alle Fraktionen einen Gesetzentwurf zur Änderung des KAG vorgelegt haben, bestätigt, dass ein Festhalten am Status quo nicht länger vertretbar ist. Alle Initiativen stimmen darin überein, dass sie die Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge als Alternative zur einmaligen Beitragserhebung vorsehen. Bei der Ausgestal-

tung der Informationspflicht und der Bürgerbeteiligung gibt es jedoch Unterschiede. Da geht der Gesetzentwurf der GRÜNEN deutlich weiter. Die Unterschiede gilt es dann im Ausschuss zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Danke schön, Herr Mistol. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Lederer. Bitte schön, Herr Lederer.

**Otto Lederer (CSU):** Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Einführung des Kommunalabgabengesetzes 1974 gab es immer wieder Änderungen, zuletzt vor eineinhalb Jahren, als wir die sogenannte Verrentung eingeführt haben, also die Möglichkeit, den Beitrag auf mehrere Jahre zu verteilen und so die jährliche Beitragsbelastung zu senken. Wir hatten das KAG also ein Stück weit bürgerfreundlicher gestaltet.

Aber aus verschiedenen Gesprächen mit Vertretern von Bürgerinitiativen, von kommunalen Spitzenverbänden und des Innenministeriums wurde uns klar, dass trotz der Möglichkeit der Verrentung weiterer Handlungsbedarf besteht – dies hat auch die Expertenanhörung vom 15. Juli dieses Jahres gezeigt –, zumal das Bundesverfassungsgericht wiederkehrende Beiträge unter bestimmten Umständen als verfassungskonform eingestuft hat.

Vor diesem Hintergrund wurden jetzt vier Gesetzentwürfe eingereicht, die in vielen wichtigen Punkten große Übereinstimmungen aufweisen. Ich möchte das an drei Beispielen erläutern.

Erstens. Alle Gesetzentwürfe halten an der Beitragsfinanzierung mit dem Begriff des Sollens fest, und sämtliche Überlegungen wie die Abschaffung der Beiträge und die Finanzierung über Steuern oder eine Infrastrukturabgabe wurden nach eingehender Abwägung von allen Fraktionen verworfen.

Ein zweites Beispiel. Alle Entwürfe sehen die Einführung wiederkehrender Beiträge als Alternative für die Kommune vor. Die Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung eigenverantwortlich darüber zu entscheiden, ob sie von diesem Instrument Gebrauch machen oder auch nicht. Das stärkt die kommunale Selbstverwaltung. Nach Erfahrungen aus anderen Bundesländern belaufen sich die wiederkehrenden Beiträge in der Regel auf einige Hundert Euro pro Jahr. Damit werden sehr hohe, mitunter für die Grundstückseigentümer kaum finanzierbare Einmalbeiträge vermieden. Der bürokratische Aufwand für die Kommunen bei der Einführung wiederkehrender Beiträge ist zwar nicht zu unterschätzen, jedoch soll die deutlich geringere Be-

lastung der Verwaltung in den Folgejahren diesen Nachteil mehr als ausgleichen.

Ein drittes Beispiel der Übereinstimmung. Alle vier Fraktionen sehen eine Informationspflicht der betroffenen Anlieger als sinnvolle Ergänzung des KAG an.

Wenn man sich jedoch die Gesetzentwürfe etwas genauer anschaut, erkennt man auch dort durchaus Unterschiede. So ist uns von der CSU bei der Informationspflicht nicht nur wichtig, die voraussichtlichen Beitragspflichtigen möglichst frühzeitig über das beitragsfähige Vorhaben und das Verfahren der Beitragshebung zu informieren, sondern auch über eventuell in Betracht kommende Billigkeitsmaßnahmen. In anderen Entwürfen wird nicht explizit Wert auf die Information über Billigkeitsmaßnahmen wie Stundung oder Erlass gelegt. Dafür sollen die Anlieger Einblick in die Kosten- und Aufwandsrechnung erhalten. Die GRÜNEN sind der Meinung, dass auch eine Informationsveranstaltung zwingend durchgeführt werden muss.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns von der CSU war und ist es wichtig, die Beitragszahler zu entlasten. Aus diesem Grund haben wir eine Reihe von Veränderungen vorgesehen. Kommunen sollen künftig Eigenleistungen bei Planung und Durchführung von Straßenbauarbeiten für die technische Herstellung der Einrichtung auf die Anlieger umlegen können. Das wird zu einer Entlastung der Beitragszahler führen, weil die Kommune mit dem eigenen Personal in der Regel günstiger agieren kann als mit externen Büros und Baufirmen. Darüber hinaus soll zur Entlastung der Beitragszahler festgeschrieben werden, dass der Aufwand auf das Notwendigste zu beschränkt ist. Der Grundsatz der Erforderlichkeit, den wir hier im Gesetz verankern möchten, stellt auf eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung ab. Dadurch wird der Bürger vor einer überzogenen Finanzierungs-beteiligung geschützt.

Des Weiteren sind wir der Meinung, dass zur Vermeidung von Härtefällen eine besondere Form des Erlasses als mögliche Option eingeführt werden soll. Die Kommunen hätten demnach die Möglichkeit, in ihrer Satzung zu regeln, ob und, wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen sie im Einzelfall davon Gebrauch machen. Die Gemeinde würde dadurch in die Lage versetzt, Straßenausbaubeiträge zu erlassen, soweit diese eine Höchstgrenze überschreiten. Die Höchstgrenze orientiert sich dabei sinnvollerweise am Grundstückswert und soll unseres Erachtens 40 % des Verkehrswerts des beitragspflichtigen Grundstücks nicht unterschreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer zentraler Punkt unseres Gesetzentwurfs, der für die Kommu-

nen, aber auch für die Anlieger von besonderer Bedeutung ist und der interessanterweise in keinem anderen Entwurf enthalten ist, ist das Erschließungsbeitragsrecht. Dabei haben wir nicht nur aus Gründen der Übersichtlichkeit und Vereinheitlichung einen neuen Artikel 5a im KAG eingeführt. Nein, wir haben zur finanziellen Entlastung der Anlieger und zur bürokratischen Entlastung der Kommunen eine zeitliche Grenze für die Erhebung der für die Anlieger deutlich höheren Erschließungsbeiträge eingeführt: Wenn seit dem Beginn der technischen Herstellung der Erschließungsanlage mindestens 25 Jahre vergangen sind, kann kein Erschließungsbeitrag mehr erhoben werden. Damit schaffen wir Rechtssicherheit für die Gemeinden und für die Anlieger. Man muss sich einmal vorstellen, wie es bisher läuft: Bislang mussten die Mitarbeiter der Kommune in Archiven auf die Suche gehen oder in alten Akten stöbern, um Hinweise zu finden, ob die Straße vor 50 Jahren, vor 100 Jahren oder vor 150 Jahren schon eine Erschließungsfunktion hatte und den damaligen Anforderungen genügte. Stellt sich irgendwann heraus, dass die Straße noch nie erstmals hergestellt wurde, müssen die Anlieger deutlich höhere Erschließungsbeiträge bezahlen, obwohl die Straße schon seit vielen Jahrzehnten existiert. Das fördert nicht gerade das Verständnis und die Akzeptanz bei den Bürgern.

Dass die mühsame Rekonstruktion von Vorgängen, die viele Jahrzehnte zurückliegen, nicht immer lückenlos gelingt, ist selbstverständlich. Die Rechtsunsicherheit, die trotz des enormen Verwaltungsaufwands des Öfteren entsteht, schwebt wie ein Damoklesschwert über den Beteiligten. Die finanziellen Folgen haben nicht selten die Anlieger zu tragen.

Nach unserem Vorschlag würde es künftig ausreichen, den Nachweis zu erbringen, dass zum Beispiel der Spatenstich zum Bau der Straße vor mehr als 25 Jahren erfolgte und dass die Straßendecke – nicht der Unterbau, sondern nur der obere Teil des Oberbaus – den geltenden technischen Vorschriften, zum Beispiel den Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen – RStO -, entspricht. Dann kann kein Erschließungsbeitrag mehr erhoben werden, und für die Anlieger gelten die niedrigeren Sätze der Ausbaubeitragsatzung. Um den Kommunen jedoch ausreichend Zeit zu geben, sich auf die neue Rechtslage zum Erschließungsbeitrag einzustellen, soll der betreffende Artikel erst zeitverzögert, in fünf Jahren, in Kraft treten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, dass die CSU einen sehr ausgewogenen und ausgereiften Entwurf vorgelegt hat.

(Beifall bei der CSU)

Ich darf mich an dieser Stelle Herrn Kollegen Mistol anschließen; denn auch wir haben mehr Wert auf Sorgfalt denn auf Schnelligkeit gelegt.

(Klaus Adelt (SPD): Ha, ha!)

- Lieber Kollege Adelt, ich kann weder in unserem Gesetzentwurf noch in den Gesetzentwürfen der anderen Fraktionen erkennen, dass an irgendeiner Stelle besondere Belastungen oder Entlastungen der Kommunen erfolgen. Insoweit gehen die vier Gesetzentwürfe in ähnliche Richtungen.

Unsere Fraktion hat nicht nur als einzige das Thema des Erschließungsbeitrags aufgegriffen, sondern ist auch bei den "wiederkehrenden Beiträgen" einen eigenen Weg gegangen. Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen haben wir uns nicht nur an den Gesetzestext aus Rheinland-Pfalz angelehnt, sondern wir haben auch – natürlich neben eigenen Ideen – gute, sinnvolle Ansätze aus anderen Bundesländern wie Thüringen und Hessen in unseren Entwurf eingebaut. Dadurch ist ein Gesamtkonzept mit umfassenden Übergangsregelungen entstanden. Davon profitieren nicht zuletzt die Anlieger, da wir den Kommunen verschiedene Möglichkeiten an die Hand geben, den Anliegern entgegenzukommen.

Wir haben in unseren Gesetzentwurf bewusst nicht die Möglichkeit der Abrechnung von Teilstrecken aufgenommen, da wir die Gefahr sehen, dass vergleichsweise hohe Kosten auf vergleichsweise wenige Anlieger umgelegt werden. Dies würde genau den Bestrebungen, die wir mit der Regelung zu den wiederkehrenden Beiträgen zu forcieren versuchen, zuwiderlaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch vor diesem Hintergrund freue ich mich auf die konstruktive Beratung in den Ausschüssen. Ich darf für die CSU-Fraktion empfehlen, die vier Gesetzentwürfe in den Innenausschuss zu überweisen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Kollege Lederer. – Der nächste Redner ist Kollege Hanisch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

**Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab im Bayerischen Landtag wohl selten ein Anhörungsverfahren, das zu so fruchtbaren Ergebnissen geführt hat wie das zu Artikel 5 des Kommunalabgabengesetzes. Das wird schon an den vielen Ähnlichkeiten deutlich, die die vier Gesetzentwürfe aufweisen.

Herr Kollege Adelt, es ist mitnichten so, dass wir uns in Bezug auf manche Punkte wie auf einem Basar verhalten hätten. Wir haben uns genau angehört, was uns die Fachleute zu sagen hatten bzw. was sie uns empfohlen haben. Dass wir alle das Anhörungsverfahren sehr ernst genommen haben, wird auch daran deutlich, dass die Fraktionen zu ähnlichen Ergebnissen gekommen sind. Im Rahmen einer guten Abwägung haben wir versucht, die Neuregelung so praxistauglich wie möglich auszugestalten.

In allen Vorschlägen tauchen die wiederkehrenden Beiträge auf. Der Begriff ist bereits erläutert worden. Der wesentliche Punkt für die Kommunen, aber auch für die betroffenen Beitragszahler besteht darin, dass für die Beitragsberechnung mehrere Straßenzüge zusammengefasst werden dürfen. Wenn bei Zugrundelegung einer Straße die Kosten für den einzelnen Beitragszahler bei 5.000 Euro lägen, würden diese sich bei Zugrundelegung von zehn Straßen auf ein Zehntel, das heißt auf 500 Euro, reduzieren. So ist das zu verstehen.

Die Kommunen müssen nun eine Abwägung vornehmen. Sie können die bisherige Regelung beibehalten. Das wollen wir jeder Kommune ermöglichen. Insofern gehen wir mit den Möglichkeiten, die wir anbieten, weit über die Regelungen in anderen Bundesländern hinaus. Einige haben sich für unsere bisherige Lösung entschieden, andere für wiederkehrende Beiträge. Wir wollen den Kommunen beide Möglichkeiten offenhalten. Falls jetzt alle jublieren und wiederkehrende Beiträge als Lösung des Problems ansehen, so dürfen wir nicht verhehlen, dass der Verwaltungsaufwand für die Berechnung bzw. Erhebung wiederkehrender Beiträge kein geringer sein wird.

Im Gegensatz zur CSU schließen wir uns mit unserem Regelungsvorschlag zu den wiederkehrenden Beiträgen an die entsprechende Regelung in einem anderen Bundesland an, weil wir einer gesicherten Rechtslage für die Kommunen große Bedeutung beimessen. Erinnern Sie sich – nicht nur Herr Kollege Mistol, sondern auch andere Redner haben es angesprochen –, wie viele Gerichtsverfahren Artikel 5 des Kommunalabgabengesetzes ausgelöst hat? Die Praktiker werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass es eine Lawine von Gerichtsurteilen gab, bis wir eine einigermaßen gesicherte Rechtsprechung erreicht hatten. Wenn wir jetzt von dem durch die gesicherte Rechtsprechung aufgezeigten Weg abweichen, weil wir die eine oder andere Passage ändern, dann – das befürchte ich – wird eine Prozesswelle auf uns zurollen. Das wollen wir vermeiden.

Sogenannte "Luxussanierungen" auf Kosten der Beitragszahler soll es nach unseren Vorstellungen nicht

geben. Wenn der Gemeinderat, der Stadtrat oder der Marktrat meint, aus irgendwelchen Gründen Nostalgiestraßenlampen, Granitpflaster oder was auch immer haben zu müssen, dann mag er das so sehen und so entscheiden. Er muss allerdings wissen, dass die Mehrkosten die Allgemeinheit tragen muss und nicht allein auf die Anlieger dieser Straße abgewälzt werden dürfen. Insoweit gehen wir alle sicherlich konform. Es ist eine vernünftige Regelung, wenn der Anlieger die Kosten für den Standard-Straßenausbau zahlen muss, nicht aber für zusätzliche Leistungen – so sinnvoll sie manchmal sein mögen –, die zusätzlich Geld kosten.

Bei unserem Vorschlag müssen die Kommunen mindestens 30 % der Ausbaukosten übernehmen. Mit dieser Regelung gehen wir am weitesten. Jetzt könnte jemand einwenden, das sei kommunalunfreundlich. Das sehen wir nicht so. Unser Regelungsvorschlag ist bürgerfreundlich. Wir haben in der Diskussion – sie war bei uns nicht einfach – durchaus geschwankt zwischen der Abschaffung dieser Regelung, der Forderung nach einer höheren Beteiligung an der Kfz-Steuer – auch das wäre legitim – und diesen harten Regelungen. Im Ergebnis meinen wir, dass die Einziehung einer Grenze von 30 % vernünftig ist. Die Entlastung des Bürgers ist jedenfalls gewaltig. Bisher konnten in der Regel 90 % der Kosten umgelegt werden, künftig wären es 70 %. Wir meinen, das ist vertretbar.

Wir haben einen Zahlungszeitraum von fünf Jahren gewählt, damit der Bürger, unabhängig davon, für welche Lösung die Gemeinde sich entscheidet, nicht den gesamten Betrag auf einmal zahlen muss.

Wir sind zudem der Auffassung, dass die Belastung für den Anlieger maximal 30 % des Verkehrswertes der Immobilie erreichen darf. Falls nun jemand einwendet, der Anteil von 30 % sei aus der Luft gegriffen, dann empfehle ich ihm, sich die Situation in einigen Regionen Bayerns anzuschauen. Als unsere Fraktion eine Klausurtagung in Oberfranken abgehalten hat, sind wir an Gebäuden vorbeigefahren, vor denen Schilder mit der Aufschrift "Zu verschenken" standen. Laut einigen Zeitungsinseraten können Sie auf dem Land für 40.000 Euro eine Immobilie mit Garten erwerben, wenn auch nicht in bester Lage. Es kann doch wohl nicht sein, dass ich als Anlieger unter Umständen mehr Beitrag zahlen muss, als mein Grundstück wert ist. 30 % von 60.000 Euro wären knapp 20.000 Euro. Das ist das maximal Zumutbare. Kosten, die darüber hinausgehen, dürfen jedenfalls nicht auf die Anlieger umgelegt werden, sondern müssen von der Kommune selbst getragen werden. Das ist sicherlich eine Selbstverständlichkeit.

Einen weiteren Punkt haben wir in Artikel 5 Absatz 8 aufgenommen: Wir wollen für alle jene Gemeinden, die bisher keine Satzung haben und jetzt eine Satzung erlassen, ausschließen, dass unter bestimmten Voraussetzungen eine rückwirkende Beitragserhebung von Straßenausbaubeiträgen möglich ist. Auch das ist ein gewisser Schutz des Bürgers vor einer zusätzlichen Belastung, mit der er nicht rechnen konnte.

Auf eines legen wir sehr großen Wert. Das ist auch von den anderen Rednern so aufgezeigt worden. Auch für die meisten Bürgermeister und Kommunen ist dies eine Selbstverständlichkeit; das gestehe ich zu. In diesen Kommunen werden Bürgerversammlungen abgehalten, es werden Anliegerversammlungen abgehalten, und dem Bürger wird gesagt: Wir wollen nächstes Jahr die Straße ausbauen; das kostet vermutlich soundso viel, und auf dich wird voraussichtlich eine Belastung von x zukommen. Aber es gibt Kommunen, die sich weigern, dies zu tun. In solchen Fällen müssen wir, so meine ich, als Gesetzgeber reagieren. Wir fordern deshalb ganz klar eine Informationspflicht der Kommune und auch die Möglichkeit der Einsicht des betroffenen Anliegers in die Unterlagen, damit dieser weiß, was auf ihn zukommen kann, wie teuer der Ausbau ist und ob der Standard des Ausbaus, den wir fordern und der nur umgelegt werden kann, eingehalten wird. All das muss der Bürger vorher erfahren können.

Ich bin gespannt auf die Gespräche im Innenausschuss. Mich würde es nicht wundern, wenn sich alle vier Fraktionen doch noch auf eine gemeinsame Lösung einigen könnten; denn wir liegen, so glaube ich, alle dicht beieinander, und es ist an der Zeit, dass der Gesetzgeber hier reagiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön, Kollege Hanisch. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, alle Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir beraten jetzt nur noch einen Tagesordnungspunkt. Für mehr reicht die Zeit nicht. Die Beratung der beiden letzten Tagesordnungspunkte, 5 f und 5 g, müssen wir also auf die nächste Sitzung verschieben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5 e** auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drs. 17/8107) - Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Staatsregierung begründet. Dafür erteile ich Herrn Staatssekretär Füracker das Wort. Bitte sehr.

**Staatssekretär Albert Füracker (Finanzministerium):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die vorgesehene Änderung des Landesplanungsgesetzes ist eine sehr technische Sache und weniger eine politische Angelegenheit, sodass ich mich kurzfassen kann.

Im Prinzip geht es darum, dass wir in Zukunft die Verfahren bei Aufstellung und Fortschreibung von LEP und Regionalplänen beschleunigen und vereinfachen wollen. Dies gilt auch für die Durchführung von Raumordnungsverfahren. Das ist eigentlich ein Entbürokratisierungsgesetz.

Konkret geht es erstens darum, dass wir vieles von dem, was jetzt in aufwendigen Papierverfahren durchgeführt wird, in Zukunft digitalisieren wollen. Bisher war es notwendig, alles per Post zu versenden, beim LEP alleine 2.500 Adressaten anzuschreiben, und beim Raumordnungsverfahren ebenso. Das bedeutet Kosten, Aufwand und Zeit. Deswegen wollen wir künftig alle Beteiligten nur noch auf einen Planentwurf und auf die Verfahrensunterlagen im Internet hinweisen. Das Ganze kann auch per E-Mail geschehen. Zudem können auch die Stellungnahmen zu den jeweiligen Änderungen per E-Mail abgegeben werden. Das gilt nunmehr sowohl bei den Öffentlichkeitsbeteiligungen im Rahmen der Fortschreibung von Raumordnungsplänen als auch bei Raumordnungsverfahren.

Zweitens wollen wir durch die Veränderung der Beteiligungsnotwendigkeit Endlosschleifen vermeiden. Das heißt: Nicht mehr jegliche Veränderung bedarf einer ausführlichen Beteiligung. Beteiligungen sind nur noch zwingend erforderlich, wenn es darum geht, neue Beachtungspflichten einzuführen, oder wenn bestehende Beachtungspflichten verstärkt werden sollen, wenn also zum Beispiel nachträglich neue Ziele der Raumordnung aufgenommen werden oder wenn zum Beispiel ein Vorranggebiet vergrößert wird.

Im Übrigen liegt in Zukunft die Frage, ob eine erneute Beteiligung durchgeführt wird, im pflichtgemäßen Ermessen des Planungsträgers. Man kann also jederzeit eine Anhörung, eine Beteiligung durchführen, muss es aber nur, wie dargestellt, in bestimmten Dimensionen machen. Zum Beispiel liegt es dann im pflichtgemäßen Ermessen eines Planungsträgers, wenn Ziele der Raumordnung wegfallen sollen. Wenn

zum Beispiel Vorranggebiete gestrichen werden sollten, dann kann es notwendig sein.

Im Großen und Ganzen vermeidet unsere Lösung überflüssigen Formalismus. Letztlich ist all das, was wir vorsehen, natürlich im rechtlich gebotenen Rahmen, aber mit vielen Spielräumen versehen. Das ist, denke ich, bei technischen Dingen sehr sinnvoll. Die Regelungen gelten auch bei Änderungen des LEP-Entwurfs dann, wenn der Landtag dies will.

Also in aller Kürze: zwei Änderungen mit großer Bedeutung, Entbürokratisierung – das wollen wir ja immer – und weniger Aufwand. Bekanntlich haben wir in den nächsten Monaten hier im Hause auch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zu diskutieren. Wenn wir uns beeilen und diese Änderungen bald beschließen, werden wir schon im jetzigen LEP-Fortführungsverfahren mit den vereinfachten, entbürokratisierten Regelungen arbeiten können, was, so denke ich, dem Verfahren insgesamt zugutekommt.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung in den Ausschüssen und natürlich auch in Zweiter Lesung zu dieser Gesetzesvorlage.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Den Rest brauche ich Ihnen wohl nicht zu erklären. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Rabenstein von der SPD. Bitte sehr.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus! Nach der Diskussion über das Kommunalabgabengesetz folgt nun ein weiterer "Höhepunkt" der Plenardebatte. Es geht um die Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes.

Ziel der Landesplanung ist es, dass sich der Gesamttraum Bayern und seine Teilräume insgesamt gut entwickeln. Das ist in diesem Gesetz verankert. In Artikel 5 wird das Leitziel, die gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilräumen zu schaffen und zu erhalten, vorgegeben.

Das kommt uns bekannt vor; denn das ist ja auf Initiative der SPD seit zwei Jahren auch Verfassungsauftrag, und seit einem Jahr kümmert sich die Enquete-Kommission um die konkrete Umsetzung. Wir sind nämlich trotz aller Beteuerungen aus dem sogenannten Heimatministerium immer noch das Bundesland mit den größten Disparitäten. Oder anders ausgedrückt: Bayern entwickelt sich nach wie vor nicht im Gleichgewicht. Das heißt, trotz der positiven Entwick-

lung auch in den ländlichen Räumen, auch in den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, geht die Schere nicht zusammen, sondern eher weiter auseinander. Das ist äußerst bedauerlich.

Allein deshalb kommt dem Landesplanungsgesetz und allen Änderungen eine besondere Bedeutung zu. Es geht, wie schon ausgeführt, zunächst um selbstverständliche Dinge wie die Ersetzung der Papierform durch elektronische Übermittlung. Dagegen kann man natürlich grundsätzlich nichts einwenden. Trotzdem sollte von Fall zu Fall geprüft werden, ob ein Druck von umfangreichen Dokumenten nicht günstiger ist als die Kopien in Tausenden von Rathäusern, die dann entsprechend angefertigt werden müssten. Meiner Meinung nach sollte es Wahlverfahren geben, um Arbeitszeit einzusparen und Kostenverlagerungen zu vermeiden.

Beim letzten Landesentwicklungsplan 2013 hätte man sich das allerdings insgesamt ersparen können – den Ausdruck sowie die digitale Form –, denn es stand so wenig drin, dass sich ein Ausdruck wahrhaft nicht rentiert hat. Auch das sei angemerkt.

Genau hinsehen sollten wir bei den Änderungen zu Artikel 16, in dem es um die Beteiligung und Stellungnahmen von Verbänden und Kommunen geht. Hier wird mit § 1 Nummer 2 f) dd) neu eingeführt – ich zitiere –:

Werden durch die Änderungen keine neuen Beachtungspflichten eingeführt oder bestehende verstärkt, kann von der erneuten Durchführung der Verfahren nach den Abs. 1 bis 6 abgesehen werden.

Das klingt zunächst recht harmlos. Für mich ist es trotzdem bedenklich; denn damit – das wurde schon gesagt – wurde ganz klar eine weitere Diskussion, eine weitere Schleife, verhindert. Es wird nicht geklärt, wer letztlich über diesen Sachverhalt entscheidet, wann es eben keine Beachtungspflichten gibt und wann eine Änderung substantiell ist oder nicht. Das eröffnet meiner Meinung nach der Willkür Tür und Tor. Das hätte man vermeiden können.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Im ursprünglichen Text heißt es zum Änderungsverfahren: "Der Entwurf des Raumordnungsplans ist mit einer angemessenen Frist zur Stellungnahme bekannt zu geben". Nun wurde daraus: "Bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen sind zu beteiligen." Kein Wort mehr von "Stellungnahme", und auch die "angemessene Frist" ist weggefallen. Hat das mit Deregulierung zu tun, oder steckt hier etwas anderes dahinter? Haben diese Formulierungsänderungen das Ziel, die kommunalen Spitzenverbände außen vor zu lassen?

– Ich glaube, eine solche Interpretation würde zu weit führen. Ich kann mir nicht so recht vorstellen, dass sich gerade die kommunalen Spitzenverbände so etwas gefallen lassen würden. Aber eine Tendenz ist da schon auszumachen.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Das alles sind keine gravierenden Änderungen. Alles bleibt beim Alten, und das ist eigentlich bedauerlich. Die Landesentwicklung bleibt so, wie sie ist, und sie ist meiner Meinung nach unbefriedigend.

Die SPD kämpft seit Langem dafür, dass in der Landesplanung neue Akzente gesetzt werden, mit dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse, etwa durch Stärkung der Regionalverbände. Mit diesem vorgelegten Gesetzentwurf wird das sicher nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Dr. Rabenstein. – Für die CSU-Fraktion spricht der Kollege Dr. Bernhard.

**Dr. Otmar Bernhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Staatssekretär hat die Einzelheiten des Gesetzentwurfs schon ausführlich dargestellt; darum will ich das jetzt nicht alles wiederholen.

Wir führen heute keine Debatte über die Landesentwicklung als solche, sondern wir diskutieren über die Änderungen, die das Verfahren betreffen und die der vielen Kritik Rechnung tragen, die es in diesem Zusammenhang gegeben hat. Es hieß, das Ganze sei zu bürokratisch, zu teuer, zu langwierig usw. Insofern denke ich, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung dem in guter Weise Rechnung trägt. Das ist aus meiner Sicht ein großer Fortschritt.

Es gibt auch – Herr Rabenstein, Sie hatten entsprechende Befürchtungen geäußert – keine Einschränkung der Beteiligungsmöglichkeiten. Man kann nach wie vor die schriftlichen Unterlagen erhalten usw. Vielmehr geht es um die Nutzung der Digitalisierung und des Internets, die jetzt möglich ist. Es geht darum, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und zum Beispiel die Gelegenheit zu schaffen, in Zukunft Stellungnahmen per E-Mail abzugeben. Das bedeutet eine große Erleichterung; man kann sich an den PC setzen und dann das Ganze von dort aus absenden. Es ist nicht mehr nötig, extra einen Schriftverkehr zu eröffnen.

Ich halte das für eine Vereinfachung. Der Gesetzentwurf trägt dem Fortschritt technischer Art Rechnung. In der Anhörung wurde an dem einen oder anderen Punkt Kritik geäußert, zum Beispiel bei der Frage, ob

Anhörungen notwendig sind, oder beim Wegfall bzw. der Reduzierung von Beachtungspflichten. Da sind wir jedoch der Meinung, dies ginge wirklich zu weit und würde das Verfahren derart verwässern, dass es in seiner Wirkung zu stark reduziert würde.

Mit unbestimmten Rechtsbegriffen muss sich die Verwaltung immer auseinandersetzen. Was die Ausübung des Ermessens anbelangt, sind in der Gesetzesbegründung ausführliche Darlegungen erfolgt, und zwar anhand von Beispielen und Hilfestellungen, wie das Ermessen ausgeübt werden soll. Das ist ja keine Willkür, sondern das muss pflichtgemäß erfolgen. Es gilt also abzuwägen, ob es in einem bestimmten Fall sinnvoll ist, eine Anhörung durchzuführen, oder ob es eben nicht notwendig ist.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Das Ganze ist ein wichtiger Schritt zur Verschlinkung dieser Verfahren. Der Staatssekretär hat auch darauf hingewiesen, dass damit eine Menge Papier eingespart wird. Wenn man sich einmal die Größenordnung vor Augen hält, wie sich das bisher bei einem solchen Verfahren abgespielt hat, mit Tausenden von Beteiligungen usw., dann wird klar, dass es sich wirklich um einen großen Fortschritt handelt.

Das bedeutet einerseits eine Erleichterung für die Verwaltung; andererseits ist es eine Erleichterung für diejenigen, die sich an einem solchen Verfahren beteiligen wollen. Da herrscht völlige Transparenz; das Ganze wird ins Internet eingestellt usw. Insofern sollten wir den Gesetzentwurf jetzt gut beraten und ihm dann zustimmen. Sie sehen es im Prinzip genauso, dass die darin enthaltenen Regelungen, sinnvoll sind.

(Beifall bei der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt Kollege Muthmann.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Gesetzentwurf möchte ich unter zwei Gesichtspunkten betrachten.

Die Verfahrenserleichterungen durch die Digitalisierung begrüßen wir natürlich auch sehr. Angesichts der voluminösen Unterlagen in den verschiedenen Verfahren – wer daran einmal teilgenommen hat, weiß, wovon ich rede – kann man gar nicht umhin, die Digitalisierung für richtig zu halten, um der Papierflut Herr zu werden und das Handling erheblich zu vereinfachen. Schönen Dank dafür.

Zum Verfahren. Wir haben auch im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsprogramm die Gefahr

der Endlosschleifen erlebt – nur eine kleine Änderung, und schon geht es wieder in die Verfahren. Das hat nicht nur zu Ärger geführt, sondern auch, wie wir fanden, zu unnötigen nochmaligen Verfahrensschritten. Dies künftig zu reduzieren, ist auch ein Anliegen dieses Gesetzentwurfs. Dieses Anliegen halten wir für richtig.

Die jetzige Regelung – nur so viel noch dazu – würden wir gerne unter zwei Aspekten noch einmal etwas genauer betrachten wollen; hierfür ist sicherlich im Ausschuss mehr Zeit.

Die vorgeschlagene Formulierung "Werden durch die Änderungen keine neuen Beachtenspflichten eingeführt oder bestehende verstärkt, kann von der erneuten Durchführung der Verfahren... abgesehen werden" zu ergänzen durch "... keine neuen *wesentlichen* Beachtenspflichten ...", wäre zwar mutig, aber immerhin wäre es doch zumindest diskussionswürdig.

Ich will das anhand eines Beispiels deutlich machen. Wenn in einem Regionalplan ein Vorranggebiet für Kiesabbau oder Sandabbau entwickelt wird und niemand etwas dagegen hat, es aber Anregungen gibt, eine der Vorrangflächen vielleicht um ein kleines Eckchen oder Stückchen zu erweitern, könnte man sich vorstellen, so etwas ohne weiteres Beteiligungsverfahren durchzuführen, weil eben keine neuen wesentlichen Beachtenspflichten eingeführt werden.

Auf der anderen Seite würde ich bitten, die Botschaft, dass bei einer Reduzierung von Beachtenspflichten auf Beteiligungen verzichtet werden könnte, im federführenden Ausschuss anhand des folgenden Problemfalls ebenfalls zu diskutieren: Es handelt sich auch wieder um ein Vorranggebiet für Kies und Sand oder Kies oder Sand, bei dem nach Durchführung des ersten Anhörungs- oder Beteiligungsverfahrens das ursprünglich vorgesehene Vorranggebiet erheblich reduziert wird. Das würde dann wohl nach den jetzt vorliegenden neuen Regeln ohne eine weitere Beteiligung ablaufen können, weil keine neuen Beachtenspflichten eingeführt oder bestehende verstärkt werden.

Eine erhebliche Reduzierung von Kies- oder Vorrang- oder Sandabbauvorrangflächen könnte die Bauwirtschaft aber doch erheblich in ihren Interessen treffen, weil sozusagen weniger Baustoffe abgebaut werden können. Das mag dann zwar weniger Vorrangpflichten oder Beachtenspflichten ausgelöst haben – das ist wahr –, aber dennoch massiv Interessen berühren.

Unsere zweite Frage ist deshalb, die ich im federführenden Ausschuss zu diskutieren bitte, ob man ergänzt "oder bei sonstigen Änderungen ohne wesentliche Auswirkungen kann auf die erneute Durchführung

der Anhörung verzichtet werden". Das sind Detailfragen, die sich aber lohnen. Damit will ich es an dieser Stelle bewenden lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich danke auch. – Zum Abschluss für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte Herr Kollege Stümpfig. Bitte, Sie haben das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Einbringen des heutigen Gesetzentwurfs beginnt die CSU-Regierung den Prozess der Überarbeitung der bayerischen Landesentwicklung. Was uns hier bevorsteht, auch mit dem neuen Entwurf, der dann kommt, lässt uns Böses ahnen. Es geht um die Lockerung des Anbindegebots, mehr Flächenfraß, mehr Versiegelung, weniger Flächen für den Ackerbau und weniger natürliche Rückzugsgebiete. Im Prinzip geht es um den Ausverkauf unserer Heimat, und wir GRÜNEN werden uns aktiv dagegen wehren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Heute geht es aber nicht um den LEP-Entwurf an sich, sondern es geht um ein Gesetz, das wiederum den Weg dorthin ebnet. Herr Dr. Rabenstein hat es in seiner Rede auch schon erläutert; es ist eine scheinbar unscheinbare Gesetzesnovelle, die es aber in sich hat. Ich glaube, in dem Punkt bin ich mit allen Vorrednern und Herrn Füracker einer Meinung: 80 % der vorgeschlagenen Änderungen sind richtig, sind positiv und längst überfällig, zum Beispiel indem man sagt, man nutzt das Internet, um im digitalen Zeitalter, in dem wir uns befinden, Verfahrensschritte zu vereinfachen, den Ausdruck zu ersparen und die Beteiligung zu verbessern. Das ist unstrittig alles sinnvoll; deswegen möchte ich auch nicht weiter darauf eingehen.

Wenn man sich diesen Gesetzentwurf jedoch genauer ansieht, stellt man fest: Es geht eigentlich weniger um eine Bürgerbeteiligung bzw. um eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung, sondern der eigentliche Knackpunkt ist Artikel 16, wo es heißt – es wurde eben schon einmal zitiert –:

Werden durch die Änderungen keine neuen Beachtenspflichten eingeführt oder bestehende verstärkt, kann von der erneuten Durchführung der Verfahren nach den Abs. 1 bis 6 abgesehen werden.

Hier sollen verpflichtende Beteiligungsverfahren abgeschafft werden, wenn es um Fragen geht, was sich in

unserem Land in den nächsten Jahren ändern wird. Genau durch das Streichen dieser Ziele oder Beachtungspflichten können aber entscheidende Weichen gestellt werden. Wir haben es im Juli im Wirtschaftsausschuss schon einmal diskutiert, und wir haben auch hier schon unsere Bedenken geäußert, dass man hier ein Mittel hätte. Herr Minister Söder hätte ein Mittel, um das LEP weiter durchlöchern zu können. Es könnte in Vorgaben weiter verwässert werden. Wir hätten keine Leitplanken mehr zum Schutz unserer Heimat vor Zersiedelung und Flächenfraß. Es gilt: Das wäre ein Freifahrtschein für Minister Söder für ein weiteres Ausdünnen des LEP, und das werden wir nicht akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Anhand eines Beispiels möchte ich es noch einmal aufzeigen: In Kapitel 3.3 geht es darum, dass Siedlungsflächen an bestehende Gebiete angebunden sein sollen. Es handelt sich dabei um das sogenannte Anbindegebot. Im vorliegenden Gesetzentwurf soll es aber nach dem Willen der CSU-Regierung künftig möglich sein, dass Minister Söder dieses Anbindegebot abschwächt oder sogar ganz abschaffen kann, ohne sich vorher mit Expertinnen und Experten oder der Bevölkerung auseinandersetzen zu müssen. Er könnte also dieses tun, und er könnte sogar ohne ein ordentliches Beteiligungsverfahren einen der wichtigsten Grundsätze des Landesentwicklungsprogramms einfach streichen, nämlich den Grundsatz, dass eine Zersiedelung der Landschaft vermieden werden soll. Das lehnen wir strikt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hinter dieser geplanten Änderung – wie gesagt, nur scheinbar unscheinbar – steckt also mehr, als sich auf

den ersten Blick vermuten lässt. Wir sind uns auch mit dem Berufsverband der praktizierenden Landes- und Regionalplaner e. V. und dessen Vorsitzendem Peter Schmid einig, der auch klar sagt: Durch das Streichen des Zitats und durch das Streichen oder den Wegfall von Zielen können erhebliche raumstrukturelle Veränderungen hervorgerufen werden – sprich: kann lebenswerte Heimat zerstört werden.

Abschließend gesagt: Es ist sehr verwunderlich, wenn man – Herr Dr. Bernhard, Sie haben noch einmal gesagt, dass es doch dumm wäre, wenn man diese Mittel nicht nutzen würde – jetzt wirklich Mittel hat, um Beteiligungsverfahren zu verbessern, zu beschleunigen, dass man dies zum Anlass nimmt, das Ausmaß der Beteiligung zu kürzen. Wir sagen deshalb abschließend ganz klar: Wir sind für eine Verschlinkung des Prozesses. Eine weitere Durchlöcherung des Landesplanungsgesetzes ist mit uns aber nicht zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Auch Ihnen Dankeschön, Herr Kollege Stümpfig. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie als federführendem Ausschuss zu überweisen. Ich denke, ich kann von Ihrem Einverständnis ausgehen. – Dann ist das so beschlossen.

Ich darf dann für heute die Sitzung schließen, bedanke mich für die Zusammenarbeit und wünsche ein gutes Nachhausekommen.

(Schluss: 17.38 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juli 2015 (Vf. 9-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Einrichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl. S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 291 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286)  
 PII-G1310.15-0006  
 Drs. 17/8109 (G)
  - I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
  - II. Der Antrag ist unbegründet.
  - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juli 2015 (Vf. 10-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des
1. § 48 Abs. 1, des § 58 Abs. 1 Nr. 1, des § 64 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 4, Abs. 6 Nrn. 1 und 4 sowie des § 66 Abs. 9 Satz 2 Nr. 4 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung – MSO) vom 4. März 2013 (GVBl. S. 116, BayRS 2232-3-K), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBl. S. 82),
  2. Art. 54 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 183)
- PII/G1310.15-0005  
Drs. 17/8110 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete  
Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2015 (Vf. 12-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 3 Abs. 1 Satz 2, Art. 6, 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 2, Art. 21, 22 Abs. 2 Nr. 2 und Art. 26 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung (Bayerisches Maßregelvollzugsgesetz – BayMRVG) vom 17. Juli 2015 (GVBl. S. 222, BayRS 312-3-A)  
PII/G1310.15-00007  
Drs. 17/8111 (ENTH)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete  
Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

**Anträge**

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter  
Drs. 17/5953, 17/8166 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Berufspraktika für Asylsuchende ermöglichen  
Drs. 17/6543, 17/8167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Petra Guttenberger u.a. CSU  
Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter  
Drs. 17/6777, 17/8168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten  
Drs. 17/6825, 17/8183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FREIE WÄHLER</b>	<b>GRÜ</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Vereinslandschaft in Bayern schützen – Rechtssicherheit im Mindestlohngesetz für den Sportbereich und das Ehrenamt schaffen  
Drs. 17/6829, 17/8169 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u.a. SPD  
Verhinderung betrügerischer Abrechnungen von Laborleistungen  
Drs. 17/6861, 17/8178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD  
Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern  
Drs. 17/6863, 17/8179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD  
Beschäftigungserlaubnisse für Asylbewerber und Geduldete aus sicheren Herkunftsstaaten bzw. für Asylbewerber, deren Asylantrag aus sonstigen Gründen als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden ist  
Drs. 17/6864, 17/8180 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD  
Potenziale nutzen – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen verbessern  
Drs. 17/6865, 17/8170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermain  
Drs. 17/6959, 17/8184 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD  
Fichtelgebirge wertschätzen – Tourismus stärken  
Drs. 17/6965, 17/8176 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zur Tierzucht in Bayern  
Drs. 17/6989, 17/8240 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU  
Bericht zur Kennzeichnung von Geflügelprodukten/Stopfleber mit Zwangsernährung und zu einem möglichen Importverbot von Geflügel-Stopfleber („Foie gras“)  
Drs. 17/7000, 17/8097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. und Fraktion (CSU)  
Unabhängige Patientenberatung beibehalten  
Drs. 17/7679, 17/8082

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)  
Unabhängige Patientenberatung beibehalten  
Drs. 17/7680, 17/8081

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Unabhängige Patientenberatungsstellen sicherstellen!  
Drs. 17/7682, 17/8083

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Auffangstation Raubtier- und Exotenasyll in Ansbach beim Kauf der bestehenden Anlage bzw. bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen  
Drs. 17/6740, 17/7832

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen,  
**der den Antrag für erledigt erklärt hat.**